



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit:

Boliviens Wandel vor strategisch-relationalem
Hintergrund -
die MAS als hegemoniales Projekt?

Verfasserin:

Julia Seewald

Angestrebter akademischer Grad:

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl laut Studienblatt: A300

Studienrichtung laut Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuerin: Univ. Prof. Dr. Eva Kreisky

DANKSAGUNG:

Zuallererst möchte ich mich bei meiner Mutter Rosa Seewald bedanken, welche mir durch ihre uneingeschränkte Unterstützung und das Vertrauen, welches sie in mich hat, überhaupt erst ermöglichte zu studieren. Sie hat mir durch ihre harte Arbeit dazu verholfen, mein derzeitiges Leben nach meinen Vorstellungen gestalten zu können und hat niemals an meinen Fähigkeiten gezweifelt.

Außerdem möchte ich mich bei all meinen Freunden und Freundinnen ganz herzlich bedanken, welche während des Studiums immer für anregende Diskussionen sorgten und mir dadurch zur Entwicklung neuer Perspektiven und Ideen verhalfen. Sie haben mich außerdem durch ihr Interesse, ihre Einfälle sowie das Korrekturlesen meiner Diplomarbeit dabei unterstützt, diese in der vorliegenden Form abschließen zu können und mich immer wieder dazu ermutigt nicht aufzugeben. Mein besonderer Dank geht an Julia Haugeneder, Lukas Güttl und Simon Stockinger.

Desweiteren möchte ich natürlich meiner Betreuerin Eva Kreisky für ihre Unterstützung und ihre Ratschläge danken sowie insbesondere Bernhard Leubolt, welcher mich durch sein Interesse an meinem Thema und außerordentliche Hilfsbereitschaft bestärkt hat einen Forschungsaufenthalt in Bolivien zu verbringen. Diesbezüglich spreche ich ganz besonders auch Isabella Radhuber meinen Dank aus, welche mir durch ihre Kontakte und Bemühungen geholfen hat, ein so gutes Betreuungsnetzwerk vor Ort aufzubauen. In diesem Sinne bin ich ebenfalls Oscar Vega Camacho zu Dank verpflichtet, ohne dessen Wissen, Freundlichkeit und seine weitreichenden Verbindungen vor Ort mein Forschungsaufenthalt nicht annähernd so erfolgreich gewesen wäre, wie er mir im Nachhinein erscheint.

| | |
|--|------------------|
| <u>1. EINLEITUNG</u> | <u>1</u> |
| 1.1. ANTRIEBSPUNKTE FÜR DAS THEMA DER ARBEIT | 1 |
| 1.2. THEMA DER DIPLOMARBEIT | 2 |
| 1.3. FRAGESTELLUNGEN UND HYPOTHESEN | 4 |
| 1.4. AUFBAU DER ARBEIT | 6 |
| 1.5. METHODE | 7 |
| <u>2. DER STRATEGISCH-RELATIONALE ANSATZ NACH BOB JESSOP</u> | <u>9</u> |
| 2.1. WARUM GERADE DIESER THEORETISCHE ANSATZ? | 9 |
| 2.2. GRUNDLAGEN DES THEORIEGEBÄUDES | 11 |
| 2.2.1. BEGRIFFSARBEIT | 11 |
| 2.2.1.1. Zentrale Begriffe bei Antonio Gramsci | 12 |
| 2.2.1.2. Michel Foucaults Machtbegriff | 14 |
| 2.3. DER „STRATEGISCH-RELATIONALE ANSATZ“ BOB JESSOPS | 17 |
| 2.3.1. DER STAAT | 17 |
| 2.3.1.1. Das hegemoniale Projekt | 21 |
| 2.3.2. DIE ÖKONOMISCHE SPHÄRE | 24 |
| 2.3.3. KRISEN DER HEGEMONIE | 24 |
| 2.3.3.1. Die Krise des Staates nach Álvaro García Linera | 25 |
| 2.3.3.2. Der Aufbau der Hegemonie | 26 |
| 2.3.4. THEORETISCHE ERGÄNZUNGEN ZUM REGIONALEN SPEZIALFALL LATEINAMERIKA | 26 |
| 2.3.5. HANDLUNGSMACHT VON AKTEUR*INNEN UND MÖGLICHKEITEN ZUM „WIDERSTAND“ | 31 |
| <u>3. BOLIVIEN</u> | <u>33</u> |
| 3.1. ECKPUNKTE | 33 |
| 3.2. BOLIVIENS KRISEN | 34 |
| 3.2.1. DIE KRISE DES STAATES | 35 |
| 3.3. HISTORISCHE VORBEDINGUNGEN | 36 |
| 3.3.1. VORKOLONIALES AYLLU-SYSTEM UND KOLONIALES ERBE | 36 |
| 3.3.2. WENDEPUNKT 1952 – DIE NATIONALE REVOLUTION | 37 |
| 3.3.3. DER LANGE WEG DER DIKTATUREN UND PUTSCHE | 38 |
| 3.3.4. FEHLENDES „NATION-BUILDING“ UND INSTITUTIONENSCHWÄCHE | 39 |

| | |
|--|-----------|
| 4. STRATEGISCH-RELATIONALE ANALYSE DER BOLIVIANISCHEN ENTWICKLUNGEN | 42 |
| 4.1. DEMOKRATISIERUNG – „PAKTIERTE DEMOKRATIE“ – NEOLIBERALISMUS | 42 |
| 4.1.1. DER EINZUG DES NEOLIBERALISMUS UND DER BEGINN DER HEGEMONIEKRISE | 44 |
| 4.2. DIE NEOLIBERALEN REFORMEN DER ZWEITEN GENERATION UND DER AUFSTIEG DER NEUEN SOZIALEN BEWEGUNGEN | 51 |
| 4.2.1. SÁNCHEZ DE LOZADAS “PLAN DE TODOS” | 52 |
| 4.2.2. ERNEUTER ANSTIEG DES KONFLIKTPOTENTIALS INNERHALB DER BEVÖLKERUNG UND DIE SICHTBARWERDUNG DER STAATSKRISE | 54 |
| 4.3. DER FORMALE EINTRITT DER SOZIALEN BEWEGUNGEN IN DIE OFFIZIELLE POLITISCHE ARENA | 56 |
| 4.3.1. DIE SOZIALEN BEWEGUNGEN BOLIVIENS | 58 |
| 4.3.2. DIE ENTSTEHUNG DER MAS | 60 |
| 4.3.3. DIE MAS ALS HEGEMONIALES PROJEKT? | 64 |
| 4.4. DIE VERMEINTLICHE ÜBERNAHME DES STAATES DURCH DIE SOZIALEN BEWEGUNGEN | 67 |
| 4.4.1. DER WAHLERFOLG DER MAS UND DIE ÜBERNAHME DER REGIERUNG | 67 |
| 4.4.2. DIE NEUE VERFASSUNG BOLIVIENS UND IHRE BEDEUTUNG FÜR DEN WANDEL | 69 |
| 4.5. AUFBAU EINER NEUEN HEGEMONIE UND TATSÄCHLICHE TRANSFORMATION DES STAATES? | 73 |
| 4.5.1. EINSCHÄTZUNG DER GESCHEHNISSE 2008 FÜR DIE HEGEMONIEBILDUNG | 74 |
| 4.5.2. DER „GASOLINAZO“ UND SEINE AUSWIRKUNGEN | 75 |
| 4.5.3. DER TIPNIS KONFLIKT UND DIE JUSTIZWAHLEN 2011 | 77 |
| 4.5.4. DER IM RAUM STEHENDE VERFALL DER MAS ALS HEGEMONIALES PROJEKT UND AUSBlick | 79 |
| 5. ABSCHLIEßENDE BEMERKUNGEN | 86 |
| 5.1. DIE ROLLE INTELLEKTUELLER IM AUFBAU VON HEGEMONIE | 86 |
| 5.2. RESÜMEE | 88 |
| 6. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS | 91 |
| 7. LITERATURVERZEICHNIS | 92 |
| ZEITUNGSARTIKEL/ONLINEBERICHTE: | 96 |
| 8. ANHANG | I |

**8.1. EXPERT*INNENINTERVIEWS IM RAHMEN DES ZWEITMONATIGEN FORSCHUNGSaufenthaltes IN BOLIVIEN
(05.09.2011-05.11.2011)**

| | |
|---|--------|
| INTERVIEW 1: MIT XIMENA SORUCO, LA PAZ, 20.09.2011 | I |
| INTERVIEW 2: MIT MOIRA ZUAZO, LA PAZ, 26.09.2011 | IX |
| INTERVIEW 3: MIT RAÚL PRADA, LA PAZ, 20.10.2011 | XIII |
| INTERVIEW 4: MIT FERNANDO MAYORGA, COCHABAMBA, 25.10.2011 | XXI |
| INTERVIEW 5: MIT FERNANDO GARCES, COCHABAMBA, 26.10.2011 | XXVIII |
| INTERVIEW 6: MIT DUNIA MOKRANI CHAVEZ, LA PAZ, 03.11.2011 | XXXIV |

9. ABSTRACT **XLIII**

LEBENSLAUF **XLIV**

1. Einleitung

1.1. Antriebspunkte für das Thema der Arbeit

Die Motivation zu dieser Diplomarbeit ergibt sich aus meinem Interesse daran, Möglichkeiten sozialen Wandels besser zu verstehen. Aktuelle politische Geschehnisse wie die momentane Krise in Europa (Griechenland, Spanien, Italien), die Student*innenproteste¹ der vergangenen drei Jahre sowie der sogenannte „Arabische Frühling“ waren Auslöser dafür, die Möglichkeiten nach Alternativen zu erforschen. Unser kapitalistisches, neoliberales, repräsentativ-demokratisches System befindet sich heute in einer tiefgreifenden Krise, welche vor allem durch den Anschein der Alternativlosigkeit verschärft wird. Jeden Tag kann beobachtet werden wie Frustration und Angst der Bevölkerung angesichts dieser Situation steigen. Das Vertrauen in Politik und Ökonomie befindet sich auf einem historischen Tiefstand. Die Versuche der Verantwortlichen, die westliche Demokratie und das damit verbundene Wirtschaftssystem zu restaurieren versagen bisher und der lange währende Anstieg des Wohlstandes scheint vorerst ein Ende gefunden zu haben.

Anstatt der Illustration einer pessimistischen, europäischen Situation möchte ich nun lediglich auf das Moment der Krise unseres Systems hinweisen. Jede Krise geht mit negativen Begleitphänomenen einher, wie steigende Arbeitslosigkeit, zunehmende Armut und Verschärfung sozialer Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft. Jede Krise birgt aber auch ein großes Repertoire an Möglichkeiten; Möglichkeiten aus den Fehlern, welche sie verursacht haben, zu lernen und sich zu emanzipieren; Alternativen zu entwickeln und neue Wege einzuschlagen. Ob dies in unseren Breitengraden möglich ist, oder ob wir das schon ewig überkommene System noch einmal reanimieren, wird sich zeigen.

Ich werde mich in dieser Arbeit allerdings nicht auf die europäische Krise konzentrieren, sondern blicke Richtung Südamerika, nach Bolivien. Ein Land, das durch unzählige Krisen der Demokratie, des Staates, der Politik und der Wirtschaft gezeichnet ist. Die bolivianische Bevölkerung hat das Moment der Krise genutzt und einen neuen Weg eingeschlagen, einen Weg der partizipativen Demokratie, der Stärkung des Staates und einer angestrebten sozial gerechteren Wirtschaftsform. Ob dieser „Neue Weg“ erfolgreich sein wird, darüber kann im

¹ Ich verwende innerhalb dieser Diplomarbeit die Sternchen*-Variante des Gendergerechten Schreibens, da diese auch „Raum“ für Identitäten lässt, welche sich weder der weiblichen noch männlichen Seite klar zuordnen. In Fällen in denen nicht gegendert wurde, ist dies als bewusster Hinweis auf die reale Dominanz des Männlichen zu verstehen.

Rahmen dieser Arbeit, sowie generell, nur gemutmaßt werden. Die Analyse der Voraussetzungen, die diesen Wandel ermöglichen und eine genaue Untersuchung des Herganges dieses Wandels, sind allerdings Gegenstand dieser Arbeit.

Lateinamerika sowie die gesamte Peripherie, war Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte lang Spielwiese des Zentrums, der westlich-industrialisierten Welt. Es wurde oftmals unterworfen, ausgebeutet und nach unserem eigenen Vorbild geformt. Die Wissenschaft und auch Politik sprachen jahrelang von rückständiger Entwicklung, Unterentwicklung und einem nötigen Aufholprozess. Doch heute ergibt sich ein teilweise anderes Bild. Gerade in Lateinamerika versuchen viele Staaten (u.a. Venezuela, Ecuador, Bolivien, Nicaragua, Brasilien etc.) sich vom westlich vorgegebenen Pfad etwas zu entfernen und eigene Wege zu gehen. Es werden neue Formen der Emanzipation gelebt, Alternativen gedacht und umgesetzt und in Eigeninitiative versucht, sich ein anderes Rechts-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und Demokratisystem zu schaffen; ein demokratischeres und gerechteres System. Diese Versuche sind weder alle erfolgreich noch uneingeschränkt unterstützenswert, jedoch sind sie eine genauere Betrachtung wert.

Diese Arbeit soll als Anreiz dienen, sich aus den Beispielen der peripheren, sich teilweise emanzipierenden Welt inspirieren zu lassen und vielleicht sozialen, gesellschaftlichen Wandel in unseren Breitengraden denkbarer machen. Alternativen denkbar machen.

1.2. Thema der Diplomarbeit

Das Thema dieser Diplomarbeit ist eine „strategisch-relationale Analyse“ nach Bob Jessop, mittels welcher die gesellschaftlichen und staatlichen Veränderungen in Bolivien innerhalb der letzten 10 Jahre in den Blick genommen werden. Ich werde untersuchen, welche Umstände und Vorgangsweisen die Zivilgesellschaft unter Anführung der Indígena-Bewegung dazu befähigt haben, den Staat auf demokratischem Wege zu stärken und politische Schlüsselpositionen zu bekleiden; auf welche Art und Weise der Staat nun im emanzipativen Sinne transformiert wurde und wird sowie welche Zukunftsperspektiven es für einen inklusiveren und partizipativ-demokratischen Staat gibt. Mir ist allerdings auch wichtig die Hürden eines solchen Projektes und auch die Fallen, in welche emanzipative Bewegungen immer wieder tappen, aufzuzeigen, um diese besser zu verstehen und um dadurch auch Wege zu suchen wie diese umgangen werden können. Im Vordergrund der Arbeit steht wie erwähnt, ein besseres Verständnis des gesellschaftlichen und politisch breiten Wandels, welcher „von

unten“ initiiert wird. In anderen Worten von systemischem Wandel, welcher von der Zivilgesellschaft ausgehend losgebrochen wird und folglich mit einer Emanzipation der Bevölkerung einhergeht, welche politische Partizipation für sich einfordert. Unter anderem ist es auch Ziel dieser Arbeit die Bedeutung von politischer Theorie für die politische Praxis darzulegen und aufzuzeigen, dass theoretische Überlegungen durchaus Anreize für Revolutions- und Transformationprozesse in der Praxis bieten können.

Politische Theorie, oder Theorie an sich, wird von vielen Menschen als abstrakt und wenig realitätsnah empfunden. Meiner Meinung nach hilft Theorie jedoch dabei, unsere komplexen Realitäten besser zu verstehen und im Wechselspiel hilft sie uns immer wieder die Realitäten auf eine theoretische Ebene zu transferieren um tiefer in die Untersuchung eintauchen zu können. Je besser wir unsere als Realitäten akzeptierten Auffassungen verstehen können, desto leichter fällt es uns, sie nach unseren Vorstellungen zu verändern. Ich wähle hier bewusst den Plural von Realität da ich darauf hinweisen möchte, dass es nicht eine objektiv erkennbare Realität gibt, sondern viele, und dass auch die vielleicht objektiv selbe Realität, durch die Betrachtung aus verschiedenen Perspektiven, für jeden und jede komplett anders erscheinen kann.

Warum habe ich nun gerade Lateinamerika als Untersuchungsgegenstand gewählt? Meiner Meinung nach bieten große Teile dieses Kontinents einen geeigneten Forschungsschwerpunkt, da sich die politische Linke eingehend mit polit-theoretischen Texten von Antonio Gramsci, Ernesto Laclau, Louis Althusser, Pierre Bourdieu oder auch John Holloway sowie vielen anderen auseinandersetzt, um neue Erkenntnisse über die Gesellschaft, den Staat, sowie den Einfluss der Ökonomie zu erlangen, woraus neue Handlungsstrategien sowie politische Konzepte entwickelt wurden. Es gibt außerdem eine lange Tradition der Zusammenarbeit zwischen akademischen oder intellektuellen Kreisen und der Sphäre des Politischen in weiten Teilen Lateinamerikas, was sie wiederum so interessant für das Aufzeigen der engen Verknüpfung von Theorie und Praxis macht. (vgl. Burgos 2002; Interview X. Soruco²) Außerdem boomen im Moment Analysen lateinamerikanischer Transformationsprozesse aus Perspektive der Hegemonie-Ansätze, selten aber werden die Prozesse im Detail untersucht. (vgl. Pimmer 2010)

Bolivien habe ich als Forschungsschwerpunkt gewählt, da es den Anschein hat, dass es dort innerhalb der letzten 10 Jahre gelungen ist Alternativen zu denken und einen breiten und

² Anhang S.V: „Die Verbindung zwischen Politik und theoretischen Überlegungen hat eine lange Tradition in Lateinamerika, also normalerweise sind Intellektuelle Subjekte mit sehr viel politischem Einfluss.“

nachhaltigen Wandel einzufordern. Ob dieser auch gelungen ist, bleibt fraglich. Der „cambio“ (spanisch: Wandel) wurde durch Neue Soziale Bewegungen angestoßen und ging nahezu gewaltfrei mit einer Umstrukturierung sowie Stärkung des Staates durch die Zivilgesellschaft, einher. Im Sinne Gramscis könnte man sagen, dass die Zivilgesellschaft und die politische Gesellschaft sich nun wieder mehr decken. Von besonderem Interesse im Rahmen dieser Arbeit ist es für mich die Krise des bolivianischen politischen Systems zu veranschaulichen und dabei aufzuzeigen inwiefern es der Zivilgesellschaft gelang, diese Krise für sich zu nutzen. Des Weiteren werde ich die Rolle der damals gegründeten Partei, der MAS³, genauer betrachten und darlegen, welche Rolle sie innerhalb des „cambios“ innehatte. Natürlich werde ich auch die Probleme aufzeigen, mit welchen dieser Prozess konfrontiert ist. Den strategisch-relationalen Ansatz habe ich als theoretisches Werkzeug gewählt, da er es zulässt, gesellschaftliche, wirtschaftliche und „polit-systemische“ Faktoren im Prozess des Wandels auf mehreren Ebenen zu untersuchen, was gerade im Falle Boliviens wichtig erscheint. Ich werde diesen Ansatz jedoch durch einige theoretische Ergänzungen erweitern.

1.3. Fragestellungen und Hypothesen

Meine konkreten Fragestellungen lauten:

Zur Klärung des Kontextes und zur Einbettung der Geschehnisse:

Worin lagen die Hauptmotivationspunkte für die Zivilgesellschaft, direktere Teilhabe am politischen Prozess einzufordern und die Machtverhältnisse im bolivianischen Staat von Grund auf zu hinterfragen?

Hierbei geht es vor allem um die Untersuchung der Krise des Staates und eine eventuelle „nicht-hegemoniale Konstellation“ vor dem Ausbruch der Krise.

Als Hauptfragestellung:

Kann die Gründung der MAS (Movimiento al Socialismo) als hegemoniales Projekt, sowie als Beginn einer Transformation des Staates betrachtet werden? Worin genau lagen die Beweggründe zu ihrer Gründung und worin ist ihr Erfolg begründet? Und kann die Forderung nach einem plurinationalem Staat als national-populares Projekt gewertet werden?

³ „Movimiento al Socialismo“: „Bewegung zum Sozialismus“, ist eine politische Partei, welche ausgehend von den „Neuen Sozialen Bewegungen“ entstand. Zur genaueren Erklärung siehe unten.

Desweiteren werde ich auch folgende Fragestellungen tangieren:

Welche gesellschaftspolitischen Umstände und welche Strategien ermöglichen es der Indígena Bewegung Boliviens, durch die MAS ihre Interessen als Allgemeininteresse zu verankern und dadurch die Regierung zu „übernehmen“? Kann nun vom Aufbau einer Hegemonie gesprochen werden?

Es scheint mir für die Beantwortung dieser Fragestellungen sehr wichtig, die Geschichte Boliviens zu analysieren, da ich vor allem in der politischen Strukturierung des bolivianischen Staates und der Hinwendung zum Neoliberalismus - seit den 1980er Jahren - einen ausschlaggebenden Grund für die enorme Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft sowie für die große Frustration in den ärmeren Bevölkerungsschichten sehe. Außerdem muss die Situation des Staates und seiner Institutionen sowie der Parteien genau betrachtet werden, um die Krise der Staatlichkeit besser zu verstehen.

Eine meiner Hypothesen gründet auf der Annahme, dass die Staatlichkeit und staatlichen Institutionen Boliviens in den Jahren vor der Regierungsübernahme der MAS enorm geschwächt waren, sogar kurz vor dem Kollaps standen und deshalb die Demokratisierung und Stärkung des Staates durch die Indígena Bewegung erst möglich wurde.

Diese Schwächung auf ökonomischer, staatlicher, wie gesellschaftlicher Ebene hat meiner Meinung nach, wie schon erwähnt, wesentlich der Neoliberalismus herbeigeführt. Außerdem wuchs die Selbstwahrnehmung als „Indígena“ innerhalb der Mehrheit der Bevölkerung dadurch und ließ die traditionelle Kosmovision wieder an Einfluss gewinnen, welche eine Emanzipation der Bevölkerung antrieb.

Desweiteren behauptete ich, dass die Indígena-Bewegung es geschafft hat, mit Hilfe des Eintritts in die offizielle Politikebene durch die MAS, ihre Interessen als Allgemeininteresse zu formulieren und eine breite Anhänger*innenschaft in der bolivianischen Bevölkerung zu finden - es also auch zu Koalitionen zwischen den verschiedenen Gesellschaftsschichten gekommen ist. Diese breiten gesellschaftlichen Koalitionen wurden strategisch als notwendig erachtet um einen nachhaltigen Wandel herbeizuführen und entstanden meiner Einschätzung nach nicht zufällig. Hier drängt sich die Verknüpfung zur Theorie geradezu auf, sowie in der Entscheidung zur Gründung einer politischen Partei (MAS), um mit dieser als offiziellem Akteur auf politischer Ebene zu agieren.

Mir ist ein ausgewogenes Miteinander der Analyse der bolivianischen Gesellschaft, des politischen Systems und der Geschichte des Landes mit der Beschäftigung mit der politischen

Theorie - welche zur Untersuchung der Verhältnisse in Bolivien herangezogen wird - wichtig. Deshalb wird sich auch ein nicht unwesentlicher Teil der Arbeit der genaueren Entwicklung des Theorierahmens widmen.

1.4. Aufbau der Arbeit

Der erste Teil der Arbeit wird der genauen Erläuterung des „strategisch-relationalen Ansatzes“ gewidmet sein, was eine kritische Auseinandersetzung und Erweiterung in einigen, speziell auf Bolivien bezogenen Punkten mit sich bringen wird. Es wird in diesem Rahmen besonders genau auf die zugrunde liegenden Konzepte der Hegemonie (u.a. Aufbau, Wechsel, Implementierung) und des „integralen Staates“ Gramscis, des materialistischen Staatsverständnisses und der „strategischen Selektivität“ Poulantzas, sowie dem Machtbegriff, welcher stark durch Foucault beeinflusst ist, eingegangen werden. Grundlegend wird auch die Untersuchung der Entstehung eines Allgemeininteresses innerhalb der Gesellschaft und in weiterer Folge dessen Artikulation auf staatlicher Ebene sein. Vorweg möchte ich feststellen, dass ich mich dazu entschieden habe, die ökonomischen Faktoren nur am Rande zu behandeln und den Fokus auf die politischen und zivilgesellschaftlichen Elemente zu legen. Außerdem sollen Spezifika, welche sich aus der Besonderheit Boliviens als peripherem „Entwicklungsstaat“ mit „außereuropäischer“ Gesellschaftsformationen ergeben, erklärt werden. Ich möchte vor allem zur Klärung der Besonderheiten Boliviens auch bolivianische Autor*innen zu Wort kommen lassen, sowie deren Beschäftigung mit dem Wandel ihres Landes betrachten.

Im Rahmen eines Forschungsaufenthaltes im Land wurden auch Expert*inneninterviews, oder besser gesagt Gespräche, von mir durchgeführt, welche einen authentischeren Blick auf die Geschehnisse im Land und das Stimmungsbild der Bevölkerung ermöglicht haben. Dies erschien mir äußerst wichtig, um nicht einen allzu eurozentristischen Blickwinkel einzunehmen.

Dies leitet über zum nächsten Teil der Arbeit, in welchem auf wichtige Faktoren der Geschichte, der Gesellschaftsstruktur und der ökonomischen sowie politischen Entwicklung des Landes Bolivien genauer eingegangen wird. Außerdem werden die Begriffe Nation, Staat und Institution in Bezug auf Bolivien behandelt.

Dies ist notwendig, um die zentrale „strategisch-relationale“ Analyse durchzuführen, welche einer Art „historischen Abhandlung“ entspricht, und die bolivianische Realität immer wieder aus einem „strategisch-relationalen“ Blickwinkel zu verstehen versucht. In diesem

„Hauptteil“ der Arbeit sollen auch die zentralen Forschungsfragen geklärt und die Hypothesen verifiziert bzw. falsifiziert werden. Hierzu werden wichtige politische Akteur*innen wie Parteien, aber auch Persönlichkeiten, sowie die Rolle der Gewerkschaften, der sozialen Bewegungen und die Entwicklung der demokratischen Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung untersucht. Des Weiteren wird eine genaue Betrachtung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Koalitionsbildungen sowie die Analyse der neu entstandenen Parteien (v.a. der MAS), welche heute die politisch-repräsentative Ebene dominieren, hilfreich sein. Zuletzt werden im Resümee der Arbeit die Erkenntnisse für das bessere Verständnis des breiten gesellschaftlichen Wandels sowie begünstigender Faktoren noch einmal zusammengefasst und auch der Nutzen der politischen Theorie für politische Handlungsstrategien der Zivilgesellschaft dargestellt.

1.5. Methode

Die wissenschaftliche Untersuchungsmethode ergibt sich aus einem Versuch, anhand politischer Theorie die politische Realität in einem konkreten Fall zu untersuchen. Hierbei ist mein Untersuchungswerkzeug im erweiterten Sinne der strategisch-relationale Ansatz Bob Jessops und der Untersuchungsgegenstand die politischen Umwälzungen innerhalb der letzten 10 Jahre in Bolivien, wobei ich mich hierbei auf den Bereich meiner Fragestellung reduzieren werde. Dazu ist es allerdings nötig, immer wieder historische Gegebenheiten und Geschehnisse zu erläutern, um diese im nächsten Schritt mit Hilfe der Theorie untersuchen zu können. Als weiteres Hilfsmittel habe ich auch Expert*inneninterviews vor Ort durchgeführt, welche dabei geholfen haben, einen authentischeren Einblick in die politische Realität Boliviens zu erlangen der immer wieder in die Arbeit einfließen wird. Ich muss anmerken, dass es sich hierbei vor allem um Personen aus dem wissenschaftlichen Bereich handelt, welche jedoch auch im aktuellen oder vergangenen politischen Geschehen Boliviens involviert sind/waren und sich darum bemühen den Prozess des Wandels kritisch zu analysieren. Ich habe für die Interviews sehr wohl einen gewissen Rahmen an Kernfragestellungen herangezogen, also einen Leitfaden, jedoch jedes Interview als individuell und abgeschlossen behandelt, um auch besonders auf die speziellen Schwerpunkte der Interviewpartner*innen eingehen zu können und diese auch bestmöglich ausnutzen zu können. Außerdem habe ich versucht, meinen Interviewpartner*innen so viel Freiraum wie möglich in der Beantwortung meiner Fragen zu geben, was dazu führte, dass die Gespräche oft eine andere Richtung eingeschlagen haben, als zuvor geplant war. Insofern hat jedes

Interview seine individuell zusammengestellten Fragestellungen, welche sich oftmals auch im Rahmen des Interviews nochmals verändert haben und daher eher Expert*innengespräche als standardisierte Interviews darstellen.

Übersetzungen der Literatur und auch der Interviews aus dem Spanischen sowie dem Englischen wurden, wenn nicht speziell angemerkt, von mir nach bestem Wissen und Gewissen vorgenommen.

2. Der strategisch-relationale Ansatz nach Bob Jessop

2.1. Warum gerade dieser theoretische Ansatz?

Mein ursprüngliches Forschungsinteresse bezog sich auf Antonio Gramscis Theoriegebäude, insbesondere auf die Konzepte des integralen Staates und der Hegemonie. Was hierbei jedoch zu kurz kommt sind einerseits ökonomische Faktoren, andererseits - für mein Forschungsinteresse vor allem wichtig - die Artikulationsformen zwischen der Zivilgesellschaft und der staatlichen Ebene, wozu es einer komplexeren Staatstheorie bedarf. Der „strategisch-relationale Ansatz“ Bob Jessops führt verschiedene Theoriekonzepte zusammen, welche sich in ihrer ontologischen Grundeinstellung überschneiden und bietet somit ein theoretisches Konzept, das die Untersuchung einer Gesellschaft und ihrer Verbindung zum Staat sowie zur Ökonomie auf mehreren Ebenen erlaubt.

Grundsätzlich lässt sich Bob Jessops Theorie im Bereich des kritischen Realismus verorten, welcher sich im Mittelfeld zwischen den zwei Polen des Positivismus und interpretativen Ansätzen verorten lässt - meiner Auffassung nach aber den interpretativen, konstruktivistischen Ansätzen näher steht als ersterem. Der kritische Realismus geht davon aus, dass „there are deep structural relationships between social phenomena which cannot be directly observed, but which are crucial for any explanation of behavior.“ (Marsh, Furlong 2002:20). Insofern dass Erklärungen ein spezielles Ereignis oder etwas Bestehendes nicht in seiner vollen Komplexität erklären können, muss „the investigator [...] consider ‘the degree of generalization and abstraction necessary - and defensible - in the ‘comparison’ between imagined and actual antecedents, causal sequences, and outcomes’, or, again, think about ‘how best to conceptually isolate the set of antecedent conditions that more or less strongly ‘favor’ the result to be explained’“ (Jessop 2010:231)

Der kritische Realismus im Sinne Jessops befindet sich wie gesagt zwischen den Polen des Positivismus und des radikalen sozialen Konstruktivismus. Letzteren betrachtet er als zu reduktionistisch in dem Sinne, dass er die soziale Realität auf die Wahrnehmung und das Verständnis ihrer Teilnehmer*innen reduziert, und ersteren lehnt er ab, da er Akteur*innen und Aktionen in die Passivität drängt, da soziale Strukturen selbstreproduzierend und unveränderlich erscheinen. (vgl ebd.: 238) Jessop beschreibt, dass aus der sozialen Welt, obwohl sie sozial konstruiert ist, gewisse Eigenschaften und Wirkungsweisen erwachsen welche als „mind-independent“ betrachtet werden können, vor allem von Außenstehenden.

(ebd.:226f.) Der kritische Realismus geht außerdem von einer ständigen Möglichkeit des Irrtums und einer folgenden Korrektur dessen, innerhalb von Wissenschaft und Wissen, aus. (vgl. ebd:232) Besonders wichtig erscheint mir das Verständnis, dass Struktur und Handeln als gleichwichtig für die Erschaffung und das Verständnis unserer Welt sind. Strukturen formen oder beeinflussen Handeln, Handeln wiederum kann Strukturen verändern oder lösen. Keines von beiden ist im Endeffekt determinierend. Wichtig am strategisch-relationalen Ansatz ist vor allem, dass er versucht aufzuzeigen inwiefern gegebene Strukturen gewisse Handlungsweisen, Akteur*innen oder Identitäten und Strategien im Gegensatz zu anderen privilegieren und inwiefern gewisse Akteur*innen diese Privilegierungen berücksichtigen, ob bewusst oder unbewusst, und dadurch gewisse Handlungsstrategien wählen. (vgl. ebd.:236)

In meinen eigenen Worten, würde ich es so formulieren, dass es sein mag, dass unsere soziale Welt als konstruiert aufzufassen ist; durch gewisse Wiederholungen von Handlungsabläufen, Diskursen und Wahrnehmungen können sich Strukturen bilden - im Sinne Foucaults Kristallisierungspunkte - welche im folgenden unsere soziale Welt wesentlich bestimmen. Diese sind nun keineswegs als essentiell zu verstehen, sondern können durch Handlungen von Akteur*innen und das Aufbrechen von Handlungsmustern, Diskursen und Wahrnehmungen sowie sogenanntem „Wissen“, wieder gelöst und „verschoben“ werden. Mir selbst erscheint dieser Ansatz äußerst geeignet um die Komplexität sozialen Wandels zu untersuchen.

Ursprünglich beschäftigte sich Jessop mit den Defiziten der marxistischen Theorie, woraus jedoch ein eigener Ansatz entstand, welcher den Staat wie auch die Ökonomie als soziale Beziehung betrachtet und sich auch der komplexen Artikulation zwischen Mikro- und Makro-Levels sozialer Organisation widmet. (vgl. Jessop 1990) Mir erscheint dieses komplexe Theoriegebäude als notwendig, um die breiten und nachhaltigen Transformationsprozesse innerhalb Boliviens verstehen zu können. Einerseits müssen für die Motivation innerhalb der Bevölkerung, Widerstand zu leisten und sich zu emanzipieren, gravierende, gesellschaftliche Ungerechtigkeiten vorhanden sein, sowie der Verlust des Vertrauens innerhalb der betroffenen Bevölkerungsanteile in eine Lösung der Missstände durch die Politik. Andererseits müssen diese Bevölkerungsteile dazu fähig sein, gesellschaftliche Koalitionen zu knüpfen um eine möglichst breite Anhänger*innenschaft zu gewinnen. Außerdem benötigen sie einen mehr oder weniger geschwächten Staat vor sich, welcher zumindest in einer Hegemoniekrise steckt. (vgl. zur Hegemoniekrise Neubert 2001:89; Gramsci GH Bd.7:1577f.) Im Falle Boliviens kommt hinzu, dass es der Zivilgesellschaft gelang, dem Staat eine neue Verfassung zu geben, eine neue Partei zu gründen - welche nun die Regierung inne hat - und

die politischen Partizipationsmöglichkeiten zu erweitern. Dies war und ist durch eine tiefgehende Krise der Staatlichkeit erklärbar.

Die eben angesprochenen Punkte führen mich zu der Annahme, dass der strategisch-relationale Ansatz sehr gut dazu geeignet ist, den Wandel Boliviens aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten und ein annäherndes Gesamtbild des Wandels zu zeichnen.

2.2. Grundlagen des Theoriegebäudes

Wie soeben erläutert setzt sich der verwendete Ansatz aus verschiedenen Theorien zusammen welche sich sowohl in ihren Begründern, Entstehungszeiten, historischen sowie kulturellen Rahmenbedingungen ihrer Entstehung und Schwerpunkte unterscheiden.

Ich möchte in diesem Abschnitt vor allem Begriffsarbeit leisten, um den Ansatz verständlicher zu machen. Ich werde hierzu näher auf die Theoriekonzepte Antonio Gramscis, als auch auf das spezielle Machtverständnis Michel Foucaults eingehen - welches vor allem in der materialistischen Staatstheorie Poulantzas Anwendung fand. Die Staatstheorie Nicos Poulantzas gesondert zu erläutern erscheint mir nicht besonders sinnvoll, da diese ohnehin im Zentrum Jessops eigenen Ansatzes steht. Der strategisch-relationale Ansatz hat sich natürlich aus vielerlei Einflüssen ergeben - als die wichtigsten wären die Regulationstheorie, die Systemtheorie Niklas Luhmanns und das theoretische Verständnis Ernesto Laclaus zu nennen. Innerhalb des vorgesehenen Rahmens dieser Arbeit fehlt mir einerseits der Raum zur genauen Erläuterung dieser Konzepte, andererseits betrachte ich deren Klärung ohnehin in der näheren Betrachtung des strategisch-relationalen Ansatzes selbst als ausreichend (siehe unten). (vgl. Jessop 1990)

2.2.1. Begriffsarbeit

Ich werde nun besonders auf die Hegemonietheorie Antonio Gramscis und das Machtverständnis Michel Foucaults eingehen, da mir beides als grundlegend für das weitere Verständnis des „strategisch-relationalen Ansatzes“ erscheint und die Begrifflichkeiten in weiterer Folge auch in deren Sinne übernommen werden.

2.2.1.1. Zentrale Begriffe bei Antonio Gramsci

Ich beginne mit dem **Hegemonie-Begriff** Antonio Gramscis. Es muss festgestellt werden, dass dieser schon von Gramsci selbst keine eindeutige Bedeutung zugeschrieben bekam, sondern in seinem sehr umfangreichen Werk, mit der Zeit differenziert wurde und somit auch von vielen Autor*innen unterschiedlich interpretiert wurde. Ich möchte mich hier jedoch vor allem auf die Interpretationen Harald Neuberts, Benjamin Opratkos, Bob Jessops und Nicos Poulantzas stützen.

Hegemonie ergibt sich wesentlich durch Konsens und „ist politische, geistige, kulturelle und moralische Führung in der Gesellschaft“ (Neubert 2001:66). Sie wird der gesellschaftlichen Mehrheit grundsätzlich nicht von der herrschenden „Klasse“ aufgezwungen, sondern durch die Subalternen gebilligt und sogar anerkannt. Diese Zustimmung muss permanent reproduziert werden, damit die Machtausübung einer gewissen Gruppe gerechtfertigt werden kann. Wie dies passiert und warum sich meist die Mehrheit der Gesellschaft, welche durch das herrschende System benachteiligt wird, nicht erhebt, versucht Gramsci anhand des Hegemonie-Konzeptes zu erklären. (vgl. Opratko 2010:8-27; Neubert 2001:66f.) Hegemonie ist somit eine Bedingung für Herrschaft, welche Gramsci eher mit Gewaltanwendung verbindet. Er spricht hier von einer Kombination aus Konsens und Zwang. Hiermit gelangen wir zu den nächsten Begrifflichkeiten Gramscis Theoriegebäudes. Hegemonie entsteht grundsätzlich in der **Zivilgesellschaft** und Herrschaft in der **politischen Gesellschaft**. Um die Herrschaft - also Regierungsmacht - zu erlangen muss eine Gruppe moralisch und ideologisch erst einmal führend sein. (vgl. Neubert 2001:65ff.; Opratko 2010:32f.; Gramsci GH Bd.8:1947) Die politische Gesellschaft bezeichnet, laut Gramsci, den Staat im engeren Sinne. Es ist mehr oder weniger „die Gesamtheit der staatlichen, juristischen und militärischen Machtstrukturen und -instrumente einer herrschenden Klasse“ (Neubert 2001:61). Die Zivilgesellschaft umfasst die nichtstaatlichen Bereiche, „also die gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen, die sozialen und kulturellen Beziehungen und Aktivitäten der Menschen, den geistigen, ideologischen, religiösen Überbau der Gesellschaft“ (ebd. 61). Hierzu zählen auch Schulen, Architektur, Bibliotheken - Orte an welchen Konsens und somit Hegemonie entsteht. Äußerst wichtig ist es jedoch zu erwähnen, dass Gramsci, sowohl was die Unterscheidung zwischen Konsens und Zwang, als auch von politischer Gesellschaft und Zivilgesellschaft angeht, hier von einer methodischen Unterscheidung spricht und diese nicht zu einer organischen zu machen ist. Die Grenzen sind in der Realität fließend, dieses Schema ist nur ein analytisches Werkzeug, es kann nicht als Schablone auf die Realität übertragen

werden. (vgl. Opratko 2010:35f.; Gramsci GH Bd.7:1566) Die Kombination aus politischer Gesellschaft und Zivilgesellschaft ergibt den **integralen Staat** nach Gramsci (politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft = Staat). (vgl. Opratko 2010:33; Gramsci GH Bd.4:783) Was mir für die folgende Arbeit besonders wichtig erscheint, ist Gramscis Auffassung davon, dass eine herrschende Gruppe - in seinem Fall die Bourgeoisie - sich nur durch eine Form der Bündnispolitik mit anderen gesellschaftlichen Gruppen - z.B. der Bauernschaft - an der Macht halten kann. Ebenfalls kann auch eine Gruppe, welche sich gegen diese Herrschaft auflehnen will, nur aufgrund von „Klassenbündnissen“ Erfolg haben. (vgl. Gramsci 1980:191; Opratko 2010:30f.; Neubert 2010:80) Als ebenfalls wichtigen Begriff, den ich hier nach Antonio Gramsci behandeln möchte, erscheint mir der des **Intellektuellen**. Gramsci unterscheidet hier zwischen traditionellen und organischen Intellektuellen. Vor allem letzterem kommt eine besondere Bedeutung im Hegemonieaufbau zu. Grundsätzlich bildet sich jede gesellschaftliche Schicht ihre eigenen organischen Intellektuellen: „Jede gesellschaftliche Gruppe schafft sich, [...] zugleich organisch eine oder mehrere Schichten von Intellektuellen, die ihr Homogenität und Bewußtheit[sic!] der eigenen Funktion nicht nur im ökonomischen, sondern auch im gesellschaftlichen und politischen Bereich geben“ (Gramsci GH Bd.7 1497). In Folge dessen helfen sie jenen Gesellschaftsschichten Hegemonie und Herrschaft entweder zu erreichen oder zu erhalten, in dem sie den **Alltagsverständ** organisieren, also Normen, Weltauffassungen, Werte, alltäglich routinierte Praxen und auch unbewusste Dispositionen zivilgesellschaftlich ausarbeiten und umsetzen. (vgl. Neubert 2001:85; Opratko 2010:38-41; Gramsci GH Bd.7:1502f.) Wenn eine Gruppe nun ihre Herrschaft politisch, ideologisch und kulturell so organisiert, dass ein gesamtgesellschaftlicher Konsens darüber entsteht und dadurch eine relativ stabile Phase der kapitalistischen Entwicklung ermöglicht wird, spricht Gramsci von einem **historischen Block**. Hierzu sind unter anderem die organischen Intellektuellen nötig, welche den Herrschenden dabei behilflich sein können, möglichst viele - auch an der Herrschaft nicht beteiligte, also Subalterne - durch die Konstruktion von Gemeinsamkeiten an sich zu binden. (vgl. Opratko 2010:37; Neubert 2001:84; GH Bd.6:1490, 1497, Bd.5 1045) Was den organischen Intellektuellen - welche sich im Grunde aus jedermann und jederfrau zusammensetzen können - dabei hilft ist die politische **Partei**. Diese sorgt dafür, dass die organischen Intellektuellen einer (herrschenden) Gruppe mit den traditionellen Intellektuellen zusammenwachsen. Die politische Partei ermöglicht es einen mehr oder weniger homogenen Kollektivwillen zu konstruieren, der gemeinsames Handeln möglich macht. (vgl. Neubert 2001:77,86; GH Bd.5:1051, Bd.7:1505) Wenn es nun zu einem Wandel kommen soll, so geht es Gramsci vor allem um eine Transformation des Staates und

der Gesellschaft von innen heraus, im Gegensatz zu einer „Belagerung“ von außen. Er spricht hier von einem **Stellungskrieg**. Gramsci merkt richtig an, dass hierzu die Eroberung der Regierungsmacht nicht ausreicht, sondern die Mehrheit der Menschen muss erobert werden, es ist de facto ein Kampf um die Hegemonie. Für diesen Kampf um die Hegemonie ist ein Kampf um den Alltagsverstand nötig, welcher zu einem kritischeren werden muss, damit er Normen nicht einfach unhinterfragt übernimmt. Die Hegemonie der herrschenden Gruppe ist nämlich genau dort, im Alltagsverständnis, verankert. (vgl. Neubert 2001:32f.; Opratko 2010:38; GH Bd.6:1382) Wie jedoch genau dieser Kampf, vor allem innerhalb des Staates, aussehen soll bleibt bei Gramsci relativ unklar. Hierzu wird vor allem Poulantzas Staatsverständnis hilfreich sein, sowie das Konzept der radikalen Transformation.

2.2.1.2. Michel Foucaults Machtbegriff

Ich möchte nun auf den Machtbegriff Foucaults genauer eingehen, da er Poulantzas Staatstheorie stark beeinflusst hat und sein Machtkonzept für das Thema der Arbeit interessante Elemente bereithält. Poulantzas übt zwar immer wieder starke Kritik an Foucaults Theoriekonzept, wie Jessop jedoch anmerkt übernimmt er mehr als ihm lieb ist. (vgl. Jessop 1990:223; 2010:143)

„Unter Macht, scheint mir, ist zunächst zu verstehen: die Vielfältigkeit von Kräfteverhältnissen, die ein Gebiet bevölkern und organisieren; das Spiel, das in unaufhörlichen Kämpfen und Auseinandersetzungen diese Kräfteverhältnisse verwandelt, verstärkt, verkehrt; die Stützen, die diese Kräfteverhältnisse aneinander finden, indem sie sich zu Systemen verkettet - oder die Verschiebungen und Widersprüche, die sie gegeneinander isolieren; und schließlich die Strategien, in denen sie zur Wirkung gelangen und deren große Linien und institutionelle Kristallisierungen sich in den Staatsapparaten, in der Gesetzgebung und in den gesellschaftlichen Hegemonien verkörpern.“ (Foucault 1983:93)

Dieses Verständnis der **Macht** als sozialer Beziehung ermöglichte es Poulantzas erst, auch die Staatsmacht als soziale Beziehung zu begreifen und sie näher zu untersuchen. (vgl. Jessop 1990:221) Wesentlich ist, dass Foucault nicht von einer repressiven Macht ausgeht, welche dem Subjekt gegenübersteht und von oben nach unten verläuft, sondern von einer Macht, welche sich in jeder Beziehung ausdrückt, in jedem Diskurs, in jeglicher Normierung

kultureller Praktiken; sie ist allgegenwärtig und verläuft in alle Richtungen, von unten nach oben, von oben nach unten und horizontal. (vgl. Foucault 1983: v.a. Abschnitt Methode) Der Macht ist demnach nicht zu entrinnen, denn jeder und jede ist Teil davon und sie konstituieren sich gleichzeitig aus ihr. Dies heißt allerdings nicht, dass Widerstand nicht möglich wäre, wie Foucault oftmals vorgeworfen wurde, auch von Poulantzas. (vgl. Poulantzas 2002:180) Ganz im Gegenteil: „Wo es Macht gibt, gibt es Widerstand. Und doch oder vielmehr gerade deswegen liegt der Widerstand niemals außerhalb der Macht.“ (Foucault 1983:96) Dieser Macht- und auch Widerstandsbegriff erscheint mir in Bezug auf Neue Soziale Bewegungen als sehr zutreffend, und wird dabei helfen, den Prozess des Wandels in Bolivien besser zu verstehen. Poulantzas wirft Foucault zwar eine „Verabsolutierung der Macht“ vor, wodurch er in diesem Machtbegriff keine Möglichkeit mehr zum Widerstand sieht, mir selbst erscheint es jedoch so, dass er in seiner Weiterverarbeitung mit dem Foucaultschen Machtverständnis arbeitet, ohne dies aber selbst zu erkennen. Es scheint mehr ein Missverständnis zwischen Poulantzas und der Foucaultschen Machttheorie zu sein. (vgl. Poulantzas 2002:176-185)

Um Foucaults sehr komplexes Verständnis von Macht zu begreifen, ist es unumgänglich sich mit seinen Gedanken über die Norm, die Wahrheit und das Wissen zu beschäftigen, da diese wesentlich zur Machtformation beitragen und selbst Bestandteile der Macht sind. Hierzu ist aber die Klärung des Diskurs- und Dispositivkonzeptes notwendig.

Der **Diskurs** ist ein schwer eingrenzbares System aus Aussagen, Gesprochenem und Begrifflichkeiten, welche eine Gesellschaft bestimmen. In ihm wirken die Normen, die Wahrheiten, die Macht. Sie wirken jedoch nicht nur in ihm, sondern werden auch durch ihn produziert. Er ist der Ort an dem um die Meinungsführer*innenschaft gerungen wird, also um gesellschaftliche Hegemonie. (vgl. Raab 1998:27) Das Machtspiel im Diskurs dreht sich rund um seine Ausschlussmechanismen, also wer und was gehört wird, wer sprechen darf, was anerkannt wird. (vgl. Foucault 2010:11-17)

Dispositive umschließen unter anderem Diskurse aber auch Institutionen, beinhalten Gesagtes und Nicht-Gesagtes, sind ein Netz. In Foucaults Worten sind sie:

„ein entschieden heterogenes Ensemble, das Diskurse, Institutionen, architekturelle Einrichtungen, reglementierte Entscheidungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen, philosophisch, moralische oder philanthropische Lehrsätze, kurz: Gesagtes ebensowohl wie Ungesagtes umfaßt[sic!]. Soweit die Elemente des Dispositivs. Das Dispositiv selbst ist das Netz, das zwischen diesen Elementen geknüpft werden kann. (Foucault 1978:119-123)

Das Dispositiv beschreibt also eine Hegemonie welche weit umfassender ist als jene des Diskurses, da es so gut wie alle Elemente der Gesellschaft umfasst, es ist ebenfalls Träger und Produzent der Macht, der Normen und des Wissens. Die Ähnlichkeiten zum Hegemonieverständnis Gramscis sind unverkennbar.

Als letzten Punkt möchte ich erläutern wie wir, die Gesellschaft, uns nun aus der Unterwerfung befreien können. Hierzu ist die Kritik notwendig, laut Foucault „die Kunst nicht dermaßen regiert zu werden.“ (Foucault 1992:12). Dies meint Selbstverständliches, Experten*innenwissen, die Geschichtsschreibung und die großen Wahrheiten unserer Gesellschaft zu hinterfragen. Besonders wichtig ist die Untersuchung der Machtbeziehungen die an deren Produktion beteiligt sind. Durch die Hinterfragung an sich kommt es zu einer Verschiebung, somit zum Widerstand. (vgl. Foucault 1992:12ff.; 1978:51ff.)

Der Ort an dem Macht, Wahrheit, Normen, Wissen und gesellschaftliche Hegemonie entstehen, ist auch der Ort der Gegenbewegung wodurch die Textstelle „Wo es Macht gibt, gibt es Widerstand. Und doch oder vielmehr deswegen liegt der Widerstand niemals außerhalb der Macht“ (Foucault 1983:96) breiteres Verständnis erlangt.

Poulantzas selbst interpretiert Macht in Bezug auf gesellschaftliche „Klassen“ oder Gruppen nun so, dass er darunter ihre Fähigkeit versteht, ihre Interessen gegenüber anderen Gesellschaftsfaktionen zu realisieren. Der Machtbegriff bezeichnet ein gewisses Kräfteverhältnis, woraus Poulantzas schließt: „*Das Machtfeld ist also strikt relational.* Die Macht einer Klasse (der herrschenden Klasse z.B.) ist keine Substanz, die diese Klasse in Händen hält. [...] Die Macht einer Klasse ist zuerst ein Ausdruck ihrer objektiven Stellung innerhalb der ökonomischen, politischen und ideologischen Beziehungen.“ (2002:177f.) Somit ist auch die politische Macht, welche sich auf den Staat bezieht, ein strategisches Feld. Die Macht einer Klasse liegt nicht nur in der Fähigkeit ihre Interessen zu realisieren, sondern hängt auch von ihrer Position und ihrer Strategie gegenüber den anderen Klassen ab. (ebd.178)

Diese Auffassung von Macht impliziert also, dass wir alle Akteur*innen sind, welche aktiv etwas „verschieben“ können, und macht es andererseits unvorstellbar von außerhalb gegen die „Macht“ zu kämpfen. Dieses Muster erkenne ich definitiv in den Strategien der sozialen Bewegungen Boliviens, welche nicht wie die Zapatistas in Chiapas versuchen anti-staatlich vorzugehen, sondern den Staat und in Folge dessen die Gesellschaft von innen heraus

verändern wollen. Dieser Anspruch ist jedoch erst möglich, wenn ein Prozess von Hinterfragung der Normen, des Wissens und der Hegemonie stattgefunden hat.

2.3. Der „strategisch-relationale Ansatz“ Bob Jessops

Ursprünglich hat Bob Jessop mit seinem Theoriekonzept versucht, die materialistische Staatstheorie oder den Marxismus an sich vom Dilemma der Überdeterminierung der Ökonomie zu befreien (Heigl 2008:38). Sein Hauptinteresse besteht in „the complex forms of articulation among state institutions and between the state and non-state institutions in the overall reproduction of capital accumulation and political domination“ (Jessop 1990:117). Es sind hier die verschiedenen Artikulationsformen zwischen Mikro- und Makroebene gemeint, Artikulationen zwischen Staat und Zivilgesellschaft.

Jessop versucht eine Neufassung des Verhältnisses zwischen Ökonomie und Politik zu zeichnen, welche keine Kausalbeziehung darstellen soll, sondern von gekoppelten, aber autopoietischen Systemen ausgeht. Beide Sphären „werden als diskursiv konstituierte gesellschaftliche Sphären mit Eigendynamik innerhalb eines Zusammenhangs betrachtet“ (Heigl 2008:39), es ist ein Verhältnis operationeller Autonomie. Beide Sphären sind in der kapitalistischen Vergesellschaftung, welche Jessop versucht zu beschreiben, gleichberechtigt. (vgl. Heigl 2008:38f.; Bieling 2009:384) Die sogenannte „**societalization**“ (Vergesellschaftung) bezieht sich auf den sozialen Prozess, durch welchen sich die Gesellschaft konstituiert und auch immer wieder reproduziert. Die Gesellschaft ist nichts naturgegebenes, sie ist in ständigem Wandel. Dies ist ein wichtiger anti-essentialistischer Hinweis ohne welchen gesellschaftlicher Wandel nicht untersuchbar wäre. (vgl. Jessop 1990:5ff.)

2.3.1. Der Staat

Auch der Staat ist nicht essentialistisch zu betrachten. Er entspringt der Gesellschaft, ist aber gleichzeitig mehr und nicht als statisch oder als steif zu betrachten, sondern als prekäre, relative Einheit. Vielmehr können innerhalb eines Staatsgefüges mehrere „Staatsprojekte“ beteiligt sein, welche durchaus auch in Konkurrenz zueinander stehen und um Hegemonie kämpfen. (vgl. Jessop 1990:6-9; 366) Erst die Hegemonie einer Fraktion des Machtblocks kann die Einheit der Staatsapparate herstellen, ansonsten kann es zur Dominanz

einzelner über die anderen oder sogar zu Konkurrenzverhalten innerhalb der Staatsapparate kommen. (vgl. Poulantzas 2002:22) Ausgangspunkt für Jessops Staatsbegriff ist die materialistische Staatstheorie Nicos Poulantzas, welche den Staat als soziale Beziehung betrachtet. (vgl. Poulantzas 2002) Der Staat besitzt aus sich heraus keinerlei Macht, diese erlangt er erst durch die verschiedenen sozialen Kräfte die in ihm und durch ihn wirken. Außerdem ist sein institutionelles Ensemble nicht als neutral zu verstehen, sondern als gewisse soziale Kräfte privilegierend (siehe hierzu die „strategische Selektivität“ weiter unten). (vgl. Jessop 1990:117, 256) Der Staat bildet also vielmehr „eine Arena, in der sich die sozialen Kräfteverhältnisse objektivieren und materiell verdichten.“ (Bieling 2009:385) In Jessops Worten ist der Staat eine formbestimmte Verdichtung vergangener und aktueller Kräfteverhältnisse (Jessop 1990:149, 269). Er darf weder als eine Sache noch als ein steuerndes Subjekt begriffen werden, er stellt ein materielles Gerüst dar (vgl. Jessop 2010:3; Poulantzas 2002:42). Er verändert seine Form und sein Erscheinungsbild je nach seinen Aktivitäten, den Ebenen auf welchen er operiert, den politischen Kräften, welche auf ihn wirken und den Umständen in welchen gehandelt wird (Jessop 2010:3). Die Kernaufgabe des Staatsapparates umfasst ein Ensemble aus Institutionen und Organisationen, welche allgemein verbindliche Entscheidungen im Namen des Allgemeininteresses (dieses ist immer als fiktiv zu verstehen; s.u.) formulieren und auch umsetzen, über Diskurse sowie politische Initiativen (vgl. Jessop 1990:341ff., 366; Heigl 2008:45). Der Staat besteht jedoch nicht isoliert in einer übergeordneten Position der restlichen Gesellschaft gegenüber, sondern ist eingebettet in ein breites politisches System innerhalb welchem er sich, mit anderen Institutionen und verbunden mit der Zivilgesellschaft, artikuliert (Jessop 2010:6). Diese Artikulationen zwischen Staat, politischem System und Zivilgesellschaft sind für den strategisch-relationalen Ansatz von besonderem Interesse. Jessop hütet sich davor eine klare Definition vom Staat zu geben, da er dies auch nicht als seine Aufgabe betrachtet, es ist ihm wichtiger ein Verständnis zu prägen, welches den Staat folgendermaßen untersucht: „as a form-determined social relation through a steady spiral movement from abstract to concrete and from simple to complex. Inevitably this movement can never be completed“ (Jessop 1990:341).

Das Konzept der „strukturellen Selektivität“ von Claus Offe und Nicos Poulantzas, sowie systemtheoretische Überlegungen Niklas Luhmanns, sind Ausgangspunkte für Jessops Konzeptentwicklung der „**strategischen Selektivität**“ des Staates. Innerhalb des Staatsapparates reguliert die strategische Selektivität, welche Gruppen oder sozialen Kräfte zum Staatsapparat Zugang haben und welche nicht. Jeder Staatstyp ist für manche Gruppen offener oder auch verschlossener, je nachdem welche Strategien diese Gruppen anwenden und

wie die Staatsform aussieht. Jessop merkt richtig an, dass Poulantzas sich hier auf die Zugehörigkeit zu einer Klasse oder Ideologie konzentrierte, dabei aber Kategorien wie Gender, Ethnie oder Altersgruppen vernachlässigte. (vgl. Jessop 1990:70, 256, 260)

Das Konzept der „strategischen Selektivität“ erlaubt nun, im Gegensatz zu früheren marxistischen und materialistisch-staatstheoretischen Strömungen, die Artikulationen zwischen Staat und Zivilgesellschaft zu untersuchen. Auch der Strukturfokus wird gelöst und die vielen disziplinierenden Institutionen und Mechanismen in der Zivilgesellschaft können untersucht werden. Jessop geht von einem dialektischen Verhältnis zwischen Struktur und Handlung aus. Gewisse gesellschaftliche Kräfte formen Strukturen und die Strukturen formen die Handlungen der sozialen Kräfte, kein Aspekt ist jedoch dominant. Die Momente in denen sich Strukturen verfestigen sind im foucaultschen Sinne als Kristallisierungspunkte vergangener oder auch noch in Anwendung befindlicher Strategien zu verstehen, welche gesellschaftliche Fraktionen anwenden, um ihre Interessen durchzusetzen. (vgl. ebd.:256, 259f.) Anhand einer Weiterentwicklung von Foucaults und Poulantzas Arbeiten - welchen es nach Jessop beiden nicht gelungen ist die Artikulationsebene zwischen Mikro- und Makrolevels der gesellschaftlichen Organisation auszumachen - hofft er jenes Problem zu lösen (vgl. Jessop 1990: 9f., 194, 249).

Um den Staat in seiner Form zu verstehen sind drei Analysefaktoren besonders wichtig: Formen der Repräsentation, Formen der Intervention und Formen der Artikulation des Staates in seiner institutionellen Gesamtheit (z.B.: Parlamentarismus, Korporatismus, Tripartismus). Formen der Repräsentation prägen die Artikulationsweisen von Kapitalinteressen innerhalb einer bestimmten Akkumulationsstrategie und inwiefern sie weiters durch die strategische Selektivität in diese Formen eingeschrieben werden, womit gewisse Strategien gegenüber anderen privilegiert werden. Unterschiedliche Interventionsformen haben ebenfalls Auswirkungen auf den Erfolg gewisser Strategien. Alle politischen Kräfte werden durch diese Formen geprägt und können nicht unabhängig vom Staat existieren. Außerdem sind die „soziale Basis“ der Unterstützung und des Widerstands betreffend der Staatsmacht, die Natur des hegemonialen Projektes um welches die Staatsmacht zentriert wird, und das Staatsprojekt, welches dem Staat in seinen Apparaten eine gewisse operationelle Einheit verschafft, genau zu untersuchen. (Jessop 2010:28; 1990:117ff., 161)

Unter der **sozialen Basis** des Staates versteht Jessop: „the specific configuration of social forces, however identified as subjects and (dis-)organized as political actors, that support the basic structure of the state system, its mode of operation and its objectives.“ (Jessop 1990:

207) Innerhalb der sozialen Basis muss es jedoch nicht 100-prozentige Übereinkunft geben, lediglich der institutionelle Rahmen und das herrschende „policy-paradigm“ müssen konsensual akzeptiert werden um innerhalb dessen auch Konflikte um gewisse policies auszutragen. Außerdem muss beachtet werden, dass „political support of this kind is not reducible simply to questions of ‘consensus’ but depends on specific modes of mass integration which channel, transform and prioritize demands, and manage the flow of material concessions necessary to maintain the ‘unstable equilibrium of compromise’ which underpins such support“ (ebd. 207, 161). Des Weiteren ist diese soziale Basis heterogen und ihre Bekenntnis zum Staat kann in Intensität variieren. All diese Unterschiede, welche auch in unterschiedlichen materiellen Zugeständnissen oder symbolischer Honorierung einerseits, andererseits in der Repression seitens des Staates bestehen, sind in Bezug zum hegemonialen Projekt zu betrachten. (vgl. ebd.) Hierzu jedoch später mehr (siehe Abschnitt 2.3.1.1.).

Zuerst soll noch das Verständnis des Staates als soziale Beziehung und somit Austragungsort (i.O.: site), Erzeuger und Produkt von Strategien dargestellt werden. Als Austragungsort verschiedener Strategien fungiert der Staat durch seine schon erwähnte strategische Selektivität. Der Staat und seine verschiedenen Branchen agieren jedoch auch als Erzeuger von Strategien, vor allem sogenannte Staatsmanager (hier meint Jessop sowohl Politiker*innen als auch hohe Beamte*innen) haben die Aufgabe die Strategien hier bestmöglich auf eine Gemeinlinie zu bringen. Zu guter Letzt ist der Staat jedoch auch das verfestigte Produkt der vergangenen strategischen Selektivitäten und derer, die für seine Transformation entwickelt wurden. (vgl. Jessop 1990:260ff.) Je anpassungsfähiger eine gewisse Strategie an den schon bestehenden Staat und dessen Selektivität ist, desto erfolgreicher wird sie in seiner Transformation sein. Umso besser man/frau also den Staat und seine Selektivität verstanden hat, desto leichter ist es ihn zu verändern. (vgl ebd.:266, 270)

Welche Analysefaktoren sind nun besonders wichtig, wenn wir die Organisationsform und die soziopolitische Basis eines Staates untersuchen wollen? Erstens verschiedene Formen der Repräsentation, wie die territoriale und funktionale Repräsentation, Pluralismus, Klientelismus und Populismus, auch die Rolle politischer Parteien, korporatistischer Formen, sozialer Bewegungen oder Staatsmanager sind hier von Interesse. Zweitens die interne Organisation des Staates, also die Verteilung von Macht innerhalb verschiedener Teile des Staatssystems, auch zwischen der Zentralregierung und eventuellen Landes- oder Departementsregierungen. Drittens die verschiedenen Formen der Intervention in die Zivilgesellschaft sowie die kapitalistische Ökonomie. Viertens die soziale Basis der

Staatsmacht, also unterstützende Fraktionen und Klassen, Allianzen etc.. Fünftens die Staatspraktiken und -projekte, welche die Grenzen des Staatssystems und die interne Einheit definieren. Sechstens die Diskurse, welche die fiktionale Gemeinschaft schaffen, deren Interessen und sozialen Kohäsionen vom Staat, innerhalb eines historischen Blocks und eines hegemonialen Projektes, gemanagt werden. (ebd.: 345f.)

2.3.1.1. Das hegemoniale Projekt

Grundsätzlich übernimmt Jessop das Konzept der politischen, intellektuellen und moralischen **Hegemonie** der dominanten „Klassen“, welche diese durch die Zustimmung der und Zugeständnisse an die dominierten „Klassen“ erreicht, sowie zumindest temporäre und teilweise Rückstellung eigener Interessen fast ident von Gramsci. (vgl. Jessop 1990:42, 161, 207f.) Dieser Balanceakt zwischen den Zugeständnissen an gewisse Teile der Gesellschaft und dem zumindest temporären Verzicht auf die Befriedigung eigener Interessen kann als Herstellung eines „**Allgemeininteresses**“ verstanden werden. Dieser Prozess ist sowohl bei der Entstehung politischer als auch ökonomischer Hegemonie zu berücksichtigen. (vgl. Jessop 1990:51; Heigl 2008:41) Dieses Allgemeininteresse ist immer als fiktional oder illusorisch in dem Sinne zu verstehen, da dessen Formulierung immer auf einem strategisch selektiven Terrain stattfindet zu welchem nicht alle Interessen, Meinungen und Werte Zugang haben, insofern repräsentiert es niemals die Gesamtheit der Interessen einer Bevölkerung. (Jessop 2010:11)

Das Rezept, um an die Führung zu kommen, ist die Entwicklung eines spezifischen hegemonialen Projektes, welches den abstrakten Konflikt zwischen Partikular- und Universalinteressen befrieden kann, indem es sie vereint. Außerdem müssen Ansätze entwickelt werden wie mit entstehenden Gegen-Kräften umgegangen wird, um diese zu neutralisieren. Dies geschieht, einerseits durch den Aufbau eines „fiktiven“ Allgemeininteresses, sowie andererseits durch spezifische politische, intellektuelle und moralische Praktiken, wie die Mobilisierung für ein konkretes „national-popular program of action which asserts a general interest in the pursuit of objectives that explicitly or implicitly advance the long-term interests of the hegemonic class (fractions) and which also privileges particular “economic-corporate” interests compatible with this program.“ (ebd.:208; vgl.ebd.: 161, 181) Hegemoniale Projekte beziehen sich sowohl auf ökonomische Bedingungen, als auch auf das Feld der Zivilgesellschaft und den Staat. (vgl. ebd.:208)

Um ein solches hegemoniales Projekt erfolgreich zu realisieren identifiziert Jessop drei Grundvoraussetzungen: seine strukturelle Determinierung, seine strategische Orientierung und die Beziehung zur Akkumulation. Jene sollen etwas näher beschrieben werden:

- Die strukturelle Determinierung der Hegemonie bezieht sich auf die Privilegien die in einer spezifischen Staatsform für gewisse Gruppen und Interessen implizit sind. Hier sind auch die schon früher erwähnten Formen der Repräsentation, Intervention und Artikulation gemeint. Angesprochen ist die **strategische Selektivität** des Staates. Zur Debatte stehen hier Formen (im strukturellen Sinne) des politischen Kampfes und deren Implikationen für die strategischen Beziehungen zwischen politischen Kräften. Innerhalb dieser Rahmenbedingung gibt es immer wieder kurzzeitige Hegemonieveränderungen, Instabilitäten oder sogar Hegemoniekrisen. Aber grundsätzlich verursacht die strukturelle Selektivität des Staates, dass die Hegemonie zu den strukturell privilegierten Klassen nach einiger Zeit wieder zurückkehrt. (ebd.:209)
- Die Entwicklung eines hegemonialen Projektes muss erfolgreich die Realisation bestimmter Partikularinteressen untergeordneter sozialer Kräfte mit der Verfolgung eines „national-popular programs“ - welches langfristige Interessen der hegemonialen Kräfte impliziert - verbinden. Die Eroberung der Hegemonie beinhaltet, laut Jessop, die drei Bereiche der politischen, intellektuellen und moralischen Führerschaft. Es involviert also die Integration verschiedener strategisch signifikanter Kräfte als Subjekte mit spezifischen Interessen und die gleichzeitige Zurückweisung alternativer Interessens-Interpellationen; außerdem, die Formulierung eines generellen national-popularen Projektes, dessen Realisierung die partikularen „economic-corporate interests“ der untergeordneten sozialen Kräfte stärken wird. Schlussendlich meint es auch eine Spezifizierung eines „policy paradigm“, innerhalb welchem Interessenskonflikte und Forderungen diskutiert werden können, ohne das allumfassende Projekt zu gefährden. Die Möglichkeit zur Bildung eines hegemonialen Projektes durch die subalternen Klassen ist oft vorhanden, jedoch sind diese sehr verletzlich. Es ist deshalb wichtig, die Eroberung ideologischer Hegemonie, mit einer langfristigen Reorganisation der Staatsform, welche der alten herrschenden Klasse strukturelle Privilegien zu Teil werden lässt, zu koppeln. (vgl. ebd.209f.)
- Es besteht kein Grund dazu, hegemoniale Projekte als ausschließlich ökonomisch zu verstehen oder ökonomischen Aspekten Priorität zuzusprechen. Allerdings erfordert die Verfolgung eines hegemonialen Projektes sehr wohl materielle Zugeständnisse an subalterne Kräfte, sowie eine gewisse ökonomische Produktivität. Es muss also sowohl

eine materielle Grundlage, als auch eine, falls nötig, alternative ökonomische Strategie vorhanden sein, um ein hegemoniales Projekt glücken zu lassen. (vgl. ebd.210)

Es bleibt noch festzuhalten, dass jeder funktionierende Staat ein hegemoniales Projekt benötigt, um Konflikte zu limitieren und bestmögliche Harmonie unter den verschiedenen Bereichen des Staatsapparates zu gewährleisten. Dadurch wird die allgemeine Hegemonie gefestigt. (vgl. ebd.)

Ich möchte bezüglich des Kampfes um Hegemonie auch noch auf Antonio Gramscis Konzepte der „passiven Revolution“ und des „Stellungskrieges“, welche Jessop ebenfalls bearbeitet, eingehen. Jessop spricht hier von expansiver Hegemonie durch mehrere Formen passiver Revolution, die kontinuierlich zu einem regelrechten Manöverkrieg gegen die Massen werden kann. Ein expansives Projekt zielt darauf ab die aktive Unterstützung der Mehrheit zu erlangen und zu erweitern. Erreicht wird dies durch eine Kombination aus materiellen und symbolischen Zugeständnissen, angehängt an ein „national-popular program“. (vgl. ebd.:212f.) Im Unterschied zu einem expansiven Projekt fehlt dem Ansatz der passiven Revolution ein konsensuas Programm, welches zur breiten Partizipation der Bevölkerung anregt, und von welchem sowohl die breite Masse als auch die dominanten Fraktionen profitieren können. Die Passive Revolution jedoch drängt die Interessen der dominanten Fraktion den Massen durch einen Stellungskrieg auf, welcher partikulare Volksinteressen durch Kompromisschließungen vorantreibt. Andererseits kann ein expansives hegemoniales Projekt einen Manöverkrieg gegen die organisierten Volksmassen bedeuten, welche das dominante politische und ideologische System angreifen. Diese offenen Kriege - im übertragenen Sinne - gehen mit einer Hegemoniekrise einher. (ebd.:213)

Im Falle erfolgreicher hegemonialer Projekte, also der erfolgreichen Herstellung eines Allgemeininteresses und dessen Stabilität in der politischen sowie ökonomischen Sphäre, bildet sich, ganz im Sinne Gramscis, ein „historischer Block“. In späteren Werken nennt Jessop dies auch „social fix“. Innerhalb dieses Prozesses übernimmt Jessop ebenfalls die wesentliche Rolle der organischen Intellektuellen aus Gramscis Theoriekonzept. (vgl. ebd.:214; Heigl 2008:41ff.)

Mit Hilfe des Konzeptes der hegemonialen Projekte versucht Jessop das statische Moment des Konsenses in Gramscis Hegemonietheorie zu überkommen und schenkt den Dynamiken der Hegemonieentstehung und -Bildung mehr Aufmerksamkeit (vgl. ebd.:217).

2.3.2. Die ökonomische Sphäre

Nicht nur der Staat ist eine soziale Beziehung sondern auch das Kapital. Jessop greift hier vor allem auf die Erkenntnisse der Regulationstheorie zurück, um mit einem nicht-ökonomistischen Verständnis des kapitalistischen Akkumulationsprozesses zu arbeiten. (vgl. Bieling 2009:387) Auch bezüglich der gewählten Akkumulationsstrategien des Staates arbeitet Jessop mit dem Konzept der Hegemonie, ökonomischer Hegemonie die einerseits durch Führerschaft aber auch generelle Akzeptanz erreicht werden kann. Es ist hier einerseits wichtig, dass die Interessen anderer Fraktionen integriert werden, die Verwirklichung der eigenen jedoch langfristig das Ziel bleibt. Nur wenn „subordinate economic classes“ sowie nicht-hegemoniale Fraktionen eine zustimmende Haltung inne haben kann von Hegemonie gesprochen werden, ansonsten handelt es sich um ökonomische Dominanz. (vgl. Jessop 1990:198-201) Ökonomische Hegemonie ist essenziell für die gesamtgesellschaftliche Hegemonie der herrschenden Gruppe, nur kulturelle oder staatliche Hegemonie reicht nicht aus. Das hegemoniale Projekt und die hegemoniale Akkumulationsstrategie gehen Hand in Hand und bedingen sich auch gewissermaßen gegenseitig. Wenn die hegemonialen Fraktionen nicht ausreichend auf den eigenen Profit oder deren Interessenserfüllung verzichten, beginnt die Hegemonie wegzubrechen und es entsteht eine Krise. (vgl. ebd.:199f., 208) Dies wird zwar für die weitere Analyse Boliviens wichtig sein, jedoch werde ich diesem Teil des strategisch-relationalen Ansatzes weniger Aufmerksamkeit schenken, da für mich auf dem staatstheoretischen Teil der Fokus liegt.

2.3.3. Krisen der Hegemonie

Auf ökonomischer Seite ist es also wichtig, dass stabile Rahmenbedingungen durch die ökonomische Hegemonie einer Akkumulationsstrategie erhalten bleiben, um auch weiteren Wettbewerb und Konkurrenzkämpfe zwischen den verschiedenen Strategien zu ermöglichen, ein gewisser Ausgleich an Zugeständnissen muss jedoch erhalten bleiben. Wie sieht es nun auf der Seite der Politik mit einer Krise aus? Gramsci beschreibt in diesem Zusammenhang sehr anschaulich was eine Hegemoniekrise auslöst und welche Folgen sie hat:

„An einem bestimmten Punkt ihres geschichtlichen Lebens lösen sich die gesellschaftlichen Gruppen von ihren traditionellen Parteien, das heißt, die traditionellen Parteien in dieser gegebenen Organisationsform, mit diesen bestimmten

Männern, die sie bilden, sie vertreten oder führen, werden von ihrer Klasse oder Klassenfraktion nicht mehr als ihr Ausdruck anerkannt. Wenn diese Krisen eintreten, wird die unmittelbare Situation heikel und gefährlich, weil das Feld frei ist für die Gewaltlösung, für die Aktivität obskurer Mächte, repräsentiert durch die Männer der Vorsehung oder mit Charisma. [...] In jedem Land ist der Prozess ein anderer, obwohl der Inhalt der gleiche ist. Und der Inhalt ist die Hegemoniekrise der führenden Klasse, die entweder eintritt, weil die führende Klasse in irgendeiner großen politischen Unternehmung gescheitert ist, für die sie den Konsens der großen Massen mit Gewalt gefordert oder durchgesetzt hat (wie der Krieg), oder weil breite Massen (besonders von Bauern und intellektuellen Kleinbürgern) urplötzlich von der politischen Passivität zu einer gewissen Aktivität übergegangen sind und Forderungen stellen, die in ihrer unorganischen Komplexität eine Revolution darstellen. Man spricht von „Autoritätskrise“, und das eben ist die Hegemoniekrise oder Krise des Staates in seiner Gesamtheit.“ (Gramsci 1996:1577f.)

Diese Erkenntnis wird außerordentlich wichtig für die Analyse des Wandels in Bolivien sein. Jessop macht einen Unterschied zwischen Hegemonie-Krisen und Ideologie-Krisen. Erstere ist immer die Krise eines spezifischen hegemonialen Projektes und kann durch eine neuerliche Spezifizierung der Ziele und Taktiken innerhalb derselben ideologischen Matrix überwunden werden. Wohingegen letztere genereller in ihrer Form ist und eine radikalere Re-Artikulierung praktischer Moral des Gemeinwillens und der allgemeinen Werte benötigt. (vgl. Jessop 1990:217) Er unterscheidet auch zwischen unterschiedlichen Ausprägungen von Staatskrisen, welche Krisen der Repräsentation, der Institutionalität des Staates, der Rationalität, eben angesprochene Hegemoniekrisen, Legitimitätskrisen und organische Krisen sein können. Krisen des Parteiensystems deuten ebenfalls oftmals auf Staatskrisen hin, politische Parteien verbinden nämlich aktiv die gesellschaftliche Sphäre mit verschiedenen sozialen Kräften, wodurch sie die soziale Basis des Staates sichern und konkrete Staatsformen konstituieren. (ebd.:346f., 364)

2.3.3.1. Die Krise des Staates nach Álvaro García Linera

Ich möchte an dieser Stelle eine Ergänzung durch Álvaro García Linera einfließen lassen, dem Vizepräsidenten Boliviens, der selbst politischer Soziologe ist und sich eingehend mit der Staatlichkeit und den Veränderungen Boliviens beschäftigt hat. Er bezieht sich in seinen

Analysen vor allem auf Gramscis These des „empate catastrófico“ - des katastrophalen Patts. Dies ist die zweite Etappe innerhalb der Krise des Staates (die erste Etappe ist die Sichtbarwerdung der Krise), welche vor allem strukturell bedingt ist und sich durch drei Charakteristika auszeichnet: 1. einer Konfrontation zweier politischer nationaler Projekte, welche durchaus mit mehreren Mobilisierungen der Bevölkerung einhergehen kann, 2. einer Konfrontation im institutionellen Bereich (parlamentarisch oder sozial) zweier sozialer Blöcke die nach der Machtergreifung streben und 3. einer Paralyse der Staatsmacht. Dieser Zustand kann Monate oder sogar Jahre dauern, doch eines Tages tut sich ein Ausweg auf. Dieser Ausweg ist die dritte Etappe in der Staatskrise, die Konstruktion der Hegemonie. (García Linera 2008:25ff.)

2.3.3.2. Der Aufbau der Hegemonie

García Linera beschreibt weiters die Phase des Hegemonieaufbaus sehr detailliert: Die erste Etappe ist die Vorherrschaft eines politisch-nationalen Projektes, welches auch das Potential zur sozialen Mobilisierung bewiesen hat. Darauf folgt die zweite Etappe, ein sogenannter „punto de bifurcación“ - wortwörtlich übersetzt ein Punkt der Weggabelung, zutreffender jedoch ist ein „Entscheidungsmoment“ - an diesem tut sich eine sogenannte Gegenbewegung, oder auch Konterrevolution auf. Diese bewirkt in einer weiteren Etappe entweder, wie durch Jessop oben schon angedeutet - zwar unter neuen Umständen - schlussendlich die Rückkehr zum alten Staat, oder es konsolidiert sich ein neuer Staat, natürlich immer noch durch Konflikte durchzogen, jedoch deutet sich eine fortschreitende Stabilisierung an. Dieser Moment ist sehr fragil und zeichnet sich durch die Auflösung der strukturellen Stabilisierung des neuen Staates, ein Aufkommen von gewaltvoller Macht/Streitkraft und einer Politik, die der Weiterführung des Krieges mit anderen Mitteln gleichkommt - ganz nach Foucault und Nietzsche - aus. Er endet in einem moralischen Sieg, also einem hegemonialen Sieg einer Gesellschaftsfraktion über die restlichen. (García Linera 2008:27f.)

2.3.4. Theoretische Ergänzungen zum regionalen Spezialfall Lateinamerika

Ich möchte nun noch einige Ergänzungen zu diesem theoretischen Konzept machen, welche sich vor allem auf Ausführungen Miriam Heigls beziehen, jedoch auch andere Autor*innen zu Wort kommen lassen. Es handelt sich hier vor allem um Ergänzungen, die den Sonderfall

Bolivien als lateinamerikanischen, post-kolonialen Staat betreffen, jedoch auch um theoretische Ergänzungen zum strategisch-relationalen Ansatz.

Wie Miriam Heigl richtig anmerkt, nimmt Jessop kaum Rücksicht auf die von Poulantzas als wichtig eingeschätzte Rolle des Staatspersonals. Laut Poulantzas werden am Staatspersonal die Klassenkämpfe, welche auch den Staat durchziehen, deutlich und führen zu Spaltungen, Rissen und Brüchen innerhalb des staatlichen Personals und der Staatsapparate. Dieses stellt eine eigene soziale Kategorie dar, hat jedoch keine Klassenstellung inne. (vgl. Poulantzas 2002:185f.; Heigl 2009:46) Die Kämpfe der Volksmassen stellen „beständig die Einheit des staatlichen Personals, das im Dienst der Macht und der hegemonialen Fraktion steht, in Frage.“ Diese „entsprechen [jedoch] nicht eindeutig und vollständig den Spaltungen im Klassenkampf“ (Poulantzas 2002:186). Poulantzas begründet dies in der Klassenzugehörigkeit des Staatspersonals (vgl.ebd.). Es ist hierbei jedoch, vor allem im Falle Boliviens zu bedenken, dass in peripheren Staaten, welche oftmals stark durch klientelistische Systeme geprägt sind, dieser Klassenkampf innerhalb des Staates andersartig ausgeprägt sein muss. Dies ergibt sich aus dem Ausschluss großer Bevölkerungsteile (z.B. Indígenas) aus den staatlichen Apparaten, wodurch gewisse Interessen gar nicht erst vertreten werden. (vgl. zur Exklusion auch Molyneux 2000:43) Dadurch führt der Klientelismus sicherlich oft zu einer größeren Einheit im Staatspersonal. Hierzu jedoch später genaueres in Bezug auf Bolivien. Die herrschende Ideologie innerhalb des Staates - die des neutralen Staatsapparates „als dem Vertreter des Allgemeininteresses und Allgemeinwohls, als dem Schiedsrichter im Klassenkampf“ - manifestiert sich auch in den Staatsapparaten selbst und im Staatspersonal (Poulantzas 2002:187). Es führt dazu, dass das Staatspersonal seine eigene Rolle und seine Stellung gegenüber dem Volk nicht in Frage stellt und somit jederlei Forderung nach Selbstverwaltung und direkter Demokratie sehr misstrauisch gegenübersteht. Poulantzas stellt außerdem ganz richtig fest, dass eine ledigliche Umorientierung eines Teils des staatlichen Personals in eine progressivere oder auch „linkere“ Richtung niemals ausreichend ist um „eine Transformation des Verhältnisses von Staat und Volksmassen“ herbeizuführen. Auch ein Austausch des staatlichen Personals ist hier nicht ausreichend. Es muss parallel zu einer Transformation des institutionellen Gerüstes kommen. Erstere Maßnahmen sind zwar nicht unwichtig, Poulantzas weist jedoch auf die große Wahrscheinlichkeit hin, dass im Falle eines Verzichtes auf Strukturveränderung, das neue Personal dieselbe Praxis, welche in den Strukturen des Staates eingeschrieben ist, reproduzieren würde. (vgl. ebd.188f.) Poulantzas empfiehlt hier eine radikale Transformation des Staates, welche weder den Aufbau eines

Parallelstaates meint - wie frühere Marxisten dies vorgeschlagen haben - noch einen Reformismus im sozialdemokratischen Sinne, auch soll es nicht einer Komplettzerstörung des Staates gleichkommen. Vielmehr muss vor allem den sogenannten „Volksmassen“ mehr Vertrauen geschenkt werden, und direkte sowie Basisdemokratie gefördert werden. Damit ist dann auch eine Fokuslegung auf die inneren Widersprüche des Staates möglich und die Kräfteverhältnisse können vielleicht verschoben werden. (vgl. ebd.:278-294) Denn wie Poulantzas ganz richtig meint „Die Macht ist keine quantifizierbare Substanz, die der Staat besitzt und die man ihm entreißen müsste. [...] Er ist das Zentrum der Ausübung politischer Macht“ (ebd.:285). Dieser Schauplatz des „Massenkampfes“ muss verändert werden, indem die Punkte des Widerstands des Volkes innerhalb des Staates freigelegt und aktiviert werden, somit kann sich die Materialität und auch Selektivität des Staates verschieben, durch den Zugriff der Zivilgesellschaft (vgl. ebd.:286f.). Die eben genannten Punkte verstärken meinen schon weiter oben angemerkt Zweifel an Poulantzas Kritik am Machtverständnis Foucaults ganz wesentlich. Die These Foucaults, dass der Widerstand niemals außerhalb der Macht liegt, sehe ich auch in Poulantzas Ausführungen zur Transformation des Staates eindeutig vorhanden.

Die Organisation der „Volksmassen“ ist, neben dem eben geschilderten Grund, wichtig um die „Reaktionen des Gegners“ auf diese Transformation abzufangen. Damit sind die ehemaligen Gruppen an der Macht gemeint. Hierzu ist eine aktive und breite Volksbewegung unersetzbare, die die Transformation unterstützt und ihr dadurch Legitimität zuspricht. Im Grunde wird hier der sogenannte „punto de bifurcación“ von García Linera angesprochen. In diesem Zusammenhang ergibt sich das Potential für die Entstehung eines Konkurrenzkampfes zwischen den zwei antreibenden Kräften der Transformation. In Bezug auf Bolivien zwischen den sozialen Bewegungen und dem offiziellen politischen Akteur (der MAS, also einer Partei). Eine Konfrontation zwischen diesen Mächten würde entweder in der Sozialdemokratisierung oder einer autoritären Diktatur münden. Die radikale Transformation des Staates ist also ein langer und schwieriger Prozess, der sehr viele Gefahren in sich birgt. (vgl. ebd.: 278-294)

Daraus ergibt sich die Konsequenz, dass ein bloßer Regierungswechsel nicht ausreicht um gravierende Veränderungen in den staatlichen Praktiken zu erwirken. Es muss ein gleichzeitiger Versuch bestehen, sowohl das bürokratische Personal als auch die bürokratischen und amtlichen Vorgänge zu ändern, also die Strukturvorgaben. Doch selbst auf eine neue Verfassung, darf kein volliger Verlass sein. Es ist ein ständiges Wechselspiel, in dem sowohl das veränderte Handeln und ideologische Denken der Akteur*innen berücksichtigt werden muss, als auch die stetige Transformation von Strukturvorgaben.

Auch Gramsci merkt, wie weiter oben schon erwähnt, an, dass eine neue Regierungsmacht niemals ausreichend ist. Die Mehrheit der Menschen muss erreicht werden, um einen Kampf um den Alltagsverstand und in weiterer Folge der Hegemonie zu führen. (vgl. Gramsci GH Bd.6:1382)

Heigl ergänzt wiederum Poulantzas These darum, dass die Transformation der Materialität in „der erfolgreichen gesellschaftlichen Verankerung eines gegen-hegemonialen Projektes“ beruht, was bedeutet, „dass veränderte gesellschaftliche Kräfteverhältnisse insbesondere dann zu einer Transformation der institutionellen Materialität führen, wenn sie auch die herrschenden gesellschaftlichen Kräfte in den einzelnen Formationen erfassen.“ (Heigl. 2007b:130).

Eine weitere Anmerkung Heigls ist die Wichtigkeit einer materiellen Basis zur Hegemoniebildung im Gramscianischen Sinne. Dies soll heißen, dass die führende Klasse oder Gesellschaftsfraktion auch entscheidend an den ökonomischen Aktivitäten einer Gesellschaft beteiligt sein muss. (vgl. Heigl 2009:46; Gramsci GH 13:1567) Daraus lässt sich schließen, dass gesellschaftliche Fraktionen, die den Kampf um die Hegemonie aufnehmen wollen, auch einen Weg finden müssen, um sich durch eine Beteiligung an den ökonomischen Aktivitäten des Staates eine materielle Basis zu schaffen.

Heigl verweist ebenfalls darauf, dass in kapitalistischen Gesellschaften außerhalb des fordristischen Raumes von einer relativ schwach ausgeprägten Zivilgesellschaft - im gramscianischen Sinne - auszugehen ist. Damit verbunden ist eine begrenzte Fähigkeit zur Hegemoniebildung zu erkennen, was unter anderem auf den hohen Anteil ausländischer Eigentümer an der nationalen Industrie zurückzuführen sei (siehe dazu oben, materielle Basis). Es handle sich hier wesentlich öfter um „klientelistische Praktiken zur Stabilisierung des gesellschaftlichen Gefüges“ als um Hegemonie. (Heigl 2009:46f.; vgl. Heigl 2007a:281) Inwiefern dann, vor allem in Bezug auf Bolivien, sogenannte „nicht-hegemoniale Konstellationen“, in welchen „die Gewinnung spezifischer Staatsapparate für die Durchsetzung politischer Projekte von besonderer Bedeutung“ ist, zutreffend für die Analysearbeit sind, wird sich noch zeigen (vgl Heigl 2009:47).

Nach Fernando López-Alves ist vor allem im südamerikanischen Raum von einer anderen Art von Staatlichkeit auszugehen, als zum Beispiel in Zentraleuropa und Nordamerika. Er versucht in einem seiner Aufsätze das Staatsformationskonzept Charles Tilly's, welches die Wichtigkeit einer Kombination aus Krieg und kapitalistischer Entwicklung betont, auf

lateinamerikanische Staaten umzulegen. Vorweg möchte ich darauf aufmerksam machen, dass dieses Konzept stark umstritten ist, jedoch einige interessante Punkte für den Fall Bolivien und generell periphere Staatenwelten offeriert. Der Unterschied zwischen Europa und Lateinamerika liegt für ihn in der wichtigen Rolle des Krieges als Kapitalerzeuger und auch in der in Europa liegenden zentralen Autorität. Dieser Ansatz zielt vor allem auf die Prozesse ab, welche durch einen Krieg in Gang gesetzt werden; wie Prozesse der politischen Zentralisierung, die Einführung eines Steuersystems und Ausweitung der Staatsbürgerschaftsrechte was mit einer Ausweitung der Registrierung der Bevölkerung einhergeht. All diese Punkte sind tatsächlich lange Zeit oder noch immer nicht umgesetzt in Bolivien. López-Alves Erklärung hierfür ist, dass in Lateinamerika Krieg in ganz anderen Formen feststellbar war und ist, zum Beispiel als Zivilkrieg, Kolonialkrieg, Unabhängigkeitskrieg, jedoch selten als Kriege unter verschiedenen Staaten. Es sind hier eher revolutionäre Prozesse zu betrachten, welche nach Tilly's knapp vorgestellten Theorie ein Hinweis darauf wären, dass der Staatsformationsprozess in einigen Ländern Lateinamerikas noch gar keinen Abschluss gefunden hat. (vgl. López-Alves 2001; Jessop 2010:64)

Hervor zuheben für das Thema dieser Arbeit, ist dass die Staatlichkeit, von welcher der strategisch-relationale Ansatz ausgeht, eine europäisch-nordamerikanisch geprägte ist und in der Analyse eines peripheren Staates, welcher nach wie vor das Erbe des Kolonialismus, eine nicht einheitliche ethnische Bevölkerungsstruktur, Clientelismus, Caudillismo und schwere wirtschaftliche wie politische Krisen, zu verdauen hat, berücksichtigt werden muss. Ebenso wie dass diese Staatlichkeit eventuell noch in einem Entstehungsprozess ist oder zumindest nicht so verfestigt ist. Auf diesen Punkt werde ich später noch einmal konkret im Falle Boliviens zurückkommen.

Auch die weiter oben erwähnte Umstrittenheit über die Anwendbarkeit des Hegemoniekonzeptes Gramscis auf periphere Gesellschaftsformationen, sowie die Infragestellung der Stärke der Zivilgesellschaft, möchte ich natürlich nicht einfach unberücksichtigt lassen. Vor allem ersterer Punkt wird im Rahmen dieser Arbeit noch genauer hinterfragt werden. Dies ergibt sich daraus, dass die Ursachen für den gesellschaftlichen Wandel in Bolivien wesentlich in einer Hegemoniekrise und einer eventuellen „nicht-hegemonialen Konstellation“ gesucht werden. Auch die große Einflussnahme durch ausländische Akteur*innen und Hilfsorganisationen wird Eingang in die Untersuchung finden. Unter Berücksichtigung dieser Einschränkungen soll schließlich trotzdem die MAS als

hegemoniales Projekt untersucht, sowie die Veränderungen der „strategischen Selektivität“ des Staates näher betrachtet werden.

2.3.5. Handlungsmacht von Akteur*innen und Möglichkeiten zum „Widerstand“

Ich möchte hier nun einerseits aus dem bisher schon behandelten und andererseits durch Ergänzungen zusammenfassen, wie es um die konkrete Handlungsmacht von Akteur*innen steht, um gesellschaftliche Hegemonie zu kämpfen und wie die Ausformung des Kampfes beeinflusst wird.

Wie weiter oben schon erwähnt kommt es zunächst auf eine gewisse materielle Basis an, auf welche die gesellschaftlichen Fraktionen zurückgreifen müssen, die um Hegemonie ringen. Das Staatspersonal hat ebenfalls eine wichtige Rolle, sowie die bestmögliche Kenntnis über den Staat und dessen strategische Selektivität. Dies impliziert auch die Fähigkeit diese Kenntnis für sich nutzen zu können. Die Handlungsmacht und somit auch die Wirkungsmacht von Strategien, hängt schlussendlich von den „strategischen Selektivitäten bestehender Strukturen ab als auch von den variierenden Möglichkeiten der Akteure, sich in strategische Aktion zu begeben“ (Heigl 2009:49). Dies impliziert die Fähigkeit zur Allianzenbildung mit breiten gesellschaftlichen Teilen, die finanziellen Ressourcen und die Lernfähigkeit, also aus begangenen eigenen oder fremden Fehlern zu lernen. (vgl ebd.) Zu vergessen ist hierbei nie die Wechselbeziehung von Struktur und Handlung, dies ist kein einseitiges Verhältnis. Ich möchte hier auch noch kurz erwähnen wie nun überhaupt Akteur*inneninteressen nach Jessop entstehen. Sie „formen sich in konkreter Interaktion mit Strukturen relational aus“, sie „sind somit relational, relativ, von den jeweiligen Gegebenheiten abhängig und strategisch“ (Heigl 2009:48; vgl. Jessop 1990:244).

Ausgangspunkt für jegliche Handlungsmacht im „gegenhegemonialen Sinne“ ist jedoch die schon bei Gramsci und Foucault angesprochene Fähigkeit zur Hinterfragung von Normen, Wahrheiten und allgemeinen Praktiken und in weiterer Folge die Entwicklung von zumindest theoretischen Alternativen.

Ein stark begünstigender Umstand für Momente des Überganges oder Wandels ist wie oben schon angedeutet, eine Situation der Krise, sei sie wirtschaftlich oder politisch bedingt, oder beides. Krisen (der Hegemonie) haben zur Folge, dass sich schon verfestigte Strukturen etwas aufweichen und biegsamer werden, sowie Alternativen denkbarer und somit mehr Möglichkeiten und Motivationen zur Handlung vorhanden sind. Es sind „windows of opportunity“, die auch Zeiten des Chaos oder des Krieges Tür und Tor öffnen können. Es ist

in Wahrheit ein zweischneidiges Schwert mit vielen positiven als auch negativen Möglichkeiten. (vgl. Heigl 2009:52; Gramsci 1996:1577f.; Polanyi 1978; Jessop 1990; zur Regulationstheorie vgl. u.a. Karathanassis 1998, Becker 2002)

Bezüglich der Ergänzungen durch Miriam Heigl sind auch ihre Erkenntnisse zu Privatisierungsprojekten von Staatsunternehmen und generell neoliberalen Politiken hilfreich. Hierzu werde ich jedoch später in der konkreten Analyse Boliviens eingehen.

3. Bolivien

Ich möchte nun, bevor ich mit der tatsächlichen Analyse der bolivianischen Geschehnisse und Veränderungen der Staatlichkeit beginne, eine kurze historische Einleitung geben, sowie auf spezifische Eigenheiten Boliviens, welche für die Analyse wichtig sein werden, eingehen.

3.1. Eckpunkte

Bolivien, offiziell „plurinationaler Staat Bolivien“, ist ein im Süd-Westen Südamerikas gelegenes Land mit einer Fläche von 1.098.581 km² (in etwa dreimal die Staatsfläche Deutschlands) und einer Einwohnerzahl von rund 10,5 Millionen Menschen. Die Staatsform ist eine präsidentielle Republik, als offizielle Sprachen anerkannt sind 36 indigene Sprachen sowie Spanisch. Die üblichen Staatsorgane der Legislative, Exekutive und Judikative wurden durch die neue plurinationale Verfassung um ein elektorales Organ erweitert, welches vor allem für die Organisation und Überwachung von Wahlen verantwortlich ist.

Das Land ist durch eine vielfältige Flora und Fauna geprägt, welche auch klimatische Extremzonen einschließt. Diese wären im Westen des Landes die Anden, welche Höhen über 6000 Metern erreichen, im Norden und Osten Teile des Amazonas und im Südwesten die größte Salzwüste der Erde. Diese klimatischen Extremzonen sind dafür verantwortlich, dass weite Gebiete des Landes nur sehr dünn besiedelt sind und auch infrastrukturell schlecht an den Rest des Landes angebunden sind.

Einer der wichtigsten Faktoren der bei der Analyse Boliviens beachtet werden muss, ist der hohe Prozentsatz an indigener Bevölkerung. Offizielle Schätzungen bewegen sich zwischen 60 bis 65% - Indígenas stellen demnach die Bevölkerungsmehrheit dar. Der Begriff Indígena beschreibt allerdings keine homogene, ethnische Gruppe sondern hängt wesentlich von der Selbstwahrnehmung und Definition jedes Individuums ab. Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass diese Bevölkerungsmehrheit für lange Zeit aus der offiziell politischen sowie ökonomischen Sphäre exkludiert war und in großer Armut lebte/lebt. Bolivien ist das ärmste Land Südamerikas, gleichzeitig eines der ressourcenreichsten, sowie weltweit zweitgrößter Produzent von Koka. Einer der wichtigsten Faktoren der vor allem in Bezug auf die Staatlichkeit zu beachten ist, ist das Erbe des Kolonialismus, welches immer noch in die staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen Boliviens eingeschrieben ist und vielleicht nicht

mehr in seiner ursprünglichen Form erkennbar ist, sich aber in neuen und weniger offensichtlichen Ausprägungen immer noch finden lässt.

Ich möchte im Folgenden vor allem auf Boliviens Krisen eingehen, welche schon fast als permanent zu bezeichnen sind und die Gesellschaft, sowie auch die Politik, wesentlich beeinflussen. Hierbei werde ich mich vor allem auf Robert Lessmanns und Álvaro García Lineras Analysen stützen.

3.2. Boliviens Krisen

Robert Lessmann spricht von 5 Krisen die Bolivien prägen (2010a:15-21, 80f.; 2010b:146f.):

- Die Sozioökonomische Krise macht Bolivien wie schon erwähnt zum Schlusslicht des Index der menschlichen Entwicklung der Vereinten Nationen am südamerikanischen Kontinent. 63 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze von 2 US-Dollar pro Tag, was Bolivien unter anderem zum Land mit der größten Ungleichheit in Südamerika macht. 50 Prozent der Bevölkerung sind im informellen Sektor tätig.
- Mit der soziokulturellen Krise spricht Lessmann die Bevölkerungsmehrheit der Indigenen an und die kolonialen Strukturen, welche das Land nach wie vor prägen. Diese ethnische Fragmentierung lässt den bolivianischen Nationalstaat oftmals als Fiktion erscheinen. Des Weiteren überschneidet sich die ethnische Trennlinie überwiegend mit jener zwischen Arm und Reich.
- Als dritte Krise macht Lessmann die Legitimationskrise der Parteien aus. Obwohl vor fast 30 Jahren die Demokratie nach Bolivien zurückgekehrt ist, nahmen oder nehmen viele Bolivianer*innen ihre Parteien und die Politik im Allgemeinen nicht mehr ernst. Die Korruption und der Nepotismus, sowie die lange Zeit praktizierte „paktierte Demokratie“ - auf welche später noch genauer eingegangen wird - ließen das Fass überlaufen, und gewerkschaftliche sowie Nachbarschaftsorganisationen gewannen an Wichtigkeit.
- Ebenfalls zu berücksichtigen ist die Souveränitätskrise, welche einerseits in der starken Wirtschaftskrise, die mit einem starken Einflussgewinn ausländischer Akteur*innen einherging, zu begründen ist und andererseits auch in der starken US-amerikanischen Einflussnahme durch den „War on drugs“. Lessmann spricht in diesem Zusammenhang auch von einem „Aid Regime“, was heißen soll, dass

internationale Hilfsorganisationen stärker die Politik und das Nationalbudget beeinflussten als die bolivianischen Akteur*innen selbst.

- Zu guter Letzt spricht Lessmann noch das Ressourcenrauma an. Bolivien hat eines der größten Erdgas- und auch Erdölvorkommen Südamerikas, welches schon um 1900 entdeckt wurde. Die Profite flossen jedoch stets an ausländische Firmen, oder zumindest an Bolivianer*innen mit Lebensmittelpunkt im Ausland.

3.2.1. Die Krise des Staates

Viele bolivianische Autor*innen machen noch auf eine weitere schwerwiegende Krise aufmerksam - die Krise des bolivianischen Staates. Der Vizepräsident Álvaro García Linera macht diese vor allem an zwei Faktoren fest, die schon erwähnt wurden. Die ökonomische Krise - auch temporale Staatskrise genannt - genauer gesagt das Versagen der neoliberalen Öffnung Boliviens und dem stetigen wirtschaftlichen Herabsinken, welches sich auch stark auf die Bevölkerung auswirkte. Diese Politik beinhaltete auch einige Privatisierungen staatlicher Unternehmen, welche dem Staat einerseits Einnahmen für Sozialausgaben wegnahmen und andererseits auch das Souveränitätstrauma verstärkten. Mit dieser ökonomischen Krise ging, wie ebenfalls schon angedeutet, eine Delegitimierung des sozialen, politischen Systems und eine starke Frustration, vor allem innerhalb ärmerer Bevölkerungsschichten, einher. In Verbindung damit gab es eine Krise der staatlichen Institutionen - auch als langfristige Krise zu bezeichnen - die durch Betrug, Korruption und den Verlust der Demokratie gekennzeichnet war und eine Dualisierung des politischen Systems verursachte. Einerseits gab es die parlamentarischen Entscheide, andererseits war die Macht der Gewerkschaften, Nachbarschaftskomitees und der sozialen Bewegungen enorm. (García Linera 2011: 310, 324-330) Auch Pablo Stefanoni spricht von der gravierendsten Krise des bolivianischen Staates seit der nationalen Revolution 1952, in welcher auch er der Legitimitätskrise der traditionellen Parteien eine wichtige Rolle zuspricht. (vgl. Stefanoni 2005:270) Auf einige dieser Punkte werde ich weiter unten allerdings noch genauer eingehen.

Mir erschien es wichtig vor der tatsächlichen Analyse diese groben Fakten über das bolivianische System darzulegen, um auch immer wieder in Bezug auf die geschichtlichen Verläufe sowie die Theorie darauf zurückkommen zu können.

3.3. Historische Vorbedingungen

Ich möchte nun kurz die geschichtlichen Vorbedingungen klären, welche nicht direkt in die Analyse eingehen werden, aber doch als wichtig erachtet werden. Ich werde die Zeit vor der Unabhängigkeit Boliviens, also vor 1825, grundsätzlich aussparen, auch wenn natürlich sowohl in der vorkolonialen wie kolonialen Zeitspanne wichtige Spuren der heutigen Gesellschaftsformation zurückzuverfolgen wären. Als einzig wesentliches Element, welches ich nicht unberücksichtigt lassen möchte, da es mir als wesentlicher Bestimmungsfaktor der bolivianischen Gesellschaft und ihres Politikverständnis bis heute erscheint, ist das indigene System der Ayllus, welches ich im nächsten Punkt näher beschreiben werde.

Für die Zeit ab der Gründung der Republik bis zur Revolution 1952 werde ich nur einzelne wichtige Elemente wiedergeben. Die für diese Arbeit interessante Zeitspanne beginnt dann mit der Redemokratisierung 1982.

An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass die geschichtliche Darstellung Boliviens sich vor allem auf die Darstellungen „Robert Lessmanns: Das Neue Bolivien“ (2010), „Thomas Pampuch und Augustín Echalar: Bolivien“ (1993) und „Elke Mayerhofer: Politische Partizipationsmöglichkeiten indiger Bevölkerung am Beispiel Boliviens“ (2008) beziehen.

3.3.1. Vorkoloniales Ayllu-System und koloniales Erbe

Vor der Kolonialisierung Boliviens durch die Spanier betrieben die Indígenas ein sehr komplexes wirtschaftliches sowie politisches System, welches vor allem konsensual aufgebaut war und mit dem holistischen Weltverständnis des „sumak kwasay“ (gutes Leben) konform ging.

Robert Lessmann stellt sogar die Frage in den Raum, ob in diesem System der „Schlüssel zum Verständnis jener Kultur des Widerstands“ liegt (Lessmann 2010a:26). Das Ayllu war und ist eine Form der dörflichen Organisation, welche auch ein identitätsstiftendes Element in sich trägt. Es umfasst unter anderem Elemente des Zusammenlebens, der gemeinschaftlichen, landwirtschaftlichen Nutzung des Bodens, der Verteilung der Ressourcen, Schlichtungsmechanismen in Streitfällen und verbindet auch eine Weltsicht. Ein ganz wesentliches Potential bringt die Form der politischen Organisation innerhalb des Ayllus mit sich, nämlich das demokratische und kensorientierte Potential der Indígenas. Entscheidungsverfahren werden auf Ayllu-Ebene grundsätzlich auf Konsensbasis unter

Einbeziehung aller Mitglieder getroffen. Auch wird nicht ein „Anführer“ oder eine „Anführerin“ gewählt, sondern es kommt hier ein komplexes Rotationsprinzip zum Einsatz. Grundsätzlich wird alles diskutiert und besprochen, solange bis die Gemeinschaft eine konsensuale Entscheidung trifft. Hier liegt ein wesentlicher Verankerungspunkt der demokratisch ausgerichteten, nach Konsens suchenden Gesellschaft Boliviens verborgen. (vgl. Lessmann 2010a: 26-31; Pape 2009; Weig 2005:105; Ströbele-Gregor 2006:318) Interessant ist, dass die spanische Herrschaft die Strukturen der Ayllus weitestgehend erhalten hat. Grund dafür war die Möglichkeit einer stabilen Verwaltung des Kolonialreiches. Bis heute bestehen noch einige Ausformungen dieses indigenen Systems innerhalb der bolivianischen Bevölkerung.

3.3.2. Wendepunkt 1952 – Die nationale Revolution

Ein wichtiges Element der Geschichte Boliviens ist, dass sich bis ins Jahr der Revolution, in welchem das allgemeine Wahlrecht eingeführt wurde, die Situation der Indígenas seit der Kolonialisierung nicht wesentlich verbessert hatte und sie stetig aus der politischen Teilhabe ausgeschlossen waren.

Das politische System Boliviens war immer schon instabil, der Staat so schwach, dass sich meist sogenannte „Caudillos“ gewaltvoll an die Macht brachten, zumindest solange bis der nächste Caudillo mit seinem Bataillon den Regierungspalast übernahm. Diese Instabilität ist unter anderem wesentlich dafür verantwortlich, dass sich niemals starke staatliche Institutionen entwickeln konnten, auch wurden viel Zeit und Geld - mit welchen das Land sich „weiterentwickeln“ hätte können - verbraucht. Einzig das Militär wurde großzügig vom Staatshaushalt gespeist. Die wirkliche Macht im Staat hatten drei Zinnbarone: Patiño, Aramayo und Hochschild. (vgl. Pampuch, Echalar 1993:48-52; Interview Ximena Soruco⁴)

In der Zeit Boliviens erster Diktatur unter German Busch, beginnend 1939, welche von einigen Stimmen als relativ stabilisierend und positiv für das Land zu dieser Zeit eingeschätzt wird, kam es zu einer ersten Sozialgesetzgebung, der Entstehung der Arbeiter*innenbewegung und folglich der ersten Gewerkschaften, allen voran der

⁴ Anhang S.II: „... es handelt sich um einen Prozess sehr geringer Institutionalisierung des Staates... sie haben keinen soliden Staat gebaut, betreffend der Institutionen, er ist sogar so schwach dass sich 1912 ein Monopol der Zinnbarone manifestiert... der Aufbau von Institutionen war sehr formal, weil sie keine Trennung zwischen Staat und wirtschaftlicher Macht wollten.“

Minenarbeiter, sowie zur Gründung der MNR⁵. Die Minenarbeiter waren die wichtigsten gesellschaftlichen Protagonisten in der bolivianischen Gesellschaft und spielten lange Zeit eine wichtige Rolle in der Einforderung von politischen Rechten, sie vertraten damit jedoch die gesamte bolivianische, unterdrückte Gesellschaft. In den 1940ern kamen die meist indigenen Landwirte hinzu, die sogenannten Campesinos. Beide spielten eine enorme Rolle in der bolivianischen Realität, als Artikulationskanäle für die unteren Bevölkerungsschichten an Wirtschaft und Politik. Nach dem Bürgerkrieg, beginnend mit 1949, gewann bei den Wahlen 1951 eben jene Partei unter Victor Paz Estenssoro und Hernán Siles Zuazo, die MNR, die Mehrheit der Stimmen. Die Ziele der Partei, unter anderem Verstaatlichungen der Minen, widersprachen den Interessen der Eliten aber dermaßen, dass die Armee die Wahl für ungültig erklärte und selbst die Regierungsmacht übernahm. Daraufhin kam es zu blutigen Auseinandersetzungen, nach welchen jedoch die MNR die Macht wieder an sich reißen konnte. Als wichtige Einschnitte aus der Revolution gingen die Verstaatlichung der Minen, die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts und die Agrarreform, welche die feudalen Strukturen zwischen Bauern und Großgrundbesitzern abschaffte, hervor. Außerdem wurde der Übergang von einer semifeudalen Wirtschaft zu einer staatlich kontrollierten mittels Nationalisierungen eingeleitet. In Folge dessen wurde auch der Gewerkschaftsbund der „Central Obrera Boliviana“ (COB) gegründet. Trotz Reformen blieb die indigene Bevölkerungsmehrheit jedoch weitgehend unberücksichtigt. Die folgenden 12 Jahre regierte die MNR das Land, was mit ihrer Spaltung endete und schließlich 1964 zum Putsch von General Barrientos führte. (vgl. Lessmann 2010a:74-87; Mayerhofer 2008:38-47; Pampuch, Echalar 1993:55-65; zu Gewerkschaften v.a. Postero 2010:19f.)

3.3.3. Der lange Weg der Diktaturen und Putsche

Es folgte eine Zeit der Übergangsregime, Putsche und des Chaos. General Barrientos wird als Übergangsregime zur Diktatur hin bezeichnet. Er öffnete das Land für ausländisches Kapital, übte mit einem schweren Massaker (Massaker von Catavi) einen gewaltigen Schlag gegen die bis dahin starken Gewerkschaften aus, und sicherte sich mit dem Abschluss des Militär-Bauern-Paktes die Sympathien der Bauernschaft. Zwischenzeitlich kamen auch wieder links gerichtete Persönlichkeiten an die Macht, die andere Parteien sowie Gewerkschaften

⁵ Movimiento Nacionalista Revolucionario: war die einflussreichste Partei Boliviens im 20. Jahrhundert, ursprünglich eine Partei des Kleinbürgertums und Intellektueller, ohne klare Programmatik und mit gewissen faschistoiden Zügen bis sich eine linke politische Linie mit Víctor Paz Estenssoro durchsetzte. (vgl. Lessmann 2010:84; Mayerhofer 2008:42)

zuließen. 1974 jedoch übernahm Oberst Hugo Banzer die Macht, welcher jegliche Opposition verbat und der Presse eine strenge Zensur auferlegte. Das staatskapitalistische Modell, welches seit der Revolution vorherrschend war, wurde allerdings beibehalten und der Einfluss des Staates sogar noch ausgeweitet. Durch die blutige Ausformung dieser Herrschaft fand damals auch der langjährige Militär-Bauern Pakt durch ein Massaker an Bauern in Cochabamba ein Ende, was sich als Möglichkeit für neue Koalitionsbildungen innerhalb der Gesellschaft erwies. Auch die MIR⁶ wurde damals gegründet, welche sich durch einen hartnäckigen Kampf gegen die Banzer Diktatur auszeichnen konnte. Nach zwischenzeitlichen Wahlen, weiteren Putschen und der grausamsten Diktatur der Geschichte Boliviens unter General Luis García Meza, fand das Land 1982 endgültig zur Demokratie zurück. Neuerlich gewählt, kam Hernán Siles Zuazo an die Spitze des Staates, welcher sich in einer wirtschaftlich desolaten Lage mit enormer Verschuldung vorfand. Ausgelöst wurde die wirtschaftlich desaströse Lage durch den vorhergehenden Verfall der Zinnpreise, fehlende Reinvestitionen durch den Staat, der Verschlechterung der terms of trade, eine enorme Aufblähung des Staatsapparates und die Ineffizienz der eigenen Landwirtschaft. (vgl. Pampuch, Echalar 1993:65f., 72; Mayerhofer 2008:45-49; Lessmann 2010a: 90-97)

3.3.4. Fehlendes „nation-building“ und Institutionenschwäche

Ich möchte hier genauer auf den schon angesprochenen Aspekt der Institutionenschwäche und das Fehlen einer bolivianischen Nation eingehen. Der bolivianische Staat war auch nach der Erlangung der Unabhängigkeit, teilweise bis heute, von kolonialen Strukturen geprägt. Der größte Teil des Staatshaushaltes speiste sich lange Zeit aus den verpflichtenden Tributen der Indígenas und wurde später durch Einnahmen aus dem Silber und Zinnabbau abgelöst. Auch die Demokratie war auf eine kleine Elite begrenzt. Die einzige staatliche Institution in welche investiert wurde war das Heer. Der Staat war hauptsächlich dafür gut, die ökonomische Macht zu administrieren, also die Minen; das starke Heer wurde benötigt, um die Minenarbeiter vom Aufstand abzuhalten, also die Arbeitskraft zu disziplinieren. Außerdem gab es kein wirkliches Steuersystem, womit Umverteilung oder Investitionen in den Staat nicht möglich, weil auch nicht notwendig waren. Die Heeres- und Minenelite interessierte es wenig das Land zu industrialisieren und auch in den Institutionen des Staates sahen sie wenig Nutzen, er blieb ein Administrator. Erst die Minenarbeiter und die Bevölkerung, welche sich 1952 erhoben hatte

⁶ Movimiento de la Izquierda Revolucionaria – Bewegung der revolutionären Linken

und sehr wohl einen starken Staat forderten, nahmen den Aufbau staatlicher Institutionen ernst. Allerdings war es nur der Aufbau eines Staates, nicht einer Nation, der von Interesse war. (Interview X. Soruco Anhang S.:IV; Pampucha, Echalar 1993:96) Auch Fernando Garces meint, dass die Eliten des Landes niemals Interesse an einem Staat hatten, genauso wenig wie an einer Nation. Er geht sogar so weit zu sagen, dass es niemals ein Projekt der Nation in Bolivien gab. (Interview F. Garces Anhang S.:XXXIII)

Das fehlende Zugehörigkeitsgefühl zur bolivianischen Nation innerhalb der Bevölkerung ist sicherlich wesentlich durch die Kolonialzeit und die folgende Unabhängigkeit zu begründen, in welcher ein Staat geboren wurde, welcher wie schon erwähnt 36 verschiedene ursprüngliche Ethnien, insofern 36 verschiedene Sprachen und Kulturen, vereinen sollte. Hinzu kam die fortwährende Diskriminierung dieser Teile der Bevölkerung durch eine mestizische Mittelschicht sowie weiße Eliten. Die Bolivianer*innen sind noch dazu über eine riesige Fläche hinweg in vielen kleinen Zentren über das große Land verteilt, was auch mit einer zumindest teilweisen Isolation mancher Regionen vom restlichen Gebiet und der restlichen Gesellschaft einhergeht. Die verschiedenen Departements und Ethnien sind sehr bestimmend und bis heute ist nicht wirklich ein einheitlich bolivianisches „Nationalgefühl“ entstanden, welches auch an zahlreichen Autonomiekonflikten ablesbar ist. Jorge Lazarte sieht ein großes Problem darin, dass der Staat es nicht geschafft hat, in den 200 Jahren seit der Gründung der Republik die Schwäche seiner Institutionen zu beheben, was er auch als wesentliche Erklärung für die Instabilität des Landes betrachtet (2006:1).

Auch Raúl Prada versteht den bolivianischen Nationalstaat als imaginierte Gemeinschaft, denn de facto waren die längste Zeit Frauen und Indígenas von der Staatsbürgerschaft und allen damit verbundenen zivilen und politischen Rechten exkludiert (vgl. Prada 2010:59; Lessmann 2010b:145). Ximena Soruco spricht von zwei Bolivien: dem einen armen, indigenen und dominierten, dem anderen mestizischen und dominanten, es gibt laut ihr keine vereinte Nation (Soruco 2011:9-23). Dies spiegelt sich auch in der regionalen Spaltung des Landes wieder, dem ärmeren Hochland im Westen und dem reichen „Media Luna“ im Osten, welcher auch aktiv Autonomie für sich einfordert (ebd.:64).

Ich bin mir über kontroverse Diskurse über Nationen und „Nationalgefühle“ bewusst und möchte das Nationalstaatskonzept nicht als einzige und beste Konzeption darstellen nach welcher sich Gesellschaften richten sollten. Im Falle Boliviens jedoch muss angemerkt werden, dass ein solch schwacher Staat durch ein fehlendes Zugehörigkeitsgefühl der Bevölkerung zur bolivianischen Nation nicht unbedingt gestärkt wird.

Die Administration, die Ressourcenverteilung und schon allein die Registration der Bürger*innen stellen durch die Größe und Zerstreutheit des Gebietes eine Schwierigkeit dar. Die zahlreichen Dispute zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Departements verschlingen anderswo dringender benötigte politische und finanzielle Ressourcen.

Weitere Faktoren, auf welche jedoch nicht im Detail eingegangen werden kann, sind der hoch ausgeprägte Klientelismus, Personalismus und Patrimonialismus, welche nach wie vor stark verbreitet sind. Der Caudillo, der immer noch eine Rolle in der bolivianischen Politik spielt, zeichnet sich nicht nur vordergründig durch sein Charisma aus, sondern vor allem durch die Fähigkeit Loyalitätsnetzwerke aufzubauen (vgl. Jost 2003:153ff.). Dies trifft definitiv auch heute noch auf Evo Morales und seine enge Anbindung an die Gewerkschaftsmacht zu. Ximena Soruco meint hierzu, dass solange die Institutionen des Staates so schwach sind, es einen starken Mann, also Caudillo, benötigen wird. (Interview X. Soruco⁷)

Mit diesem Problem sieht sich natürlich nicht nur Bolivien konfrontiert, sondern die gesamte postkoloniale Welt in stärkerer oder geringerer Ausprägung. Dieser Punkt ist demnach für die folgende Analyse niemals aus den Augen zu verlieren.

⁷ Anhang S.VIII: "Es gibt einen zentralen Caudillo weil es keine Institutionen gibt..."

4. Strategisch-relationale Analyse der bolivianischen Entwicklungen

Im Hauptteil meiner Arbeit möchte ich die wichtigsten Fragestellungen klären und meine Hypothesen verifizieren. Ich werde hierzu anhand einer Art „historischen Abhandlung“ der bolivianischen Geschehnisse, welche ich für das Thema dieser Arbeit als wichtig erachte, unter theoretischer Perspektive die Vorgänge analysieren und auch immer wieder besonders wichtige Punkte hervorheben und gesondert behandeln. Der Versuch des Zusammenführens der theoretischen Grundlage mit dem Untersuchungsgegenstand, soll somit ein ständiges Ineinandergreifen darstellen.

Folgende im vorhergehenden theoretischen Teil der Arbeit behandelten Konzepte und Begriffe werden dabei besonders wichtig sein: Hegemonie, social fix/historischer Block, das hegemoniale Projekt, die nicht-hegemoniale Konstellation, das national-popular program, das Konzept der Bündnispolitik/Allianzenbildung, die politische Partei, die soziale Basis, das Allgemeininteresse und die Krise.

4.1. Demokratisierung – „Paktierte Demokratie“ – Neoliberalismus

In diesem Teil möchte ich aufzeigen inwiefern das Vertrauen der Bevölkerung, vor allem der eher ärmeren Teile und der Indígenas, sowohl in das politische System, durch die Einführung der paktierten Demokratie, als auch in das ökonomische System, durch den Einzug des Neoliberalismus, immer mehr verloren ging und sich daraus eine „Kultur des Widerstands“ entwickelte. Dies führte in weiterer Folge zu einer Krise des Staates und einer Hegemoniekrisen im Allgemeinen. Ich habe schon in der Einleitung die These vorgestellt, dass zur Emanzipation der Bevölkerung und zum politischen Kampf um Selbstbestimmung starke Frustration und vor allem ein Vertrauensverlust in die repräsentative Demokratie vorhanden sein müssen. Außerdem möchte ich die Ursprünge für eine grundlegende Bedingung des bolivianischen Wandels darlegen, die Fähigkeit zur breiten Koalitionsbildung innerhalb der Bevölkerung und der sozialen Bewegungen.

Es können hier auch zum Modell der Staatskrise nach García Linera Parallelen gezogen werden: Zuerst die Konfrontation zweier politischer nationaler Projekte, welche die Mobilisierung der Bevölkerung beinhaltet, eine Konfrontation im institutionellen Bereich,

wobei dieser durch die „Paktierte Demokratie“ entgegengewirkt wurde und die schlussendliche Paralyse der Staatsmacht. (García Linera 2008:25ff.)

Ich knüpfe nun direkt am Schlusspunkt der historischen Einleitung an. Bolivien ist redemokratisiert und Präsident Zuazo wurde gewählt. Diesem gelang es jedoch nicht, das Land wirtschaftlich wie politisch zu stabilisieren.

Nach neuerlichen Protesten und Wahlen 1985 wählte die Bevölkerung, nach Einschätzung mancher als eine Art Denkzettel an das Versagen der Linken, den früheren Diktator Hugo Banzer. Durch den Entscheid des Kongresses kam schließlich aber wieder Victor Paz Estenssoro, ehemaliger Revolutionsführer, an die Macht. Dieser hatte sich mit der Zeit jedoch immer weiter weg von seiner ursprünglichen politischen Gesinnung bewegt und verfolgte nun überwiegend die marktwirtschaftlichen Vorgaben des IWF. Aufgrund der enormen Inflation, ausgelöst durch den internationalen Zusammenbruch des Zinnmarktes, verschrieb Paz dem Land eine neoliberalen Radikalkur - sogenannte „Strukturanpassungen“ - die wie so oft die Ärmsten am härtesten traf. Aufgrund enormen Widerstands innerhalb der Bevölkerung und dem daraufhin implementierten Ausnahmezustand sah sich der Präsident dazu gezwungen, mit der damaligen Partei Hugo Banzers der ADN⁸ einen „Pakt für Demokratie“ einzugehen. Paz Estenssoro, welcher damals an der Einführung des staatskapitalistischen Systems beteiligt war, demontierte somit selbst das Wirtschaftssystem, welches seit der Revolution hegemonial war. (vgl. Lessmann 2010a:97-99; Pampuch, Echalar 1993:83ff.; Mayerhofer 2008:49f.)

Der Einbruch des Zinnmarktes und damit der Zusammenbruch des Bergbaus insgesamt, leitete auch das Ende der traditionellen Gewerkschaftsmacht ein, was weitreichende Auswirkungen auf Gesellschaft und Politik hatte. Die Reaktion der Bergarbeiter und ihrer Familien war ein historischer „Marcha por la vida“ (Marsch für das Leben), um gegen die Schließung der Minen zu protestieren, allerdings wenig erfolgreich. Der massive Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie der Zustrom zum informellen Sektor waren unaufhaltsam. Das entstandene Vakuum der zivilgesellschaftlichen Artikulation ebnete in weiterer Folge den Weg für die Entstehung neuer sozialer Bewegungen. Das Organisationsgebilde und die Kampferfahrungen der Gewerkschaften prägen allerdings bis heute das Gedächtnis der sozialen Bewegungen. (vgl. Lessmann 2010a:100, 118, 173; Pampuch, Echalar 1993:98)

Pérez Ramírez und Ortega Reyna bezeichnen in einem ihrer Artikel das Jahr 1985 als einen Bruch mit dem bis dahin vorherrschenden national-popularen Projekt, welches subalternen Kräften noch einen stärkeren Stellenwert zuschrieb. Sie bezeichnen dessen zu Fall bringen

⁸ Acción Democrática Nacionalista

sogar als Ziel des Neoliberalismus und der herrschenden Gesellschaftsgruppen. Ausgezeichnet hat sich dieses zu Fall bringen durch die Neue Wirtschaftspolitik, welche den schon immer wichtigen Bergbausektor demontierte (25000 Bergarbeiter verloren ihre Beschäftigung), also die eben schon angesprochenen Minen; später wurde auch das staatliche Erdölunternehmen verkauft. Generell wurden als obsolet eingestufte Industrien dezentralisiert und privatisiert. (vgl. 2010:79) Der Staat verlor einerseits durch die neoliberalen Strukturanpassungen, andererseits durch die Turbulenzen auf dem Weltmarkt und die einhergehende Arbeitslosigkeit wichtige wirtschaftliche Ressourcen und seine soziale Basis begann zu schrumpfen. Es konnte zwar die Hyperinflation stabilisiert werden, allerdings ging dies mit einem enormen Abfall der Kaufkraft und auch der Sozialausgaben einher. (vgl.ebd.) Moira Zuazo bezeichnet die Neoliberalisierung sogar als Schock-Therapie. Der bolivianische Staat war ohnehin niemals stark, somit hatten die Bolivianer*innen niemals eine starke schützende Hand des Staates gespürt, doch nun wurde sie grundsätzlich ausgelöscht und alles den Spielregeln des freien Marktes unterworfen. (Interview M. Zuazo⁹)

4.1.1. Der Einzug des Neoliberalismus und der Beginn der Hegemoniekrise

Nach achtzehn Jahren Diktatur und Instabilität veränderte sich nun das bolivianische System erneut radikal. Sowohl wirtschaftlich als auch politisch ist die Hinwendung zum Neoliberalismus - ausgehend von der kontinentalen Schuldenkrise - nicht nur in Bolivien als Paradigmenwechsel unter Vorzeichen des Washington Consensus, zu bezeichnen. (vgl. Heigl 2007b:128) Während der langen Zeit der Diktaturen waren die Menschen großteils aus jeglicher politischer Mitbestimmung ausgeschlossen und litten unter einer wirtschaftlich desolaten Lage. Mit der Anlehnung an die Weltbank und den IWF sowie die Übernahme neoliberaler Strukturen und Diskurse wurde ihnen zumindest wirtschaftlich und sozial ein Aufstieg versprochen, jedoch nicht eingehalten. Dieser Einzug des Neoliberalismus und die damit erhoffte wirtschaftliche wie politische Stabilisierung des Landes kann also als ein neues national-populares Projekt verstanden werden, welches allerdings von außen initiiert wurde. Es ist in weiterer Folge eher als dominant und nicht als hegemonial zu bezeichnen, da es weder schaffte ein Allgemeininteresse zu formulieren, noch eine breite Zustimmung innerhalb der Bevölkerung erzielte. Insofern vertrete ich die These, dass kein social fix verankert

⁹ Anhang S.IX/X: "...als der neoliberale Diskurs der Privatisierung kam und dieser alles dem ökonomischen Spiel überließ, bedeutete dies einen Schock für die Bolivianer, ein Schock weil sie niemals staatlichen Schutz hatten aber den wenigen den sie doch verspürten, der wurde nun demontiert, dies war definitiv eine Schock-Therapie welche bis heute enorme Auswirkungen hat..."

werden konnte, da diese Zeit erst als Beginn des Hegemonieaufbaus nach der Phase der Diktatur betrachtet werden muss. Diese These möchte ich anhand der Bedeutung und der Auswirkungen des Neoliberalismus für und auf die bolivianische Gesellschaft näher betrachten.

Ich möchte mit einer interessanten These Luis Tapias beginnen, welche den sogenannten „Gemeinsinn“ (*sentido común*), den der Neoliberalismus in Lateinamerika verbreitet hat, versucht zu erläutern und damit auf eines der Grundkonzepte dieses Systems aufmerksam macht. Der Neoliberalismus sei gekennzeichnet durch eine pessimistische Einstellung gegenüber jeglichen kollektiven Initiativen sowie gegenüber Konstruktionsprozessen eines Staates, einer Nation und Demokratie. Dem Neoliberalismus wohne eine Ideologie der Alternativlosigkeit inne, welche die Individuen gleichzeitig voneinander trenne und atomisiere. Um jedoch Hegemonie aufzubauen müsse ein „Gemeinsinn“ entwickelt werden, vor allem in einer Gesellschaft die sehr kollektiv aufgebaut sei, wie eben jene Boliviens. Der Neoliberalismus gab laut Tapia jedoch nur vor hegemonial zu sein. (vgl. Tapia 2008:103f.) Dem würde Miriam Heigl sicherlich krass widersprechen, da sie sogar der Meinung ist, dass die neoliberalen Hegemonie noch nicht einmal am Ende sei, weil sie noch in die Staatsapparate eingeschrieben sei. (vgl. Heigl 2007b) Grundsätzlich stimme ich dem zu. Tapia spricht hier aber eindeutig von der gesellschaftlichen Hegemonie, welche sehr wohl in Frage gestellt werden muss. Des Weiteren meint Tapia, habe der Neoliberalismus die Zivilgesellschaften Lateinamerikas, somit auch Boliviens, begonnen zu desorganisieren und den Aufbau oder die Stabilisierung von Nationalitätsgefühlen unterbunden. In weiterer Folge habe er auch nur auf Teile der Gesellschaft bezüglich deren Weltauffassung und ihrer Einstellung zur Ökonomie und Staatlichkeit zugegriffen, wodurch die neutrale „Hegemonie“ in Zeiten der Krisen nicht sehr resistent sei. (vgl. ebd.:105-108)

Ebenso wohne ihm die Zerstörung und Desorganisierung von Arbeiter*innenvereinigungen, Gewerkschaften, sowie anderen Interessensvertretungsgemeinschaften inne. Gerade jene kollektive Ebene habe die bolivianische Gesellschaft und Geschichte jedoch tiefgreifend geprägt. Tapia meint des Weiteren, dass dieser Niedergang der Gewerkschaften mit einer Schwächung linker Parteien - welche eigentlich jene Gruppen vertraten, in deren Interesse die Hinwendung zum Neoliberalismus nicht lag - einhergegangen sei. Dadurch sei auch die Zeit der paktierten Demokratie ermöglicht worden. (vgl. ebd.:109f.) Der Neoliberalismus fragmentierte die bolivianische Gesellschaft, welche ohnehin schon sehr zersplittet war und

ist zusätzlich, was den Staat an sich immer mehr schwächte und somit die generelle Hegemonie.

Durch diese diskursiven, strukturellen und auch ideologischen Umbrüche innerhalb Boliviens entstand vor allem für die unteren Bevölkerungsschichten - im Besonderen für die Indígenas - ein Vakuum. Im strategisch-relationalen Sinne verschlechterte sich die strategische Selektivität des Staates drastisch für diese Bevölkerungsschichten vor allem durch den Wegfall der traditionellen Gewerkschaftsmacht, welche bisher einen großen Einfluss auf den Staat darstellte. Durch Kürzungen der Sozialausgaben und andere Effekte der Neoliberalisierung wurde genau auf deren Rücken ein Großteil der Kosten dieses Wandels ausgetragen. Als Reaktion, auch auf den Wegfall der Gewerkschaftsmacht und die Schwächung der zivilgesellschaftlichen Vereinigungen, kam es zu einem Zusammenschluss - zumindest auf diskursiver Ebene - zwischen durchaus unterschiedlichen sozialen Akteur*innen und Interessenslagen wie (indigenen) Bäuer*innen, der Arbeiter*innenschaft (vor allem Migrant*innen indiger Herkunft in den Städten), Bergleuten, Indigenen des Tieflandes und Student*innen. (vgl. Ströbele-Gregor 2006:298f.; Pérez Ramírez, Ortega Reyna 2010:90) Die Fähigkeit zur Allianzenbildung stellt für Heigl im strategisch-relationalen Zusammenhang eine Möglichkeit dar sich in strategische Aktion zu begeben, also Widerstand oder Gegenmacht aufzubauen (Heigl 2009:49). Roberta Rice sieht hier vor allem in der indigenen Bewegung außerordentliche Fähigkeiten zur Mobilisierung und Organisierung im Moment der Schwächung der traditionellen Linken. Der „Kampf gegen den Neoliberalismus [vereinigte] unterschiedliche Sektoren der Zivilgesellschaft“. (Rice 2006: 49f.) Auch Fernando Garces bezeichnet den Neoliberalismus als „enemigo visible“, also als sichtbaren Feind, welcher der Zivilgesellschaft als zu bekämpfendes Feindbild diente und ihren Zusammenschluss bekräftigte (Interview. F. Garces¹⁰). Die kollektive und eher solidarische Tradition der bolivianischen Bevölkerung ließ sich also nicht ausradieren, es entwickelte sich innerhalb der bolivianischen Gesellschaft vielmehr ein neuer Diskurs der Solidarität: der Anti-Imperialismus und die Forderung nach ethnischer Anerkennung. Die Führungsmacht der herrschenden Klasse - im Sinne Gramscis - begann also zu zerbrechen und Widerstand keimte. Garcia Linera selbst spricht hier das Konzept der Multitude an, welches von hier an in der Analyse der bolivianischen Gesellschaft interessant wird. (vgl. Postero 2010:21ff.)

¹⁰ Anhang S.XXIX/XXX: Auf die Frage ob der Einzug des Neoliberalismus den Wandel begünstigte: „In zwei Weisen, im Sinne des sichtbaren Feindes, vor allem aber die neoliberalen Mittel und Impulse der zweiten Generation, es gab eine Reform, in erster Generation und zweiter, es gab eine politische und ökonomische Reform 85 und danach folgte die Reform von Goni ab 93, klar die ersten Mittel waren ein brutaler Schock...“

Weltweit bekannt wurde das Multitude Konzept sicherlich durch Michael Hardt und Antonio Negri. (siehe hierzu v.a. Hardt/Negri: 2000 & 2004) García Linera sieht diese Form der Mobilisierung zwar mit dem Wasserkrieg 2000 zum Ausdruck kommen (siehe weiter unten), aber erst der Wegfall der traditionellen zivilgesellschaftlichen Organisationssphären - wie Gewerkschaften, Nachbarschaftsräte und Ähnliches - ermöglichte eine gesellschaftliche Mobilisierung ohne vorgegebene Strukturen und Identifikationspunkte. Diese hätten manche Identitäten/Schichten im Vorhinein schon ausgeschlossen. Es wurden durch den zivilgesellschaftlichen Zusammenschluss und dessen Handeln neue Strukturen geformt. Das staatliche Terrain wurde hier also durch die Aktionen der Zivilgesellschaft erweitert, es wurden neue Artikulationskanäle geschaffen. Das Konzept der Multitude macht deutlich, dass die Zivilgesellschaft sich nun durch ihre Forderungen und Ansprüche verbunden fühlte und nicht durch die gleiche Identität als Indígena, Gewerkschafter*in, Arbeiter*in, campesino (Bauernschaft) etc. oder eine gemeinsame Organisationsstruktur. Die Mobilisierung ist demnach zumindest im Beginn, unabhängig vom Staat und Nicht-Regierungs-Organisationen - sie ist autonom. Nur dadurch konnten die sozialen Bewegungen solche gesellschaftliche Breite und Schlagkraft entwickeln. Hiermit soll aber nicht der Eindruck entstehen, dass die Organisationsform der Multitude unorganisiert und lose wäre, sie ist nur nicht an traditionelle zivilgesellschaftliche Organisationstrukturen gebunden, was sie auch flexibel macht. (vgl. García Linera 2011:273-184)

Mit der Neoliberalisierung ging auch ein enormer Privatisierungsschub einher. Mokrani Chávez macht drei Privatisierungssphären innerhalb Boliviens aus: 1) Die Privatisierung der staatlichen Betriebe, hier sind vor allem die Rohstoffextrahierenden Betriebe wichtig; 2) die Privatisierung der Arbeitskräfte, was heißen soll, dass die Gewerkschaftsmacht wie schon erwähnt gezielt geschwächt wurde, sowie Arbeitsrechte eingeschränkt wurden; und 3) die Privatisierung der Politik, womit die „Paktierte Demokratie“ gemeint ist. (vgl. Mokrani-Chávez 2009:197f.; Pérez Ramírez/Ortega Reyna 2010:80) Miriam Heigls ergänzenden Analysen zum strategisch-relationalen Ansatz sind hier interessant: sie macht Privatisierungstendenzen als „Ausdruck eines veränderten Kräfteverhältnisses und der Durchsetzung des neoliberalen Staatsprojekts im institutionellen Ensemble“ aus (Heigl 2009:59). Materieller Reichtum werde meist an der herrschenden Gruppe nahestehende Gesellschaftsschichten umverteilt, was als Grundlage für Hegemoniebildungsprozesse betrachtet werden kann. Außerdem stelle es ein Rezept dar, welches die Forderungen der Bürger*innen an den Staat mindere und gleichzeitig dessen Verantwortlichkeit

zurückschraube. Wie schon weiter oben erwähnt, werde „der Zerfall des gesellschaftlichen Allgemeinen und des sozialen Zusammenhalts befördert.“ (ebd.). Durch Privatisierungen wird der Staat also einerseits geschwächt und ihm die soziale Basis entzogen, andererseits wird er aber auch aus der Verantwortung genommen und wirft die Bürger*innen auf sich selbst zurück, welche sich in diesem konkreten Fall jedoch sehr gut zu wehren und zu organisieren wussten.

Auf diesem breiten, gesellschaftlichen Schulterschluss wirkte sich die Ära der paktierten Demokratie geradezu motivierend aus, andere Artikulationsformen für Interessen zu finden als die offizielle Politikebene. Der „Pakt für die Demokratie“ zwischen der MNR und der ADN - ein durchaus paradoyer Schulterschluss zwischen der linken Revolutionspartei und der Partei des ehemaligen Diktators - sollte zu einer nötigen Stabilisierung innerhalb des Landes führen, allerdings ohne langfristigen Erfolg. Bei den Wahlen 1989 gewann Sánchez de Lozada von der MNR. Durch das „Patriotische Übereinkommen“ zwischen MIR und ADN - ein fast noch paradoyer anmutender Pakt - wurde allerdings Jaime Paz, Anführer der MIR, mit Unterstützung der ADN zum neuen Präsidenten gewählt. Also wurde der Anführer der ehemaligen linken Revolutionspartei im Kampf gegen die Diktatur, durch die Unterstützung eines ehemaligen Diktators Präsident. (vgl. Lessmann 2010a:100; Pampuch, Echalar 1993:88f.; Mayerhofer 2008:50f.) In diesem Pakt sieht Lessmann einen „Meilenstein auf dem Weg zur Legitimationskrise der traditionellen Parteien“ und einen entstehenden politischen Freiraum durch die Schwächung der offiziellen Linken (Lessmann 2010a:100). Grundsätzlich kennzeichnete sich diese Zeit durch eine einzige Elitenzirkulation, jedoch keinerlei wirkliche Veränderungen innerhalb der Regierung und des Staates (vgl. Ismar 2006:29, 60) .

Dieser Beginn der Legitimitätskrise der Parteien ist auch der Beginn der Staatskrise Boliviens, denn die politischen Parteien, welche laut Gramsci ermöglichen heterogene Interessen in einen mehr oder weniger homogenen Kollektivwillen zu bündeln und gemeinsames Handeln ermöglichen, also auch ein Bindeglied zwischen Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft sind, verloren ihre Authentizität (vgl. Neubert 2001:77,86).

Ich möchte nun zusammenfassen, dass mit dem Einzug des Neoliberalismus und der Paktierten Demokratie die Hegemonie der herrschenden Klassen in Bolivien instabiler wurde, genauso wie die soziale Basis des Staates. Zustimmung und Vertrauen zur Politik und Wirtschaftsform, auch durch subalterne Gruppen, können nur erreicht werden, sofern diese sich mit ihren Interessen zumindest marginal vertreten fühlen und von Zeit zu Zeit auch

Zugeständnisse zugesprochen bekommen. Hierbei ist es natürlich wichtig, wieder auf den begründeten Einwand zurückzukommen, welcher bezweifelt, dass in Bolivien überhaupt von einer Hegemonie gesprochen werden kann, oder konnte. Zu untersuchen ob während der Zeit der Diktaturen von einer hegemonialen Konstellation gesprochen werden kann, ist im Rahmen dieser Arbeit weder Fokus noch möglich. Ich gehe nun aber davon aus, dass mit der Redemokratisierung und dem Einzug des Neoliberalismus zumindest eine Verschiebung in der bestehenden Hegemonie geschehen hätte müssen, oder gar eine neue Hegemonie in Form eines hegemonialen Projektes aufgebaut hätte werden müssen. Meine Behauptung geht davon aus, dass keines von beidem gelungen ist. Die Hegemonie des Neoliberalismus und der paktierten Demokratie war von Anfang an zumindest gesellschaftlich nicht vorhanden. Daher auch die relativ starke Instabilität des bolivianischen Systems und hohe Konfliktanfälligkeit. Mit dem Schwenk vom Staatskapitalismus hin zum Neoliberalismus und dem gleichzeitigen Legitimitätsverlust der traditionellen politischen Akteur*innen trat im vorherrschenden hegemonialem System Boliviens - sofern es als solches zu bezeichnen ist - ein Bruch auf ökonomischer wie politischer Ebene ein. Wenn der Staat es zuvor noch schaffte, vermeintliche „Allgemeininteressen“ zu artikulieren oder zu repräsentieren, so wurde es nun sehr schwierig, dies glaubhaft zu machen.

Es kann auch davon ausgegangen werden, dass sich durch den Einzug des Neoliberalismus und die Paktierte Demokratie die ohnehin schon sehr nachteilhafte „strategische Selektivität“ des Staates für ärmere und indigene Bevölkerungsschichten zusätzlich verschlechterte. (vgl. Mokrani-Chávez 2009:202) Deshalb wurde, wie im Konzept der Multitude auch angedeutet, auf andere Sphären der Artikulation als die traditionell staatliche, ausgewichen. Des Weiteren wurde auf ökonomischer Ebene der Zugang durch den Verfall der traditionellen Gewerkschaftsmacht wesentlich eingeschränkt und die ohnehin extrem ungleiche Verteilung ökonomischer Ressourcen verschlechterte sich zunehmend für die erwähnten Bevölkerungsschichten. Sowohl Marmon, Wolff, als auch Ströbele-Gregor sehen den Aufstieg der indigenen Bewegung in Bolivien als Reaktion, welche sich explizit gegen die Strukturen der faktischen Exklusion richteten und somit für eine Demokratisierung eintraten. (vgl. Marmon 2006:188f.; Wolff 2006:260; Ströbele-Gregor 2006:319) Der Neoliberalismus und dessen Umsetzung durch die politischen Akteur*innen hat es von Anfang an nicht geschafft, sich im Moment der Krise als „Allgemeininteresse“ aus einem gesellschaftlichen Konsens heraus zu bilden, weshalb es meines Erachtens nicht zur Herausbildung eines „social fix“ kam.

Auch auf der Ebene des Staates möchte ich die Annahme diskutieren, dass es durch mangelnde Konsensherstellung und sich daraus ergebender Unfähigkeit zur Hegemoniebildung kein „social fix“ herstellen konnte. Marmon spricht von bestehenden Inkongruenzen in der „politischen Kultur“ Boliviens. Er spricht vor allem Inkongruenzen im Funktionieren der Demokratie an, welche er als „Mittel zur sozial gerechten Allokation von Werten und Gütern bei Sicherstellung offener Partizipationskanäle“ betrachtet. (Marmon 2006:190) Beide Punkte konnte der Staat in Bolivien im genannten Zeitraum nicht erfüllen. Noch dazu ist es innerhalb der Staatsklasse niemals zu weitreichenden Veränderungen gekommen, sondern es haben immer wieder dieselben Akteur*innen in neuer Zusammensetzung regiert. Man kann also auch hier von einer Dominanz im Gegensatz zu einer Hegemonie ausgehen. In unmittelbarem Zusammenhang zur Rolle der Staatsklasse steht die destabilisierte Lage der Parteien in Bolivien, aus welchen jene meist rekrutiert wird. Ich möchte hierzu wieder auf Analysen Marmons zurückgreifen. Er schreibt, wie auch Gramsci, den Parteien innerhalb der Demokratie eine Schlüsselrolle zu: „Auf der Mesoebene zwischen den Staatsbürgern und dem Staat angesiedelt, dienen sie der Kanalisation sozialer, wirtschaftlicher und politischer Konflikte. Sie nehmen diese wahr, aggregieren sie und artikulieren sie dem Staat gegenüber.“ Des Weiteren stellt er fest, dass die Parteien Boliviens diese Rolle nicht in vollem Umfang wahrnehmen. (Marmon 2006:192f.)

Das politische System und die traditionellen Akteur*innen im bolivianischen Staatssystem wurden Ende der 1980er Jahre stark geschwächt. Die politischen Akteur*innen stellten sich als unfähig dar ein gesamtgesellschaftliches „Allgemeininteresse“ in Form von Konsens herzustellen und zwar auf politischer wie ökonomischer Ebene. Dies führte zu einem starken Anstieg des zivilgesellschaftlichen „Unruhepotentials“ und Bildung neuer gesellschaftlicher Allianzen, welche in klare Opposition zum Staat getreten sind. Marmon spricht von einer „Entkopplung der Parteien“ von der Zivilgesellschaft und einer einhergehenden Radikalisierung. (vgl. Marmon 2006:198)

Ich möchte nun untersuchen, wie diese äußerst prekäre Lage um die Staatlichkeit Boliviens durch die sozialen Bewegungen kritisiert wurde, und es der MAS - als hegemonialem Projekt - schlussendlich gelang, den Staat wieder zu stärken und eine Hegemonie aufzubauen.

4.2. Die neoliberalen Reformen der zweiten Generation und der Aufstieg der Neuen Sozialen Bewegungen

Als Antwort auf die vorhergehenden Geschehnisse und Vakua bildeten sich 1989 gleich zwei anti-neoliberalen Parteien heraus, welche sich an Unterprivilegierte, Indígenas und auch Mestiz*Innen richteten: die CONDEPA (Conciencia de Patria) und die UCS (Unión Cívica de Solidaridad). Beide verloren aber rasch wieder an Gewicht, vor allem durch ihren Mangel an Inhalten und auch den frühen Tod ihrer zwei Gründer. (vgl. Lessmann 2010a:100f.) Auch eine radikale Guerilla Bewegung, die EGTK (Ejército Guerrillero Túpac Katari), wurde 1989 gegründet, welche sich dem bewaffneten Widerstand verschrieb. Ihr Gründer Felipe Quispe vertrat einen radikalen „Indianismus“, welcher die Rekonstruktion des bolivianischen Staates entlang ethnischer Kriterien und innerhalb der vorkolonialen Grenzen des „Kollasuyo“ forderte. (vgl. Rice 2006:51,55) Diese radikale und durchaus auch rassistische Bewegung war jedoch für eher gemäßigte Bevölkerungsteile, welche nach Konsens suchten, keine wirkliche Alternative. Deshalb lag in ihr auch kein Potential zur Formulierung von „Allgemeininteressen“. Damals antworteten „[a]uf die Frage, ob es, um Veränderungen im Land zu erreichen, notwendig ist, dass ein Konsens herrscht, oder ob dafür Gewalt benötigt wird, [...] 97% der Teilnehmer, dass es dazu eines Konsens bedarf“ (Lazarte 2000:64. zit. nach Mayerhofer 2008:53) Felipe Quispe wird jedoch später noch als Gründer einer ebenfalls wichtigen, indigenen Partei (MIP¹¹) zur Sprache kommen.

Es wird hier schon deutlich, dass die Indígena Bewegung sowie auch andere soziale Bewegungen in Bolivien eher den Weg der „radikalen Transformation“, wie Poulantzas ihn beschreibt, eingeschlagen haben, anstatt von außen zu versuchen den Staat zu stürzen und in einer Art Revolution sich das zu nehmen was sie wollen. Diese Annahme bestätigt auch Fernando Garces, er meint ebenfalls: „Die Idee ist es nicht den Staat zu zerstören, es geht darum ihn zu verändern“ (Interview F.Garcés¹²). Auch Raul Prada meint, dass die bolivianische Gesellschaft in den letzten Jahren damit beschäftigt war die Gemeinschaft zu stärken, also das Soziale, damit davon ausgehend der Staat verändert werden kann (Prada 2008:8).

Die trotzdem vorhandene Radikalisierung der Gesellschaft ging mit der größer werdenden Unzufriedenheit, welche sich aus den fehlenden Impulsen für die Wiederbelebung der Wirtschaft und stärker werdender sozialer Fragmentierung ergab, einher. Diese

¹¹ Movimiento Indígena Pachacuti

¹² Anhang S.XXX: „... porque la idea de destruir el estado, no es, es cambiarlo.“

Unzufriedenheit kam 1993 mit dem Wahlsieg der MNR unter Gonzales Sánchez de Lozada, einem Repräsentanten der Oberschicht, zum Ausdruck. Die Stimmen der ärmeren Bevölkerungsschichten sicherte er sich mit seinem indigenen Vizepräsidentschaftskandidaten Víctor Hugo Cardenas. (vgl. Mayerhofer 2008:51; Lessmann 2010a:101)

4.2.1. Sánchez de Lozadas “Plan de Todos”

„Im Rahmen seines ‚Plan de Todos‘ leitete Sánchez de Lozada die neoliberalen Reformen der zweiten Generation ein, welche erstmals ernsthafte Privatisierungen und eine uneingeschränkte Marktwirtschaft, nun aber wieder mit einer stärkeren Rolle des Staates in der Struktur- und Sozialpolitik, verbanden.“ (Lessmann 2010a:101) Im Rahmen des strategisch-relationalen Ansatzes kann dieser „Plan de Todos“ (Plan von/für alle) als Versuch betrachtet werden, das hegemoniale Projekt des Neoliberalismus, welches eindeutig in einer tiefssitzenden Krise war, noch einmal zu spezifizieren und dessen Probleme innerhalb derselben ideologischen Matrix zu überwinden (vgl. Jessop 1990:217). Die wichtigen Großprojekte dieses Planes waren die Privatisierung der Staatsbetriebe, das „Ley de la Participación Popular“ (Gesetz zur Volksbeteiligung; im folgenden LPP) sowie eine Justizreform (vgl. Mayerhofer 2008:52). Der erneute Privatisierungsschub ist ein Hinweis auf einen neuerlichen Versuch der Stabilisierung des neoliberalen Staatsprojektes in Bolivien, Hand in Hand gehend allerdings mit dem Versuch durch Sozialprogramme und eine Justizreform die ärmeren Schichten des Landes zufrieden zu stellen. Einige bolivianische Autor*innen, unter anderem Fernando Garces, sprechen hier von einer Abschwächung der sozialen Auswirkungen des Neoliberalismus, indem ihm ein sozialeres Gesicht verabreicht wurde, vor allem durch das LPP. Die neoliberalen Reformen der zweiten Generation waren - im Gegensatz zu den ersten 1985, welche einen regelrechten Schock für die Gesellschaft darstellten - intelligenter, weil sie die Wirtschaftspolitik unverändert weiterführten, aber durch Differenzpolitik, die Inklusion der indigenen Völker und Demokratisierung, mit humanem Äußeren auftraten. (Interview F. Garces¹³)

Durch den gleichzeitig immer stärker werdenden Einfluss des IWF spricht Lessmann von der Entstehung eines „Aid-Regimes“ in Bolivien, welches es zusätzlich immer abhängiger vom

¹³ Anhang S.XXIX/XXX: „Es gab eine politökonomische Reform 1985 und danach 1993 durch Goni und natürlich waren die ersten Maßnahmen ein brutaler Schock für die Politik, die Neuverortung, die Privatisierung, aber später, das zweite Gesicht oder sagen wir Facette war relativ intelligent, weil sie führten die Wirtschaftspolitik weiter aber sie maskierten sie mit einem humanen Gesicht, mit der ganzen Politik die sich Differenzpolitik nennt und die Inklusion der Indigenen Völker etc.“

Ausland machte. Diese maßgebliche Beteiligung internationaler Entwicklungsagenturen kann man auch an der unsensiblen Durchsetzung des „Ley de la Participación Popular“ beobachten, welche starke Proteste hervorrief. (Lessmann 2010a:102f.)

Ich möchte nun näher auf jenes LPP eingehen, welches das Herzstück der eingeleiteten Reformen darstellte und auch als Reaktion auf die einsetzende Destabilisierung der Gesellschaft und des Staates betrachtet werden kann. Also auf die einsetzende Hegemonie- und Staatskrise. Es kann als Versuch betrachtet werden die neoliberalen Hegemonie nochmals zu stützen, indem den subalternen „Klassen“ entgegengekommen wurde, unter der Oberfläche jedoch keine Abwendung von den Interessen des Großgrundbesitzes und der Wirtschaftseliten stattfand. Mit dem LPP wurde nach Ströbele-Gregor eine neue Phase der Beziehung Indígena-Staat eingeläutet. Die gesellschaftliche Exklusion sollte beendet und die demokratischen Strukturen gefestigt werden. (vgl. Ströbele-Gregor 2006:301) Erstmals in der Geschichte Boliviens wurden Gemeinschaften und Dörfern auf dem Land der Status einer juristischen Person und ein eigenes Budget zugestanden. Natürlich waren viele dieser Reformen Fortschritte für die unerprivilegierten Bevölkerungsgruppen, vor allem die Verankerung basisdemokratischer Kontrollmechanismen, was desweiteren zur Stärkung der Demokratie auf kommunaler Ebene führte. Auch das Bekenntnis zu einem multikulturellen und pluriethnischen Staat ist als wesentlicher Erfolg zu verzeichnen. Jedoch waren die Reformen nicht unumstritten, vor allem da sie nach dem Top-Down Prinzip eingesetzt wurden, und eher das Ziel der Inklusion der indigenen Bevölkerungsteile in das nationale neoliberalen Projekt verfolgten. (vgl. Lessmann 2010a:103; Mayerhofer 2008:52, 82; Postero 2010:22) Außerdem entsprachen sie eher einer Anerkennungspolitik als einer Politik der Umverteilung, welche für die ärmeren Bevölkerungsschichten essentiell gewesen wäre. Die ungleichen Strukturen wurden also nicht nachhaltig in Frage gestellt, geschweige denn verändert. (vgl. Postero 2010:22) An vielen Stellen wurden ebenso Vorwürfe der Korruption laut, die Macht der in der Krise befindlichen Parteien wurde weiter gestärkt und auch die Dominanz der Kleinstadtelite konnte nicht gebrochen werden (vgl. Ströbele-Gregor 2006:302). Schließlich kann gesagt werden, dass die meisten Reformen Mitte der 90er Jahre von einer liberalen Unternehmerelite implementiert wurden, welche vor allem die MNR zu ihrem Instrument machte (vgl. Ismar 2006:27).

Es kann also durchaus von einer strukturellen Veränderung an manchen Stellen die Rede sein, welche es stark benachteiligten Bevölkerungsschichten, die vom System exkludiert waren, ermöglichte, mehr Zugang zu bekommen und ihre Interessen besser zu artikulieren. Dennoch

war es ein von oben aufgekündigter Prozess, welcher auch wirtschaftlich gesehen keine großen Veränderungen mit sich brachte. Oberflächlich wurde also versucht das strategische Terrain des Staates für subalterne Interessen zu öffnen.

Besonders interessant ist allerdings die Analyse von Moira Zuazo, welche im „Ley de la Participación Popular“ auch eine „Munizipalisierung“ des Staates sieht, welche die Stärkung neuer gesellschaftlicher Allianzen und Organisationen förderte und im Folgenden die Gründung der MAS ermöglichte. Dieses Gesetz integrierte zuvor exkludierte Regionen und Bevölkerungsteile in das politische Geschehen des Landes. Die „Munizipalisierung“ ging mit einer Dezentralisierung einher, die eine Politisierung des Konfliktes zwischen ruralen und städtischen Regionen Boliviens ermöglichte. Diese Politisierung der ländlichen Gebiete stärkte natürlich das lokale zivilgesellschaftliche Potential und regte zur Aktivität innerhalb wie auch außerhalb staatlicher Strukturen an. (Zuazo 2010:121ff.; 2009) Fernando Garces geht sogar so weit zu sagen, dass ohne das LPP und die neoliberalen Reformen Evo Morales niemals Präsident geworden wäre (Interview F. Garces¹⁴). Aus strategisch-relationaler Perspektive betrachtet bedeutete das LPP schließlich eine Veränderung in den Formen der Repräsentation des Staates, die Zentralisierung wurde gelockert und neue Artikulationsebenen geschaffen, somit wurde auch die interne Organisation des Staates verändert, da die Zentralregierung etwas von ihrer Macht an niedrigere Ebenen abgab. Es könnte auch ein Versuch gewesen sein, die soziale Basis des Staates durch die Inklusion breiterer Bevölkerungsschichten in die staatliche Organisation zu stärken und zu erweitern. Ob dies den gewünschten Effekt der Stärkung und Absicherung der Hegemonie und die Abwendung der totalen Staatskrise erfüllte, wird sich noch zeigen.

4.2.2. Erneuter Anstieg des Konfliktpotentials innerhalb der Bevölkerung und die Sichtbarwerdung der Staatskrise

Die Wahlen 1997, welche Hugo Banzer knapp gewinnen konnte, führten zu einer „Megakoalition“, die in einer Politik des Stillstands mündete. Hier kann der Anfang der Paralyse der Staatsmacht und die Konfrontation zweier politischer Fraktionen im institutionellen Bereich verortet werden. (vgl. García Linera 2008:25ff.)

¹⁴ Anhang S.XXX: „... im Rahmen der staatlichen Konstruktion, der Umgestaltung, war es der Ort des politischen Aktivismus, dieses subalternen, marginalen Sektors. Es ermöglichte, dass die Cocaleros und der Sektor der Campesinos, in die öffentlich, politische Arena eintreten konnten, wegen dem LPP; sie sagten oft zu Evo, Evo ist nur dank der neoliberalen Gesetze, dank des LPP Präsident.“

Die „paktierte Demokratie“ stieß an ihre Grenzen und die politischen Parteien verloren endgültig das Vertrauen der Bevölkerung. Soziale Konflikte und Gewalt nahmen wieder zu, so wie auch die Korruption. (vgl. Lessmann 2010a:106) Diese Regierungszeit Banzers, war vor allem durch seinen Plan „Por la Dignidad“ gekennzeichnet. Dieser sah radikale Verschärfungen bei den Zwangseradikationen der Coca-Pflanzen im Chapare vor. Der Kokaanbau in jener Region gehört zur wesentlichen Lebensgrundlage dort lebender Bäuer*innen, nichts destotrotz wurde in enger Zusammenarbeit mit den USA die Vernichtung verschärft, ohne den Coca-Bäuer*innen Kompensationszahlungen zu leisten oder eine Möglichkeit zum Umstieg auf eine alternative Nutzung des Bodens in Aussicht zu stellen. Vor allem die Cocaleros (gewerkschaftlich organisierte Coca-Bäuer*innen) im Chapare gehören zu den bestorganisierten sozialen Bewegungen Lateinamerikas, was wesentlich in ihrer Vergangenheit als Gewerkschafter*innen zu begründen ist. Evo Morales war schon seit jeher in diese Kreise einbezogen und trat wenig später auch den Vorsitz der Cocaleros an. (vgl. Lessmann 2010a:106f., 113,125; Mayerhofer 2008:53) In Banzers Regierungszeit fällt auch der Verkauf des staatlichen Erdölunternehmens YPFB¹⁵, was einen schweren Schlag für die Mitarbeiter*innen und die Zivilgesellschaft an sich darstellte. (vgl. Pérez Ramírez, Ortega Reyna 2010:79) Diese Vorgangsweise Banzers war insofern sehr unklug gewählt, da er einen der bestorganisierten Teile der Zivilgesellschaft gegen sich auflehnte und damit die soziale Basis des Staates weiter schwächte. Außerdem hatten auch die Cocaleros, und haben es noch, einen Führungsanspruch in großen Teilen der bolivianischen Zivilgesellschaft inne.

Seit dem Jahr 2000 kann man sagen, dass die sozialen Bewegungen nicht mehr zur Ruhe kamen. Die neoliberalen Krise des Staates spitzte sich immer mehr zu, wie auch García Linera feststellt. Hier setzt er die erste Etappe der Staatskrise Boliviens an, die Sichtbarwerdung. (vgl. García Linera 2008:26) Der Chapare und die Cocaleros kochten ohnehin. Hinzu kam der „Wasserkrieg von Cochabamba“, er markiert für viele Autor*innen einen Anfangspunkt einer ganzen Reihe von Protesten. Der unglaubliche Erfolg für die sozialen Bewegungen in Cochabamba, wo sie die Privatisierung des Wassersektors verhindern konnten, zeigte, dass Selbstorganisation, Solidarität und Vertrauen zu Erfolg verhelfen konnten. (vgl. Lessmann 2010a:109; Mayerhofer 2008:53) Rice meint, dass sich am Erfolg in Cochabamba auch die enorme Schwäche des Staatsapparates abzeichnete. (Rice 2006:57) Im Jahr 2001 kam es auf Grund eines Skandals um Banzer zur Übergabe des Präsidentschaftspostens an seinen Vize Jorge Quiroga. (vgl. Lessmann 2010a:107)

¹⁵ Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos

Im darauffolgenden Jahr 2002 wurde der Meilenstein für das Bolivien, so wie wir es heute kennen, gelegt indem die politischen Newcomer, u.a. die MAS (als Zweitplatzierte) und MIP, bei ihrem Erstantritt bei Wahlen, ins Parlament einzogen - bei einem gleichzeitigen Totalabsturz der meisten traditionellen Parteien. Die Legitimitätskrise der Parteien war nun also am Höhepunkt angelangt. Sánchez de Lozada konnte nur durch einen knappen Vorsprung gegenüber Evo Morales das Präsidentenamt für sich beanspruchen. Seither hat auch die MAS begonnen ihre Strategie von der einer Außenseiterrolle als Sprachrohr der sozialen Bewegungen zu einer Oppositionspartei im parlamentarischen Prozess zu verändern. (vgl. Lessmann 2010a:109-111; Mayerhofer 2008:54; v.a. zur MAS vgl. Postero 2010:24)

Die gipfelnde Krise der politischen, staatlichen und ökonomischen Sphären hat also tatsächlich, wie im Theorieteil hypothetisch angenommen, verfestigte Strukturen innerhalb des Staates und der Gesellschaft gelockert und neue Handlungsspielräume geschaffen, durch welche sich neue Akteur*innen formen konnten. Ausgelöst wurde dies wesentlich durch das extreme Mobilisierungspotential und die breite Aktionssetzung der sozialen Bewegungen, welche die Staatsapparate immer stärker schwächten und dem vorhandenen System die Legitimität unter den Füßen wegzog. Die Zivilgesellschaft hat dies erkannt und die Situation weiter für sich genutzt. Politische Parteien wurden gegründet, um dieses entstehende Vakuum innerhalb des Staates zu füllen und somit auch die strategische Selektivität des Staates eindeutig zu ihrem Gunsten zu verschieben.

4.3. Der formale Eintritt der sozialen Bewegungen in die offizielle politische Arena

Bereits sechs Monate nach der erneuten Amtseinführung von Sánchez de Lozada kam es in Bolivien erneut zu erheblichen Unruhen. Die sogenannten „Februarunruhen“ wehrten sich gegen geplante Reformen unter Einfluss des IWF. Es kam zu Schusswechseln zwischen Polizei und Militär und Inbrandsetzung wichtiger Regierungsgebäude, auch Tote waren zu beklagen. Der MAS unter Morales waren im Parlament die Hände gebunden, da sie einen Block der etablierten Parteien gegen sich hatte, also kündigte er eine Mobilisierung der Straßen an. Wiederrum sechs Monate später, im Oktober 2003, eskalierte die Situation auf

den Straßen rund um die Frage geplanter Gasexporte nach Chile¹⁶, das Fass lief über und der „Guerra del Gas“ war angebrochen. All dies ist vor dem Hintergrund des tiefstehenden Ressourcenraumas zu betrachten. Nach Eskalationen bei Straßenblockaden und dem Einsatz des Militärs, wodurch 65 Menschen zu Tode kamen, trat der Vizepräsident Carlos D. Mesa zurück und am 17. Oktober verkündete schließlich auch Lozada seinen Rücktritt und flüchtete anschließend in die USA. Der eingesetzte Nachfolger Mesa kündigte nun, in Anbetracht des völligen Zusammenbruchs der politischen Stabilität, Referenden über die Gasexporte an, sowie mit der Unterstützung der MAS und Evo Morales‘ auch die Einberufung einer „Asamblea Constituyente“, einer Verfassungsgebenden Versammlung, welche vor allem von den sozialen Bewegungen gefordert wurde. (vgl. Lessmann 2010a:112-117; Mayerhofer 2008:54f.)

Diese Geschehnisse kann man als großen Erfolg für die sozialen Bewegungen verbuchen, aber auch als dramatische Destabilisierung Boliviens. Wolff sieht in der „Destabilisierung in der Tat die notwendige Kehrseite von Demokratisierung und somit langfristiger Stabilisierung“ (Wolff 2006:260). Das Destabilisierungs- und Konfliktpotenzial der sozialen Bewegungen macht er in der umfassenden Politisierung der Gesellschaft aus. Des Weiteren sieht er in diesem Potential die Möglichkeit auf repräsentativ-demokratischer Ebene einen grundsätzlichen Politikwandel einzuleiten. (vgl.ebd.: 261f.)

Im Juli 2004 wurde die Bevölkerung schließlich zum Gasexport befragt, als Präsident Mesa sich wenig später jedoch weigerte die Gesetze, welche aus dem Ausgang des Referendums im Parlament beschlossen wurden, zu unterzeichnen, verlor er auch die Unterstützung Evo Morales‘ und der MAS. Die Proteste schwelten erneut an und erzwangen schließlich am 6. Juni 2005 den Rücktritt Mesas, was in weiterer Folge zur Einberufung von Neuwahlen für den 18. Dezember 2005 führte. (vgl. Mayerhofer 2008:55) Auch diese Proteste waren durch einen vielfältigen Schulterschluss verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen getragen, wie Coca-Bäuer*innen, Student*innen, Bergarbeiter sowie Anhänger*innen der MAS. Deren Forderung war die kompromisslose Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasindustrien. (vgl. Pérez Ramírez, Ortega Reyna 2010:86) Es war der Gipfel der politischen Repräsentationskrise erreicht, die Zivilgesellschaft konnte keinerlei Verbindung mit den traditionellen politischen Akteur*innen Boliviens mehr sehen, ein grundlegender Wandel im

¹⁶ Das Land Chile erweckte bei vielen Bolivianern und Bolivianerinnen nach wie vor negative Emotionen, da sie Anfang der 1880er Jahre im Krieg gegen das Land ihren Meereszugang verloren hatten.(vgl. Mayerhofer 2008:54)

System musste eintreten. (vgl. Rice 2006:57) Postero sieht gerade in der MAS und ihrer Funktion als offizielle politische Partei, welche einerseits am Staat festhielt, jedoch seine Transformation versprach, einen ausschlaggebenden Punkt dafür, dass Bolivien nicht komplett außer Kontrolle geraten ist (vgl. 2010:24).

4.3.1. Die sozialen Bewegungen Boliviens

Ich möchte nun einen genaueren Blick auf die sozialen Bewegungen werfen und ihre soziogesellschaftliche Zusammensetzung etwas genauer untersuchen, um in weiterer Folge auch den Erfolg der MAS besser erklären zu können.

Grundsätzlich kann gesagt werden, dass die sozialen Bewegungen vor allem seit 1985 an Stärke gewonnen haben und es sich zum Ziel machten die repräsentative Demokratie sowie die freie Marktwirtschaft anzufechten. (vgl. Mokrani-Chávez 2009:193) Sie setzten sich aus vielen verschiedenen ethnischen Bevölkerungsgruppen zusammen, wobei hier nicht zu vergessen ist, dass die Indígena Bewegung in Bolivien keine homogene ist, sondern sich - vor allem zwischen Hochland und Tiefland - stark unterscheidet. Die ethnische Diversität des Landes ist wie schon angesprochen sehr breit, und nicht jede indigene Bewegung definiert sich vordergründig über ihre ethnische Zugehörigkeit, sondern über die Tätigkeit in der Landwirtschaft, wie die Campesinos, oder den Kokaanbau, wie die Cocaleros. (vgl. Goedeking 2000:84f.) Es ist offensichtlich, dass hier die gewerkschaftlich stark geprägte Vergangenheit eine immer noch große Rolle spielt. Des Weiteren gibt es auch zahlreiche Frauenbewegungen, wie zum Beispiel die Frauenvereinigung der Bartolina Sisas.

Trotz der geschilderten Heterogenität kann die Behauptung gewagt werden, dass es sich vor allem um untere Einkommensschichten handelt, meist mit indiger Herkunft (jedoch auch Anhänger*innen aus der mestizischen Mittelschicht sind inbegriffen), welche teilweise aus der Gesellschaft exkludiert sind und somit kein Mitspracherecht im politischen Prozess haben. (vgl. Mokrani-Chávez 2009:193) Etwas polemisch ausgedrückt ist es ihr Ziel, eine Demokratisierung Boliviens und ein gerechteres, Gleichheit stiftenderes Wirtschaftssystem, sowie Autonomie zu erreichen. Es handelt sich hier jedoch nicht um eine Forderung nach Demokratisierung im Sinne einer Stärkung der Institutionen der repräsentativen Demokratie, sondern nach direkter Demokratie und einer Politisierung des Sozialen. Die ehemalige, starke, gewerkschaftliche Organisation der Bevölkerung und das basisdemokratisch aufgebaute Ayllu-System der Indígenas fördern zusätzlich die ohnehin schon außergewöhnlich starke Politisierung großer Bevölkerungsteile. (vgl. ebd.:194)

Luis Tapía macht drei durch soziale Bewegungen aufgezeigte Konfliktlinien aus: die erste ergibt sich aus der kolonialen Dominanz, die zweite ist ein Klassenkonflikt und die dritte eine Konfliktlinie zwischen Regierenden und Regierten (Tapia 2008, zit. nach Mokrani-Chavez:2009:195). Ich würde noch eine Konfliktlinie der ethnischen Identität, auf welche vor allem I.S.R. Pape aufmerksam macht, hinzufügen (vgl. Pape 2009).

Ich möchte nun kurz die wichtigsten sozialen Bewegungen vorstellen und ihre Zusammensetzung erläutern. Vorweg möchte ich feststellen, dass die Organisationen in sich nicht homogen sind, es wird hier nur eine allgemeine Tendenz dargestellt. (vgl. hierzu: Lessmann 2010a:117-123; Schwarzbauer 2005:86f.)

Die CSUTCB¹⁷, der Bauernverband, sozusagen die Gewerkschaft der Campesinos, wurde 1979 gegründet. Diese ist offen für die Zusammenarbeit mit Indígena Organisationen des Tieflandes. Grundsätzlich gilt sie als verlässliche Basis der MAS.

Der CONAMAQ¹⁸ wurde 1997 gegründet und hat eine stärkere Aymara-indigenistische Ausprägung. Diese impliziert die Berufung auf das vorkoloniale Inkareich und das Streben zur Rückkehr zu vorkolonialen Verhältnissen. Außerdem treten sie für die Verteidigung des Territoriums und der natürlichen Ressourcen ein, sowie die Selbstbestimmung der Indígenas und deren Beteiligung an der Regierung.

Die CIDOB¹⁹ ist seit 1982 Dachverband indigener Gruppen und Völker des östlichen Tieflandes. Sie vertritt oftmals MAS-kritische Meinungen, im Endeffekt ergreift sie jedoch meist doch für die MAS Stellung.

Die CSCB²⁰ ist dem COB (Gewerkschaftsbund) angeschlossen und gilt grundsätzlich als MAS-nahe.

CNMCIQB-BS²¹ ist eine Vereinigung von Campesino-Frauen, welche 1980 gegründet wurde und stark an die COB sowie die CSUTCB angebunden ist.

Diese fünf wichtigsten zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüsse und einige kleinere bildeten 2005 den „Pacto de Unidad“. Dieser stellt eine strategische Allianz dar, welche es sich zur Aufgabe machte, ethnische und soziale Interessen auf nationaler Ebene zu vertreten - unter anderem auch in der Asamblea Constituyente - und außerdem für profunde Strukturänderungen innerhalb des bolivianischen Staates einzutreten, welche nicht die

¹⁷ Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia,

¹⁸ Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qollasuyu

¹⁹ Confederación Indígena del Oriente Boliviano

²⁰ Confederación Sindical de Colonizadores de Bolivia

²¹ Confederación Nacional de mujeres campesinas indígenas originarias de Bolivia Bartolina Sisa

exkludierenden Mechanismen der repräsentativen Demokratie reproduzieren sollten. Tatsächlich konnte dieser Pakt innerhalb der Verhandlungen um die Neue Verfassung Autonomie- und Konsultationsrechte für indigene Völker verankern, sowie einige andere Erfolge verbuchen. Er positionierte sich hier auch als so etwas wie eine neutrale Kraft zwischen MAS und der Opposition, um die Ziele des Wandels in der aufgeheizten Situation nicht aus den Augen zu verlieren. (Mokrani-Chávez 2011:139f.) Der „Pacto de Unidad“ stellt insofern also eine wichtige soziale Basis für die MAS dar und ist außerdem ein Konsensstifter und Allgemeininteressens-Produzent, welcher sehr wichtig für die Harmonie zwischen den sozialen Bewegungen und dem geschaffenen politischen Instrument der MAS ist.

4.3.2. Die Entstehung der MAS

Die Gründung der MAS ist ein sehr wesentlicher Schritt hin zur Implementierung eines hegemonialen Projektes, denn ganz im Sinne Gramscis hilft eine Partei einen homogenen Kollektivwillen zu konstruieren und dadurch auch gezielte Handlungsmöglichkeiten zu schaffen (vgl. Gramsci GH Bd. 5 S.1051). Sie hilft den sozialen Bewegungen somit ganz wesentlich strategisch und gebündelt handeln zu können.

Die **MAS** unter Evo Morales entstand Mitte der 1990er Jahre aus der Bewegung der Cocaleros mit ihm an der Spitze sowie der Bauerngewerkschaft CSUTCB im Rahmen der Versammlung zur Souveränität der Völker (Asamblea por la Soberanía de los Pueblos). (vgl. Postero 2010:23) Diese Zeit der Entstehung kann als ihre erste Phase/Etappe des Bestehens bezeichnet werden.²²

Moira Zuazo beschreibt die Entstehung der MAS als Zusammenspiel aus vier Faktoren:

1. der Entstehung einer politischen Spaltung zwischen Land und Stadt, die ihre Wurzeln in der Kolonialzeit hat und durch eine schlechte staatliche Einbindung der ländlichen Regionen weitergeführt wurde;
2. der Krise des ökonomisch-neoliberalen Projektes und der damit einhergehenden Krise des Sozialen, welche sich auch durch das nicht eingelöste Versprechen, eine richtige Demokratie einzuführen, aus den 1980er Jahren ergab;

²² Die Einteilung in verschiedene Phasen/Etappen der MAS verdanke ich einem Gespräch mit Oscar Vega Camacho in La Paz am 07.09.2011

3. der Krise der traditionellen Linken in Bolivien und generell der Legitimitätskrise der repräsentativen Parteien des Landes;
4. der politischen Integration der Munizipien durch die Reformen des „Ley de la Participación popular“ aus 1994, welche eine weitreichende Politisierung ländlicher Bevölkerungsteile mit sich brachte und die Spaltung Stadt-Land damit noch anheizte; (Zuazo 2010:123f.)

Diese Spaltung führte schließlich zu dem Entschluss der Campesino-Bewegung, ein politisches Instrument zu gründen, welches Einheit schaffen sollte. Die damals erfolgreiche Cocalero-Bewegung schloss sich diesem Vorhaben an und übernahm im Folgenden die Führung. Die Kumulation sozialer Konflikte und Proteste um das Jahr 2000 nutzte diese Bewegung dann, um Kooperationen mit verschiedenen Organisationen und Bewegungen aufzubauen, um diese in weiterer Folge hinter sich zu bündeln. (ebd. 124f.) Es ging wie gesagt darum, ein politisches Instrument aufzubauen, etwas anderes als eine Partei, was aber sehr wohl ermöglichen sollte an Wahlen teilzunehmen, um an die Macht zu kommen. Damit sollten aber nicht dieselben Fehler und Wege begangen werden, die zur Staatskrise geführt hatten. (Zuazo 2009:41) Es gab also dezidiert das Ziel, neue Wege und neue Formen zu erschaffen, welche sich vom alteingesessenen Parteisystem unterscheiden sollten.

Die MAS ist zwar eine grundsätzlich ethnische Partei - laut Zuazo eine Partei der Campesinos und der Massen - sie mischt jedoch indigene wie sozialistische Inhalte und schaffte es sowohl eine hohe Anzahl von indigenen Menschen anzusprechen als auch Teile aus der gebildeten städtischen Mittelschicht. Die heterogene und als moderat geltende Partei, sprach somit verschiedene Strömungen an: Gewerkschafter*innen, Marxist*innen, Frauengruppen, linke Jurist*innen und Indigene. (vgl. Schwarzbauer 2005:87ff.; Marmon & Kramer 2006:2f.; Postero 2010:23; Zuazo 2010:121) Die Heterogenität dieser Partei, welche sich auch in ihrer nicht eindeutigen ideologischen Basis widerspiegelt und sie deshalb sehr flexibel macht, spricht genau die Themen an, die der Bevölkerung „am Herzen brennen“. Dies macht sie in meinen Augen zu einer Partei, mit welcher sich die Bevölkerungsteile, welche bis dahin vor allem dazu gezwungen waren auf die Straße zu gehen um ihre Interessen zu artikulieren - da sie in der formal-repräsentativen Parteienlandschaft kein Identifikationselement fanden - identifizieren können. Also ein „Produzent“ von Allgemeininteresse. (vgl. dazu auch Ströbele-Gregor 2006:301; Postero 2010:23) Die MAS verstand es also sehr gut im Gegensatz zu anderen Parteien das Multitude Phänomen der sozialen Bewegungen aufzugreifen und für

sich zu nutzen. Auch Marmon sieht in der Entstehung der MAS einen „Beitrag zur Öffnung des politischen Systems Boliviens“ und „die Chance, dass die staatliche Politik wieder inklusiver wird.“ (Marmon 2006:200f.).

Jedoch nicht jeder/jede hält die nicht traditionelle Organisation und Ausrichtung der MAS als Partei für einen positiven Faktor. Jorge Lazarte bezeichnet sie eher als „protopartido“, also einen Prototyp von Partei, wodurch sie auch keine klare Struktur aufweist (2006:16).

Bevor ich noch genauer auf die Analyse der MAS eingehe, möchte ich noch die zweite indigene Partei kurz näher betrachten, welche sich ungefähr gleichzeitig formierte.

Die **MIP**, im Jahr 2000 unter Felipe Quispe gegründet, stellt eine Mischung aus indianischen und marxistischen Strömungen dar und fordert - wie schon die Guerilla-Bewegung unter demselben Schirmherrn - die Gründung eines eigenen Indígena-Staates. Die MIP hatte jedoch keinen inkludierenden, konsensualen Ansatz, sondern „entwarf das Bild der zwei Bolivien: das eine rassistisch, städtisch, unterdrückerisch, das andere das Land der Ureinwohner, der Indígena, der Campesinos, der Ausgeschlossenen und Armen.“ (vgl. Schwarzbauer 2005:89) Die MIP, im Gegensatz zur MAS, ist als wesentlich radikaler einzustufen und hat auch eher ein antistaatliches/antisystemisches Programm (vgl. Stefanoni 2005:275).

Dieses widerspricht dem kensorientierten, demokratischen und inkludierenden Politik-Verständnis vieler Bolivianer*innen. In einem von Elke Mayerhofer geführten Interview fällt der Satz: „Wir wollen in das politische System integriert sein, denn um Veränderungen zu erreichen müssen wir ein Teil des Systems sein“ (Interview Gonzales, zit. nach Mayerhofer 2008:83). Wiederum ein Hinweis darauf, dass es sich hier eher um eine radikale Transformation im Sinne Poulantzas handelt, als um ein antistaatliches Konzept.

Schwarzbauer und Maihold sprechen in diesem Zusammenhang von einer „Neuformierung des Parteiensystems nach den Wahlen 2002“. Seit den 1980er Jahren war Bolivien durch ein moderates Mehrparteiensystem mit einer zentrumsorientierten und wenig polarisierten Parteienlandschaft gekennzeichnet. Nun aber polarisiere sich das Parteiensystem durch die vielen Neugründungen, was mit einem weiteren Verlust an Gewicht der traditionellen Parteien einhergeht. (vgl. Schwarzbauer 2005:90ff.; Maihold 2006:87)

Die MAS hat demnach im Gegensatz zur MIP eine größere und breitere soziale Basis und hat es geschafft der Bevölkerung das große Distanzgefühl zwischen Parteien und Zivilgesellschaft zu nehmen. Des Weiteren hat Evo Morales sich als Artikulationskanal

zwischen sozialen Bewegungen und der Parteistruktur positioniert. (Mokrani-Chávez 2009:200) Seit 2002 hat die Partei außerdem versucht sich zu „descocalizarse“, also zu „dekokalisieren“, um eine Hegemonie in der Volksbewegung einzunehmen. Sie verband dies mit einer Stärkung des antiimperialistischen sowie antineoliberalen Diskurses und der Forderung nach „Dignidad“ - Würde. Auch trat sie in den schon von den sozialen Bewegungen geführten Diskurs der Entkolonialisierung und der Renationalisierung Boliviens ein. (Stefanoni 2005:275) Hier beginnt auch die zweite Phase/Etappe der MAS mit dem Eintritt in das national-parlamentarische System.

All dies geschah in einem Moment der Krise des bolivianischen Systems. Wie weiter oben schon geschildert kam es um das Jahr 2000 herum zu einer eindeutigen Radikalisierung der Zivilgesellschaft und einer Verschärfung der politischen Krise. Aber auch wirtschaftlich betrachtet muss erwähnt werden, dass es ab 1999 zu einem Einbruch kam. Arbeitslosenzahlen stiegen wieder rasant an und die verbreitete Armut verschärfte sich weiter. (vgl. Ströbele-Gregor 2006:304) Der Staat kippte sozusagen in die totale Krisensituation, sowohl Marmon, Wolff, Ströbele-Gregor als auch Rice sprechen von „politischen Inkongruenzen“, einer Krise der „real-existierenden Demokratie“, einer „labilen Herrschaftsordnung“ sowie einer „Reihe von Destabilisierungsfaktoren“ und einem „Bruch innerhalb des politischen Systems“ (Marmon 2006:190; Wolff: 2006:272; Ströbele-Gregor 2006:300f.; Rice 2006:56). Rice glaubt in der Radikalität des Wasser- und Gaskrieges die endgültige Erschöpfung des neoliberalen Wirtschaftsmodells in Bolivien erkennen zu können (Rice 2006:57). In diesem äußerst labilen Moment betraten - aus der radikalierten Zivilgesellschaft entstehend - neue politische Parteien die Bühne der formalen, repräsentativen Demokratie und füllten das entstandene Vakuum, welches aus der Legitimitätskrise der Parteien entstanden war. Für Wolff wird spätestens hier erkennbar, dass „die Prozesse indigener Mobilisierung klar als Schritte der Demokratisierung einzuschätzen“ sind (Wolff 2006:258). Der Erfolg der MAS ist aber sicherlich auch zu einem Teil auf die klare Alternativlosigkeit innerhalb des Parteiensystems sowie auf den einfachen Wunsch der Bevölkerung nach etwas „Neuem“ zurückzuführen.

Es deutet hier also sehr viel auf ein tatsächliches Ausbleiben der „social fix“ - Bildung auf politischer wie ökonomischer Ebene hin, welche nun neu strukturiert wird. Die Möglichkeit einer „nicht-hegemonialen Konstellation“ in welcher „die Gewinnung spezifischer Staatsapparate für die Durchsetzung politischer Projekte von besonderer Bedeutung

[ist]“ (Heigl 2009:46f.) wird somit auch denkbar. Die sozialen Bewegungen haben durch die Parteiengründung begonnen sich zum staatlichen Terrain Zutritt zu verschaffen, erleichtert durch den Machtverlust der traditionellen Parteien. Es wurde ein politisches Instrument geschaffen. Damit ergab sich die Möglichkeit zu einer beginnenden, tiefgreifenden Veränderung im Staatspersonal, welche laut Heigl und zutreffend auf den Fall Bolivien, immer als Ausdruck hochgradig umkämpfter Veränderungen im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis und institutionellen Terrain zu sehen ist. (vgl. Heigl 2009:46) Wie schon erwähnt ist die Materialität des Staates jedoch sehr stark, so schnell lässt sich die Hegemonie also nicht verändern. Ob dies nur eine kurze Episode einer Hegemonieverschiebung oder Destabilisierung ist wird weiter unten noch näher betrachtet. Zuvor möchte ich jedoch noch eine andere Frage bearbeiten: Ist die Gründung der MAS und ihr Erstarken in diesem Augenblick mit einem hegemonialen Projekt im strategisch-relationalen Sinne zu interpretieren?

4.3.3. Die MAS als hegemoniales Projekt?

Welche Anzeichen gibt es nun dafür, die MAS als hegemoniales Projekt, oder auch im Sinne Poulantzas/Heigls als gegenhegemoniales Projekt, einzustufen? Rufen wir uns noch einmal in Erinnerung, was ein hegemoniales Projekt ausmacht.

Eines seiner Ziele ist es, „Allgemeininteresse“ herzustellen, um an die Führung zu kommen. Es muss hierzu den Spagat zwischen der Erfüllung von Partikularinteressen und Universalinteressen schlagen. Diese Vereinigung schafft es zum Beispiel durch die Mobilisierung für ein national-populares Programm, welches, auf lange Sicht gesehen, die Interessen seiner Anhänger*innen befriedigen soll und natürlich auch gewisse ökonomische Interessen mit einbezieht. Zu dessen Erfolg benötigt es eine gewisse strukturelle Determinierung, eine strategische Orientierung und eine Verbindung zur Akkumulation. (vgl. Heigl 2008:41; Jessop 1990:208ff.)

Bezüglich der strukturellen Determinierung habe ich schon weiter oben mehrmals angemerkt, dass sich der bolivianische Staat und das gesamte politische System zu jener Zeit in einer Krise, einer Hegemoniekrise befanden. Solch eine Krise kann verfestigte Strukturen auflockern und Möglichkeiten für Verschiebungen der strukturellen Selektivität des Staates schaffen. (vgl. Mokrani Chávez 2009:207) Durch die Gründung einer Partei, oder eines politischen Instruments, haben die Akteur*innen der MAS auf jeden Fall einen anderen

Zugang zum Staat geschaffen, als er für die sozialen Bewegungen vorhanden war. Natürlich ist es nicht so einfach, nur auf Grund einiger Parlamentssitze den Staat in seiner Materialität zu verändern oder eine neue Hegemonie aufzubauen, aber die Schaffung einer Partei ist definitiv ein Anfang. Auch das später verwirklichte Projekt der neuen plurinationalen Verfassung, welche weitreichende Veränderungen hin zur partizipativen Demokratie bringen sollte, kann als Versuch gewertet werden auf die strategische Selektivität des Staates Einfluss zu nehmen. Hierbei muss vor allem darauf geachtet werden, dass die Hegemonie durch die strukturelle Privilegierung nicht zu den zuvor führenden Kräften zurückkehrt. (vgl. Jessop 1990:209)

Wie sieht es nun mit der strategischen Orientierung aus? Die Partikularinteressen, welche die MAS unterstützt, waren und sind die der sozialen Bewegungen, wobei sie „klug“ genug war, diese nicht zu radikal zu formulieren und sich nicht auf eine gewisse Bewegung zu verstehen, sodass sich möglichst viele Protagonist*innen der Zivilgesellschaft mit der MAS identifizieren können. Auch innerhalb der Verfassung sollten Autonomiemöglichkeiten behandelt werden, welche vor allem für die reicherer Gebiete Boliviens attraktiv waren. Als national-populares Projekt kann die Neugründung Boliviens als plurinationaler Staat mit einer neuen Verfassung und Wirtschaftsform, welche auch neue Souveränitäten beinhalten sollte, betrachtet werden. Mokrani Chávez sieht die Transformation der Gesellschaft und des Staates sowie dessen Demokratisierung als politisches Projekt der MAS an (2009:191f.). Sehr förderlich auf die Formulierung eines Allgemeininteresses wirkte sich auch die diskursive Strategie der MAS aus, welche - wie Fernando Mayorga sie beschreibt - von einer Kombination aus einer radikalen Rhetorik, jedoch moderaten Entscheidungen bestimmt war (Interview F. Mayorga²³). Also eine Harmonisierung von radikalen Forderungen aus Teilen der Zivilgesellschaft nach Veränderungen die tiefgreifend sein sollten, und Teilen der Zivilgesellschaft, welche sich zwar schon Veränderungen wünschen, jedoch nicht eine Hinwendung zum Sozialismus oder eine gewaltvolle Revolution unterstützen würden.

Die Pluralität dieses Projektes ermöglicht sozusagen Identifikationspunkte für möglichst viele Interessen. Zugegebenermaßen muss berücksichtigt werden, dass dieses Vorhaben nicht unbedingt die Interessen der an der Macht befindlichen hegemonialen Kräfte beinhaltete - was starke Gegenbewegungen von dieser Seite erwarten lassen würde - diese befanden und befinden sich jedoch in einer enormen Legitimationskrise.

²³ Anhang S.XXIV: „... die diskursive Strategie von Evo Morales bestand aus einer Kombination von radikaler Rhetorik, aber seine Entscheidungen waren moderat. Das heißt radikale Rhetorik und moderate Entscheidungen.“

Roberto Laserna macht drei Projekte innerhalb der MAS aus, die sich nicht unbedingt gegenseitig bedingen oder harmonisch sind, aber durch die Person Evo Morales geeint werden. Diese sind das indigenistische, repräsentiert durch Ideen der Katarista-Bewegung; sozialistische, repräsentiert vor allem durch Álvaro García Linera und die Gruppe um ihn; und das populistische Projekt, repräsentiert durch Evo Morales, welcher die starke Rolle der Sozialen Bewegungen und der Basisdemokratie betont. (zit. nach. Postero 2010:25f.)

Die MAS hat seit ihrer Gründung begonnen, strategische Allianzen mit verschiedenen Akteur*innen der Zivilgesellschaft zu knüpfen und repräsentierte sich niemals als unabhängig von ihnen, sondern als Sprachrohr auf offizieller Politikebene - selbst bezeichnet sie sich ja als politisches Instrument der sozialen Bewegungen (vgl. Postero 2010:23; Mokrani Chavez 2009:205). Die angedeuteten Gefahren sowohl Jessops als auch García Lineras, dass die strukturelle/strategische Selektivität des Staates dafür sorgt, dass die Hegemonie schlussendlich immer wieder zu den herrschenden Klassen zurückkehrt - wenn eine begleitende Reorganisation der Materialität und der Selektivität des Staates ausbleibt, sowie der Aufbau einer Konterbewegung der Fraktionen, welche ihre Herrschaft gefährdet sehen - betreffen auch das hegemoniale Projekt der MAS. Inwiefern sie diesen entgegenwirkt und mit ihnen umgeht, wird später noch behandelt werden.

Auch die Verbindung zur ökonomischen Sphäre betrachte ich als gegeben, denn einerseits plädiert die MAS generell für eine sozial gerechtere Wirtschaftsform und größere Autonomie für die Nationalwirtschaft und Kleinproduzent*innen - zum Beispiel durch Verstaatlichungen wichtiger Rohstoffbetriebe und neue außenwirtschaftliche Beziehungen - und andererseits verspricht sie der Bevölkerung sozialen Aufstieg durch bessere Sozialleistungen. Somit wird auch die wichtige materielle Basis zur Voranbringung eines hegemonialen Projektes berücksichtigt.

Zusammenfassend sehe ich also die Frage nach der MAS als hegemonialem Projekt als positiv beantwortet.

Ich werde in einem späteren Teil der Arbeit nochmals genauer auf die Frage nach dem Hegemonialen Projekt der MAS eingehen. Zuvor möchte ich aber auch historisch noch ein Stück vorwärts gehen.

4.4. Die vermeintliche Übernahme des Staates durch die sozialen Bewegungen

Wir befinden uns nun also am Höhepunkt der bisherigen Hegemonie- und Staatskrise. Die MAS hat genau zum richtigen Zeitpunkt das offizielle Politikparkett betreten und kann nun als Kanalisationsmöglichkeit für die Frustrationen und unerfüllten Anforderungen der unterprivilegierten Bevölkerungsschichten, an das bolivianische, politische und wirtschaftliche System betrachtet werden. Gibt es hier jedoch tatsächliche Transformationen der Hegemonie und der strategischen Selektivität sowie Materialität des Staates, oder handelt es sich nur um ein Projekt von kurzer Weile und droht bald zu versagen?

4.4.1. Der Wahlerfolg der MAS und die Übernahme der Regierung

Die Neuwahlen welche von den sozialen Bewegungen erzwungen wurden verzeichneten eine historische Wahlbeteiligung von 84%²⁴ der ein historisches Ergebnis folgte: mit 53,7% der Stimmen, 25% vor dem Zweitplatzierten, ging die MAS und Evo Morales als absoluter Gewinner aus der Wahl hervor. Seit der Redemokratisierung 1982 hatte noch nie ein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht. Wie Lessmann es pflegt zu beschreiben, wahrlich „Eine Revolution mit dem Stimmzettel!“. (vgl. Lessmann 2010a:135; 2007) Die Bevölkerung hat sich hier eindeutig dazu entschlossen, den demokratischen Weg der Transformation zu gehen. Hätte die Zivilgesellschaft das Vertrauen in die Demokratie vollkommen verloren gehabt, wäre der enorme Anstieg der Wahlbeteiligung nicht erklärbar. Nun war jedoch der Beginn einer demokratischen Transformation mit neuen Akteur*innen auf offizieller Politikebene erstmals greifbar. Hier beginnt auch eine neue Etappe/Phase für die MAS, nun als Regierungspartheid als wesentlicher Akteur in der Konstruktion der neuen Verfassung. Marmon und Kramer versuchen diesen Wahlerfolg auch durch eine Protestmüdigkeit innerhalb der Bevölkerung zu erklären, die Morales als vertrauenswürdigen Akteur ansahen um deren Anliegen in seine Hände zu legen. Außerdem gelang es der MAS, sich dem Misstrauen der Bevölkerung gegenüber dem politischen System zu entziehen, indem sie sich diesem grundsätzlich kritisch gegenüberstellte. (vgl. 2006:4f.)

²⁴ Wohlbemerkt soll sein, dass in Bolivien die Wahlteilnahme für alle Bürger*innen gesetzlich vorgeschrieben ist

Die geplante Einberufung zur „Asamblea Constituyente“ wurde bereits am 4. März 2006 gesetzlich untermauert und knapp darauf, Anfang Juli, wurden die Wahlen dazu abgehalten. Zwar verpasste die MAS die 2/3 Mehrheit, trotzdem wurde sie in ihrer absoluten Mehrheit bestätigt. Der Prozess der Verfassungsgebenden Versammlung (Asamblea Constituyente) war ein langer, welcher durch viele Unruhen und Streitigkeiten geprägt war. Die immer wieder gezielte Blockade durch die Opposition, maßgeblich durch die neoliberale PODEMOS²⁵, verzögerte das Vorankommen wiederholt, verlagerte das Konfliktpotential oftmals zurück auf die Straße und verlangte der MAS Zugeständnisse ab. Wesentlich ist jedoch, dass diesmal an der Neugründung Boliviens eine enorme Anzahl an indigenen Vertreter*innen beteiligt war. Ende November 2007 wurde, zwar unter etwas fragwürdigen²⁶, jedoch legalen Umständen, der Entwurf der Verfassung verabschiedet. Aufgrund von Vorwürfen an Morales, diktatorisch zu regieren, stellte er sich im Anschluss, am 10. August 2008, einer Volksabstimmung über seine Präsidentschaft sowie seinen Vize Álvaro García Linera²⁷. Sie wurden mit einer überwältigenden Mehrheit von 67% der Wähler*innen im Amt bestätigt. Schlussendlich wurde der fertige Verfassungstext am 25. Jänner 2009 der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt, welche ihn mit einer erneuten Rekordwahlbeteiligung von 90,26% und einer Zustimmung von 61% der Stimmen annahm. Wohlbemerkt war dieser Verfassungstext der erste von insgesamt 18 Verfassungstexten, welcher der Bevölkerung überhaupt jemals zur Abstimmung vorgelegt wurde. (vgl. Mayerhofer 2008:83-88; Lessmann 2010a:137-148)

Schon zu diesem Zeitpunkt, ab dem Jahr 2006, kann ein näheres Zusammenrücken der Zivilgesellschaft mit der politischen Gesellschaft beobachtet werden. Dies kann als Erklärung für das damalige Abklingen des Konfliktpotentials innerhalb der Zivilgesellschaft dienen. (vgl. Pérez Ramírez/Ortega Reyna 2010:92)

²⁵ Poder Democrático Social

²⁶ Die Opposition entschied gesammelt der Abstimmung fernzubleiben um damit die Verabschiedung des Verfassungsentwurfes zu verunmöglichen, vergaß jedoch, dass in den formalen Bestimmungen der Verfassungsgebenden Versammlung festgelegt war, dass die Mehrheit der anwesenden Teilnehmer*innen als ausreichend festgeschrieben war um eine Entscheidung zu treffen, nicht die Mehrheit der Gesamtteilnehmer*innen.

²⁷ An dieser Stelle möchte ich kurz etwas zur Person des Vizepräsidenten anmerken was sehr wichtig für den Erfolg Evo Morales' erscheint. Er wird oft als führender Kopf des von Morales eingeführten „Proceso de cambio“ betrachtet. Dies ergibt sich aus seinem intellektuellen Hintergrund als Mathematiker, welcher sich im Gefängnis ausgiebig mit soziologischen, politologischen und philosophischen Texten auseinandersetzte. Als weißer, marxistischer Ex-Guerillero repräsentiert er den perfekten Ansprechpartner und eine Identifikationsfigur für die städtische Mittelschicht. Er ist also ein wesentlicher Faktor in der Allianzenbildungsfähigkeit unterschiedlicher Bevölkerungsschichten in der MAS-Wähler*innenschaft. (vgl. Lessmann 2010:197-199)

4.4.2. Die Neue Verfassung Boliviens und ihre Bedeutung für den Wandel

Der Ruf nach einer Neuen Verfassung war ursprünglich aus den sozialen Bewegungen gekommen, welche auch den plurinationalen Staat forderten. Die MAS hat dieses Projekt geschickt übernommen und daraus ein national-popular program gewonnen, welches im langfristigen Aufbau eines hegemonialen Projektes unverzichtbar ist. Kritiker*innen würden hier allerdings anmerken, dass dies auch der Grund dafür ist, warum die Verfassung doch sehr viele Mängel aufweist, weil sie nicht die Idee oder das Projekt der MAS war, welche deshalb relativ unvorbereitet in die Asamblea Constituyente ging.

Die Plurinationale Verfassung Boliviens kann als Antwort auf die Staatskrise des bolivianischen Systems betrachtet werden. Die Umstrukturierungen auf soziopolitischer und partizipativ demokratischer Ebene können mit der Krise der kurzfristigen Komponenten des Staates, welche durch den Neoliberalismus eingesetzt hat, verbunden werden. Die Konstruktion des Plurinationalen kann als Reaktion auf die Krise der langfristigen Komponenten der Staatskrise, also der Republik und der Nation, welche nie wirklich funktioniert hat, betrachtet werden. Die Veränderung des wirtschaftlichen Systems kann als Antwort auf beide Komponenten der Krise betrachtet werden. (vgl. zur langfristigen und kurzfristigen Staatskrise García Linera 2011:310, 330)

Diese neue Verfassung, mit welcher der bolivianische Staat unter aktiver und wesentlicher Teilnahme der indigenen Bevölkerungsmehrheit als (in Artikel 1 festgehalten): „sozialer, plurinationaler, gemeinschaftlicher Rechtsstaat, frei, unabhängig, souverän, demokatisch, interkulturell, dezentralisiert und mit Autonomien“ neu gegründet wurde, ist klar antineoliberal und stärkt die Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft (Verfassung Boliviens(VB) 2009:5 Art.1; Lessmann 2010a:149). Dem Staat kommt also eine ganz wesentlich wichtigere Rolle zu als in der Zeit des Neoliberalismus und er wird maßgeblich demokratisiert (vgl. Meschkat 2008:9).

Vor allem die Plurinationalität - anstatt der traditionellen Republik als Staatsform, welche aus einer geeinten Nation besteht - beschwört immer wieder Kontroversen im bolivianischen Diskurs herauf. Ximena Soruco sieht in der Plurinationalität den Versuch ein politisches System zu erschaffen, welches dazu im Stande ist die vielen verschiedenen kulturellen und ethnischen Elemente Boliviens zu artikulieren (Soruco 2011:140). Fernando Garces wiederum ist der Auffassung, dass dies nicht ausreichend ist, sondern ganz neue Formen der Staatlichkeit und der Demokratie gedacht werden müssten. Formen, welche nicht zum Nationalstaat hin wollen und Institutionen aufbauen. Es sollte mit nicht existenten Formen des

Staates, der Demokratie und der Regierung experimentiert werden. (Interview F. Garces, Anhang S.:XXXIII)

Die Regierungsform wird, wie es in Artikel 11 heißt, als „partizipatorisch, demokratisch, repräsentativ und gemeinschaftlich“ definiert (VB:7 Art.11). Sie stellt einen grundlegenden Wandel im politischen System Boliviens dar und setzt der Exklusion der indigenen und armen Bevölkerungsmehrheit ein theoretisches Ende. Die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen innerhalb des Staatssystems wird ebenfalls gestärkt, der Presidentialismus allerdings erhalten. Alle gewählten Inhaber*innen öffentlicher Ämter, bis auf die Justiz, sind nun abwählbar und alle Staatsbediensteten müssen neben dem Spanischen noch eine indigene Sprache sprechen. Außerdem stellt sie unter anderem durch Verstaatlichungsabsichten, und die effektive Renationalisierung der Erdöl- und Erdgasquellen Boliviens, die Wiedererlangung der nationalen Souveränität über die Rohstoffe her. Dies tut sie auch insofern, dass die natürlichen Ressourcen Boliviens als Eigentum des Volkes deklariert werden. Auch indigene Rechte sind im weltweiten Vergleich am umfassendsten durch die neue bolivianische Verfassung geschützt, was eine bestmögliche Gleichstellung indigener Formen der Entscheidungsfindung in Wirtschaft, Rechtsprechung und Medizin, mit den zentralstaatlichen impliziert. (vgl. Mayerhofer 2008:90f.; Lessmann 2010a:149f., 167, 167; 2010b:153)

Pérez Ramírez und Ortega Reyna bemängeln allerdings, dass die Eingliederung der sozialen Bewegungen und deren Forderungen in die politische Gesellschaft zwar begonnen hat, trotzdem wurden sie in der Constituyente nur marginal repräsentiert, und auch die Verstaatlichungsforderungen wurden eher unbefriedigend umgesetzt (2010:93).

Um die sozialen Bewegungen in den Staat zu inkorporieren wurde der „Mechanismus der Partizipation und sozialen Kontrolle“ eingeführt, welcher dem Ministerium für Transparenz und Kampf gegen Korruption unterstellt ist. Was Zuazo an diesem zu Recht kritisiert ist, dass die Partizipation auf organisierte Sektoren der Zivilgesellschaft reduziert ist, welche vom Staat auch als solche anerkannt sein müssen. Diese Institutionalisierung kann man aus zwei Perspektiven betrachten. Aus der einen Perspektive betrachtet gibt es eine organisierte, dosierte Partizipation, welche die Regierung bestimmen kann; aus der Perspektive der Zivilgesellschaft betrachtet sind die sozialen Organisationen dazu aufgerufen, staatliche Initiativen zu ergreifen. (Zuazo 2010:134) Sie kritisiert außerdem, dass viele Konflikte außerhalb dieses Instrumentes behandelt werden, auch aufgrund dieser extremen Limitierung und Normierung, allerdings scheint die Regierung dies auch realisiert zu haben. Wie dieser

Prozess sich weiterentwickeln wird, ist jedoch noch nicht ablesbar. (Interview M. Zuazo Anhang S.: XII)

Auch wirtschaftlich gesehen konnten durch die Neugründung wesentliche Erfolge verbucht werden. Bolivien hat die aktuelle Wirtschaftskrise besser überstanden als so manches seiner Nachbarländer und konnte 2008 ein Wirtschaftswachstum von 6% vorweisen. Der Staat hat das Auslandskapital als wichtigsten Investor ablösen können und gleichzeitig seine Verschuldung gesenkt. (vgl. Lessmann 2010a:176-179) Wichtig für die Unabhängigkeit der Wirtschaft ist der Ausbau der Süd-Süd Kooperation unter anderem mit Venezuela und Kuba. Große Flächen von Staatsland wurden an Landlose und indigene Gemeinschaften verteilt. Kombiniert wurde dies durch großangelegte Maßnahmen zur Mechanisierung der Landwirtschaft, womit eine Produktivitätssteigerung erreicht werden konnte. (vgl. Lessmann 2010b:155) Diese wirtschaftlichen Erfolge haben auch auf sozialer Ebene einige Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der bolivianischen Bevölkerung ermöglicht, welche aktiv durch die Regierung initiiert wurden. Noch zu erwähnen wären hier die Anhebung des Mindestlohns, die Einführung einer Mindestpension, einer Schuljahresabschlussprämie und ein Mutter-Kind-Bonus. (vgl. Lessmann 2010a:207; 2010b:155f.) Außerdem wurden wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in der Verfassung verankert, wie das Recht auf Nahrung, Gesundheit, Bildung, Wohnung, Zugang zu Wasser und eine intakte Umwelt (Lessmann 2010a:149).

Was die Institutionenschwäche des bolivianischen Staates angeht, ist es schwierig bereits ein Urteil zu fällen, da die Verfassung noch sehr jung ist und die neu geschaffenen Institutionen erst Fuß fassen müssen - das Stimmungsbild ist allerdings nicht äußerst positiv (vgl. Interview M. Zuazo²⁸).

Was die Interessen der früheren Eliten betrifft, kann festgestellt werden, dass ihnen einerseits bezüglich der Wirtschaft entgegenkommen wird, da von keinerlei sozialistischen Umstrukturierungen die Rede ist und auch die Verstaatlichungen sich auf einige zentrale Bereiche reduzieren. Ebenfalls kann hier die Autonomiefrage in den Blick genommen werden. Diese ist schon lange Zeit ein Thema in der bolivianischen Politik und vor allem wird sie von Fraktionen im reichen „Media Luna“ gefordert, welche so einerseits ihren Reichtum für sich beschlagnahmen wollen, andererseits unabhängig von La Paz ihre Politik bestimmen möchten.

²⁸ Anhang S.:X : „Ich glaube die Neue Verfassung hat großes Potential aber wenn es um den Aufbau von Institutionen geht, da glaube ich sind wir sehr schlecht“

Die MAS hat die Autonomiefrage allerdings zu lange der Opposition überlassen, anstatt selbst Vorschläge auszuarbeiten, dies kulminierte im Zivilputsch 2008 (siehe unten). (vgl. v.a. zur Autonomiefrage Lessmann 2010a)

Die Neue Verfassung offeriert nun allerdings ein breites Repertoire an Autonomiemöglichkeiten. Seit dem LPP 1994, welches den Gemeinden eine große Selbstbestimmtheit eingeräumt hat, wird vor allem der Mangel eines Bindegliedes hin zur Zentralregierung kritisiert. Denn gleichzeitig mit den Gemeindeautonomien wurden die Departements und Provinzebenen in große Abhängigkeit zu La Paz gestellt, sozusagen als Gegengewicht. Die Neue Verfassung sieht nun Möglichkeiten von Autonomien auf Departementsebene vor, sowie auf Gemeindeebene, regionaler Ebene und die „Autonomía Indígena Originaria Campesina“. Dieses breite Spektrum und die damit verbundenen komplexen Möglichkeiten diese Autonomien einzufordern und umzusetzen sind allerdings schwer überschaubar und kompliziert. Wie die Autonomiefrage schlussendlich in der Realität beantwortet wird, bleibt offen. Auf jeden Fall war sie ein konsensstiftendes Element, welches auch die vorherigen Eliten zufrieden stellen sollte. (vgl. Lessmann 2010a:151-156)

Abschließend kann gesagt werden, dass, in den Worten Lessmanns, mit der „Fortsetzung der Revolution mit dem Stimmzettel“ am 6. Dezember 2009, der Wiederwahl der MAS mit 64,22%, die Arbeit der MAS und die eingeleiteten Reformen von der Bevölkerung überwiegend positiv aufgefasst wurden. (vgl. Lessmann 2010a,b)

Unterschätzt darf allerdings nicht werden, dass 26% der Stimmen an ein sehr amorphes Wahlbündnis der Opposition gingen, welche nach wie vor noch nicht dazu im Stande ist, sich neu zu formieren. Immerhin ein Viertel der Bevölkerung ist also nicht einverstanden mit dem Wandel der MAS. (vgl. ebd. 2010a:215; 2010b:157) Auch die Departements- und Gemeindewahlen 2010 brachten der MAS keine solch triumphalen Ergebnisse mehr ein. Vor allem ein Land-Stadt-Gefälle ließ sich hier ablesen. Gerade in La Paz, wo die MAS generell eine sehr starke Anhängerschaft hat, stellt ein neues Wahlbündnis, die MSM²⁹ nun den Bürgermeister. Dieses Bündnis ist Unterstützer des politischen Wandel und Auffangbecken für Ex-MAS-Mitglieder, somit repräsentiert es sich vor allem in La Paz immer stärker als wählbare Alternative. (vgl. Lessmann 2010b:159) Dunia Mokrani Chávez meint hierzu in einem Interview: „Die MSM steht immer noch in Allianz mit der MAS und der Regierung, ich sehe sie nicht wirklich als eine Kraft an, da sie über eine geringe Basis verfügt. Sie versucht jetzt zwar Kooperationen mit einigen sozialen Bewegungen aufzubauen, aber sie ist

²⁹ Movimiento sin Miedo (Bewegung ohne Angst)

nun mal mehr eine Bewegung der Mittelschicht ... Ich persönlich sehe da keine politische Schlagkraft, denn sie hat auch kein klares politisches Projekt oder Alternativen zu dem was die MAS repräsentiert. Was aber sehr wohl existiert ist eine Intuition der Menschen, dass sie der MAS zu viel Macht gegeben haben ... die Zugewinne der MSM würde ich deshalb eher so interpretieren, dass es Tendenzen gab die Macht zu dezentralisieren.“ (Interview D. Mokraní Chavez Anhang S.XXXV/XXXVI)

Bezüglich der Veränderungen im Staatspersonal macht Mokrani Chávez eindeutig eine Veränderung in der Besetzung von machtvollen Posten innerhalb des bolivianischen Staates aus, zumindest gab es einen Einzug völlig neuer Akteur*innen. (2009:202) Auch Moira Zuazo meint, dass mit dem Machtgewinn der MAS eine Zirkulation der Eliten in Gang gesetzt wurde, welche mit langfristigen Strukturveränderungen einhergeht. Der Zugang zur Staatsmacht hat sich insofern geändert, dass die Zugehörigkeit zu einer indigenen Gruppe erstmals an Wert gewinnt. Des Weiteren haben das Ausbildungskapital und der Berufsstand an Bedeutung eingebüßt, wenn es um den Zugang zum Staat geht und zu guter Letzt gab es eine starke politische Aufwertung des Organisationspotentials der Bevölkerung. (Zuazo 2010:125) Dies sind alles Hinweise darauf, dass sich auch die strategische Selektivität des Staates gewandelt hat. Es gibt allerdings auch einige Persönlichkeiten die meinen, dass es zwar eine Veränderung hinsichtlich des Staatspersonals gab, sich allerdings neue Eliten sowie neue Ausschlussmechanismen gebildet haben. Moira Zuazo weist hier zurecht darauf hin, dass es auch wichtig ist, sich darüber bewusst zu sein, ob gerade ein Moment der Transformation untersucht wird oder ein Moment, in dem sich Veränderungen schon verfestigt haben. Meiner Meinung nach ist Bolivien noch im Prozess des Wandels. Ein Hinweis auf neue Ausschlussmechanismen allerdings könnte die Tatsache betrachtet werden, dass die MAS seitdem sie die Regierungsmacht inne hat, ihre Veranstaltungen nicht mehr der gesamten Öffentlichkeit zugänglich macht wie früher, sondern mittlerweile Teilnehmer*innen aussortiert, was mit Selektion von Interessen einhergeht. (vgl. Interview M. Zuazo Anhang S.:X/XI)

4.5. Aufbau einer neuen Hegemonie und tatsächliche Transformation des Staates?

Ich möchte nun noch näher analysieren, ob die MAS weiterhin als hegemoniales Projekt der Zivilgesellschaft betrachtet werden kann, oder ob im Laufe der Zeit die Materialität des

Staates auch die MAS eingeholt hat und die üblichen Probleme und Hürden, welche die Theorie erläutert, eingetreten sind.

An dieser Stelle kann keine endgültige Position bezogen werden, dennoch sollen beobachtbare Tendenzen nicht außer Acht gelassen werden. Zu untersuchen wird demnach sein, inwiefern die MAS gegebene Versprechen bereits eingelöst hat und wie nachhaltig in Folge dessen der angekündigte Wandel zu verstehen ist. Eine detaillierte Untersuchung dieser Aspekte ist jedoch an dieser Stelle nicht möglich und würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

4.5.1. Einschätzung der Geschehnisse 2008 für die Hegemoniebildung

Es ist nun nicht so, dass allein mit der Machtübernahme der MAS und der Implementierung einer neuen Verfassung, Bolivien bereits erfolgreich einen Hegemoniewechsel erlebt hat und nun ein demokratischeres, faireres Land ist als zuvor.

Ich möchte hierzu wieder zeitlich ein Stück zurückgehen, in die Zeit der Verfassungsgebenden Versammlung, welche vor allem laut Garcia Linera eine wichtige Phase für den Hegemoniewechsel in Bolivien ausmacht. Er macht in dieser Zeitspanne sowohl einen sogenannten „empate catastrófico“, also ein katastrophales Patt zwischen zwei politischen Projekten und einen „punto de bifurcación“, also Entscheidungspunkt, aus. (Zur genaueren Beschreibung vergleiche mit Punkt 2.3.3.1. und 2.3.3.2). An diesem Entscheidungspunkt stellt sich heraus, ob die Hegemonie der alten herrschenden Klasse wieder zurückkehrt, oder ein Schritt in Richtung des Aufbaus einer neuen Hegemonie gemacht wird. (vgl. Garcia Linera 2008:25ff.) Einige Autor*innen und auch Evo Morales selbst sprechen von einem Zivilputsch im Herbst 2008, angezettelt von der Opposition, also den alten Eliten. Einerseits boykottierten und blockierten die Abgeordneten der Opposition von Beginn an den Prozess der neuen Verfassung, schon die Abklärung der rechtlichen Formalitäten der Constituyente verschlang Monate an Zeit. Vor allem auch die Tieflanddepartements, der sogenannte Media Luna, der hauptsächlich von reicheren Teilen der Bevölkerung bewohnt und sehr ressourcenreich ist und seit langer Zeit Autonomie für sich forderte, mobilisierte immer wieder gegen den Prozess der Verfassung. Ab 8. September 2008 kam es in den genannten Departements zu Straßenblockaden, Vandalismus und Bombenanschlägen. Die Polizei und das Militär griffen jedoch nur vereinzelt ein, was als Anzeichen für Morales Machtlosigkeit betrachtet werden konnte. Er hatte zwar seit 2005 die Regierungsmacht inne, kontrollierte jedoch bei weiten nicht den gesamten Staat. Militär und Polizei, seit jeher sehr wichtig in Bolivien, nahmen

nicht die Befehle der obersten Staatsmacht an, sondern handelten im Interesse ihrer Präfekten. Die Regierung reagierte allerdings geduldig um nicht eine Eskalation der Situation zu riskieren. Als jedoch am 11.September regierungstreue Bauern im Pando brutal von Angehörigen der Präfektur niedergeschlagen wurden und es zu ca. 20 Toten und zahlreichen Verletzten kam, verhängte Morales den Ausnahmezustand und schickte das Militär erfolgreich zum Einsatz; der Präfekt des Departemnets Pando wurde außerdem verhaftet. (vgl. zum Zivilputsch Lessmann 2010a: 146f.; Mokrani-Chávez 2011:145-148) Dies kann als stärkste „Konterrevolution“ der alten Eliten gewertet werden - als „punto de bifurcación“ - den die MAS allerdings für sich entschied, unter anderem durch breite internationale Unterstützung. Die Gewaltstrategie der Opposition war demnach nicht besonders erfolgreich, und schreckte zusätzlich viele moderate Gegner*innen des Prozesses des Wandels und der neuen Verfassung ab. Seither ist die Opposition stark gespalten, was sie bis heute zersplittert und schwach zurücklässt. Trotzdem machte die MAS Zugeständnisse und einige Streitpunkte im Verfassungsentwurf wurden mit der Opposition gemeinsam überarbeitet, ein eindeutiges Zeichen der Konsensstrategie und zur Vermeidung von offenem Konflikt. (vgl.ebd: 147, 199) Wie oben schon erwähnt wurde die Verfassung mit großer Mehrheit angenommen und auch Evo Morales sowie Garcia Linera 2009 erfolgreich im Amt bestätigt. Dies ist jedoch nicht der Endpunkt des bolivianischen Wandels sondern eher ein Startpunkt. (vgl. Soruco 2011:140) Soruco meint in einem Interview, dass sich seit der Implementierung der Neuen Verfassung die Hegemonie der MAS definitiv verfestigt hat, da diese eine Verschiebung der Debatte bewirkte. Es steht jetzt nicht mehr zur Diskussion ob die neue Verfassung durchgesetzt wird oder nicht, sondern sie ist nun Realität, somit hat sich auch die Opposition damit zurechtfinden müssen. (Interview X. Soruco³⁰)

4.5.2. Der „Gasolinazo“ und seine Auswirkungen

Im Dezember 2010 gelang es der Regierung Morales zum ersten Mal so gut wie die gesamte Zivilbevölkerung Boliviens, inklusive der Mitglieder des „Pacto de Unidad“ und somit auch die treuesten Anhänger*innen der MAS, die Campesinos und Cocaleros schwerstens gegen sich aufzubringen. Bolivien subventioniert seit langer Zeit Gas und Öl innerhalb des Landes, was zu enormen wirtschaftlichen Verlusten führt, vor allem seit dem starken Anstieg der

³⁰ Anhang S.VIII: „Was die Neue Verfassung geschafft hat bezüglich der Hegemonie der MAS, ist dass sich die Debatte verändert hat ... ob es nun eine Verfassung gibt oder nicht, heute wird das nicht mehr diskutiert, und auch die Elite aus Santa Cruz hat diese Niederlage hingenommen und muss sich nun im neuen Umfeld zurechtfinden.“

internationalen Ölpreise. Im Herbst/Winter 2010 überlegte sich folglich die Regierung, diese Subventionen aufzuheben und sie sozial zielsicherer einzusetzen. Die Argumentationslinie der Regierung war, dass jene Subventionen von Benzin- und Dieselpreisen ebenso reiche Bevölkerungsteile begünstigen würden; durch eine Umleitung der Subventionsgelder in Sozialprogramme oder Ähnliches, könnten sie Bevölkerungsteilen zu gute kommen, welche sie tatsächlich benötigen würden. Außerdem habe es Bolivien mit einigen Schmugglern von Gas-/ und Ölprodukten ins Ausland zu tun, wodurch es ebenfalls wirtschaftliche Verluste verzeichnet. Bedacht muss werden, dass eine Aufgabe dieser Subventionen - welche eine Preiserhöhung von bis zu 80% bei Benzin und Diesel mit sich gebracht hätte - Auswirkungen auf so gut wie alle Lebensphären der Bevölkerung gehabt hätte. Einerseits wären durch die Treibstoffversteuerungen die Preise der „öffentlichen Verkehrsmittel“, welche alle Gesellschaftsschichten Boliviens in Anspruch nehmen, enorm gestiegen. Andererseits wäre der Transport von Rohstoffen und Agrarprodukten wesentlich kostspieliger und somit unrentabler geworden; Lebensmittelpreise wären enorm in die Höhe geschossen - nur um einige Auswirkungen zu nennen. Dies wäre ein Schlag von enormer Auswirkung auf gerade arme Bevölkerungsschichten des Landes gewesen, welcher nicht ausreichend schnell durch eine Umleitung der eingesparten Subventionsgelder in Gesundheit, Bildung und Sicherheit ausgeglichen hätte werden können. Resultat dieser Ankündigung seitens der Regierung war eine zivilgesellschaftliche Mobilisierung, welche das Land schon lange nicht mehr erlebt hatte. Straßenblockaden, Ausschreitungen, Proteste - ganz La Paz war tagelang lahmgelegt. Letztlich musste die Regierung nachgeben und sich dem Protest der Straße beugen, was zu einer Rücknahme der Subventionsstreichung führte, und einem Eingeständnis des Fehlhandelns seitens der Regierung gleich kommt. (vgl. zum Gasolinazo die Artikel von bolpress.com, CNN World, amerika21.de und BBC Mundo)

Seit diesem sogenannten „Gasolinazo“ haben viele ehemalige Anhänger*innen aus intellektuellen/öffentlichen Kreisen, politischen Kreisen und der Zivilgesellschaft der MAS den Rücken zugewandt und vertreten jetzt eine regierungskritische Position. Es macht sich die Auffassung breit, dass die MAS nach und nach, im Besonderen seit diesem Fauxpas, ihr wahres Gesicht und ihre wahren Interessen offenlegt. (vgl. Lazarte 2010)

4.5.3. Der TIPNIS Konflikt und die Justizwahlen 2011³¹

Einen weiteren landesweiten Konflikt gab es beginnend mit August 2011. Über diesem wäre auch der „Pacto de Unidad“ zwischen den sozialen Bewegungen fast zu Bruch gegangen, da sich diesmal eindeutig zwei Lager innerhalb der sozialen Bewegungen gebildet hatten, welche partout keinen Kompromiss finden konnten. Die Regierung hatte beschlossen und begonnen ein Straßenbauprojekt durch den Nationalpark Isiboro-Secure zu bauen, welcher auch ein geschützter Lebensraum indigener Gruppen ist. Rechtlich schreibt Artikel 169 der ILO-Konvention zu indigenen Rechten, welche in die bolivianische Verfassung aufgenommen wurde, der Regierung vor, die Indigenen vor Ort zu konsultieren, da diese Autonomie über ihr Land inne haben und über Projekte auf ihrem Territorium befragt werden müssen. Geschehen ist dies aber nicht, was einem Verfassungsbruch gleich kommt. Die Straße sollte das Departement Beni mit Cochabamba verbinden, was wirtschaftliche Vorteile für die Region, den Rohstoffhandel und auch die Entwicklung des Gebietes antreiben sollte. Die lokalen Bewohner*innen befürchteten jedoch verstärkten illegalen Holzschlag, Umweltzerstörung und den Verlust ihres Lebensraumes sowie den imperialen Einfluss Brasiliens, welches das Straßenbauprojekt mit einem großzügigen Kredit unterstützte. Deshalb begannen einige Hundert indigene Frauen, Männer und Kinder am 15. August einen 600 Kilometer langen „Marcha“ von Trinidad bis zum Regierungssitz La Paz.

Das Land war über dieses Bauprojekt aber grundsätzlich gespalten. Viele Intellektuelle, Umweltschützer*innen, linke Oppositionelle und Indígenas waren eindeutig gegen das illegale Straßenbauprojekt. Gerade aber das Basisklientel der MAS, die Cocaleros und Campesinos, waren für das Projekt, da sie sich wirtschaftliche Vorteile daraus versprachen. Anfänglich wurde der Protest noch nicht als wichtig eingeschätzt, vor allem von regierungstreueren Persönlichkeiten (vgl. Interview X. Soruco³²). Ende September 2011 kam es dann allerdings zu einer Zuspitzung des Konfliktes. Zuerst wurde der Premierminister, welcher vor Ort mit den Marchistas sprechen wollte, von weiblichen Indígenas dazu gezwungen 6 Kilometer mit zu marschieren und wurde als lebender Schutzschild gegen eine

³¹ Der Abschnitt zum TIPNIS-Konflikt und den Justizwahlen ergibt sich einerseits aus den weiter unten angeführten Artikeln, welche als Quellen dienten, andererseits aus der persönlichen Erfahrung vor Ort zum Zeitpunkt des Geschehens. Es handelt sich hierbei also ebenfalls um Eindrücke und Gesprächserinnerungen, welche sich in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Forschungsaufenthalt ergaben.

³² Anhang S.VII/VIII: „Wir haben die TIPNIS Marchistas gesehen, es sind wenige und es schaut so aus als wären es Aktivisten, sehr aktive vor allem in den Kommunikationsmedien und stark unterstützt von den traditionellen Medien, welche die Regierung immer kritisieren. Das Umweltthema wird heiß bleiben auch in urbanen Sektoren, aber es wird niemals zu einer Mobilisierung wie beim Gasolinazo kommen, weil das damals hat die Geldbörse betroffen, hier intervenierten gewerkschaftliche Positionen welche die Regierung dazu verpflichteten zurückzufahren, ... ich glaube jetzt gibt es Diskussionen, Streite und Spannungen.“

Polizeisperre eingesetzt. Erstaunlicherweise kam es an diesem Tag noch nicht zu einer Eskalation. Am nächsten Tag allerdings, am 24. September 2011 - bei einem Polizeieinsatz, der unter anderem verhindern sollte, das Pro- und Contramarchistas gewaltvoll aufeinandertreffen - schlug die Polizei den Protestzug äußerst hart nieder und beendete ihn daraufhin. Es gab Verletzte, Verschwundene und danach vor allem keinerlei Erklärung dafür. Bis heute wurde die Verantwortlichkeit und der genaue Hergang dieses Geschehens nicht aufgeklärt, jedoch hatte diese ungerechtfertigte Polizeigewalt und vor allem das gewaltvolle Aufhalten eines grundsätzlich friedlichen Protestmarsches, unter der Regierung Evo Morales, sehr mobilisierende Auswirkungen auf die restliche Bevölkerung. Diese Polizeiaktion - egal ob sie nun von der Regierung angeordnet wurde oder hier einzelne Personen nicht innehabende Autorität ausübten - zeichnete Evo Morales und seine Regierung in einem sehr heuchlerischen Bilde. Einige Regierungsmitglieder traten in Folge dessen zurück, unter anderem die Innenministerin, was auch den inneren Zusammenhalt der MAS schwächte. Begonnen mit der Nichtbeachtung der eigens implementierten Verfassung betreffend der Indigenenrechte, folgend die Zerstörung eines Nationalparks und damit indigenen Lebensraumes und nun die brutale Niederschlagung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten; diese Entscheidungen zeichneten die MAS nicht als Sprachrohr der sozialen Bewegungen aus. Sie führten zwar nicht dazu, dass das Land der TIPNIS Frage geeint gegenüber stand, allerdings war die Solidarität der Bevölkerung mit den Marchistas überwältigend und die Mobilisierung größer denn jemals zuvor. Der Marsch wurde also weitergeführt und erreichte La Paz am 19. Oktober 2011, wo er herzlichst von der Bevölkerung willkommen geheißen wurde. Beachtet muss werden, dass zuvor am 16. November, weltweit erstmalig, Justizwahlen in Bolivien stattfanden, also freie, demokratische Wahlen zu den höchsten Richter*innenämtern des Landes. Dies wurde international als bemerkenswert, bezüglich der Demokratisierung des Landes, betrachtet, national war jedoch auch dies ein kontrovers diskutiertes Thema. Viele kritisierten den Vorgang der Bestimmung der Kandidat*innen, welche wegen der 2/3 Mehrheit der MAS angeblich nicht wirklich transparent und demokratisch war. Somit rief die Opposition von Anfang an zum Boykott der Wahlen auf, auch aufgrund des Verbotes des öffentlichen Wettbewerbs der Kandidat*innen. Was bei diesen Wahlen ausschlaggebend war, ist das mehr als 50% der abgegebenen Stimmen ungültig oder weiß waren, was ein klares Statement der Ablehnung der Bevölkerung an die Regierung war. In welcher Form dieser Boykott den TIPNIS Konflikt bestimmte, ist schwer zu sagen, Fakt ist, dass einige Tage später die Regierung den Straßenbau endgültig stoppte und sich zu Verhandlungen mit den Vertreter*innen der Indigenen bereit erklärten. In weiterer Folge wurden alle Forderungen der

Indigenen, seitens der Regierung erfüllt. Ein unglaublich beeindruckender Erfolg für die zivilgesellschaftliche Aktivität und ein Schuldeingeständnis seitens der Regierung. (vgl. zum TIPNIS-Konflikt und zu den Justizwahlen die Artikel von amerika21.de, Die Zeit Online und BBC Mundo)

Moira Zuazo meinte hierzu in einem Interview: „TIPNIS und der Gasolinazo waren zwei Momente des Zerbrechens, zwei Momente die sehr schwer waren für die Regierung. Besonders der TIPNIS-Konflikt, repräsentiert grundlegende Elemente des MAS-Diskurses, welche sie hier aufs Spiel setzten. Die Vorstellung von der indigenen Regierung ist symbolisch und eine der wichtigsten Ideen. Auch international betrachtet, macht sie einen wichtigen Aspekt der Glaubwürdigkeit der bolivianischen Regierung aus. Als der TIPNIS Konflikt ausbrach ... hat die Regierung an Glaubwürdigkeit verloren, international aber auch innerhalb der MAS, weil man muss auch sehen, dass die MAS kein homogener Block ist, sie ist sehr heterogen, verschiedene Interessen repräsentierend. Es ist sehr interessant zu verfolgen, wie dieser Einheitsmoment in den subalternen Sektoren geschaffen wurde [Pacto de Unidad] ... dieser Moment der Einheit hat erlaubt den Prozess des Wandels anzutreiben, aber heute tauchen überall Konflikte und Probleme zwischen den verschiedenen Akteuren auf ... was ich hier mit sehr großem Vorbehalt beobachte ist die Dominanz des Cocaleros.“ (Interview M. Zuazo Anhang S.XII/XIII)

Auch Fernando Mayorga sieht in der TIPNIS-Krise und der Niederlage der Justizwahlen eine Minderung in den Kapazitäten zum Hegemonieaufbau der MAS (Interview F. Mayorga³³).

4.5.4. Der im Raum stehende Verfall der MAS als hegemoniales Projekt und Ausblick

Wie wirken sich nun diese politischen Geschehnisse auf das hegemoniale Projekt der MAS aus? Zeigen diese Vorfälle, dass das bolivianische System nach wie vor in einer schweren Hegemonie- und Staatskrise steckt, oder sind dies normale Hürden auf dem Wege zur Stabilisierung?

Es gibt hier unterschiedliche Meinungen. Ximena Soruco zum Beispiel meint, dass dies die aufgebaute Hegemonie der MAS und der neuen Verfassung nicht wirklich beeinflussen könne, da diese stabilisiert sei und kein Hegemoniewechsel völlig reibungslos verlaufe (vgl.

³³ Anhang S.: XXIII: „Das Resümee des TIPNIS Konfliktes und der Justizwahlen ist, dass es nicht die institutionelle Macht der MAS einschränkt, aber es schwächt ihre Glaubwürdigkeit, das Image des Präsidenten und das impliziert eine Verminderung der Kapazitäten zum Hegemonieaufbau.“

Interview X. Soruco³⁴). Eine Gegenposition vertritt hier wohl Raúl Prada, welcher meint, die MAS könne nicht als hegemoniales Projekt untersucht werden, sondern wenn überhaupt die sozialen Bewegungen. Hegemoniewechsel gab es laut ihm auch keinen. Die MAS sei nur ein Wahlprogramm. (Interview R. Prada Anhang S.: XIII/XIV)

Meine Interpretation liegt, aufgrund der vorhergehenden Analyse, zwischen diesen beiden Positionen. Ich denke wir sollten uns noch einmal in Erinnerung rufen, was Poulantzas als Gefahren eines Hegemoniewechsels, einer Veränderung der Staatlichkeit betrachtete. Ein lediglicher Austausch des Staatspersonals gegen ein progressiveres oder linkeres alleine ist nicht ausreichend, es müssen auch Strukturveränderungen vollzogen werden, damit das neue „Personal“ nicht durch die alten Strukturen in alte Praxen zurückfällt. Jedoch dies alleine ist nicht ausreichend, sondern es muss auch den sogenannten „Volksmassen“ mehr Vertrauen geschenkt werden und direkte sowie Basisdemokratie gefördert werden. (vgl. Poulantzas 2002:188f., 278-294)

Nach der Analyse der Geschehnisse in Bolivien kann festgehalten werden, dass es auf jeden Fall zu einem Austausch des Staatspersonals gekommen ist, jedoch viele neue Protagonist*innen sich hier auf komplett neuem Terrain befinden und relativ wenig Erfahrung im Staatsdienst haben. Auch Georg Ismar spricht dieses Problem an: es sei fraglich inwiefern die „MAS über qualifizierte Personen in der zweiten Reihe und Fachleute für die administrative Lenkung der Staatsgeschäfte verfügt“ (2006:69). Fernando Mayorga meint dazu ebenfalls: „Wir haben humane Ressourcen ohne Kapazitäten, noch Erfahrung. Der wichtigste Wandel war der innerhalb der politischen Eliten und des bürokratischen Personals, welches den Staat lenkt. Es gab eine Demokratisierung, aber die Kosten dafür sind eine Verringerung der Qualität“ (Interview F. Mayorga Anhang S.:XXIII). Dies hat einerseits den Vorteil, dass diese die alten Strukturen und Handlungsabläufe nicht verinnerlicht haben und somit nicht so anfällig sind in alte Verhaltensmuster zurück zu fallen, allerdings kennen sie somit auch nicht die Tücken des Staatsapparates und haben wenig Erfahrung in ihrer Position, was die Arbeitsleistung natürlich etwas ineffizienter macht.

Es ist des Weiteren zu Strukturveränderungen und einem Ausbau der direkten sowie Basisdemokratie gekommen, wesentlich durch die Neue Verfassung. Hierbei muss aber berücksichtigt werden, dass diese erst seit 2009 in Kraft getreten ist und sich alle Beteiligten mit veränderten und neuen Vorgängen und Strukturen zurechtfinden müssen, welche noch nicht lange praktiziert werden. Es handelt sich hier um ein Projekt, welches nicht von heute

³⁴ Anhang S.VII/VIII: „...die Verfassung, die Hegemonie, hat das Szenario der Debatte verändert, zugunsten der MAS, heute gibt es über die Verfassung keine Diskussion mehr,..., es gibt Dispute und Spannungen,..., die Hegemonie ist stabil, klar sie ist nicht so wohl situiert...“

auf morgen umgesetzt werden kann sowie nicht von Beginn an läuft wie ein Uhrwerk. Dieses Ungewisse und noch nicht Erprobte macht es einerseits so potent für tiefgreifende Veränderung, andererseits jedoch anfällig für die schon eingeschriebene Materialität des Staates, welche wesentlich eingespielter und gängiger ist als der neue unbekannte Weg. Auch die Formen der neuen Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung müssen erst erprobt und eingeübt werden. Wir können dies an den Justizwahlen ablesen - welche bezüglich der Idee und Intention einen Meilenstein direkter Demokratie darstellen - deren Umsetzung allerdings noch große Schwierigkeiten beinhaltet.

Einige bolivianische Autor*innen sind allerdings der Meinung, dass die alte Materialität des Staates schon gewonnen hat: „Das Resultat ist ein neuer Staat, mit neuen Institutionen, welcher aber die alten Schwächen des bolivianischen Staates reproduziert, allerdings ist er demokratischer“ (Interview. F.Mayorga Anhang S.:XXIII). Auch Raúl Prada äußerte in einem Interview mit der „Razon“ die Sorge, dass sich nichts im Staatsapparat verändert, und wir deshalb in der alten Staatsarchitektur gefangen sind.³⁵

Mir erscheint hier auch die Struktur der MAS sehr wichtig, welche nicht einer traditionellen Partei entspricht, sondern versucht basisdemokratischer und transparenter zu sein. Moira Zuazo (2009:12) zählt einige Charakteristika der MAS auf, welche ihre basisdemokratische Seite hervorheben, jedoch auch aufzeigen, dass sich diese seit der Regierungsübernahme verändert:

- Die Partizipation ist dezentralisiert und horizontal ausgerichtet, was die Entscheidungsfindung angeht, sowie das Finden einer Führungspersönlichkeit. Hier liegt vor allem auf ruralem und lokalem Niveau die meiste Entscheidungsmacht.
- Das Prinzip der Autorepräsentation der populären Sektoren und Campesinos.
- Eine neue politische Ethik, welche sich im Slogan „el voto no se negocia“, also frei übersetzt „das Wahlergebnis ist nicht diskutierbar“, widerspiegelt, was allerdings einen Mangel an Pluralität und Kompromissbereitschaft der Partei impliziert.
- Eine horizontale Organisationsstruktur, welche allerdings seit der Regierungsübernahme zu einer hierarchischeren und formelleren Struktur avanciert.

Sie verdeutlicht diese Tendenz auch nochmal in ihrem Interview mit mir: „Ich denke es ist eine Art der Basisdemokratie, welche funktioniert hat. Jetzt allerdings, beim Versuch diese

³⁵ „no se cambia nada del aperato estatal y que terminamos atrapados en la vieja arquitectura estatal!“ Interview mit La Razon, online leider nicht mehr auffindbar.

mit den hierarchischen, staatlichen Strukturen zu verbinden, ist sie in ein Spannungsfeld geraten ... hier gibt es Probleme ... Es gibt einen Prozess der Debatte der funktioniert, aber dieser Prozess erlebt Momente wie heute, wo wir eine Stimme haben, welche anderer Meinung ist, die aussteigen will, die Indigenen im TIPNIS-Prozess, und da gibt es keine Suche nach einem Konsens mehr, sondern ganz einfach eine Exklusion, eine Behandlung des ganzen außerhalb der Demokratie... hier gibt es definitiv Probleme die ungelöst sind“ (Interview M. Zuazo Anhang S.:X).

Poulantzas warnt auch vor der Gefahr eines entstehenden Konkurrenzkampfes zwischen zwei antreibenden Kräften der Transformation. In diesem Falle wären das einerseits die MAS und andererseits die sozialen Bewegungen, welche immer gespaltener auftreten. Poulantzas meint hierzu, dass eine Konfrontation dieser zwei Mächte entweder in einer Sozialdemokratisierung oder einer autoritären Diktatur münden würden. (vgl. ebd.:278-294) Die Umgangsweise mit dem TIPNIS-Konflikt der Regierung hatte definitiv autoritäre Charakterzüge, welche sich einerseits in der Ignoranz der gültigen Verfassungsrechte der indigenen Bevölkerung ablesen lassen, andererseits in einer nicht zu rechtfertigenden, brutalen Niederschlagung zivilen Widerstandes, welche an diktatorische Zeiten erinnerte. Auch der konsensstiftende Faktor des „Pacto de Unidad“ wäre über diesem Konflikt fast zerbrochen, was wahrscheinlich verheerende Folgen auf die soziale Basis der MAS gehabt hätte.

Meiner Meinung nach hat die MAS hier jedoch noch rechtzeitig die „Notbremse“ betätigt. Sie hat bemerkt, dass sie mit der harten Linie innerhalb der Bevölkerung nicht auf Anklang stößt und extreme Einbußen in ihrer sozialen Basis zu erwarten hat. Insofern war die Zustimmung zu den Gesprächen mit den TIPNIS-Gegner*innen und die schlussendliche Zustimmung zu den 16 Forderungen sowie die Stilllegung des geplanten Projektes ein Rückzug, welcher dringend notwendig war, um die Stabilität des Landes zu erhalten. Die MAS muss hier eindeutig noch ihren Handlungsspielraum abtasten. Es ist wichtig die Einheit mit den sozialen Bewegungen wieder herzustellen, denn sonst wird sie ihre Allianzen verlieren und den Status eines hegemonialen Projektes mit dazu. Die erfolgreiche Formulierung eines Allgemeininteresses steht auf der Kippe. Dieses ist jedoch unerlässlich um an der Macht zu bleiben und gesellschaftliche Führung beanspruchen zu können. Im Moment ist die Opposition noch so geschwächt und zersplittet, dass kein reales Gegengewicht besteht. Dies macht das ganze politische System allerdings auch sehr instabil und birgt Gefahren. Vor allem insofern, dass die MAS sich zu wenig um die Konsensfindung mit oppositionellen Kräften

bemüht und auf Konfrontationskurs steuert, was ihr jedoch auch Verluste im eigenen „Lager“ verschaffen würde.

Poulantzas spricht auch von der Gefahr der Dominanz einzelner Staatsapparate über andere oder einem Konkurrenzkampf zwischen ihnen, falls es nicht einer Fraktion des Machtblocks gelingt, Hegemonie herzustellen und somit die Einheit der Staatsapparate zu festigen. (vgl. Poulantzas 2002:22) Mokrani Chávez spricht diese Gefahr bezüglich der MAS an. Sie sieht hier eher einen Prozess der Monopolisierung im Gange als den eines Hegemonieaufbaus (Interview Mokrani Chávez Anhang S.XLI). Diese Gefahr besteht aber sicherlich auch aufgrund der starken Fragmentierung der Opposition, welche der MAS auch ein wichtiges Gegengewicht geben könnte. Dieser angesprochene Konkurrenzkampf unter den Staatsapparaten würde in weiterer Folge dann auch zu einer Schwächung des Staates im Ganzen führen, womit im Falle Boliviens das Abrutschen in die Krise vorprogrammiert wäre. Darüber lässt sich jedoch aus heutiger Perspektive kein klares Urteil fällen, Tendenzen sind allerdings sicherlich vorhanden.

Wesentlicher Bestandteil eines hegemonialen Projektes ist die Verbindung aus Partikular- und Universalinteressen sowie Zugeständnisse an die zuvor herrschende Klasse. (vgl. Jessop 2010:161,181,208) Dies würde ich nach wie vor insofern erfüllt sehen, dass die Wirtschaftsform noch nicht grundlegend verändert wurde und gewisse Kapitalinteressen immer noch beschützt werden. Dies zeigt sich daran, dass zwar der Industriezweig der Hidrocarburos (Kohlenwasserstoffe) verstaatlicht wurde - was ebenfalls umstritten ist - jedoch viele andere Industriezweige nicht angerührt werden, wie zum Beispiel die Minen (vgl. Interview F. Mayorga³⁶). Die Planung eines Straßenbauprojektes quer durch ein indigenes Naturschutzgebiet allerdings, war für eine breite Anhänger*innenschaft der MAS ein Stoß vor den Kopf. Weitere solche Tendenzen werden dazu führen, dass die MAS an sozialer Basis verlieren wird und somit das ganze hegemoniale Projekt gefährdet ist.

Was mir als unerlässlich für den weiteren Erfolg des bolivianischen Wandels und der MAS als hegemonialem Projekt erscheint, ist die Wiederherstellung dieses Einheitsmomentes zwischen den verschiedenen sozialen Bewegungen, also der sozialen Basis der MAS, welche Zuazo im Interview (siehe oben) angesprochen hat. Hier muss, wie Jessop meint, keine absolute Einheit bestehen, jedoch ein gewisses Klima des Konsenses herrschen um die

³⁶ Anhang S.XXV: „Nur bei den hidrocarburos haben wir einen überwiegend staatlichen Einfluss, im Bergbau ist es nicht so.“

Diskussionen über kontroverse Themen zu ermöglichen, aber eben innerhalb eines policy-paradigms. (vgl. Jessop 1990:161, 207) Dies scheint im Moment auf sehr wackeligen Beinen zu stehen, und erscheint mir deshalb als wichtigste Aufgabe der MAS.

Was Zuazo anmerkt ist, dass die MAS die zweite Partei seit der Unabhängigkeit sei - neben der MNR - welche in der Gesellschaft verwurzelt sei. Die MNR habe sich immerhin 50 Jahre gehalten. Insofern sei zumindest anzunehmen, dass die MAS nicht plötzlich wieder von der politischen Bühne verschwinden werde. Aber sie sei im Moment einem Absturz nahe, sie müsse die Indígenas des Tieflands wieder ins Boot holen, auch wenn sie nur der kleinste Teil der sehr breiten Allianz der MAS sind, in welcher sicherlich die Campesinos und Cocaleros den Ton angeben. (vgl. Interview M. Zuazo Anhang S.:XIII)

Raúl Prada hat hier eine kontroverse Meinung. Er sieht im TIPNIS Konflikt eher so etwas wie das wahre Gesicht der MAS zu Tage treten. Die MAS ist für ihn nicht ein Sprachrohr der Sozialen Bewegungen und sie versteht auch nicht wirklich deren Anliegen. Im TIPNIS Konflikt sieht er das Aufeinanderprallen zweier Projekte. Das erste sei in der Verfassung verankert und gehe vom plurinationalen Staat aus, welcher kommunal und autonom sowie vom Prinzip des „vivir bien“³⁷ geprägt sei. Und das andere Projekt - jenes der Regierung - sei ein extraktivistisch geprägtes, kapitalistisches Projekt, welches jenem Brasiliens gleiche. Die MAS sei nur ein Wahlinstrument der Cocaleros, welche natürlich ihre Interessen vertreten. Insofern seien sie kapitalistisch. (vgl. Interview R. Prada Anhang S.:XV) Ich kann diese Argumentation gut nachvollziehen, sehe aber keinen Grund dafür die MAS nicht als hegemoniales Projekt des breiten Bündnisses der sozialen Bewegungen zu untersuchen. Denn der Fakt, dass nun einige Fraktionen innerhalb des Bündnisses - gemeint sind die Cocaleros und Campesinos - Dominanz gegenüber anderen - den Indígenas des Tieflandes - entwickeln oder ausspielen, ist ein Element des ganzen, gefährdet aber nicht den gesamten Prozess. Früher oder später war es zu erwarten, dass gewisse Partikularinteressen des Bündnisses dominant werden. Dies sollte natürlich ausgeglichen werden, ansonsten kann nicht mehr von Hegemonieaufbau gesprochen werden. Diese Frage ist bis heute aber noch nicht entschieden. Denn wie wir im Ausgang des TIPNIS-Konfliktes gesehen haben, haben auch die kleineren Fraktionen innerhalb des Bündnisses sehr große Unterstützung in der Bevölkerung, insofern konnte die MAS ihr Projekt nicht ungehindert verwirklichen.

³⁷ Ist die indigene holistische Weltauffassung, welche auch der Mutter Natur Rechte zuspricht und sie als unsere Umwelt definiert, nicht als Ressource.

Ich möchte die Tendenzen innerhalb der MAS nicht schönreden, ich sehe hier ebenfalls große Gefahren für den gesamten Wandel Boliviens, für die Alternativen, welche gedacht wurden und versucht wurden zu implementieren. Jedoch deutet nichts darauf hin, dass die hoch politisierte Zivilgesellschaft dies einfach tatenlos mit anschauen wird. Insofern muss sich die MAS gezwungenermaßen wieder mehr an der Gesamtheit ihrer sozialen Basis orientieren und zurück zum Weg des Konsenses finden, weil wenn die soziale Basis erneut verschwindet, ist schon jetzt vorstellbar wie das labile System darauf reagieren würde.

Meiner Analyse zufolge schließe ich also darauf, dass die MAS nach wie vor als hegemoniales Projekt bezeichnet werden kann. Allerdings befindet es sich gerade in einer turbulenten Phase und es wird sich zeigen, inwiefern es der Bewegung gelingen wird, vom hegemonialen Projekt ausgehend, das Allgemeininteresse und die soziale Basis halten und erweitern zu können. Ein social fix oder einen historischen Block, sehe ich allerdings noch nicht entstehen, da die Transformationsprozesse noch zu jung sind.

Wie sieht es mit dem strategischen Terrain aus, auf dem das Allgemeininteresse geformt wird? Die Veränderungen innerhalb des Staates, welche sehr wohl zu einer Erweiterung der strategischen Selektivität des Staates beigetragen haben und die nach wie vor große Einflussnahme der sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft - wie sie auch an den Beispielen des Gasolinazo und des TIPNIS Konfliktes gezeigt hat - lassen davon ausgehen, dass durch den eingeleiteten cambio auch dieses Terrain erweitert wurde - wenn auch noch nicht auf explizit staatlicher Ebene. Trotzdem wurde mehreren Teilen der Gesellschaft der Zugang zum Staat ermöglicht und auch eine Demokratisierung im partizipativen Sinne ist ablesbar. Mit Foucault argumentiert haben sich die Ausschlussmechanismen, welche regeln wer im Diskurs gehört wird, wer sprechen darf und wer anerkannt wird, erweitert. Indigene Anliegen und auch Anliegen der subalternen Schichten sind im öffentlichen und staatlichen Diskurs wesentlich präsenter geworden und nehmen nun aktiv im Spiel um die Macht teil. (vgl. Foucault 2010:11-17) Dies schließt allerdings nicht die Tatsache aus, dass auf institutioneller Ebene sehr wohl neue Ausschlussmechanismen geschaffen wurden.

5. Abschließende Bemerkungen

5.1. Die Rolle Intellektueller im Aufbau von Hegemonie

Ich möchte nun noch gesondert auf die Rolle Intellektueller im Falle Boliviens eingehen, welche meiner Meinung nach bei Jessop, im Gegensatz zu Gramsci und Foucault, zu kurz kommt, aber eben gerade im bolivianischen Wandel erkennbar ist. Dies soll jedoch nur eine Art Forschungsdesiderat und keine konkrete Analyse darstellen.

Rufen wir uns noch einmal in Erinnerung was die Theorie zur Rolle von Intellektuellen zu sagen hat. Gramsci meint hierzu: „Jede gesellschaftliche Gruppe schafft sich, [...] zugleich organisch eine oder mehrere Schichten von Intellektuellen, die ihr Homogenität und Bewußtheit[sic!] der eigenen Funktion nicht nur im ökonomischen, sondern auch im gesellschaftlichen und politischen Bereich geben“ (Gramsci GH Bd.7 1497) Sie helfen also dabei Hegemonie und Herrschaft dadurch zu erreichen, indem sie den Alltagsverstand organisieren (vgl. Neubert 2001:85; Opratko 2010:38-41; Gramsci GH Bd.7 1502f.). Die Intellektuellen können den „Herrschenden“ dabei behilflich sein möglichst viele, auch subalterne Kräfte, durch die Konstruktion von Gemeinsamkeiten an sich zu binden (vgl. Opratko 2010:37; Neubert 2001:84; Gramsci GH Bd.6 1490. 1497, Bd.5 1045). Dabei hilft ihnen die politische Partei, indem sie einen Kollektivwillen konstruiert und somit gemeinsames Handeln ermöglicht (vgl Neubert 2001:77, 86; GH Bd.5 1051, Bd.7 1505).

Interessant hierbei ist nun, dass gerade mit der MAS sehr viele Intellektuelle verbunden sind, unter anderem der Vizepräsident Alvaro García Linera. Auch der Diskurs in den Medien ist stark durch die Analysen und Meinungen Intellektueller geprägt. Hier sticht vor allem die Gruppe COMUNA hervor. Diese ist eine Gruppe aus Soziolog*innen, Politolog*innen und anderen Professionen, welche sich mehr oder weniger seit dem Wasserkrieg in Cochabamba der Aufgabe verschrieben hat, die sozialen Bewegungen und das politische Geschehen in Bolivien zu analysieren. (vgl. Varnoux Garay 2005:95)

Mitglied dieser Gruppe ist nach wie vor der Vizepräsident Boliviens, welcher in letzter Zeit jedoch immer öfter ins Kreuzfeuer der Gruppe geraten ist. Einige der Mitglieder sind also aktiv ins politische Geschehen einbezogen, andere sind Lehrende an den Universitäten des Landes und wieder andere sind aktiv ins Netz der sozialen Bewegungen eingebunden. Auch gibt es immer wieder zahlreiche Veröffentlichungen, vor allem im Verlag Muela del Diablo. Diese Gruppe beeinflusst somit aktiv den politischen und akademischen Diskurs Boliviens

mit, indem sie sich in kritischer Auseinandersetzung mit dem politischen Geschehen beschäftigen. Auch an den Universitäten wird eingehend über den Prozess des Wandels in Bolivien diskutiert und geforscht.

Diese Aspekte fallen im Vergleich zu europäischen oder US-amerikanischen Verhältnissen ziemlich stark auf.

Intellektuelle und Akademiker*innen haben wesentlichen Einfluss auf die Vorgangsweise der MAS. Evo Morales hat einige in seine Regierung berufen, und auch der Vizepräsident gilt, wie oftmals erwähnt, als einer der renommiertesten Wissenschaftler Boliviens auf diesem Gebiet. Ihm wird auch zugeschrieben, derjenige zu sein, der im Hintergrund „die Fäden spinnt“ und die wichtige Verknüpfung zu eben jenen Gesellschaftsschichten stellt. (vgl. Ismar 2006:69)

Ximena Soruco meinte hierzu in einem Interview mit mir, dass es hier im Unterschied zum westliche geprägten Raum, vor allem in den USA, wo Universitäten meist in isolierte, unabhängig vom Rest der Gesellschaft funktionierende Gelände - meist der Campus - verbannt werden, um dort hinter verschlossenen Türen, meist für das eigene wissenschaftliche Klientel zu forschen, in Bolivien Akademiker*innen aktiv in die Diskurse der Gesellschaft eingreifen. Andernorts wird selten aktiv zu Alltagspolitik und politischen Strategien Stellung genommen. (vgl. Interview X. Soruco Anhang S.IV/V)

Im Laufe des letzten Jahres, überwiegend im Laufe der Geschehnisse rund um den Gasolinazo und den TIPNIS Konflikt, haben jedoch zahlreiche Intellektuelle der MAS den Rücken zugewendet oder zumindest starke Kritik geäußert.

Es ist nun schwierig und auch nicht meine Intention zu analysieren inwiefern Intellektuelle und der akademische Sektor konkreten Einfluss auf den bolivianischen Wandel haben. Was aber sicher gesagt werden kann ist, dass die Beschäftigung mit politischer Theorie und die größere Teilnahme am öffentlichen Diskurs von Intellektuellen und Wissenschaftler*innen, sowie auch deren Teilnahme am Regierungsteam und staatlichen Institutionen, die Strategien und Vorgangsweisen der Akteur*innen geprägt haben müssen, ebenso wie den sogenannten Alltagsverständ der Zivilbevölkerung.

Diese kurze Erläuterung soll wie gesagt keinen wirklichen Aspekt meiner Analyse darstellen, sondern einfach einen Anstoßpunkt für weitere Untersuchungen geben. Sowohl was die Rolle akademischer und wissenschaftlicher Institutionen innerhalb einer Gesellschaft angeht, als

auch deren Rolle im sozialen Wandel. Die neoliberalen Reformen (siehe Bologna Prozess), denen vor allem wissenschaftliche Institutionen in unseren Breitengraden unterworfen wurden, bleiben hier sicherlich nicht ohne Einfluss auf die gesamte Gesellschaft und deren Emanzipationspotential zurück.

5.2. Resümee

Bevor ich beginne diese Arbeit zu resümieren möchte ich noch einmal die zentralen Fragestellungen und Hypothesen wiederholen, sowie auf deren Beantwortung prägnant eingehen.

Zur Klärung des Kontextes und zur Einbettung der Geschehnisse war mir vor allem die Untersuchung der Hauptmotivationspunkte der Zivilgesellschaft wichtig, direkte Teilhabe am politischen Prozess einzufordern und die Machtverhältnisse im bolivianischen Staat von Grund auf zu hinterfragen. Hierbei hat sich herausgestellt, dass meine Hypothese, welche besagte, dass die Staatlichkeit und Institutionen Boliviens in den Jahren vor der Regierungsübernahme der MAS enorm geschwächt waren und kurz vor dem Kollaps standen, zutraf. Der Einzug des Neoliberalismus stellte einen Bruch im vorherrschenden national-popularen Projekt des Staatskapitalismus dar, welches subalternen Kräften noch einen stärkeren Stellenwert einräumte. (vgl. Pérez Ramírez, Ortega Reyna 2010:79) Dem Neoliberalismus gelang es weder ein Allgemeininteresse zu formulieren noch eine breite gesellschaftliche Hegemonie zu implementieren, wodurch der Staat mit der Zeit seine soziale Basis verlor. Der Einzug des Neoliberalismus hat die ohnehin schon geringe Einflussnahme breiter Gesellschaftsschichten auf den Staat und die Wirtschaft weiter eingeschränkt. Die Lebensrealitäten wurden massiv verschlechtert und traditionelle zivilgesellschaftliche Organisationsstrukturen wie Gewerkschaften zerstört. Dieses entstandene Vakuum eröffnete Räume zur Bildung neuer gesellschaftlicher Allianzen und Handlungsformen. Verstärkt wurde dieser Prozess vor allem durch die paktierte Demokratie welche eine gravierende Krise der repräsentativen Demokratie und der Parteien begründete. Dadurch wurde die Demokratisierung und Stärkung des bolivianischen Staates durch die sozialen Bewegungen allerdings erst möglich. Ebenfalls erscheint die These einer nicht-hegemonialen Konstellation und dem generellen Ausbleiben einer Hegemoniebildung im bolivianischen System, welche die Nicht-Existenz eines social fix nach sich zieht, bestätigt.

Meine Hauptfragestellung ergab sich aus der Hinterfragung der MAS als hegemonialem Projekt und einer dadurch eingeleiteten Transformation des Staates, sowie der Forderung einer neuen plurinationalen Verfassung als national-popular program. Auch diese Fragestellung oder Hypothese betrachte ich meiner Analyse zur Folge bestätigt. Die MAS, als politisches Instrument der sozialen Bewegungen, hat im richtigen Moment das Vakuum, welches die delegitimierten, traditionellen Parteien hinterlassen haben, gefüllt und schaffte es ein breites Allgemeininteresse zu artikulieren, sowie breite gesellschaftliche Koalitionen zu bilden. Durch die Verbindung einer radikalen Rhetorik mit moderaten Entscheidungen konnte sich die MAS eine breite soziale Basis in der Bevölkerung sichern. Der Prozess hin zur Neuen Plurinationalen Verfassung - welcher ein national-popular program darstellte - konnte zumindest teilweise den Spagat zwischen Universal- und Partikularinteressen schlagen und auch die radikale Transformation des Staates einläuten, welche mit Veränderungen in der strategischen Selektivität des Staates und einer allgemeinen Stärkung dessen einherging. Dies zeichnete sich vor allem in der Verankerung partizipativer und direkter Demokratieelemente in der neuen Verfassung sowie einer Ausweitung der Autonomien aus. Der bis dahin existierenden Exklusion breiter Gesellschaftsschichten, wie zum Beispiel der großen Anzahl an Indígenas, konnte zumindest theoretisch ein Ende gesetzt werden. Außerdem wurde die Souveränität über die nationalen Ressourcen wieder hergestellt und ein Prozess hin zu einer sozial gerechteren Wirtschaftsform eingeschlagen.

Es kann nun erwartet werden, dass neue Hegemoniebildungsprozesse innerhalb der bolivianischen Gesellschaft beginnen werden. Ob diese erfolgreich sein werden, oder die Hegemonie zu den alten Eliten zurückkehren wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beantwortet werden.

Der Prozess ging sicherlich nicht reibungslos von statthen, und auch das hegemoniale Projekt der MAS befindet sich in einer schwierigen Situation. Die breite gesellschaftliche Koalition, die damit verbundene Formulierung eines Allgemeininteresses und die soziale Basis der MAS sind im Moment sehr instabil geworden. Die Zugeständnisse an die Zivilgesellschaft von Seiten der Regierung und die Aufgabe des TIPNIS Straßenbauprojektes können allerdings als Hinweise betrachtet werden, dass die MAS sich wieder auf die erfolgversprechende Konsensfähigkeit zurückbesinnt und den dominanten und teilweise autoritären Weg, welchen sie eingeschlagen hatte, umkehrte. Die Zivilgesellschaft Boliviens ist nach wie vor stark politisiert, insofern kann davon ausgegangen werden, dass sie der MAS auch weiterhin durch Mobilisierungen und Proteste zu verstehen geben wird, mit welchen politischen Strategien sie

keinen Erfolg haben wird. Außerdem werden die sozialen Bewegungen die MAS weiterhin an ihr Ziel erinnern, als Sprachrohr der Bevölkerung zu regieren. Falls dies nicht gelingt besteht die akute Gefahr einer Konfrontation zwischen der MAS und einem großen Teil der sozialen Bewegungen, welche den Prozess des gesamten Wandels lähmen würde.

Dies sind allerdings nur Spekulationen, welche sich in den zukünftigen Geschehnissen innerhalb Boliviens bewahrheiten werden oder auch nicht.

Meinen Anspruch breiten gesellschaftlichen Wandel besser zu verstehen und zu veranschaulichen sehe ich erfüllt. Das Beispiel Boliviens ist natürlich nur auf Bolivien selbst anzuwenden. Allerdings offeriert es viele Ideen und Motivationspunkte um nachhaltigen Systemwandel zu denken. Auch aus den Hindernissen und Fehlschlägen können Lehren gezogen werden. Ich denke, dass die Theorie und ihre Anwendung auf ein reales Beispiel gezeigt hat, dass sie vielerlei Ideen bereit hält, wie sozialer Wandel angegangen werden könnte und wo sich Schwierigkeiten auftun. Insofern wurde auch die Wichtigkeit politischer Theorie für die Praxis dargestellt.

Auch das Wechselspiel von Handlung und Struktur wurde veranschaulicht und vor allem die Gefahr der Materialität des Staates zum Opfer zu fallen - egal Welch konstruktive und alternative Ansätze verfolgt werden - wurde an Hand des Fallbeispiels dargestellt.

Unsere soziale, wirtschaftliche und politische Realität ist nicht apriori determiniert, und die Gesellschaft ist nicht den Strukturen des Systems und dessen Vertreter*innen hilflos ausgeliefert. Alternativen sind denkbar und umsetzbar. Zuerst muss aber der wichtige Prozess der Hinterfragung, der Kritik, losgebrochen werden, welchen Foucault anspricht. Hierzu bieten sich vor allem Krisenmomente an, wie solch einer in dem wir uns soeben befinden. Weil sich die Strukturen und die Basis, auf denen die großen Wahrheiten unseres Systems aufbauen, an Stabilität verlieren und somit anfälliger für Verschiebungen sind. Durch den Prozess der Hinterfragung, von auf uns als natürlich und normal wirkenden Verhältnissen, Strukturen, und Realitäten, sowie die darauf einsetzende Kritik an sich kommt es zu Verschiebungen und somit zum Widerstand. (vgl. Foucault 1992:12ff.; 1978:51ff.; 1983:96)

6. Abkürzungsverzeichnis

ADN – Acción Democrática Nacional

BV – Bolivianische Verfassung

CIDOB – Confederación Indígena del Oriente Boliviano

COB – Central Obrera Boliviana

CONAMAQ – Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qollasuyu

CONDEPA – Conciencia de Patria

CNMCIQB-BS – Confederación Nacional de mujeres campesinas inígenas originarias de Bolivia Bartolina Sisa

CSCB – Confederación Sindical de Colonizadores de Bolivia

CSUTCB – Confederación Sindical de Trabajadores Campesinos de Bolivia

EGTK – Ejército Guerrillero Túpac Katari

GH – Gefängnishefte

ILO – International Labour Organization

i.O. – im Original

IWF – Internationaler Währungsfond

LPP – Ley de la Participación Popular

MAS / IPSP – Movimiento al Socialismo / Instrumento Político para la Soberanía del los Pueblos

MIP – Movimiento Idigena Pachakuti

MIR – Movimiento de la Izquierda Recolucionaria

MNR – Movimiento Nacionalista Revolucionario

MSM – Movimiento sin miedo

PODEMOS – Poder Democrático Social

TIPNIS – Parque Nacional y Territorio Indígena Isiboro-Sécure

UCS – Unión Cívico de Solidaridad

UN – Unidad Nacional

YPFB – Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos

7. Literaturverzeichnis

- Becker, Joachim (2002): Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie. Marburg: Metropolis Verlag
- Bieling, Hans-Jürgen (2009): Die politische Theorie des Neo-Marxismus: Bob Jessop. In: Brodocz, André; Schaal, Gary S. (Hrsg.): Politische Theorien der Gegenwart II. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich UTB
- Burgos, Raúl (2002): The Gramscian Intervention in the Theoretical and Political Production of the Latin American Left. In: Latin American Perspectives, Issue 122, Vol.29, No. 1, S.9-37
- Foucault, Michel (1978): Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin: Merve Verlag
- Foucault, Michel (1983): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Foucault, Michel (1992): Was ist Kritik? Berlin: Merve Verlag
- Foucault, Michel (2010): Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag
- García Linera, Álvaro (2008): Empate catastrófico y punto de bifurcación. In: Crítica y emancipación: Revista latinoamericana de Ciencias Sociales. Año 1, no.1. Buenos Aires: CLACSO.
- García Linera, Álvaro (2011): La Potencia Plebeya. Acción colectiva e identidades indígenas, obreras y populares en Bolivia. La Habana, Cuba: Casa de las Americas
- Goedeking, Ulrich (2000/2001): Die Macht politischer Diskurse: Indigene Bewegung, lokale Proteste und die Politik indiger Führungspersönlichkeiten in Bolivien. In: INDIANA 17/18 (2000/2001), S.83-104
- Gramsci, Antonio (1980): Zu Politik, Geschichte und Kultur. Leipzig: Reclam
- Gramsci, Antonio (1996): Gefängnishefte Band 4, 5, 6, 7, 8. Hefte 6-7, 8-9, 10-11, 12-15, 16-21. Hamburg/Berlin: Argument-Verlag
- Hardt, Michael; Negri, Antonio (2000): Empire. Harvard University Press
- Hardt, Michael; Negri, Antonio (2004): Multitude. War and Democracy in the Age of Empire. New York: Penguin
- Heigl, Miriam (2007a): Peripherer Staat oder „failed state“? In: PROKLA 147. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Internationalisierung des Staates. 37. Jahrgang N°2 Juni 2007. Westfälisches Dampfboot. S.273-288

- Heigl, Miriam (2007b): Anfang vom Ende? Zum Zustand des neoliberalen Projekts in Lateinamerika. In: Journal für Entwicklungspolitik XXIII 1-2007. „Approaches to Gouvernance“. Wien: Ed. Südwind, Mattersburgerkreis. S.125-146
- Heigl, Miriam (2009): Der Staat in der Privatisierung. Eine strategisch-relationale Analyse am Beispiel Mexikos. Baden-Baden: Nomos.
- Ismar, Georg (2006): Das „Musterland“ in der Krise: Gründe für die politische Destabilisierung und Zukunftsperspektiven in Bolivien. In: Bopp, Franziska; Ismar, Georg (Hrsg.): Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze. Berlin: WVB Verlag. S.25-78
- Jessop, Bob (1990): State Theory. Putting Capitalist States in their place. Pennsylvania: The Pennsylvania State University Press University Park.
- Jessop, Bob (2010): State Power. A Strategic-Relational Approach. Cambridge: Polity Press
- Jost, Stefan (2003): Bolivien: Politisches System und Reformprozess 1993-1997. Opladen: Leske + Budrich
- Lazarte, Jorge (2006): Bolivia: Nueva Constelación de poder y gobernabilidad. La Paz: mimeo
- Lessmann, Robert (2007): Bolivien – Morales: Revolution mit dem Stimmzettel. In: Berger, Herbert; Gabriel, Leo (Hrsg.): Lateinamerika im Aufbruch. Soziale Bewegungen machen Politik. Wien: Mandelbaum Verlag. S.220-261
- Lessmann, Robert (2010a): Das Neue Bolivien. Evo Morales und seine demokratische Revolution. Zürich: Rotpunktverlag
- Lessmann, Robert (2010b): Bolivien: der steinige Weg zum plurinationalen Staat. In: Gabriel, Leo; Berger, Herbert (Hrsg.): Lateinamerikas Demokratien im Umbruch. Wien: Mandelbaum Verlag, S.145-163
- López-Alves, Fernando (2001): The transatlantic Bridge: Mirrors, Charles Tilly, and State Formation in the River Plate. In: Centeno, Miguel Angel; López-Alves, Fernando (Hrsg.): The other Mirror. Grand Theory through the Lens of Latin America. Princeton, New Jersey: Princeton University Press. S.153-176
- Maihold, Günther (2006): Konfliktdynamiken und Handlungsoptionen in der Regierbarkeitskrise. In: Bopp, Franziska; Ismar, Georg (Hrsg.): Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze. Berlin: WVB Verlag. S.79-109
- Marmon, Tangmar (2006): Bolivien zwischen Protest und Staatsversagen: Defizitäre Parteien und soziale Konflikte als Entwicklungshemmnisse. In: Bopp, Franziska; Ismar, Georg (Hrsg.): Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze. Berlin: WVB Verlag. S.183-209

- Marmon, Tangmar; Kramer, Andrea (2006): Ethnische Parteien der Andenländer: Von sozialen Bewegungen zu politischen Gestaltern. In: GIGA Focus Lateinamerika N° 11/2006
- Marsh, David; Furlong, Paul (2002): A Skin not a Sweater: Ontology and Epistemology in Political Science. In: Marsh, David; Stoker, Gerry (Hrsg.): Theory and Methods in Political Science. Hounds Mills/Basingstok/Hampshire: Palgrave Macmillan. Second Edition
- Mayerhofer, Elke (2008): Politische Partizipationsmöglichkeiten indigener Bevölkerung am Beispiel Boliviens. Wien. Diplomarbeit.
- Mokrani Chávez, Dunia (2009): Reflexiones sobre la democracia y el significado de un gobierno de los movimientos sociales en Bolivia. In: Favela, Gavia, Margarita; Guillén, Diana (Hrsg.): América Latina: los derechos y las prácticas ciudadanas a la luz de los movimientos populares. Buenos Aires: CLACSO, S.191-213
- Mokrani Chávez, Dunia; Chávez León, Patricia ; Uriona Crespo, Pilar (2011): Una década de Movimientos Sociales en Bolivia. In: Modonesi, Massimo; Rebón, Julián (Hrsg.): Una Década en Movimiento. Luchas populares en América Latina en el amanecer del Siglo XXI. Buenos Aires: CLACSO, S.125-152
- Molyneux, Maxine (2000): State Formations in Latin America. In: Dore, Elizabeth; Molyneux, Maxine (Hrsg.): Hidden Histories of Gender and the State in Latin America. Durham/London: Duke University Press
- Neubert, Harald (2001): Antonio Gramsci. Hegemonie – Zivilgesellschaft – Partei. Eine Einführung. Hamburg: VSA Verlag
- Opratko, Benjamin (2010): Neu- und Umformulierungen des Hegemoniebegriffs nach Antonio Gramsci. Wien: Diplomarbeit
- Pampuch, Thomas; Echalar, Agustín (1993): Bolivien. München: C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung.
- Pape, I.S.R. (2009): Indigenous Movements and the Andean Dynamics of Ethnicity and Class. In: Latin American Perspectives, Vol. 36, No. 4, S.101-125.
- Pérez Ramírez, Tatiana; Ortega Reyna, Jaime (2010): Volksaufstand, indigene Revolte und die Konturen eines national-popularen Projekts in Bolivien. In: Journal für Entwicklungspolitik XXVI 1-2010, S.72-100
- Pimmer, Stefan (2010): Lateinamerikanische Kräfteverhältnisse im Wandel. In Journal für Entwicklungspolitik XXVI 1-2010, S.4-11
- Polanyi, Karl (1978): The great transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt am Main: Suhrkamp

- Postero, Nancy (2010): Morales's MAS Government : Building Indiginous Popular Hegemony in Bolivia. In: Latin American Perspectives 2010. Issue 172, Vol. 37, No.3 S:18-34
- Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Hamburg: VSA Verlag
- Prada, Raúl (2008): Subversiones indígenas. La Paz: CLACSO - Muela del Diablo – Comunas.
- Prada, Raúl (2010): Umbrales y Horizontes de la descolonización. In: García Linera, Álvaro; Prada, Raúl; Tapía, Luis; Vega Camacho, Oscar (Hrsg.): El Estado. Campo de Lucha. La Paz: CLACSO - Muela del diablo – Comuna, S.43-96
- Raab, Heike (1998): Foucault und der feministische Poststrukturalismus. Dortmund: edition ebersbach.
- Rice, Roberta (2006): Die Evolution indigener Politik in Bolivien. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Heft 142, 36.Jg., 2006, Nr.1, S.49-60
- Schwarzbauer, Annette (2005): Indígena und Politik im Andenraum: Bolivien. In: KAS-Auslandsinformationen. N°1/05, S.79-94
- Soruco Sologuren, Ximena (2011): Apuntes para un Estado plurinacional. La Paz: Vicepresidencia del Estado
- Stefanoni, Pablo (2005): Las nuevas fronteras de la democracia boliviana. In: Nómadas, Nr.22, Abril 2005. Universidad Central – Colombia. S.269-278
- Ströbele-Gregor, Juliana (2006): Für ein anderes Bolivien – aber für welches? Indigene Völker und Staat in Bolivien. In: Bopp, Franziska; Ismar, Georg (Hrsg.): Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze. Berlin: WVB Verlag. S. 279-326
- Tapia, Luis (2008): La reforma del sentido común en la dominación neoliberal y en la constitución de nuevos bloques históricos nacional-populares. In: Ceceña, Ana Esther (Hg.): De los saberes de la emancipación y la dominación. Buenos Aires: CLACSO, 101-113;
- Varnoux Garay, Marcelo (2005): La Ciencia Política en Bolivia: Entre la Reforma Política y la crisis de la Democracia. In: Revista de Ciencia Politica, Vol.25, N°1 S.92-100
- Weig, Berthold (2005): Andine Revolutionen? Indígenas, Politik und Institutionenschwäche in Bolivien und Ekuador. In: KAS-Auslandsinformationen. N°9/05, S.94-106

- Wolff, Jonas (2006): Zwischen Demokratisierung und Destabilisierung: Die indigenen Bewegungen in Bolivien und Ecuador als Herausforderung der real-existierenden Demokratie. In: Bopp, Franziska; Ismar, Georg (Hrsg.): Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze. Berlin: WVB Verlag. S.247-278
- Zuazo, Moira (2009): Como nació el MAS? La ruralización de la política en Bolivia. La Paz: FES Friedrich Ebert Stiftung
- Zuazo, Moira (2010): Los movimientos sociales en el poder? El gobierno del MAS en Bolivia. In: Nueva Sociedad. N°227. S.120-135

Nueva Constitución Política del Estado (2011). La Paz: U.P.S. Editorial

Zeitungsaufnahmen/Onlineberichte:

- Karathanassis, Athanasios (1998): Regulationstheorie und kapitalistische Entwicklung. Berlin. Zugriff 27.07.2011: <http://www.glasnost.de/autoren/athan/regu.html>
- Lazarte, Jorge (2011): Intelectuales disidentes del MAS y el poder. Internetzugriff: 06.09.2011:
http://www.hoybolivia.com/Blog.php?IdBlog=37233&tit=intelectuales_disidentes_del_ma_s_y_el_poder
- Meschkat, Klaus (2008): Verfassungsprozesse und soziale Konflikte in den Andenländern: neue Entwicklungen in Bolivien und Ecuador. In: Heinrich Böll Stiftung. Die grüne politische Stiftung. Zugriff: 01.11.2010 :
http://www.boell.de/downloads/Verfassungsprozesse_Bolivien_Ecuador_Meschkat.pdf

Artikel zum Gasolinazo:

- Bolpress: Gazolinazo en Bolivia, 26.12.2012:
<http://www.bolpress.com/art.php?Cod=2010122608> Zugriff: 06.12.2011
- Helge Buttkereit: Treibstoff-Proteste in Bolivien, 28.12.2010:
<http://amerika21.de/nachrichten/2010/12/18875/treibstoff-proteste-bolivien>
Zugriff: 07.12.2011
- BBC Mundo: Los bolivianos, sorprendidos por un aumento de gasolina del 82%, 27.12.2010:

http://www.bbc.co.uk/mundo/noticias/2010/12/101226_bolivia_gasolinazo_precios_combustibles_fp.shtml Zugriff: 06.12.2011

- Veronica Smink: El precio social y político del “gasolinazo” en Bolivia, 28.12.2010: http://www.bbc.co.uk/mundo/noticias/2010/12/101227_bolivia_combustible_repercusion_smink.shtml Zugriff: 06.12.2011
- Helge Buttkereit: Bolivien hebt Mindestlohn an, 30.12.2010: <http://amerika21.de/nachrichten/2010/12/19069/bolivien-hebt-mindestlohn> Zugriff: 07.12.2011
- CNN: Morales reinstates Bolivian gas subsidies, 31.12.2010: http://articles.cnn.com/2010-12-31/world/bolivia.gas.subsidies_1_gasoline-prices-subsidies? s=PM:WORLD Zugriff: 06.12.2011
- Helge Buttkereit: Bolivien behält Treibstoff-Zuschuss doch bei, 02.01.2011: <http://amerika21.de/nachrichten/2011/01/19237/bolivien-treibstoff-subvention> Zugriff: 07.12.2011

TIPNIS – Artikel:

- Tobias Käufer: Marschieren gegen Morales, 18.08.2011: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-08/bolivien-protestmarsch-morales> Zugriff: 05.12.2011
- Helge Buttkereit: Bolivien: Straßenbau heizt Stimmung weiter an, 22.08.2011: <http://amerika21.de/nachrichten/2011/08/39324/proteste-entwicklung-bolivien> Zugriff: 07.12.2011
- Helge Buttkereit: Boliviens Regierung will weiterverhandeln, 30.08.2011: <http://amerika21.de/nachrichten/2011/08/39629/bolivien-regierung-verhandlung> Zugriff: 07.12.2011
- Jascha Goltermann: Der TIPNIS Konflikt, 13.09.2011: <http://amerika21.de/analyse/40162/morales-indigene> Zugriff: 20.09.2011
- Benjamin Beutler: Öko-Wahlkampf gegen Evo Morales, 25.09.2011: <http://amerika21.de/nachrichten/2011/09/40478/topnis-wahlkampf-bolivien> Zugriff: 07.12.2011
- Benjamin Beutler, US-Anwaltsbüro vertritt TIPNIS-Protestler, 25.09.2011: <http://amerika21.de/nachrichten/2011/09/40482/anwaltsbuero-washington> Zugriff: 07.12.2011

- Portal Amerika 21: Bolivien: Polizei löst Protest von Indigenen auf, 26.09.2011:
<http://amerika21.de/meldung/2011/09/40519/tipnis-polizei-bolivien> Zugriff: 07.12.2011
- Helge Buttkereit: Bolivien: Streik gegen Polizeiaktion, 29.09.2011:
<http://amerika21.de/nachrichten/2011/09/40601/bolivien-weiter-proteste>
Zugriff: 01.10.2011
- Helge Buttkereit: Bolivien: Einheitspakt in Gefahr, 06.10.2011:
<http://amerika21.de/nachrichten/2011/10/40778/einheitspakt-gefahr> Zugriff: 07.12.2011
- BBC Mundo: Reciben como Héroes a indígenas bolivianos, 20.10.2011:
http://www.bbc.co.uk/mundo/noticias/2011/10/111019_bolivia_marcha_la_paz_jg.shtml
Zugriff: 06.12.2011
- Helge Buttkereit: TIPNIS-Konflikt in Bolivien offenbar gelöst, 24.10.2011:
<http://amerika21.de/nachrichten/2011/10/41326/tipnis-konflikt-geloest>
Zugriff: 07.12.2011
- Zeit online: Präsident Morales verzichtet auf Straßenbau, 25.10.2011:
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-10/bolivien-amazonas-strasse> Zugriff: 07.12.2011
- Helge Buttkereit: Einigung über weiteres TIPNIS-Gesetz in Bolivien, 29.11.2011:
<http://amerika21.de/nachrichten/2011/11/42358/tipnis-gespraeche> Zugriff: 07.12.2011

Artikel zu den Justizwahlen:

- Benjamin Beutler: Richteramt per Direktwahl, 10.05.2011:
<http://amerika21.de/analyse/30456/richteramt-direktwahl> Zugriff: 10.12.2011
- Jascha Goltermann: Bolivien: Weltpremiere direkter Demokratie, 16.10.2011
<http://amerika21.de/nachrichten/2011/10/41068/justizwahlen-bolivien> Zugriff: 18.10.2011
- Veronica Smink: Voto castigo a Evo Morales, 17.10.2011:
http://www.bbc.co.uk/mundo/noticias/2011/10/111017_bolivia_eleccion_jueces_castigo_v_s.shtml Zugriff: 06.12.2011
- Benjamin Beutler: Richterwahl in Bolivien unter Beschuss, 19.10.2011:
<http://amerika21.de/nachrichten/2011/10/41180/richterwahl-bolivien> Zugriff: 20.10.2011
- Benjamin Beutler: Bolivien: Kein Erdrutsch-Sieg bei Richterwahl, 26.10.2011:
<http://amerika21.de/nachrichten/2011/10/41371/bolivien-richterwahl> Zugriff: 01.11.2011

8. Anhang

8.1.Expert*inneninterviews im Rahmen des zweitmonatigen Forschungsaufenthaltes in Bolivien (05.09.2011-05.11.2011)

Interview 1: mit Ximena Soruco, La Paz, 20.09.2011

Yo: He leído su texto de “apuntes para un estado plurinacional” y fue muy interesante, usted habla mucho de la inexistencia de una nación, de un estado boliviano unificado y por mi tesis es también interesante esa pregunta. En su opinión es posible decir que el estado boliviano o la nación boliviana nunca existió en un sentido clásico europeo; que todos los grupos indígenas nunca fueron participantes de este estado, de esta nación y como es hoy?

X.S.: No es una situación solamente Boliviana, creo que es en América Latina, una forma de pensar, es en todas las periferias no europeas con excepción de EE.UU. es decir que la conformación clásica que se da del estado en Europa y de alguna manera en EE.UU. presupone un desarrollo económico más autónomo del capitalismo que aquí no pasa, entonces la historia, por ejemplo es interesante el siglo XIX, es un periodo que yo he trabajado bastante, el tema de historia, entonces, la independencia es en 1825, el periodo de 1809 al 1825 las guerras a partir de aquí ya son republiquetas que son pequeñas repúblicas, pequeños focos o grupos de insurrección bastante regionales con un sentido regional muy fuerte cuando llega 1825 sea la independencia, de estos grupos asfixian el poder español no definen la batalla, es el ejercito regular de Bolívar; desde el momento de la independencia asumen el poder los que habían sido los (...), no son los sectores criollos, estos son focos más bien mestizos e incluso en algunos casos indígenas. Lo mismo pasa con sectores criollos que estaban en disputa con los españoles, entonces no hay ese momento de insurgencia largo, y la constitución de la república es un proceso de continuidad de la política colonial. La fuente principal por ejemplo de impuestos hasta 1880 sigue siendo los tributos indígenas, entonces no hay esos tributos, los impuestos indígenas. El tributo indígena sigue siendo la fuente principal del estado. Fuente económica del estado. En este momento por la minería de la plata había estado débil, entonces la minería de la plata y la minería del estado. Entonces, este estado es capaz de independizarse de el tributo indígena, que se cobraba a causa de la - el intercambio del tributo indígena causa de mantener tierras comunales. Entonces, este periodo se rompe, esta necesidad de respeto se rompe y la expansión de la hacienda. El primer movimiento de movilización de recuperación de la hacienda es Zárate Willka, no que pacta con los liberales. Ahora donde voy con todo esto se supone que la caracterización del siglo 19, es que en sus sectores gobernantes y los sectores criollos en unos casos mestizos pero sobre todo por la vía de los militares.

Hay un autor que es Dankerly no recuerdo el periodo, pero muestra que son más o menos 156 golpes en un periodo corto, es un proceso de poco institucionalización del estado, se construyeron algunos partidos políticos algún sistema institucional pero este periodo no, es una democracia sensitaria, no votaron indígenas, solamente un pequeño grupo urbano. Ahora, cuando hubo, se supone que la revolución ya liberal de 1899 gana el partido liberal, es un periodo de un discurso muy fuerte de darwinismo social, un discurso de exclusión, que aquí antes no se necesitó indígenas, de exclusión del indígena muy fuerte y hay una necesidad - el proyecto liberal busca construir un estado de mano, del capital y es un proceso, busca construir un estado en tanto institucionalidad, donde se crean las instituciones, el ejercito, el ámbito más institucional, más sólido del estado, entonces en ese momento se llega a

desarrollar la institucionalización del ejército. Este modelo de estado de alguna manera repite el modelo de construcción estatal chileno con el presidente Chileno Diego Portales, y el argentino Consarmiento, Chile y Argentina logran una mayor construcción estatal aun articulándose a capital internacional, capital inglés para construir ferrocarriles, de modernizar, hay todo un discurso de civilización, en Argentina de los gauchos de los mestizos, indígenas. En alguna manera el estado boliviano ha emprendido emigración lo que fue a Argentina sobre todo a Chile no, pero el estado Boliviano permite ese modelo, no logra construir, pero no logra construir pese a que hay instituciones y a que hay institucionalidad. No construyeron un estado sólido, a nivel institucional, en algún lado es tan débil este estado que en 1912 más o menos se consolida el monopolio del estadio son 3 personas, uno por ejemplo Patiño, la que siquiera ves en el periodo liberal, incluso en el periodo republicano pesas del 52 que la construcción institucional es bien formal porque ni siquiera una separación entre estado y poder económico. La concepción del poder que está el poder económico que es del estado, pero parecería que el estado funciona básicamente para administrar el poder económico, las minas, entonces la función central del estado en este periodo significa armar un ejército que reprime las zonas mineras, lo que hacen es disciplinar la mano de obra, la fuerza del trabajo en un caso mínimo, cobrar impuestos pero tú ves siempre que este estado, en los diferentes gobiernos no era para cobrar impuestos o sea nunca hubo un cobro o sea nunca se consigue incluso la entrega de impuestos de una distribución, como un deber de los poderes económicos contra el estado, entonces se construye la imagen de Patiño, sobre todo Patiño los benefactores del estado.

Hay un proceso de negociación de impuestos, entonces tienes un estado si no tuviera que ver el nivel de institucionalidad del estado, ese es el nivel más institucionalizado del estado. En este periodo por ejemplo el ejército ya no la política, el ejército es disciplinado, es profesionalizado, tiene comandantes, oficiales alemanes, franceses, se da nuevos uniformes, se restringe el poder del ejército a los gobiernos civiles, tienes democracia tienes instituciones con todas formalidades porque detrás te das cuenta que el poder económico, ni siquiera podemos hablar de una clase aquí no es una burguesía en sentido estricto, por ejemplo menciona para esta época un diputado que fue muy aislado en los debates que pensó industrializar el estadio por ejemplo, no las plantas industriales, a ellos no les interesaba industrializar. Las fuerzas Patiño controlaban los espacios de producción y poco a poco controla los espacios de comercialización, controla el procesamiento, fábricas procesadoras en Liverpool, no le interesa, no cumple las labores burguesas tradicionales. No se convierten en burguesía.

Son un sector económico competitivo, que domina el monopolio Patiño, nunca tiene una mirada de ser un caso que la construcción estatal podría ser útil, en competencia con otros estados que es normal con relación a la burguesía, los europeos. Lo que empieza a ser nacional y se articula el estado para atención de tratados, para hay un vínculo entre burguesía y estado. Al menos los años 90 se ha cambiado, en este momento no les interesa, entonces tú tienes 50 años sobre el poder real lo ejercen estas personas y el estado se convierte en un simple administrador. Con la mano del ejército pese a que hay una democracia restringida en parlamento, en partidos políticos, el gobiernos, hay muy pocos, golpes de estado en este periodo, hubo gobiernos civiles, pero hay institución, etc.

Si uno ve el proceso de construcción estatal en Bolivia normalmente queda en manos de sectores populares, entonces aquí fueron los mineros, proletarios del 52 etc., entonces hay una... la revolución por ejemplo del 52, lo que pasa la guerra del Chaco, se ve no había gobierno, todavía el ejército, tú ves los relatos de la época de la Guerra del Chaco, no había comunicación mínima entre pueblo y el estado en acto. Entonces el periodo posterior es el intento de construcción de un estado no nación, incluso sin hablar de una categoría, del tipo de estado, es el proyecto de construcción de un estado, que por lo menos tenga una cierta

autonomía en todos los poderes económicos y tenga un discurso de inclusión de la población, es interesante que ese proyecto lo tenga un sector del MNR y los mineros.

Entonces, un estado que no está en el texto, en inglés incluso esto de los campesinos es mucho más tarde si en este momento ingresaría para el cuarente, el siglo el momento de ingreso de los mineros desde el 42 que es la masacre de Catavi. Esto es interesante porque los ciclos indígenas anteriores son horizontes diferentes, el movimiento indígena tiene un ciclo de horizonte de retorno al periodo pre-colonial, tienen otras preocupaciones no logra vincularse al sistema político nacional. Entonces en este momento inicial de articulación es el 52 el otro momento es actual, pero tienes un movimiento indígena que no participa en estas disputas en el escenario no les interesa el tema del estado, no se sienten parte del estado tampoco, es el 52 de mano de los mineros porque los mineros son los que al final agarran, o sea en la Central Obrera Boliviana se define la toma de tierras entonces son los sindicatos campesinos que son armados por los sectores mineros que derrumban el ejército. La nación es un combate de 3 días donde el ejército deja de existir, son mineros, obreros, campesinos armados y se da la toma de tierra. Entonces, es un momento de ingreso de los mineros a la política de mano del MNR y es un momento de ingreso de los indígenas, de los campesinos a la política de mano de los mineros. Entonces, el texto que tu has visto para mí es un texto que hay que seguir trabajando todavía es una mirada muy romántica de movimiento indígena, en su momento lo escribí el 2008 etc. Uno va viendo con los conflictos que hay ahora que el universo indígena, los sujetos sociales, ese es un error de mi texto, no son transistóricos sino van transformándose las coyunturas, entonces cuales son las transformaciones. Hoy día por ejemplo, una cosa que no nos habíamos dado cuenta por la propia distancia de los movimientos populares, pienso en las ciudades, de que el movimiento indígena es muy heterogéneo desde el sector campesino tienes el sector indígena de tierras altas y tierras bajas y tienes una serie de condiciones que ellos han puesto en evidencia. Entonces tenemos que ver que ha pasado ahí. Al otro lado tienes un elemento central que decía Zavaleta y es cierto en la historia boliviana el sujeto político más fuerte es el movimiento popular, y su espacio de organización ha sido el sindicato, con los mineros pero uno también puede ver con los campesinos y con los indígenas. Es el sindicato y el sindicato tiene una característica son muy pragmáticos, pero uno de los problemas es que no logran construir o no tienen espacios de debates ideológico de proyectos societal, por ejemplo la queja del fracaso de los mineros, los 60 los 70 que viene la dictadura es que los mineros no logran construir un partido político como un espacio de debate de construcción de proyectos. Pareciera que, ahora veo un artículo del MAS, muy interesante que decía que en el MAS no hay debate político, ideológico, es más un trabajo de pragmatismo político, de realización de obras de debate político a veces falla, y en el sentido de un debate, construcción de un horizonte de futuro hacia donde estamos yendo, algo que responde muy al presente a la cantidad de obras que se construyen, las alianzas políticas que se hacen a la verticalidad del propio sindicato, entonces esta es una de las tensiones interesantes pero acá nunca se pudo consolidar, sea del MNR el partido que se alía con los mineros pero que al final es un partido que acaba siendo bien conservador, o sea no logra asumir la radicalidad de un movimiento minero en su época y luego se separa. Pero el MAS no acaba de ser un partido no hay una, no se construye los partidos de izquierda en ese periodo rara vez se articulan con los movimientos populares y los movimientos populares rara vez se articulan con los partidos, ahora estamos hablando de que ya no funciona la idea de vanguardia del rol de partido, pero a mí me da la impresión que de nuevo el inmediatismo el pragmatismo del sindicato está generando ciertas tensiones que podrían haber sido diferentes en los dos últimos años. No se sí... eso te

Yo: No sé pero quizás podríamos decir que el MAS estaba o todavía está como un proyecto hegemónico para transformar el estado en un sentido plurinacional, que el MAS es la articulación de los movimientos indígenas, los sociales?

X.S.: Si, una diferencia que yo ve es por ejemplo en el 52 cuando se hace la revolución con los mineros, los mineros tenían el poder pero no se hacen, hacen la victoria, estaban armados, no había ejército, no asumen el poder, y lo dejan al partido político al minero, cuando uno ve, compara ese movimiento, el líder desde el movimiento minero era Lechin. Lechin pudo ser presidente porque era líder indiscutible del movimiento minero, entonces él tenía que negociar con Lechin, Lechin pudo ser presidente. Las 3 presidencias del MNR en el 52 en el 56, 60 le dio miedo asumir la presidencia y al final dejó el MNR y cuando se animó vino el golpe y una diferencia que tu observas en la trayectoria del MAS es que hay una mirada clara de la toma del gobierno, de asumir el poder, entonces es un debate que se da ya desde el 98 con las diferentes agrupaciones que se van formando es que alrededor, de Evo Morales, es que se da de cuenta que es un partido, pero no es un partido que gana, que visibiliza su posibilidad de ser electoral con la participación popular, la apertura de las elecciones de alcaldes el dinero en los municipios. Aunque es una reforma neoliberal visibiliza la posibilidad de ganar las elecciones. Entonces, tanto el Evo Morales como diferentes dirigentes indígenas ganan en varias elecciones en área rural y luego ganan candidatos uninominales en el congreso, pero no salían del radio rural, entonces conscientemente el partido en ese momento eran las ASP es todo una historia del instrumento político para el cambio, se presta la sigla del MAS entonces toma, pero se asume la necesidad de irradiar en las ciudades y el vínculo con las ciudades es a través de los intelectuales, entonces los vínculos con las ciudades son y ese intelectual sale en un primer momento de las ONGs y otra serie de izquierdas que habían quedado golpeadas por los procesos anteriores.

Pero, hay una cosa, por ejemplo aquí, quien articula a los mineros con las demás, los demás sectores nacionales es el MNR. El MNR el 42, con Catavi es el único partido en el partido nacionalista, los demás partidos de izquierda nunca denuncian la masacre de Catavi, nunca denuncia, la denuncia de la masacre de Catavi lo articula general al lealtad del movimiento minero con el MNR, pero la articulación viene del partido hacia el movimiento minero, casi al revés, o sea la búsqueda de control electoral nacional viene del movimiento campesino que del sector intelectual. Entonces, el ingreso del sector técnico intelectual urbano es subordinado de alguna manera en el partido, entonces el partido del MAS está formado por las organizaciones matrices, los expertos, las ONGs los sectores urbanos son invitados, el poder de ellos se debe al ejecutivo, pero en este paso de congreso, pasos de partido político, se han mantenido en las manos de ambos, sobretodo en partidos del sector base. Tu ves una transformación profunda entre el sector minero, es una lección histórica la necesidad de construir un partido propio, que tengas características que tiene, de tomar el control, poder ganar elecciones es muy interesante y no se había visto antes.

Entonces si hay una mirada, esto tiene sus consecuencias, porque ellos entran a su visibilizan su capacidad de control político en parte de las selecciones y quieren hegemonía, entonces un partido altamente electoralista, necesita lealtades políticas pero negociaciones con organizaciones por eso es electoralista, también hay ciertas debilidades pero es por la vía electoral porque la que ellos buscan consolidar la hegemonía, y los intelectuales también dan discursos.

Yo: Podemos decir que los intelectuales tienen una gran influencia en este cambio, porque por mi es muy interesante ver con qué teorías y qué filosofías políticas la gente trabaja y trabaja con el MAS, son muy de la izquierda y son las teorías con las que yo trabajo también, pero en Europa no existe que hay gente que trabaja con el gobierno que se ocupa con teorías neomarxistas y prueban de influir también la política y ...

X.S.: Ese es un tema muy interesante y porque yo estuve en los Estados Unidos entonces tuve la experiencia de hacer doctorado en los EE.UU. y la diferencia era que claro el intelectual de estas universidades es también consecuencia de la especialización, y también de las condiciones en Europa no debe ser así, pero en los EE.UU. los campus universitarios son fábricas aisladas, salvo que estén en las ciudades son realmente fábricas de conocimiento

aisladas de los procesos sociales, políticos, de sus regiones, de sus ciudades, de su país. Y aunque están pensando y trabajan en esos temas, su capacidad de influencia es... pienso pequeña. La gente que lee sus textos.. es un círculo institucional fuerte, con sus propios, como un intelectual un académico está mas interesado en cuánto lo va aceptar otro intelectual, las preferencias que lo lea más gente, que aparezca en un programa, o que esté articulado en la organización social, hay pocos grupos, tal vez organizaciones de migrantes o cierta militancias pequeñas. Acá no, primero la universidad no te da dinero, y casi es un espacio laboral muy precario, es un espacio laboral además muy vinculado a procesos políticos, entonces normalmente y tienes que ver el asunto de que esta es una situación no resuelta, entonces todo el tiempo, toda la situación de construcción de estado, de organización, de alternativas es una preocupación que cruza a los sectores también intelectuales. Es urgente, es inmediato, es un vínculo, parece también una historia de muchos desencuentros porque en el proceso histórico de izquierda, por ejemplo en los 40, me parece interesante porque es un partido que lee la realidad, tiene grandes intelectuales en su periodo pero es muy hábil en entender lo que estaba pasando, porque la izquierda de los 40 el PIE y POR del partido de Lenin uno Leninista y otro Trotzquista no entiende lo que está pasando y acaba aliándose con la gente, los mineros las rosca, entonces esa es la incapacidad de la izquierda de vincularse con los partidos políticos. Normalmente son partidos más nacionalistas, que partidos muy doctrinales el partido doctrinal es América Latina, porque en Chile pasa lo mismo se desgasta en peleas internas, que si usted es trotskista, la línea, no sé qué, entonces se empiezan a dividir y no se articulan con movimientos sociales, los partidos nacionalistas sí. Porque tienen cierta dosis de pragmatismo, o tienen una mirada digamos de izquierda, sector radicales del nacionalismo pero logran entender lo que está pasando y no es fácil porque antes de que lo inviten por ejemplo al Alvaro García como vicepresidente invitaron al hijo del Marcelo Quiroga Santa Cruz que es un dirigente boliviano que fue muerto con García Meza el 81 es una figura emblemática de la izquierda de Bolivia. Al hijo de él lo invitó el Evo y no quiso, no quiso le dio miedo, entonces invitaron a Alvaro García entonces tú ves la trayectoria de Alvaro García veras como una militancia de izquierda pero que había visto la muerte del sujeto minero porque relocalizan a los mineros que están en la crisis del muro de Berlín, que está obligada a ver el proceso indígena que la izquierda tradicional no era reconocida. Esa convergencia le permite vincularse con el MAS.

Entonces cualquier debate que haya entre sectores intelectuales es bien político e ideológico, hay un debate fuerte acá que está preocupado en temas urgentes y que no creo que pasaría en los países europeos, hay una distancia muy fuerte entre sectores intelectuales especializados, esos espacios ahí en la sociedad, acá no. Esto es, tú ves los presidentes por ejemplo del periodo del 19 del 20 realmente son presidentes que han escrito que han escrito lo político, en algunos casos ellos escribían literatura. El vínculo entre política y pensamiento ha sido una tradición de América latina, entonces normalmente son sujetos con influencia política fuerte los intelectuales, pero ahora subordinados no son la vanguardia, ya no son los que están ya no son los que están dictando hacia dónde ir. Están subordinados, en esa subordinación tienen espacios de poder porque en el discurso técnico, y eso es una característica yo creo que había, que hay, los campesinos tienen un efecto político interesante fuerte. También hay una necesidad, hay un conocimiento del discurso técnico, y hay veces hay subordinación al discurso técnico. Y ahí entran bien Evo Morales y García Linera, el vicepresidente es el discurso técnico y Evo Morales es el político de las alianzas, de las articulaciones en un espacio muy complejo que es de los sindicatos, que no es fácil, no es un tipo de vínculo es electoral, pero la elección el voto es el último proceso de una negociación política interminable porque tu tienes que una mayoría de la población que vota es también parte de organizaciones. Entonces ahí vienen debates políticos, apoyos, no apoyos alianzas, petición de obras, de votos, el último paso de toda una serie de transacciones políticas al anterior que un

sindicalista, con la experiencia que ha tenido, el nunca sería capaz de entender ese mundo que es el mundo intelectual.

Yo: Y cree que el neoliberalismo había un gran papel en esa producción de una nueva izquierda o una movilización del pueblo para cambiar este estado que excluye la mayoría del pueblo?

X.S.: Por ejemplo, los argumentos neoliberal del 85 al 2000 fueron de nuevo los de la institucionalidad, entonces crear un sistema de partidos, generar una democracia pactada que está adecuada al sistema evitar el caos político de la UDP de la hiperinflación de la izquierda, que hizo ingobernable el país, etc. Entonces de nuevo vez, claro que nos sirve, pero las condiciones. Cuando uno ve los análisis de los analistas políticos de este periodo, tan tanto énfasis a las condiciones institucionales de Bolivia, en el acto político es que es el momento de menor participación activa de las poblaciones populares acá, son momentos de reflujo como pasó en los años entre 1900 a, por lo menos hasta el 32, hasta la guerra del Chaco, en un momento posterior se hacen instituciones, se crea institucionalidad en los momentos de reflujo de las mayorías y de los hechos políticos centrales, entonces en ese sentido todo el debate de los 15 años fue muy institucionalista, pero perdió de vista que en la población estaba reflujo por la caída de los mineros, por ejemplo la hiperinflación, estos problemas se aplican con conceptos, es un problema de la teoría no universal es por ejemplo las instituciones han tenido una historia en Europa que no puede ser aplicada acá en un proceso institucional es muy formal, es muy aparente, los momentos menos institucionales aca son los momentos de mayor densidad política, pero eso no significa que no pensemos en institucionalizar, es importante porque te reproduce a largo plazo. Pero mas sumir – no medir los sistemas políticos por su lado la institucionalidad porque no es una mención correcta, todo el tiempo y acá no había pasado, entonces, todo el tiempo se habla de la institucionalización pero no había participación social, la gente estaba en reflujo. Ayuda al mismo tiempo todo ese discurso de institucionalización excluyó a sectores con reformas, lo que artículo en este tiempo a sectores técnicos intelectuales fueron las reformas, la reforma agraria, la ley de participación popular, tiene sus consecuencias importantes. Entonces todos esos núcleos de la multiculturalidad en ese momento. Sea una apertura de ciertos espacios pero al mismo tiempo va notándose que van dando una, acumulando una ola de protestas que explotó en 2000, al otro lado lo que puedes ver es que eso esta un pays donde la memoria nacionalista es muy fuerte y eso cruza sectores mineros y campesinos en ese momento como indígenas hoy entonces toda la legitimación neoliberal fue de inversión extranjera se encontró de los recursos estratégicos, entonces acá al final la medida que articula la hegemonía que permite la semejante hegemonía del MAS en espacios urbanos esta nacionalización de los recursos no es cierto, que han peleado a la memoria del 52 y incluso memorias anteriores porque ya habido la nacionalización del estándar por ejemplo la primera creo que es el 38 entonces ya hay una historia larga de.. no siempre funcionan las nacionalizaciones son actos simbólicos, pero han estado bastante arraigados en la memoria del pueblo. Entonces, fue la demanda que articulo a todos, entonces se posicionó en los ámbitos urbanos.

Yo: En su texto dice que la nueva constitución es un punto de partida y no de llegada a mí me interesa como usted evalúa este proceso iniciado por la constitución hasta ahora concerniente a la implementación de ese proyecto del estado plurinacional

X.S.: La importancia de las constituciones de este tipo además con el valor simbólico que tiene de apropiación de construcción, sentido de inclusión etc. que permite ciertos candados a largo plazo, por ejemplo el tema del control de los recursos naturales hay una armazón institucional. Te doy un ejemplo, cuando uno ve el caso mexicano, por ejemplo la constitución, la construcción del estado mexicano de 1930 con Gonzalo – Cárdenas se empieza, no se desmonta, transformaciones profundas hasta los 90 con otro miembro del mismo partido. O sea el neoliberalismo le cuesta mucho introducir demandas digamos de disminución del estado porque el parabas institucional de la revolución mexicana va por lo

menos 50 años y yo calculo que ese proceso va a pasar en Bolivia, yo creo que hay un techo constitucional que va por lo menos frenar procesos o tendencias neoliberales de achicamiento del estado boliviano en los próximos quizá 50 años. Es una cosa que no podemos ver ahora, pero hay que valorar profundamente esto, ahora hay espacio donde no se apueste necesariamente unos candados o uno ve las diferencias dentro de la constitución y las leyes. Dentro de las leyes y las prácticas políticas, el tema de las reformas en el campo de la agricultura, hemos entrado al tema de los productos transgénicos, estamos pensando en esto de la dotación de tierras individuales en la nueva constitución, etc. entonces se ha dado ciertos espacios pero por lo menos teníamos un cascarón institucional que va a permitirnos avanzar en un periodo de achicamiento del estado muy fuerte. Es decir, por ejemplo todo lo que está pasando en Europa o en EE.UU. por ejemplo con la crisis por las propias presiones, reducción de los estados, reducción de los espacios de beneficios social, no va a pasar acá tan fácilmente, esa puede ser una garantía que establece la constitución, difícilmente, pero eso con reformas pequeñas que van haciendo huecos a la constitución es un momento fundacional, entonces los peligros que ustedes están viviendo los momentos de crisis donde el estado necesita recuperar, la estabilidad no quiere tocar intereses de banqueros, transnacionales, de derechos sociales aquí pareciera que no pasaría. Ni siquiera en el 52, hubo una reforma constitucional, de constitución, una asamblea constituyente entonces ha habido reformas pero logró de protección digamos a los vaivenes políticos de largo plazo, aparece la constitución, entonces ese es uno de los fondos.

Ahora como se va aplicando la constitución con las primeras presiones internas de las propias posibilidades. El MAS es un partido bien electoralista, las autonomías indígenas difícilmente van avanzar porque no tenían el sentido electoral en áreas rurales entonces lo del partido iba a primar seguramente la autonomía indígena no va a avanzar, entonces hay cosas que si van a avanzar, de acuerdo a las presiones de los sectores políticos centrales, el sector campesino, el sector cocalero, colonizador, etc. frente a otros sectores, la mirada desarrollista que está adquiriendo. Entonces es una protección que a ustedes les falta, que nosotros hemos logrado, entonces es un gran logro, porque tu ves Perú, México, no sé si es suficiente la constitución porque uno ve que los estados son muy fuertes en América Latina Mexico es el caso más patético con la revolución del estado fuerte que caso fue destruido por el narcotráfico cuanto lo que se avanzó, no se puede desavanzar en 10 años, entonces no es tampoco ninguna garantía, pero...

Yo: Con todos los intelectuales que en el momento dan la espalda al MAS también con la disputa sobre el TIPNIS cree que implica otro punto de bifurcación como en el 2008 el tiempo del golpe civil o esta el proceso de cambio en una crisis cierta?

X.S.: Si pero no, de alguna manera, claro la manera que el Alvaro García pone es que después del punto de bifurcación se va a generar un proceso de estabilidad. Eso no significa que no hay problemas, yo estoy más de acuerdo con el que asumir que por lo menos por el momento va hacer otra situación crítica. No va haber, no creo que haya en los próximos años, entonces lo que podría, parece que lo del TIPNIS, primero el gasolizano, luego el TIPNIS muestra que el tema indígena no es solamente un tema electoral porque sabemos que los indígenas de tierras bajas son pocos, pero la capacidad de irradiación del discurso indígena nacional es importante, entonces el MAS logra capturar espacios, si te das cuenta de la producción ideológica del MAS yo misma me incluyo en los diferentes momentos estuvimos fueron parte cercana, creyendo en esto que ha pasado. Uno de los núcleos es el indígena, se entendido que era un movimiento indígena y no solamente campesino. El hecho que ahora se separe un indígena y un campesino va generar cierto distanciamiento de sectores intelectuales que no están en el gobierno pero que apoyaron y generaban opinión, y generaban legitimación etc. en los medios de comunicación en los ámbitos humanos, eso sí va a debilitar pero no tienen un actor político o un actor social con la fuerza de generar una ruptura o un proceso con el que vivimos con la enseñanza en el oriente, no va pasar todavía, entonces fue una disputa al

interior, lo que ha hecho la constitución la hegemonía que ha dado el MAS es que él ha cambiado el escenario del debate, o se había debate, no importa si seamos del oriente o la élite de Santa Cruz, criticos del gobierno estan debatiendo en la cancha puesta por la constitución qué es estado plurinacional, qué es descolonización, o sea los términos de la discusión los puso el movimiento indígena campesino, entonces de eso ya nos salimos, de si hay constitucion o no, hoy ya no se debate eso, la élite de Santa Cruz asumió esa derrota y están viendo como acomodarse en este nuevo escenario, ahora en este nuevo escenario va haber tensiones, seguramente vamos a ver los propios límites del MAS o las posibilidades de negociación que tenga con algunos sectores con otros no, etc.

Pero yo no veo por lo menos una posibilidad de, hemos visto las marchas por el TIPNIS son pequeñas pareciera que la demanda son activistas, muy activos en medios de comunicación, muy apoyados en los medios tradicionales, criticando al gobierno siempre. Queda calado el tema medioambiental en los sectores urbanos, pero no va movilizar como pudo movilizar el gasolinazo, porque ha tocado el bolsillo, ahí intervinieron posiciones muy sindicales que obliga al gobierno a retroceder y si retrocede, retrocede en todo va a ser una tensión ahí y claro va a eliminar a diferentes sectores intelectuales, técnicos, ONGs que tienen su base muy fuerte las ONGs y ahora están en contra de la visión del gobierno entonces eso va eliminando su legitimidad en la ciudad, el gobierno tiene que pensar cómo se posicionan los hábitos urbanos y por su puesto internacionales, medioambientales, sensible internacional, en sectores urbanos pero tambien tenemos que ver que tal vez nos enamoramos del movimiento indígena, permanece no solo indígena, tiene también características campesinas de sectores campesinos que están articulados al mercado fuertemente no hay que manejar la propiedad y espacios de acumulación que hay que reconocer trabajar sobre eso, yo creo que hay disputas, tensiones pero ya no, tal vez tendrían que pasar una ruptura con los mineros por que los mineros son un actor muy fuerte capaz de mover el escenario pero si no.

Yo: La hegemonía es más o menos estabilizada?

X.S.: Si es estabilizado, claro un espacio hegemónico un poco menos holgado, más reducido, pero pese a eso con las elecciones ahora judiciales nos van a mostrar los números de eso, vamos a conocer el sector urbano, hay otra cosa el MAS no les encuestas no trabaja, todas las organizaciones habían que ver la elección porque esto va a ser un reflejo de la situación, de los centros urbanos cuentan como masa población la sede electoral más grande es La Paz, entonces La Paz está ahora en un debate con el MSM contra el MAS por el tema urbano, puede que vaya aislándose poco a poco, eso puede pasar con el MAS. La capacidad de articulación que tuvo de sectores de clase media ONGs, intelectuales diferentes sectores se vayan rompiendo ahora eso va a generar nuevas alianzas habrá que ver cuales, o proceso de aislamiento producto que permite ciertos años más en el gobierno, otra cosa es un estado no institucional de nuevo entonces cuando uno ve la capacidad del MAS vea que los momentos de crisis muestran como todo el modelo estatal construido de 85 a 2005, 20 años nos se queda en nada en los partidos de ese periodo no existen y uno ve también que los varones del estadio entran y llevan la tierra de nadie, la capacidad de tres tipos que construir un estado que sirva pareciera que sí es poco institucionalidad se cae y este campo tierra de nadie hasta que se elige un poder muy abarcador el MNR gobierno, estuvo en el poder 50 años, hasta que cae entonces parecería que estamos tal vez, más espacios porque más allá de los conflictos no hay alternativas visibles, la hegemonía se construye tal vez no son fuertes en términos institucionales, pero son fuertes en términos de poca institucionalidad que también se dan. No hay competencias posibles o visibles, uno tiene porque eso es lo que hacen las instituciones en Europa no es cierto, no importa la tendencia política del partido que entre la burocracia que funciona normalmente más allá de esto, aquí no, entonces se construyen maquinarias todos somos caudillistas, hay un caudillo central porque no hay institucionalidad entonces eso es a favor de cualquier régimen, un periodo largo seguramente.

Interview 2: mit Moira Zuazo, La Paz, 26.09.2011

Yo: He leido algunos textos de ustedes: “Como nació el MAS” y tambien”Los movimientos sociales en el poder” y por mi es tambien interesante el papel del neoliberalismo en el cambio. A mi interesa como usted evalúa el papel del neoliberalismo como impulso a este proceso de cambio y tambien a los movimientos sociales? Porque dice en sus textos que hay un papel pero no es muy preciso, quizas pueda precisarlo un poco.

M.Z.: Bueno lo que yo no he hecho es hacer una evaluación de cual ha sido el impacto de la reforma liberal o neoliberal en el ámbito económico en el ámbito social, lo que yo he visto mas bien es cual es el efecto de la crisis - ahora digamos como pregunta que me parece una pregunta de investigación interesante yo no se si vas a entrar a esa pregunta de investigación, es yo creo: que habría que medir verdaderamente así con indicadores duros, con indicadores empíricos que significo la implementación del modelo liberal o neoliberal en Bolivia, yo creo que no es una tarea que se ha hecho seriamente todavía porque si mi impresión es que ha habido un proceso de modernización en el sentido de modernizar las instituciones una economía de mercado mas clara, un retroceso del Estado en varias áreas pero es sintomático el hecho de que cuando explota la crisis en América Latina primero en México después en Brasil hay un efecto; hay un efecto de crisis que golpea muy fuerte en el caso boliviano pero yo estudio mas eso, es decir como hay un efecto una percepción de la crisis, una percepción muy fuerte de la crisis y de repudio a aquello que había sido la implementación de modelo el proceso de modernización en marcha para los cuales una sociedad fuertemente tradicional también hay que decir no estaba ni abierta, yo creo que la sociedad no esta preparada no pueden estar o no preparadas pero la sociedad estaba tensionada por estas nuevas formas, por estas nuevas lógicas, Bolivia es una sociedad que hace poco tiempo ... rural y yo creo que con eso también tiene que ver el impacto digamos de tensión de presión que la sociedad siente, en estos procesos de modernización inducidos y fundamentalmente yo creo que al ha golpeado mucho a la sociedad boliviana es el hecho de que se ha restringido el rol del Estado que ya era un Estado muy chico, si yo creo que eso es lo que no se ha visto, el Estado en Bolivia nunca a cumplido a cabalidad el roles de integración social es decir o los roles los a cumplido muy vagamente de hecho el ultimo libro que estoy preparando, en el que estoy trabajando se llama "Cuando el Estado llego al campo" porque hasta estoy hablando a mediados de la década de los 90 hasta antes más bien tenías una percepción de ausencia estatal a pesar de que han habido antes reformas del 52, era el primer proyecto de construcción del Estado nacional y hay la reforma agraria que eso simbólicamente peso mucho fue muy importante fue muy fuerte pero no hubo un seguimiento que la gente pueda percibir precisamente porque lo que se formo fue un estado institucionalmente débil que no logro esa cohesión social, no logro construir una sociedad con mas o menos igualdad de oportunidades por lo menos en la dirección en que se vio las políticas públicas. Eso no era claro en Bolivia y cuando viene un discurso neoliberal de privatizar todos los espacios y dejar todo al juego de la economía eso para los bolivianos ha sido, ha significado un shock porque nunca han tenido una protección estatal pero además de lo poco que había que se desmonte eso ha sido definitivamente muy ha sido una terapia de shock que ha impactado fuerte y hoy día cuando vemos cuales son las demandas principales y cual ha sido la agenda de octubre ahí vemos claramente que hay la demanda del ciudadano en sentido de que el Estado cumpla ciertos roles como roles primordiales en presencia del Estado de la economía pero no solamente eso sino roles de integración social educación, salud.

Aunque tampoco es muy claro eso y a la sociedad hay que decir también no tiene muy claro como deben cumplirse estos roles para lograr esa cohesión social porque es sorprendente que en Bolivia no esta por ejemplo en debate no es parte de la agenda pública la calidad de la educación nadie se interesa mucho por el tema, nadie entiende que es ese debate de que va la

cosa, son cuatro expertos que discuten eso pero no logran ponerlo como tema central de agenda o el acceso a la salud, eso si con un poco mas de claridad quizás pero no es mucho tema la calidad de la educación para mi eso es un tema central porque es una discusión el acceso a la educación es se ha logrado han habido grande avances pero calidad de la educación no es pregunta y es sorprendente.

Yo: Y usted diría que el MAS ha fortalecido el estado con la nueva constitución?

M.Z.: Lo que pasa es que no es un proceso de 3 días, digamos hay cosas interesantes en la Constitución y la pregunta otra vez como en el 52 es lo grave es hasta que punto va a desarrollar instituciones fuertes que cumplan eso que esta en el papel y ahí se ha avanzado muy poco digamos quizás hemos estado mas concentrados en la ultima etapa o sea 2005 hasta el presente en diseñar nuevas instituciones, también en esa, ese matrimonio que tiene la sociedad boliviana con la palabra cambio esta casada con el cambio, ahora ese cambio que tiene que ser radical, que tenemos que tener una nueva sociedad porque lo hemos definido en la Constitución, lo que los bolivianos no vemos porque ese es un tema que no que en Bolivia es difícil de entender desde la calle porque las instituciones han sido débiles, cuales son las tareas de esas instituciones y que significa tener instituciones - siempre has tenido una institución de educación débil tampoco te queda muy claro que seria una institución fuerte y que eso que necesitas para poder promover realmente igualdad de oportunidades eso es un debate que en Bolivia entonces cuando tu dices tu crees que como evalúas el proceso de cambio, yo creo que hay grandes potencialidades en la Constitución pero en términos de construcción institucional yo creo que estamos bastante mal.

Yo.: Y usted habló también mucho sobre la estructura horizontal de tomar decisiones del MAS. Diría que eso significa una forma de democracia básica o es más un cualidad bien peligroso?

M.Z.: Yo creo que es una forma de democracia de base que ha funcionado pero que entra en tensión cuando la quieres unir a la estructura estatal que es una estructura jerárquica que además, bueno así funcionan los estados y ahí entras en tensión ahí hay problemas ahí hay claramente problemas porque digamos la democracia sindical que era así estas prácticas están muy claramente presentes en el libro ORÍGENES DEL MAS, ve como se toman las decisiones como se define quienes son los candidatos, son prácticas democráticas horizontales, esa búsqueda digamos de consenso funciona, hay un proceso de debate funciona pero ese proceso esta haciendo ahora momentos como el presente y que tu ves que hay una voz disidente en este caso los indígenas del TIPNIS ya no hay una búsqueda de consenso sino simplemente una exclusión del tratamiento fuera de la democracia, fuera de todo parámetro democrático del grupo disidente entonces ahí hay problemas y yo creo que ese es un reto que esta abierto. En realidad todavía porque yo creo que no puedes negar que hay una potencialidad y que hay un acumulado social en la sociedad boliviana en estas prácticas, con todos los problemas que tienen, porque tienen problemas pero en esa práctica de debate de diálogo de definición de las prácticas sindicales y no solamente sindicales si no organizativas también de los pueblos indígenas de las naciones originarias de los sindicatos campesinos, hay toda una práctica de debate de tomar decisiones conjuntas hay una idea de colectivo muy fuerte que tiene que ver también con el hecho de qué Bolivia todavía es una sociedad, que hace poco ha sido una sociedad rural pero digamos hacer la transición que muchas veces, desde la academia internacional se hace muy fácil, dice entonces ah bueno aquí esta la nueva democracia y esta es la clave, ah tengo mis dudas

Yo: Y dice también que hay un proceso de circulación de élites y un cambio estructural, además dice que el acceso al poder se reorganizó? Usted diría que hay transformaciones de las estructuras estatales y mejoras del acceso al estado por la sociedad civil más o menos en el sentido del Poultanzas de la teoría del estado materialista?

M.Z.: Si con haber, yo creo que es importante mirar siempre que momento estamos mirando y una distancia que tengo con la teoría de Polantzias y que creo que es una cosa muy interesante

para revisarla en el caso boliviano es que es una cosa si tu miras un momento de transición es otra cosa si tu miras ya un momento de solidificación del Estado.

Yo creo que en el momento de transición que era mi pregunta fuerte en el libro "Origen del MAS" y yo creo que es algo positivo que se ha hecho que es el logro digamos de este proceso que ha vivido Bolivia, se ha instalado como prejuicio social que antes no había la idea de la igualdad, la idea de la igualdad en el sentido que todos tenemos los mismos derechos que debemos intercambiarnos como iguales y no como jerárquicamente distintos yo creo que eso esta claramente instalado es un prejuicio social, es un tema y eso ha sido claramente ayudado y creo que ahí es un elemento central esta idea de la circulación de elites porque efectivamente tu has visto una emergencia de nuevos grupos de la sociedad que se están convirtiendo en elite. Ahora ahí esta la pregunta de que momento estas mirando y cada vez va a ser mas fuerte. El sábado teníamos un foro de jóvenes bonito donde había un grupo de jóvenes que ellos se definen como aymaras urbanos y uno de ellos observaba y decía bueno yo me he puesto ha pensar si realmente es el gobierno del cambio entonces nosotros los hemos buscado insistentemente a los líderes del MAS porque nosotros queremos aportar al cambio queremos ser parte y en realidad de lo que nos hemos dado cuenta es de que es igualito no mas que antes son inaccesibles; igualito no mas, no hemos podido llegar a ellos, estamos en otro momento yo me acuerdo mucho eso es hasta un cambio simbólico antes; digamos antes del 2005 cuando tu querías participar del ampliado del MAS era muy sencillo tu ibas entrabas al recinto y escuchabas y para mi investigación era súper interesante también, podías escuchar todo el debate los diferentes oradores, etc ahora que el MAS esta en el poder casualmente me toco estar en un recinto en una de estos lugares de seminarios, encuentros donde había un encuentro del MAS y en la otra sala estábamos con otra gente discutiendo no se que cosa, pero era muy interesante simbólicamente como esta organizado de otro modo la relación entre las personas, tenían una mesa con policía para mirar las acreditaciones haber quien tenía derecho de entrar a la sala quien no, este es el representante o no es el representante tiene derecho de entrar, no tiene derecho de entrar y estaba controlado ya te digo, no estaba controlado por alguna persona estaba controlado con policías quien entraba quien no entraba y era una sala enorme era un encuentro creo que de Alcaldes del MAS alguna cosa así, qué iba la presencia del Presidente a un ampliado grande, bueno un ampliado del partido en realidad en Cochabamba y claro yo me acordaba de los momentos previos hay pues una diferencia y una distancia abismal obviamente esto tiene que ver con el hecho de que ahora el MAS esta en el poder se convierte en un foco de atracción para múltiples grupos que antes no estaban, que antes tampoco tenían interés en participar ni en acercarse porque hay también una idea prevendal del poder y la gente se acerca también por otras intenciones por otros motivos eso es también absolutamente cierto pero hay un proceso de elitización de oligarquización, había una teoría bonita de que se yo de que vale la pena revisar de Laclau si no me equivoco, Ernesto Laclau que el decía hay un momento que necesariamente en el cambio en la revolución hay un momento que es necesariamente un momento Cesarista en el sentido de autonomía pero con centralización de poder no donde se acaba pues la democracia, yo creo que eso es por algo que ha estado pasando el MAS es decir, y ahí esta la pregunta en la hegemonía que significa en términos de democracia, el concepto de hegemonía yo creo que ahí hay una pregunta muy importante y fuerte, yo creo que ha habido un proceso de circulación de elites lo cual no le quita que hoy en día se están convirtiendo también en elite que claro eso ya es otro tema. Igual creo que ha sido bueno y a sido fresco es todo un proceso de renovación de la política porque ha sido un proceso no solamente decir curación de elites en caso boliviano sino también de movilidad generacional muchos líderes viejos mismo de los campesinos mismos de los sindicalistas han pasado a la historia hay mucha gente nueva y eso ha sido bueno ha sido positivo la pregunta es otra vez como eso se va a reflejar o no se va a reflejar nunca en las instituciones es decir vas al poder verdaderamente construir un estado con instituciones que promuevan esa renovación esa recuperación de liderazgos jóvenes o vas

a osificar no mas como ocurrió ya en el 52 el nuevo liderazgo y la nueva elite que va a ser una nueva clase política igualito de instalada igualito de corrupta y de prevendal yo creo que esas cosas están en juego son pregunta,

Yo: Y dice que la participación de la sociedad es organizado y que las organizaciones necesitan estar reconocidos por el estado para participar. En su opinión es posible de ver posibilidades de corrupción o de clientelismo de estructuras jerárquicas en eso o también la exclusión de partes de la sociedad de ese proceso democrático con ese sistema?

M.Z.: En ese articulo de la nueva sociedad hay tres partes, dos partes yo creo que es claro que había disuficiente distancia para mirar que son las dos primeras “pacto de unidad” y CONALCAM ya es historia eso ya ha ocurrido, la tercera parte ha sido un intento del gobierno pero ya no lo están promoviendo, hay que mirarlo con cuidado porque eso que se llamaba el mecanismo nacional de participación y control social yo no se si sigue existiendo en todo caso ya ha levantado las manos ya no están tratando de promover que sea por ahí, ha habido critica creo que esto ha sido parte de la critica lo cual que me alegra mucho pero ya no están insistiendo, no están insistiendo por ahí porque cuando tu ves por ejemplo lo qué pasa: hoy día con él TIPNIS o el accionar de los colonizadores por un lado, los indígenas por el otro lado, todo esta ocurriendo fuera del mecanismo nacional departamental situación y control social o sea el mecanismo ya es discurso realmente lo que esta ocurriendo en el país esta ocurriendo fuera de ese espacio que trato de ser un espacio normado y que para mi tenia gravísimas limitaciones pero yo creo que ya lo han dejado un poco, ya se han dado cuenta de que ahí no es no va no funciona y tengo la impresión de que ha partir de diciembre del 2010 el gobierno también tiene claro de que no se puede hacer, eso no se puede hacer, no funciona no han sido efectivos en lo que estaban tratando de promover no que es esta participación dosificada, el Estado le da derecho a hablar a esté y no al otro fue un intento pero yo creo que el gobierno por suerte ya lo ha abandonado, es bueno no por ahí no es entonces no insistimos tengo la impresión pudiera hacer hacia adelante que se active, y que traten de imponerlo nuevamente pero no creo honestamente no creo porque la sociedad boliviana es muy; la sociedad boliviana ha tenido un momento importante casi desde el 2000 hay que decir, voy a retomar una metáfora que usaba un investigador esa vez Jamson Carly decía la sociedad boliviana es una sociedad que tiene una rebelión en las venas o sea no es tan sensible no vas a domarla a ponerle instituciones para participar por aquí por allá yo creo que esa metáfora de Carly es correcta pero lo que para mí es muy importante es mirar porque es correcta porque en Bolivia siempre ha habido un Estado débil un Estado que no ha sido capaz de dar respuestas claras a la sociedad de integración social de oferta de salud, oferta de educación entonces en la sociedad siempre ha rebalsado por todas partes, las instituciones no responden.

Yo: Especialmente con el problema del TIPNIS, hay muchos intelectuales también ahora que dan la espalda al MAS y que dice también que hay una crisis de ese cambio, como usted lo ve?

M.Z.: Yo creo el análisis del TIPNIS es un gran o sea del conflicto del TIPNIS yo creo que habría que hacer un análisis entre conflicto el TIPNIS y gasolinazo por que son dos momentos de quiebra, dos momentos muy difíciles para el gobierno y concretamente en el TIPNIS se esta jugando se están jugando muchas cosas porque la idea de Gobierno Indígena es simbólicamente una de las ideas mas importantes y de crédito básicamente internacional del Gobierno boliviano y cuando ocurre el conflicto del TIPNIS es precisamente el sujeto indígena el que esta siendo agredido y simplemente el gobierne pierde credibilidad, pierde credibilidad internacional pero también pierde credibilidad en muchos sectores del MAS porque eso hay que ver también el MAS no es un conjunto homogéneo el MAS es un conjunto muy heterogéneo con muchos intereses, es bien interesante para ver como es un momento de unidad de sectores subalternos, es una suerte de herradura que va que es muy extensa y ese momento de unidad de sectores subalternos es interesante que haya ocurrido

porque te permite empujar el proceso de cambio un proceso de reforma pero ahora están surgiendo los conflictos y los problemas entre los diferentes actores como y diferentes intereses dentro de ese arco grande y lastimosamente lo que estamos viendo y ahí si lo veo con mucha preocupación es que en ese conjunto de actores lo que estamos viendo hoy día es la fuerza del actor cocalero por que realmente lo que esta en juego es la tensión de la frontera agrícola que ha sido aparentemente una oferta del MAS a este su sector duro al conjunto de sindicatos de cocaleros que nos estamos trando el proceso que pesa bastante mas que los intereses de los indígenas.

Yo: Pero aunque diría que había un cambio de la hegemonía o que estabilizaron más o menos ahora la hegemonía del MAS?

M.Z.: Yo creo que se a movido, yo no soy tan, tu vas a escuchar otras opiniones de analistas en sentido de que ya se ha destruido ya no existe, yo no creo que se haya destruidor y no existe por que el MAS es el segundo partido con raíz en este país, ha habido uno antes que era el MNR a durado con 50 años y no acaba de morir, siguen todovía, ahí esta tiene su gente entonces puede traer sorpresas y el segundo partido con raíz en la historia republicana boliviana es el MAS entonces yo no creo que eso se va a desaparecer en el aire no, eso no creo pero que ha sufrido que esta sufriendo no, esta en tensión hay dificultades hay sectores que están saliendo ahora hay que decir también el sector indígena que es indígena de tierras bajas verdaderamente cuantitativamente es el sector minoritario en la alianza fuerte del MAS están los indígenas de tierras bajas que son muy poquitos en términos de numero, están los campesinos que son una gran mayoría, están los colonizadores como parte de los campesinos que no son una gran mayoría pero son el nucleo de donde viene el propio Presidente y las mujeres campesinas y eso es el voto duro ese es el voto del sector de ancla verdaderamente el MAS que si esta en cuestión y probablemente eso lo vamos a ver en las Elecciones Judiciales es que el sector que estaba apoyando al MAS en las ciudades ese es el que esta en duda ese es un voto de opinión y probablemente ese va a tener sus dificultades hay que ver como se va a mover yo creo que va a caer el voto pero que va a caer a niveles íntimos eso no creo.

Interview 3: mit Raúl Prada, La Paz, 20.10.2011

Yo: Si, al principio me interesa mucho como es su posición su opinión concerniente al MAS hoy día y su potencial de cambiar algo en Bolivia? Y también que pasó con el TIPNIS y las elecciones de la justicia porque hay un boicot de un gran parte del pueblo, como usted lo evalúa?

R.P.: Muy bien, vamos a empezar con algo muy duro yo creo que no es correcto investigar el MAS; no hay que investigar los movimientos sociales, que es algo mas grande; algo además que no es solamente mas grande sino que contiene al propio MAS, algo que puede explicar al propio MAS empezar por el MAS no explica al movimiento social no se entiende, yo creo que es el error que ha cometido el este Pablo Stefanoni el Dualto en el dedo alto yo creo que es un error eso porque? porque por eso se han entusiasmado con el MAS creyendo que el MAS era lo que estaba articulando los movimientos sociales por eso digamos salía segundo en las elecciones del 2002 y salía primero en las elecciones del 2005 no, yo creo que eso es un equivoco muy grande hay una diferencia muy grande entre los movimientos sociales y el MAS, el MAS es un instrumento electoral se ha formado a partir de las federaciones cocaleras y después intentan construir un instrumento política con las gestiones campesinas como la CSUTCB pero eso nunca se llega a construir.

El MAS lo que hace es incursionar muy temprano en las elecciones municipales después en 1997 las elecciones nacionales con la izquierda unidad y después en las elecciones nacionales como MAS en el 2002 pero que quiere decir esto? esto quiere decir que el MAS ha tenido un proyecto electoral en cambio los movimientos sociales no tienen un proyecto electoral, los

movimientos sociales tienen un proyecto semiinsurreccional tiene un proyecto por la Asamblea Constituyente no por las elecciones tienen un proyecto autogestionario de auto convocatoria están interpellando al Estado están interpellando no solamente al modelo neoliberal sino a la clase política y obviamente de alguna manera digamos todo eso es preso a una interpelación al capitalismo el MAS no estaba tan avanzado entonces tu tienes movimientos con características propias como la coordinadora del agua, tienes otros movimientos con características fuertemente indígenas como el pueblo indígena campesina de septiembre del 2000 que la dirige la CSUTCB que no tiene que ver nada con el MAS tu tienes una guerra del gas donde se involucra la ciudad del Alto pero con las organizaciones sindicales, campesinas del Altiplano donde no tiene que ver el MAS.

No estaba ausente de todo eso o sea no estaba metido el MAS, el MAS era muy mal visto por las organizaciones por que era muy conservador creían que era gente muy oportunista entonces había conflictos con el MAS ahora cuando el MAS sale el 2002 segunda fuerza sale porque la gente no estaba digamos en condiciones de afrontar las elecciones entonces como la salida y el desenlace electoral vale decir votar por el mal menor votan por el MAS pero ahí se producen, confusiones.

El MAS cree que es el representante de los movimientos sociales nunca lo fue intenta dirigir a los movimientos sociales con el Estado mayor del pueblo pero tampoco puede porque no quieren los movimientos sociales inclusive una versión de la coordinadora del agua que es la versión de la comunal intenta ser una coordinadora de los movimientos no quieren que se los dirija, son muy orgullosos y nos encontramos en una coyuntura tan complicada que se desata en febrero del 2003 con enfrentamiento entre policías y militares en plena plaza de armas donde ya se muestra digamos el dramático desenlace, pero la dramática y profunda crisis del Estado donde se enfrentan policías y militares que en ese contexto empieza a aparecer también la figura del minero que ya había desaparecido desde la Asamblea Popular del 71 y desde la caída de la UDP el 84 y desde la marcha por la vida el 86.

Entonces reaparece otra vez la figura del minero que es legendaria en Bolivia con su guardatopo y sus chamarras de cuero y sus dinamitas y empiezan a bloquear y reaparecen en el escenario de mayo y junio del 2005 en una crisis muy fuerte que tiene que ver también con el tema del gas donde el MAS tiene una posición no de la nacionalización tiene una posición del 50 – 50%.

El MAS avanza desde Caracollo en una marcha y dice 50 -50%, pero los del Alto cuando llegan al Alto les dicen aquí es nacionalización señores cuando llegan a la San Francisco dicen nacionalización; entonces el MAS no tenía tampoco la convicción de la nacionalización, nunca la agenda de octubre era eso nacionalización de los hidrocarburos y la convocatoria a la Asamblea Constituyente es una agenda construida por dos memorias: la memoria larga la memoria indígena que va a plantear el objetivo de descolonización y obviamente eso va a derivar en el Estado plurinacional comunitario y la otra es la agenda mas bien nacional popular que es fuerte en Bolivia en la Guerra del Chaco que busca la nacionalización entonces ambas agendas se juntan y construyen la agenda de octubre.

No la cumple Mesa y entonces en plena crisis de Mayo y Junio del 2005 dice bueno tendrán que cumplir nuestro gobierno vamos a tener que nombrar un gobierno propio y es cuando el MAS digamos aparece como una opción electoral entonces obviamente el MAS asume el Gobierno el 2006 pero sin convicciones sin entender la agenda de octubre tiene que cumplir la nacionalización de los hidrocarburos empieza un proyecto de nacionalización pero nunca lo culmina y en realidad no lo culmina sino que lo traiciona; porque desnacionaliza el proceso de nacionalización con el contrato de operaciones y eso lo va a llevar al gasolinazo cuando las empresas transnacionales le van a exigir la descongelación de precios y el MAS tampoco tenía la convicción de la Asamblea Constituyente no sabía para que era y inclusive el Álvaro que no era del MAS que era de COMUNA él ya tiene un proyecto contra la Asamblea Constituyente cuando el Congreso convoca a la Asamblea Constituyente cuando ya la

Asamblea Constituyente estaba convocada por la insurrección popular, no tenía porque convocar el poder constituido y con una ley que es una ley limitante que es de la propia Asamblea Constituyente entonces ya hay problemas.

Hace mucho tiempo ya había problemas, esos problemas iban a generar las contradicciones que ahora están estallando lo que pasa que nadie toma digamos no es serio nadie asume la complicación de lo que podía nadie asume digamos la visión de que esto podría desembocar en unas consecuencias muy graves, todo el mundo prefiere optar por apoyar al proceso y tratar de que los problemas y las consecuencias se resuelvan en el proceso entonces todos apoyan positivamente a pesar de las evidentes contradicciones que ha habido.

Entonces yo creo que el cuando se aprueba la Constitución en Oruro ya teníamos una historia muy complicada de confrontación, lo que pasa es que toda esa etapa es una etapa de confrontación primero con la derecha que son regiones entonces nadie quiere crear conflictos internos si no que había que unirse en la confrontación con la derecha entonces todo ese tema termina en Porvenir en el conflicto de Porvenir Pando cuando hay una masacre de campesinos hay intervención militar que toma el departamento de Pando la derecha es derrotada política y militarmente y esta pulverizada porque las elecciones del 2009 la derecha no logra ni siquiera un tercio no hay posibilidades entonces en ese contexto después del Porvenir en realidad reaparece todas las contradicciones que es lo que reaparece? el gasolinazo.

Primero, el anterior enfrentamiento con la CIDOB que sale en defensa de la Constitución de los derechos de las Naciones y Pueblos indígenas de los territorios indígenas el conflicto en Caranavi que es un conflicto con los Sindicatos del conflicto en Potosí que es un conflicto con toda la población de Potosí.

Ya aparecen los conflictos y el conflicto más grande hasta antes del TIPNIS es el conflicto del gasolinazo hay un levantamiento popular y es una medida de shock, pura mayoría pensando en términos monetaristas en términos del equilibrio macroeconómico y es una medida que muestra devela todo lo que estaba pasando devela que la nacionalización no había ocurrido y que en realidad quienes gobernaban eran las transnacionales entonces ya es una construcción de un enfrentamiento evidente entre el Gobierno y el pueblo.

Después de eso bueno ya hay todo el debate de que bueno hay que reconducir el proceso, el Gobierno no quiere saber nada de la convicción del proceso creen que están yendo bien y es cuando de alguna manera se hace evidente de que hay dos proyectos, proyecto que está en la constitución ideal por el Estado Plurinacional comunitario autonómico por el modelo de vivir bien y el modelo efectivo práctico que asume el gobierno que es un modelo extractivista el capitalismo independiente.

Y eso va a sellar el conflicto del TIPNIS, el TIPNIS es el combate entre dos modelos, entonces a tu pregunta que veo el MAS es un instrumento electoral en el MAS es un producto de las Federaciones cocaleras y las federaciones cocaleras si asumen en una etapa muy importante de la guerra de baja intensidad contra la coca un cuartel militar de inteligencia norte americano que nunca va a aparecer en los mapas están monitoreando las actividades punitivas de la política, del ejército y en ese contexto de la guerra fría de la guerra de baja intensidad el MAS se convierte en defensor de la coca y rápidamente un defensor antiimperialista de la coca entonces obviamente en contexto el MAS, ahí quienes están como esqueleto de la organización de las federaciones, los mineros relocalizados que tienen una conciencia izquierdista obviamente es la vieja izquierda está Filemón Escobar que le da el discurso de defensa de la coca, Filemon Escobar y en ese contexto está obviamente la vieja izquierda pero asumiendo digamos el papel de enfrentamiento con imperialismo pero digamos papel conservador porque no entiende la idea Izquierda indígena no la entiende, nunca la va a entender.

Nunca va a entender también el indígena la vieja izquierda es una izquierda colonial no es una izquierda que ha entendido alguna vez el problema indígena por eso obviamente estas cosas van a convertir en una algo conservadora por otra parte son productores de coca, son

productores que en realidad son campesinos ricos y van a tener intereses en principio digamos obviamente todos los intereses son anti neoliberales contra la clase política y eso va a unir, va a unir digamos en temas tan importantes como la Constitución donde se va a conformar una de las organizaciones mas importantes que ahora se ha quebrado el pacto de la unidad las tres organizaciones campesinas CSUTCB, las bartolinias, los colonizadores que ahora supuestamente se llaman interculturales y las dos grandes organizaciones indígenas CONAMAQ y el CIDOB ellos logran sostener el proceso constructivo y después van a sostener la defensa de, no la defensa, la elaboración de la ley de la madre tierra entonces obviamente logran mantenerse a pesar de ser posiciones diferentes pero cuando estalla lo del TIPNIS ya no pueden mantenerse unidos, las organizaciones campesinas van a defender al gobierno y las organizaciones indígenas van a defender el TIPNIS entonces que podemos decir que nos explica el MAS es un síntoma, es un síntoma de que? de la crisis sigue, y además el MAS que es de izquierda pero también es el nacionalismo, el MAS siempre ha sido nacionalista ellos nunca van a Bolivia a la nación, en la Constitución va a demandar la abolición del estado nacional y la destrucción del estado nacional, ese es el peligro de la Constitución, construcción del estado plurinacional comunitario ese es el punto no?

Pero eso no lo van a hacer y lo peor de todo es que ahora de que las cosas han cambiado, muerte a la derecha política, la derecha es real, la clase económica, la burguesía intermediaria, los agroindustriales, los joyeros los terratenientes, los banqueros están aliados al gobierno, son los mejores aliados entonces este gobierno se ha convertido en el gobierno de la nueva burguesía, esa vieja burguesía aliada a los campesinos cocaleros ricos, colonizadores ricos.

Entonces no es que no es consecuente, el MAS es consecuente esta administrando los intereses de la nueva burguesía, el modelo Boliviano es el modelo Brasilero, no es el modelo venezolano, Lula lo ha convencido al Evo y hoy de que el proyecto tiene que ser ese, es decir, el proyecto industrialista, el proyecto macro hidro eléctrico de caminos del insa, y el modelo brasileño es el modelo de la alianza con la burguesía internacionalizada, es así de simple, este es el modelo, y por eso es que tenemos grandes compromisos con el INSA con carreteras que atraviesan parques con macro hidroeléctricas, si todo el compromiso es con Brasil, entonces se entiende que esa es la alianza en ese proyecto extractivista, entonces si es un proyecto extractivista las alianzas son con esa burguesía y los terratenientes, y quienes son esos enemigos, por que los indígenas están defendiendo la constitución, están defendiendo sus territorios, van a defender la madre tierra entonces obviamente es el conflicto, se entiende que vamos a entrar en este conflicto, entonces ya ha estallado el conflicto, entonces eso es el MAS no hay que sorprenderse de los que esta ocurriendo, lo que esta ocurriendo es un poco lo que de alguna manera se ha guardado, y ahora los que se tiene que resolver este conflicto, obviamente las organizaciones indígenas no están dispuestas a perder sus territorios a perder la constitución, y están dispuestas a reconducir el proceso, están aquí no solamente por la defensa del TIPNIS sino por la reconducción del proceso, por eso quieren hablar con el Evo.

Yo: También la elección el 2005, fue más una elección de protesta del pueblo o más una elección ideológica?

R.P.: Es que no había alternativa. El 2002, el 2000 el cabildo de Cochabamba pide asamblea constituyente, el 2002 el CONAMAC y el CIDOB marchan para pedir asamblea constituyente, el 2005 es la discusión o asamblea o elecciones, lo correcto era asamblea y creo que lo incorrecto eran las elecciones, pero el peso político del MAS y el peso político inclusive de partidos de la derecha van a empujar a las elecciones, entonces es decir el desenlace la correlación es lo que les empuja a las elecciones , el 2005 entonces no había, si entras a las elecciones entonces los movimientos sociales que construyen este proceso no estaban en condiciones de elegir, porque no son electoralistas, entonces obviamente optan con una alianza con el MAS y obviamente al meterse con el MAS en un tema muy complicado, es un tema que es un proyecto de control, no discreto, yo no diría de hegemonía, porque para tener hegemonía el MAS tendría que haber convencido ideológicamente, pero no tenia ninguna

ideología clara, la ideología era indígena, es decir era la descolonización, el estado plurinacional como comunitarios autonómicos, no fue el discurso del MAS nunca, el MAS no logra construir un discurso, no hay un proyecto hegemónico, lo que va a construir el MAS es sobre todo el proyecto del Álvaro muy claro es un proyecto de dominación, y de control de todos los órganos es decir el proyecto es mas un control que dominación y estoy muy de acuerdo con lo que dice el Luis Tapía el Estado de Derecho como tiranía, porque en realidad no tienen un proyecto hegemónico bien claro sobre qué van a construir, sobre el estado plurinacional, no creen en estado plurinacional, sobre el estado nación, no creen, sobre el estado nación se van a poner de acuerdo mucha gente se van a poner de acuerdo porque en realidad es interés de la burguesía defender eso, la burguesía se ha confundido, la burguesía va a crear un principal enemigo, el demonio, el Evo cuando en realidad el Evo los va a salvar porque la insurrección en la guerra prolongada, la guerra prolongada de hace 6 años estaba yendo a otra parte a otra cosa, entonces en realidad los salva porque crea una especie de ambiente de paz, un ambiente electora, un ambiente de negociación, yo creo que la derecha se confunde y ahora recién tiene clara las cosas, la derecha tiene una alianza clarísima con el gobierno, donde estan las pruebas, las pruebas es que han metido dos artículos en la revolución productiva que son transgénicos, la prueba en la llegada de Limbert que viene desesperadamente a un encuentro financiado por OAS donde está la CAICO la organización más importante de la burguesía cruceña y están los dirigente de los campesinos eso es la nueva alianza.

Y de repente el enfrentamiento con los indígenas que están conscientes que tienen que defender su constitución, su proyecto, la constitución del estado plurinacional, sus derechos, para las naciones y pueblos, su ley que la han hecho durante un año, la ley de la madre tierra, ese es el fondo de las cosas, realmente el enfrentamiento es entre un partido que no es partido, porque tampoco es partido es un efectivo, que está interesado en un proyecto parecido al Brasilero de mantención en el poder, de continuidad en el poder, siguiendo los intereses de las burguesías, pero lo hemos tratado de hacer concesiones de carácter populista con los bonos, tratar de mantener una cosa, está metido en otra cosa. Entonces el conflicto es ese.

Entonces, el MAS nunca fue un proyecto de un partido, no fue tampoco un instrumento político, no fue un instrumento electoral, fue un instrumento electoral, pero no tiene proyecto político, el proyecto político ahora esta político, es el proyecto extractivista yo llamaría que Correa tiene el mismo proyecto extractivista y el proyecto es del control político digamos a largo plazo pero el problema de ellos es cuanto más han controlado más han lo han vuelto una cáscara, porque han perdido la legitimidad, además han perdido la creencia, la fe, la confianza de la gente y eso se muestre un montón en las elecciones de magistrados donde el nulo al ser mayoritario ha anulado las elecciones aunque ellos no crean, han deslegitimado esas elecciones sin ninguna legalidad pues construir sobre la ilegitimidad van a forzar, entonces ese es el tema.

Entonces, por eso te digo una cosa dura, MAS para qué vas a investigar, hay que investigarlo, que pasa por los movimientos sociales y por qué más bien han determinado los proyectos sociales darle la confianza a un proyecto electoral del MAS que es irresponsable.

Yo: Por eso, usted habla mucho de la multitud, o del poder de la multitud por eso no es posible ver el MAS como un proyecto para luchar quizás dentro del estado por sus metas de la multitud. Porque al principio el MAS fue un proyecto de los movimientos sociales también,

R.P.: De una parte de las federaciones cocaleras, nunca fue de todos. Nunca logró expresar los intereses de todos, ni siquiera en la Asamblea Constituyente, ni siquiera porque en la Asamblea constituyente en realidad el MAS nos ha obligado a aparecer en sus listas, yo no era del MAS yo era de comuna pero he aparecido en sus listas del MAS, en el CONAMAC he tenido que aparecer en las listas del MAS, porque el MAS impone una ley electoral que conduce que tengamos que aparecer en sus listas cuando deberíamos de ser independientes en

mostrarnos a partir de nuestras propias organizaciones, entonces pero lo que pasa es que hay confianza. Lo que si hay es confianza, y bueno confiemos; presidente indígena, además todo el mundo estaba feliz de tener un presidente indígena, esto es un acontecimiento para que nos vamos a pelear, para que nos vamos a arruinar, nadie quería arruinar la fiesta, entonces obviamente se le da confianza, pero las cosas nunca fueron harmónicas, fueron una pelea muy dura, las organizaciones inclusive campesinas han tenido que pelear dentro de la constituyente por el estado plurinacional que no entendía el MAS, no entendieron con mucho trabajo les hicimos entender porque teníamos que poner estado plurinacional, ya había problema, pero la confianza se mantiene porque se distinguía obviamente, una cosa era el MAS, otra cosa era la DERECHA eso estaba claro.

El MAS no podía ser al derecha era el MAS pero no era la derecha, cuando hubo un enfrentamiento con la derecha obviamente nadie quiere pelearse con nadie, pero esas confusiones hay acallado las discusiones, las críticas internas, las disputas internas, y creo que ha sido mucha irresponsabilidad, hemos cometido un gran error, porque ya se han arruinado tantas cosas que ahora ya es mucho más difícil, aunque es la primera vez que un tema como el TIPNIS se convierte en tema de todo un país, todo mundo se metió en la discusión, entonces esa es una ganancia que esclarecimiento y es una ganancia política, entonces es una ganancia que no se la puede perder, y creo que ahora digamos a partir de la llegada de los indígenas la responsabilidad va a ser reconducir la cosa.

Yo creo que el MAS no explica nada, los movimientos sociales explican al MAS es al revés. Ahora no se si esto es duro para tus investigaciones.

Yo: Yo he leído también una entrevista con La Razón, usted ha dicho que no se cambia nada del aparato estatal y que terminamos atrapado en la vieja arquitectura estatal, eso parece mucho como lo que dice también Poulantzas que la estructura estatal es muy fuerte, y que un proyecto hegemonial no es suficiente pero ahora usted dice que el problema es el MAS del principio porque nunca fue una meta del MAS de cambiar el estado en verdad, de cambiar algo de mejorar algo por los indígenas o mejorar acceso al estado por la sociedad civil porque la democracia directa también existe en el papel de la constituyente pero no existe en realidad, por eso nunca había un cambio de la hegemonía, usted creía que la hegemonía neoliberal todavía está existiendo...

R.P.: No creo que la hegemonía neoliberal, **pero capitalista**. Lo que yo creo es que aquí las tesis por otro lado, las tesis de Zavaleta, que después de retomar con las tesis de Louis, la traducción del conocimiento local, y en los últimos textos del estado de derecho, en realidad las tesis en Bolivia no dicen hay pactos, hay un pacto colonial que es la articulación del dominio de organización colonial y los caciques indígenas hay un pacto señorial que impuesto por los terratenientes y los gamonales, la palabra más clara que la va a usar sobre todo María Tell, hay pactos entre los liberales, muy perversos con dirigentes indígenas como Zarate Willca, pero nunca logran construir una hegemonía, el único momento donde realmente hay la posibilidad de construir una hegemonía es la que construye después del 52 con la Reforma Agraria, voto universal, nacionalización de las minas, la reforma educativa, pero es rápidamente entre el crisis del 56 porque en vez de desarrollar el proyecto, digamos terminan embaucados en la hegemonía norteamericana y en la guerra fría. Entonces, ahí si se intenta de construir una ideología, la trilogía revolucionario, pero no logra convertirse sólidamente en la hegemonía cristianizada institucionalmente, termina en el fracaso del 64 cuando viene el poder militar, entonces no hay, porque aquí más bien se dice, es la misma intención lo que va a buscar no es explicar que hay un bloque histórico en Italia, porque él sabía que no había tal bloque histórico, más bien lo que él trata de ver porqué no ocurre en Italia y en Francia, porque no hay un bloque histórico, porque no hay una articulación específica, infraestructura, entre estructura y paz económica y super estructura por qué no hay. Y tampoco hay una burguesía fuerte, por qué no se logra, entonces aquí es la misma cosa, por qué no se logra, entonces yo creo que más bien no se logra mucho para los obreros han intentado construir una

hegemonía a partir de la teoría de la transición de la revolución permanente, la tesis de la ... nunca logra ser hegemónica tampoco, lo que logra es centralidad minera, es decir construir una COB un sindicato obrero en base a la centralidad minera, que es capaz de disfrutar el poder dual con los militares pero no logran esa hegemonía, entonces no hay. Lo que se ha tratado de construir a partir de 1990 de la marcha indígena por el territorio es una hegemonía indígena que no excluye a los demás, hegemonía no quiere decir excluir, sino construye una alternativa al capitalismo a la modernidad y al desarrollo desde la perspectiva de las cosmovisiones indígenas, eso estaba claro con el CONAMAQ, con el CIDOB, estaba claro de alguna manera en el pacto de la unidad pero no estaba claro este proyecto que logra expresarse en la constitución no termina de cuajarse en las transformaciones institucionales e instituciones que nunca la hacen a pesar de tener la oportunidad, tuvieron una oportunidad.

Hay una ley de gestión pública, un anteproyecto de ley de gestión pública que plantea eso, transformación de la gestión liberal en la gestión plurinacional comunitaria e intercultural, después hay el plan plurinacional del vivir bien que va a recoger y va a plantear precisamente la segunda planificación integral y participativa con transformación real, pero no quieren, Porque no quieren, porque es un proyecto otro ese. Entonces lo que pasa, qué ha pasado, nos hemos ilusionado, hemos construido algo imaginario colectivo, el Evo, es imaginario, no es real, es nuestro imaginario, nuestras expectativas, por eso no es real, pero el real es este, este es el Evo real, no es el Evo que hemos construido.

Ahora que hubo una emoción en él sí, en un momento yo creo que sí el logra conmoverse muy fuertemente a pesar de no tener una formación indígena aymara, pero no tiene una formación indígena el es cocalero, cuando lo nombran inca en Tihuanaco, se conmueve y en el discurso como presidente habla con los amautas les dice me van a vijilar entonces obviamente se conmueve. Ahora quien entendía bien el movimiento indígena era el Alvaro, era al revés, más bien la pregunta es qué ha pasado con el MAS, por qué el Alvaro que sabía qué era el proyecto indígena estaba peleando termina en lo que ha terminado, por qué? Cuál es lo que, qué es lo que ha ocurrido, los argumentos que él utiliza es bueno, ustedes están locos no podemos apostar por utopía, hay que usar es el Estado porque lo único que es real es el estado, no hay más realidad que el estado, y hay luchar el estado ser ... ese es el argumento más rescatable que puedes recuperar del Alvaro, será que se vuelve realista pragmático y que ve el peligro y que ve que no es posible ningún utopía idígena otro fin y que lo que hay que hacer es precisamente lo que se está haciendo.

Ahí está el tema, es al revés. El Evo nunca fue indígena, fue un error grave ese. Pero claro que no es indígena, pero se entendía como indígena porque había peleado, estaba metido en la idea de Tupac Katari estaba peleando por un pueblo indígena, entonces qué ha sucedido, son las preguntas que tienes que resolver en tu investigación.

Yo: Sí, yo sé pero es muy difícil para, es muy interesante que porque el imagen en Europa y también el imagen de la literatura es tan diferente que la realidad de aquí es totalmente diferente porque tambien el imagen internacional del Evo como presidente indígena y como una persona que lucha por la pachamama por la naturaleza, no existe aquí, no es la realidad, porque no habla una lengua indígena, y también ese proceso de TIPNIS es totalmente contrario al discurso que quiere rescatar la naturaleza, es por eso estoy en una situación un poco difícil por mi investigación porque...

R.P.: Bueno pero tienes ya experiencias muy fuertes, lo que tu... en Copenague todavía él sigue con el discurso anticapitalista, lo que ocurre en Tiquipaya es terrible porque se tiene un discurso espantoso contra los gay, que es eso. Entonces ya cae y lo que pasa en Cancún Bolivia se quiere solicitar porque es que ya nadie le cree y además ahora con el TIPNIS se ha desenmascarado y los movimientos antitransgénicos se han dado cuenta de lo que ha pasado qué es lo que dice, con Bolivia era la vanguardia nosotros estamos articulando nuestra artillería mundial en lucha contra los transgénicos a través de Bolivia, pero ahora ya están claras las cosas. Tu tienes esa ventaja, ya no va a servir y además después de la represión

después del 25 a los indígenas el 25 ese, además ha circulado por todo el mundo no es un problema la conspiración, el Alvaro es conspirador, el problema no es ese, son las relaciones, él se ha metido en relaciones muy complicadas, al no canjear la arquitectura estatal, iban a quedar presos en la problemática del poder, el poder los ha tomado. De la misma manera que lo tomó a Lula, que lo tomó al Chávez, claro que sí, si no desmantelas el estado vas a caer en las lógicas de poder te puedes engranar, es parte del engranaje de relaciones de poder, es lo que pasa. No es que Alvaro es traidor, ni siquiera se dan cuenta ellos creen que están haciendo por bien. Si hablas con el hombre esta bien es la distancia con la realidad lo que impresiona es un problema del poder que un autor Frances como Tellez dice es la paranoia del poder, la paranoia.

Yo: Por eso diría que la crisis estatal todavía existe, no hay ningún estabilidad de una hegemonía del MAS, porque las próximas elecciones van a ser muy difíciles

R.P.: Muy, pueden ganar estamos perdidos, puede ganar no la derecha sino una simple derecha pero hay una derecha unificada, **pero hay una derecha unificada** no, no va haber.

Porque no hay oposición. Nadie va a sacar nunca los votos del MAS nadie, lo que puede haber es una mega coalición, un desastre, para nosotros la responsabilidad es cambiar antes del 2015, nosotros estamos obligados a reconducir procesos antes de... porque si llegamos como estamos al 2015 no podemos, a nosotros no nos interesa el proyecto electoral a nosotros nos interesa reconducir el proceso antes, listo.

Ahora yo creo que si es interesante en tu tesis tu tomas la línea de Gramsci, de Poulantzas, yo creo que lo que hay que ir respondiendo qué pasa con el estado y tu tienes un dato empírico que no lo tenían ellos, que pasa en los estados subalternos en los estados de los países periféricos, qué pasa, donde se está generando el conflicto fundamental esta dando aquí, entonces qué es el estado, es una buena pregunta, no podía responder... hay que trabajar para responder porque se ha vuelto complicado para todos, porque volvemos otra vez a la misma certeza, mientras no desmantelamos el estado, caemos presos del estado. Entonces qué es el estado, qué es el poder, no en el acto, en concreto qué es el poder, por qué toma a la gente, por qué la transforma, qué clase de relaciones son qué significa esto con la hegemonía de la geopolítica del sistema mundo capitalista, qué significa, qué significa la organización de los estados subalternos.

Mi tesis es que los Estados subalternos no es otra cosa que aparatos de administración de los mecanismos de dominación mundial para transferir recursos naturales, no son otra cosa. Por eso caen constantemente en los activistas y nuestras obligaciones destruyen los estados porque si no destruimos entonces los sistemas de dominación mundial siempre vamos a ser países capitalistas la otra tesis mía es de que la tesis indígena del estado plurinacional, la tesis indígena, la transición del estado plurinacional, tesis transición post capitalista es mucho más fuerte que la tesis marxista del proletariado porque la dictadura es interesante pero dentro de la modernidad en cambio, digamos esta pre-tesis está planteando una crítica a la modernidad, además plantea transiciones en distintos niveles, entonces yo le he dicho ... a mí me parece muy interesante lo que planteo una vez la escuela de Frankfort con Adorno porque ellos si se dieron cuenta no es suficiente una crítica a la economía política, es indispensable a una crítica de la modernidad. Es una crítica significativa la que hay que hacer y el capitalismo no se explica solamente por la explotación de la fuerza del trabajo nos explica también por la dominación a la naturaleza, ese es el horizonte.

Pero los marxistas no han trabajado por eso, era una lucidez han logrado ver un problema de fondo y yo creo que los indígenas retoman el tema porque obviamente los fallos, la naturaleza que no es naturaleza madre tierra con seres vivos es otra cosa. Entonces yo creo que ahí está la pelea. La toma del estado, el estado no te lo va explicar a partir de la explotación de la fuerza del trabajo, además solamente como herencia y el aparato, el estado también tiene que fijar, el estado es una cosa complicada y yo creo que uno de los autores que llega a definir algunas cosas muy bonitas es Vélez, presidente, no son marxistas, respetan el marxismo pero

están lanzando de otras ideas, hay algo, hay un lío entre esos aparatos y la naturaleza, un reverendo y que ahora se hace en plena crisis en Colombia. Y yo creo que es una gran oportunidad para retomar las tesis de Gulach, la tesis de Gramsci, las tesis de Poulantzas pero ya para pensar de manera más abierta. El tema del estado, más audaz, no si vamos a pensar en el pensado tenemos que sé más audaces lo que pasa es que ellos no tenían la oportunidad, ahora se revuelta otra vez evidente el tema de la naturaleza, porque lo miraron, por Adorno el holocausto, la experiencia tan dura nos ha llevado a un planteamiento muchísimo más exigente.

Interview 4: mit Fernando Mayorga, Cochabamba, 25.10.2011

Yo: Al principio me interesa como es su posición o su opinión concerniente el MAS hoy día y su potencial de cambiar algo en verdad por este país y como usted evalúa todo lo que paso con el TIPNIS y también el gran boicot del pueblo de las elecciones judiciales, especialmente me interesa si cree que esa es una crisis grave del proceso o si es un peligro por la hegemonía del MAS?

F.M.: Haber, primero, el MAS es un partido de gobierno muy original porque esta tiene relación con los movimientos sociales pero es una relación compleja porque los movimientos sociales, los sindicatos en general no son como era en el pasado, no son parte del partido político. No son como decir el masismo corriente de transmisión del partido, lo que es una relación muy compleja, yo hablo que se ha formado una coalición entre el MAS y entre los movimientos sociales, pero es una coalición flexible e inestable, porque dependiendo de los temas de la agenda política esa coalición es amplia y muy compacta o a veces se reduce la coalición y se debilita, de que depende, por ejemplo si tienes tu una demanda general por ejemplo lucha por la democracia contra el separatismo de Santa Cruz, contra el neoliberalismo, entonces toda la coalición se fortalece en todos los movimientos. Y cuando de los movimientos sociales hablo yo, ya conoces el pacto de unidad cinco organizaciones nacionales, están las 5 ahí. Pero cuando hay un tema que no es aceptado por alguna de las organizaciones entonces se salen de la coalición y con el movimiento indígena eso ha ocurrido muchas veces. En la asamblea constituyente cuando el MAS hace algunos acuerdos con la oposición, y cambia el proyecto de constitución política que tenía el pacto de unidad, los indígenas de tierras altas y tierras bajas protestan contra el MAS se salen de la constituyente retiran su bandera wiphala. Por ejemplo, cuando el MAS aprueba en el parlamento la convocatoria a elecciones del año 2009 aprueba una ley electoral transitoria y ahí decide 7 diputados indígenas cuando el movimiento indígena pedía 15 y el MAS aprueba 7 y hay protesta de los indígenas, cuando el MAS aprueba al año siguiente de la Ley de Régimen Electoral, ahí también. Y hay una marcha de los indígenas contra el MAS entonces hay varios otros ejemplos en los cuales los indígenas sienten que el MAS no representa y ellos se salen de la coalición. Y hay momentos en los que casi todos se salen de la coalición como cuando se dio en gasolinazo, todo no estamos de acuerdo. Inclusive los cocaleros.

Eso demuestra por lo tanto, una coalición que varía, es una composición y tienes a los 3 grupos campesinos como los más estableces de ahí, a la confederación sindical única, a los colonizadores y las mujeres campesinas, y los cocaleros los más fieles al presidente. A partir de esta idea, y ese es un punto. El otro es un partido de gobierno, es un gobierno que por el diseño institucional del sistema político boliviano funciona bajo una lógica presidencialista y aquí el decisionismo presidencial es lo más importante. El presidente concentra todos los recursos de poder porque el MAS tiene dos tercios de la asamblea legislativa y todo, entonces es el presidente el que decide, por ejemplo el presidente dijo con relación al TIPNIS la carretera se hace si o si y después el presidente dice no va la carretera por el TIPNIS entonces

todo pasa por su decisión entonces tienes un partido que también está organizado de manera piramidal y tienes ahí al jefe del partido que es el líder y es el decide todo.

Esa decisión presidencial tiene en que se basa su poder, de donde viene el poder de esa decisión presidencial porque él dice cualquier presidente tiene eso porque es un régimen presidencial y listo, y porque el Evo es más fuerte. Ahí viene el tema de hegemonía. El por si acaso, nota a pie de página en la Nueva Constitución Política lo que menos ha cambiado es el sistema político, Bolivia sigue teniendo un régimen presidencialista como antes y tiene un sistema bi cameral como antes. Entonces la hegemonía del MAS es donde radica, tienes primero en recursos del poder institucionales, tienes dos tercios de la asamblea legislativa plurinacional, tienes siete gobernaciones y tienes el ochenta y cinco por ciento de los municipios. Y por lo tanto, para tomar decisiones el MAS no requiere consultar con nadie, uno. Dos, en su discurso hasta hace un año ocupaba el centro del espacio político, o sea no tenía rivales ni en la derecha ni en la izquierda respecto a los temas mas importantes, en tema económico estatismo nacionalista, en tema político mayor representación de la diversidad social, sobre todo indígena. Hay políticas públicas que de carácter de intención redistributiva con los bonos de apoyo a los pobres y no había ni de la derecha, no había discurso para cuestionarle su política económica porque toda la población estaba de acuerdo con que hay mas estado y menos mercado. Y no había de la izquierda quien le discuta su capacidad representativa de los campesinos indígenas popular porque Evo es popular indígena en lo sindical y ahí estaban esas.

Porque ha pasado lo último este año, desde el gasolinazo que fue en diciembre de 2010 ha empezado un debilitamiento de la capacidad hegemónica del MAS porque, primero porque con el gasolinazo lo que el gobierno esta mostrando es que al margen de su discurso de nacionalización necesita el mas estado, estado necesita acuerdo con las empresas transnacionales y al decir vamos a subir el precio de la gasolina, está aceptando jugar con el mercado.

Entonces viene una crítica al MAS desde la izquierda por tomar medidas neoliberales. Entonces se debilita ahí su credibilidad, porque el gobiernó dice que es estatista con medidas que no son estatistas y entonces qué pasa.

Y con el tema del TIPNIS tienes otro elemento, que actúa contra una demanda indígena que va en contra de su discurso ecologista y su discurso de la reivindicación de los derechos indígenas porque eso es el estado plurinacional y por lo tanto es criticado desde la izquierda, desde el movimiento indígena por no ser fiel a la constitución y surgen ahí grupos que antes no habían en la politica boliviana, hasta hace un año, la izquierda con el movimiento sin miedo y surgen ex masistas que critican al gobierno. Entonces la viene la oposición se amplia, de derecha y izquierdo y le critica su carácter nacionalista estatista y su carácter indígena campesino con sus medidas. Y el resultado cual es que la popularidad del presidente disminuye. A esto que se suma la elección judicial que es otra línea de conflicto que es autoritarismo y democracia dice el gobierno no respeta la democracia porque tiene las elecciones bajo su control y es una conducta no quiere dominar el poder judicial y además es autoritario porque también reprime a los indígenas.

Y el resultado es estas comillas la derrota del MAS que muestra la elección judicial, yo he escrito lo mismo en el periódico la Razón yo no estoy de acuerdo con mis colegas los que salen en la televisión, la mayoría de los que vas a entrevistar, el domingo del día de la elección yo decía hay una derrota del gobierno porque han ganado los nulos o los blancos, el primer de ese día hacían sus análisis con encuestas y era blancos y nulos 2 tercios, hoy día es más o menos nulos y varios igual. Cuál es el resultado del político de la elección primero que el gobierno no pierde recursos del poder, no cambia la reconocion de fuerzas en la política institucional sigue igual, lo que pierde credibilidad, la popularidad del presidente también baja. Y que porque es importante este resultado, el MAS gana porque logra el MAS pierde porque baja su popularidad, el MAS gana porque logra esta implementando del estado plurinacional y

conforma el órgano judicial sobre todo el tribunal constitucional, las dos cosas son importantes para el futuro, porque el futuro de Bolivia se va a decidir en las elecciones del 2014 y el tema principal va a ser si Evo Morales puede o no ser reelegido, para ser reelegido que necesita, subir su popularidad y que el tribunal constitucional haga una interpretación de la constitución política autorizando su candidatura, eso está en juego y de aquí a 2 años ese va a ser el tema.

Entonces en resumen con el TIPNIS con la elección judicial, no se debilita el poder institucional del MAS pero si debilita la credibilidad, la imagen del presidente y eso implica que ha disminuido su capacidad hegemónica.

Yo.: Y si hablamos de la institucionalidad, como usted evalúa el problema de la institucionalización mala del estado boliviano y cree que el gobierno tuvo éxito en formar instituciones buenas o usted cree que el gobierno necesita realizar que ser gobierno no significa tener poder sobre todo el estado, como Poulantzas también lo dice?

F.M.: Autonomía relativa, estás hablando de Bolivia un estado muy débil, institucionalmente, muy débil, históricamente muy débil. Con tareas inconclusas, hemos buscado en varias épocas de la historia formas de estado para que para cumplir una tarea del estado que es muy simple que es la integración territorial propia soberanía y la cohesión social que es ciudadanía las dos cosas muy débiles, hemos intentando con centralismo, hemos intentando con la participación popular que es una descentralización municipal y ahora estamos intentando con el régimen de autonomías. O sea, no sabemos cuál va a ser el resultado, cada 20, 10 años es una nueva reforma del estado, estás hablando de nuevas instituciones es porque las instituciones no han cumplido su objetivo, en la construcción del nuevo estado el MAS tiene dos problemas. El primero es que el diseño de la constitución es muy complejo, tres tipos, cuatro tipos de autonomía, que si tu implementas autonomía indígena, departamental, municipal y regional va a tener muchos problemas para que para el funcionamiento del estado y para la ejecución de políticas públicas. Entonces pero no sabemos todavía cómo va a funcionar eso porque es muy poco tiempo.

Tienes hoy día por ejemplo un problema con las autonomías departamentales porque la Asamblea Legislativa departamental es muy débil. Hay que crear esa institución, eso va a llevar mucho tiempo. Segundo, tienes recursos humanos sin capacidad ni experiencia, por ahí. Bolivia, el cambio tal vez más importante en los últimos años es el cambio de élite política y de personal burocrático en la conducción del estado. Hay una democratización pero el costo es que ha bajado la calidad de los recursos humanos y eso también porque necesitas tiempo para que gente que nunca ha estado en la función pública tenga capacidad para dirigir el centro en alianza con la escuela de gestión pública plurinacional puede ser. Es la maestría que se llama maestría en gestión del estado plurinacional virtual y participan 50 alumnos y son 10 por cada organización del pacto de unidad y 5 profesionales indígenas y 5 dirigentes de los dirigentes ha habido gente que ha sido ministra, asambleísta en la constituyente, viceministra, van a ser ministros, viceministros, están aprendiendo lo mas elemental, porque antes solo tenía experiencia sindical, entonces es un problema.

Y luego preguntas si es positivo o negativo que hay un control de un partido de todos los órganos, por supuesto que es negativo porque si la institución es débil, porque el estado general es débil y los recursos humanos no son capaces y además están bajo influencia del partido del gobierno esto hace que no se fortalezca la institución, entonces el resultado es un nuevo estado, con nuevas instituciones pero que repiten las debilidades del estado boliviano. Pero es un estado más democrático.

Yo: Pero más o menos son los problemas de que Poulantzas habla, formar un nuevo gobierno, hacer una nueva constitución no es suficiente, necesita también cambiar las estructuras del estado, pero si no hay estructuras buenas del estado, cambiarlos es un proceso muy originario.

F.M.: Los recursos, eso va bien, eso no hay en Bolivia en Latinoamérica no hay una burocracia de expertos que piensen en el estado para que el estado represente y se haga soberanía frente al exterior, la autonomía del estado también tiene que ver con la calidad de esto, de los recursos humanos y una burocracia independiente de los partidos políticos y una burocracia que este en función del estado.

Yo: En general podemos decir que el MAS fue un proyecto hegemomial para transformar el estado de su dentro, porque en Bolivia la sociedad civil ha luchado mucho por el estado para formar un estado más fuerte en comparación por ejemplo con Mexico, eso es antiestatal. Por eso el MAS como usted, para usted que fue la receta de éxito del MAS en estos años de la crisis estatal y que papel tuvo el neoliberalismo.

F.M.: Primero siempre hay que recordar que el MAS nace como una demanda de los sindicatos campesinos que en los años 90 dijeron necesitamos tener un instrumento político para participar en las elecciones, entonces primero que es una estrategia electoral. Segunda que es una búsqueda de auto representación a través de un partido propio y de líderes y de candidatos propios, pero que es sindicato. En Bolivia debes saber que después de la revolución de 1952 el estado organiza a toda la sociedad como sindicato. Un país raro, porque son sindicatos, grupos sociales que no son asalariados, cuando salga de aquí vas a fijarte las señoras que venden jugo de naranja, vas a ver sus letreros en su carrito, dice sindicato de vendedoras de jugo de naranja, y de mandarina, todo está organizado así en Bolivia. Y el sindicato es, el sindicato siempre está relacionado más que con el mercado está relacionado con el estado y esa es la visión que tienen no en general los sindicatos la visión del estado, necesita al estado fuerte para que responda a sus demandas y que no reprima el estado democrático y la economía, entonces el MAS y a mi juicio Evo Morales ha tenido predominantemente una visión nacionalista por esto del estado, y la estrategia discursiva de Evo Morales ha sostenido que él ha hecho una combinación de una retórica radical, retórica, pero sus decisiones han sido moderadas. Eso es, retórica radical y decisiones moderadas. Entonces vamos a nacionalizar y expulsar el neoliberalismo pero sus medidas no son radicalmente antineoliberalies. Vamos a hacer un estado plurinacional, pero el estado el indigenismo es, no es como los zapatistas que hablan de la autonomía indígena frente al estado, aquí el estado no tiene la ley del estado Mexicano no sirve en municipios zapatistas aquí persisten las costumbres indígenas es contra del estado. Aquí más bien las costumbres indígenas, las normas indígenas van a ser parte de la ley y por tanto parte de la institucionalidad estatal, es indigenista pero si tu analizas cuánto estado plurinacional hay en Bolivia yo digo es muy poquito.

De 130 diputados, 7 son indígenas elegidos por democracia comunitaria, 5 por ciento. Cuantos municipios indígenas tienes en Bolivia de 320 municipios creo que son 11. Órganos del estado tu lees la constitución para el tribunal electoral tiene que haber mujeres indígenas, para el tal tribunal tiene que respetarse criterio de plurinacionalidad, ahí si no dice con qué cantidad es muy vago pero el elemento positivo de la elección del domingo anterior es que hay mujeres indígenas que antes no habían en el mundo de la justicia.

Y con lo del TIPNIS tienen también lo mismo, el estado dice no la consulta previa, primero no la consulta previa, luego consulta previa pero no es vinculante, que están diciendo, entre el más importante la decisión del estado que representa el bien común, el interés general, el objetivo nacional es más importante del estado, que los derechos colectivos de los indígenas del TIPNIS que están reconocidos en la constitución. Ahora ha perdido el gobierno, ha aceptado todo, pero no cree en ese, va a esperar, si tú has visto la plaza, la gente queremos carretera, el MAS ha dicho no hay carretera pero está empezando a movilizar y dicen queremos carretera, porque dice que los derechos colectivos de los pueblos indígenas tienen que estar subordinados al estado, al interior del estado, entonces lo mismo pasa con el neoliberalismo, sirve para decir somos antineoliberales, pero la realidad obliga a que busque inversiones del extranjero porque es un modelo político que tiene mucho buena una buena

parte del apoyo electoral, a Evo Morales es de la gente que se beneficia con los bonos, todos los bonos que conoces los pobres se benefician con los bonos, para repartir bonos necesitas excedente económico como esta es una economía muy chiquita, no produce mucho, necesitas vender materias primas. Entonces inversiones para eso porque el estado no tiene capacidad ni inversión extranjera, si tú ves las inversiones extranjeras en Bolivia tienes un panorama muy distinto al de hidrocarburos, solo hidrocarburos tienes tú el estado con mayor presencia, en la minería no es así. Tienes aquí la mina más grande de plata de Sudamérica que es en San Cristóbal que es en nación Japonesa, Canadiense la minería es fuerte.

Ves en el Mutun en el hierro la inversión de la India que ahí no es el estado 50 por ciento, ves el sector eléctrico es capital español no se ha hecho ninguna nacionalización, entonces es muy diversa la relación entre el estado y la inversión extranjera. No todo está bajo la idea de nacionalización. Si la crítica contra el neoliberalismo para la movilización porque aquí sigue la idea esta de que no sirvió, de nada la capitalización porque no había beneficios. Entonces es así, el discurso es antineoliberal y las medidas no son anti neoliberales.

Yo: Otra pregunta, como usted evalúa la influencia de la sociedad civil al estado hoy y a la política real y que formas de influencia civil de la sociedad civil hay que papel tuvo la nueva constitución en este proceso?

F.M.: Puede haber dos sociedades civiles en Bolivia, una es esta la de las redes sindicales que son corporativas son grupos de presión que tienen capacidad para pedir al estado y hoy día son aliadas del partido de gobierno y tienes otra sociedad civil que es la de ciudadanía de la acción voluntaria, donde actúas en función de tus valores de tus principios y es la que se moviliza, la urbana y que está más bien ligada a la oposición sobre todo con esto de apoyar la autonomía departamental. Y hoy día apoyan, es interesante lo que pasa con el TIPNIS la ciudadanía todos son en oposición al MAS han actuado en apoyo a los indígenas y al medioambiente, valores muy importantes de la sociedad civil y ellos no creen, la mayoría no cree eso, en los temas ecológicos y en los años anteriores más bien era muy contraria de que la constitución de derechos colectivos a los pueblos indígenas y hoy día dice que los indígenas del TIPNIS decidan sobre su territorio, antes decía, antes criticaban al MAS porque la constitución del MAS quería reconocer esos derechos indígenas. Hay una contradicción. Pero lo interesante de este comportamiento ciudadano que tiene que ver con la sociedad civil es algo que yo denomino autonomía de acción de la sociedad civil porque en cada situación decide apoyar o no apoyar al gobierno, entonces tu tienes Evo Morales es para la reelección el año 2009 tiene 62 por ciento de apoyo. Y 5 meses después hay elección municipal y departamental en Bolivia y el MAS saca menos votos que Evo Morales y pierden unas cosas importantes donde ellos decían eran sus territorios, en La Paz, en Oruro pierde, aquí en la ciudad de Cochabamba, gana con muy poca votación. Esto te dice que la gente si es para la política nacional apoya al MAS con más fuerza que en escenario local donde la gente decide que es mejor otro candidato.

En la elección judicial dice no nos gusta esta elección no estamos de acuerdo y punto. Entonces están diciendo hasta aquí no más. Entonces hay una autonomía de la sociedad civil, ahora lo que está pendiente de la implementación de la constitución es una nueva institución que puede ser muy importante para definir cómo va a ser relación sociedad civil y estado que es el control social. En la constitución política la única mención que hay en la sociedad civil es en ese capítulo de la constitución, en toda la constitución se habla de organizaciones naciones y pueblos indígenas originarios campesinos todas partes, llegas a control social y ahí no hablan de eso, hablan del control social será conformado por organizaciones de la sociedad civil, no dice nada más. Es un misterio, es como es distintas personas piensan distintas personas. Entonces tiene que haber la ley para ver quienes van a ser parte del control social, que instituciones, como se va a organizar institucionalmente que relación va a tener con los órganos del estado porque en algún momento el MAS cuando era muy fuerte quería que el control social sea, dependa de CONALCAM recuerdas que e CONALCAM o sea los

sindicatos, o sea los sindicatos sean control social, ahora no puede pensar eso. Entonces, pero no hay tampoco del lado de la oposición no hay ninguna propuesta de cómo debería ser el control social ni tampoco las organizaciones que no son del MAS han hecho una propuesta de cómo tendría que ser el control social, es muy importante porque tiene que ver con cuanto de participación de la sociedad civil y la gestión publica y con qué capacidad de decisión pero es un tema pendiente, eso va a depender que ha pasado con eso.

Yo: Usted cree que el imagen del presidente indígena, el primer presidente indígena, el gobierno indígena, esa imagen es muy internacional, pero al nivel nacional es más un gobierno de los cocaleros de los campesinos y no sé pero creo que hay cambios en las estructuras del estado para tener más influencia de los partes del clientel del MAS los campesinos y cocaleros pero los indígenas todavía son excluidos, por eso no hay un cambio realmente y eso no sé pero creo que es más visible ahora que hace algunos años, con todo este proceso y tambien a nivel internacional ahora el imagen es más auténtica con ese proceso.

F.M.: Tu sabes que las identidades cambian, nadie tiene identidad, la identidad depende con relaciones un sujeto con otro sujeto, entonces Evo Morales es indígena y es cocalero, es campesino cocalero en un momento y más que indígena pero depende con quienes esta si es más indígena que cocalero, entonces es indígena, por supuesto, es presidente indígena por supuesto en el sentido de que para la cultura política boliviana Evo Morales es un indio y punto. Pero no por eso tendría que tener un programa de gobierno solo para los indígenas y provoca una gran discusión y quienes son indígenas. Son indígenas los campesinos si pero no dependen en qué circunstancias, hay una discusión muy interesante, sobre la señora Mamani que ha sido elegida magistrada la que ha sacado más votos y dice ella para ella en la foto del día de la elección esta como aymara, su manta y su sombrero pero ella no usa pollera, entonces la crítica dice, ella se ha disfrazado de indígena para sacar más votos. Ahí está la muestra de que esta elección es falsa. Pero ella que dice, dice yo fui terminar de estudiar para abogada para poder tener clientes no podía, tenía que cambiarme de ropa, tenía que negar su condición indígena, ese es el tema. Es muy complejo esto.

Yo tampoco no soy ni del elite ni soy indígena eso te lo puedo asegurar pero si estoy con la elite me pueden decir indio. Y para los indígenas yo soy profesional, entonces soy licenciado, entonces es muy complejo todo esto. Es aquí donde viene el parte de la estrategia discursiva se puede decir, puede obviamente indígena para las miradas externas si, fue muy útil para Evo Morales, porque había una mirada indígena externa porque Evo tiene una trayectoria previa a esta.. antes de ser presidente Evo Morales era una persona muy famosa ante el movimiento antiglobalización y hoy en la sesión están los ecologistas los indigenistas, entonces era un perfecto líder para esa visión, que mejor que el cocalero que huye contra el imperio norteamericano, además indígena. Cuando Evo Morales entra al mundo de la política formal como presidente entonces tiene toda esa fuerza simbólica que lo que no tuvieron los zapatistas, se quedaron nunca ejecutaron el poder político. Evo Morales si gana, con toda esa fuerza que tenía desde el movimiento altermundista aparece en el mundo de la política oficial, con mayores razones un indígena porque va a tener pares que son presidentes en otros países entonces se crea una elite entonces se contrasta no más, entonces es no más esa fuerza Evo Morales pero el MAS empieza a combinar una visión sindical y campesina con una visión semi indigenista, Evo Morales empieza a reconstruir su biografía, empieza a buscar su pasado indígena, su cultura, todo eso. Y el resultado es la constitución política donde hay mucha influencia, hay un privilegio digamos no, pero si tú te fijas, eso es sujeto muy complejo el de la constitución dice naciones y pueblos indígenas originario campesino. Es una ficción jurídica porque no existen ninguna colectividad en Bolivia que sea pueblos y naciones indígenas, originario, campesinos. Yo llamo a eso una construcción discursiva, donde están representados las naciones originarias así se llaman los aymaras y quechuas del CONAMAC los pueblos indígenas de tierras bajas, los del TIPNIS los de la marcha, y los campesinos que

vienen de la revolución del 52. Ya veo que tienes una contracción entre intereses campesinos e intereses indígenas, donde entra tierra y territorio entre el mercado, acceso al mercado de la producción y conservación, reposiciones del hábitat. Entonces, ese es el dilema del MAS el MAS es indigenista, nunca ha sido indigenista, son indigenista, pero no puede dejar de ser indigenista porque para muchos, para los que no somos campesinos ni indígenas ellos son indígenas. Es muy complicado, porque son identidades así... variables.

Yo: Una última cosa que me interesa mucho, porque en Bolivia hay una corporación muy fuerte en el sector académico y el sector político en comparación por ejemplo con Europa o los EE.UU. y a mí me interesa como usted evalúa esa influencia a las estrategias de los actores políticos y también no a la fundación del MAS pero a su estrategia de ganar las elecciones el 2005, con ese discurso un poco radical, no tan radical, moderada pero crítica, un discurso con que muchos diferentes identidades pueden identificarse con eso para producir un interés común muy amplio cómo fue esa influencia?

F.M.: No creo que fue por la influencia de los intelectuales, esa estrategia política no, creo que primero que no es nuevo en la historia de Bolivia que los intelectuales sean políticos y sean parte de los partidos. No solo en Bolivia, eso pasa en Argentina en unos cuantos países. El discurso, haber yo distingo, con el discurso masista o proyecto político masista entonces cual es el punto político masista entonces es el texto constitucional tenía que ser de la expresión, entonces el texto constitucional, si tu comparas el texto que se aprobó la constituyente con la propuesta del pacto de unidad vas a ver que hay diferencias. La diferencias tienen que ver con a mi juicio, con decisiones de Evo Morales que hace que el indigenismo sea menor, si tu comparas la propuesta el borrador de Constitución que hacen los del pacto de unidad o del título por un estado plurinacional por la autodeterminación de las naciones indígenas. Y tienes en el caso del gobierno un Evo Morales está visión más pragmática, para ver cómo interpretar y como valuar las circunstancias, rehacer las propuestas y tienes visiones más intelectuales que son más dogmáticas. Y el vicepresidente por ejemplo es el intelectual y el político, el presidente Evo Morales puede ser indígena, puede ser campesino, es sindicalero, indigenista lo necesita Evo Morales porque es indígena, en cambio García Linera que no es campesino ni indígena como yo, llegarían a ser indigenistas y si ves la propuestas de García Linera eran indigenistas radicales, al estado multinacional al estilo de Stalin. Esta de las 36 naciones, porque dice la nación se define por su lengua eso es Stalin y es una visión de la autodeterminación de las naciones indígenas, en cambio la de Evo Morales es más nacionalista. Entonces yo diría que había una influencia, intelectual para hacer una edad para que sea proyecto más indigenista pero no resultó, el indigenista, entonces los límites están ahí en la influencia, había otra línea de influencia de carácter más que principios, participacionista, anti partido político que rechaza la mediación partidista, nace esta visión romántica de los movimientos sociales. Igual si tú ves el resultado, tienes que más que puedes tener movimientos sociales muy típicos, la marcha indígena, es un problema social muy típico, no hay medicación de partidos pero tienes en la estructura del partido esta red sindical corporativa campesina que hace dudar que hablas en ese caso de momentos sociales de que una acción colectiva al margen del estado y contra el estado. Entonces, pienso yo, no sé cuento hay de influencia intelectual en concepción situada, pero el resultado es algo más relativo, hay algunas que son malas, son negativas porque hacen su impacto de manera equivocada la realidad, por ejemplo estas ideas de la diversidad social en Bolivia a veces exageramos con esta idea de que aquí todos es heterogéneo, todo es excepcional, la diversidad es... en tu búsqueda vas a encontrar una sociedad abigarrada es la palabra, desde un autor René Zavaleta, Bolivia es abigarrada, que abigarrada es muy compleja y que no se puede entender así no más, creo que es muy especial y te dice se puede entender en la crisis es el método de conocimiento de esta sociedad. Eso es una exageración porque todas las redes son diversas yo conozco algunas que son poquito más diversas que Bolivia, la India, China,

Nigeria, y punto y entonces exagera en esto de que es muy excepcional Bolivia, muy diversa y por lo que no se puede entender, cualquier discurso es muy postmoderna esa visión cualquier interpretación sistémica de esto el proceso global es una nueva ideología es un vetarelato, bla, bla, bla y esos un problema para poder ... y esa es mala influencia, es una mala influencia, eso.

Interview 5: mit Fernando Garces, Cochabamba, 26.10.2011

F.G.: Dime para que soy bueno

Yo: Me interesa mucho como es su posición, su opinión concerniente el MAS hoy día y su potencial de cambiar algo por la sociedad civil y su acceso al estado y también como usted evalúa todo lo que pasó con el TIPNIS que el MAS no ha respectado su propia constitución y también la reacción del pueblo que podemos ver en los elecciones de justicia y el gran boicot de votas.

F.G.: Yo te doy algunas ideas, yo creo que ha habido una especie de hiperinflación de expectativas, hay cosas de las que yo sospechaba desde el principio pero se me ha hecho mucho evidente hasta ahora. Por ejemplo este idea de tratarse de un gobierno indígena, lo cual es bastante por lo menos, es decir incorrecto, por lo menos muy dudoso, es decir, estas denominaciones de indígena, para mí responden a los contextos históricos. Uno podría decir, bueno el Gualberto Villarroel fundó el movimiento indígena el año 1945 porque hablaba quechua, provenía de una comunidad quechua y eso. Entonces Evo Morales se determina por la primera vez como presidente indígena, por el contexto histórico y si bien el bien ha nacido en una comunidad aymara su formación central es una formación sindical, eso está muy claro, entonces su base social es una base social que se autodenomina fundamentalmente campesina aunque no exclusivamente. Entonces ahí hay algunas cosas de pueblo e identidad muy complejos que son además muy complejos en Bolivia pero que en el caso de gestión política digamos de la gestión misma estatal, la gestión política de Evo pone el énfasis en esta cara más campesina que también tiene la herencia del nacionalismo revolucionario del 52 y eso hace que el proyecto de Evo y Alvaro, es un proyecto del estado nacional, entonces en ese sentido también hay que relativizar la firmanción de que es una Constitución del MAS. El MAS nunca tuvo una propuesta de constitución, el MAS hizo un decálogo ante una elección de asambleístas y luego finalmente el MAS terminó adoptando la propuesta del pacto de unidad. Entonces, en el perfil de la propuesta del estado, que no era nueva, la primera vez que aparece la idea de constitución es en la tesis política del segundo congreso de la CSUTCB en el 83 y había una cierra tradición relacionada con el Ecuador, y si vas más atrás era el modelo de la URSS aquí era mucha la relación con Ecuador, pero ya para la Asamblea constituyente, la propuesta esta formulada por las organizaciones del pacto unido, no por el MAS y el MAS termina adoptando esa propuesta, pero en realidad el horizonte de cultura política del que están invadidos Evo y Alvaro es el estado nación, en el mejor de los casos del nacionalismo popular de Zavaleta y hay cosas, eso explica cosas como la del TIPNIS, en una noción la religión del desarrollo del progreso nos penetra a todos del partido que sea la ideología, entonces en nombre de la nación y en nombre de la gobernabilidad y del modelo clásico tu tienes que mantener la estabilidad económica, mantener la estabilidad fiscal, guardar reservas, abrir carreteras, vender materia prima, etc. Esa lógica, esa lógica política económica. Jamás ha estado lejos del MAS, el primer momento sea un gobierno exitoso dentro de su parámetros como ahora la redistribución económica un estado que pueda gotear, chorrear, o redistribuir los recursos. Entonces, una medida como formar una carretera esta fuera de ese logica, entonces, digamos que no es totalmente, yo veo desde el, desde afuera es el defensor de la madre tierra, etc. Es parte de contradicciones internas que aquí tu las ves fácil a diario, pero esa sería mi primera idea. Y porque además te va a generar más porque al interior del MAS

dominan varias tendencias, de varios personajes con sus propias trayectorias, pero que no... pero que entran en tensión de manera desigual podíamos decir, porque no pasa lo mismo la palabra de que se yo, de Félix Cárdenas que es el Ministro de descolonización que es la de la línea dura, de tradición aymarista, katarista dura, no es lo mismo la palabra de él que la palabra del Ministro Canelas que se yo los que están más cerca del Evo, digamos, entonces eso complica mucho...

Yo: Mi hipótesis es que es posible ver el MAS como proyecto hegemónico de la sociedad civil o de un parte de la sociedad civil, por que la sociedad es muy heterogéneo en Bolivia pero a mi me interesa si usted diría que el éxito de las elecciones del 2005 del MAS fue mas una reacción a la crisis del estado y a la crisis de los partidos políticos o que en verdad fue un programa exitoso del MAS, que han formado un interés comun muy amplio, o es una mezcla?

F.G.: Hay varios factores, por un lado, en diciembre de 2005 la idea de la gente estaba mucho más clara de lo que no quería que de lo que si quería. Estaba claro que el Evo era la alternativa de no seguir con lo mismo. Había la posibilidad de que no era lo mismo que antes, consiguió...en segundo lugar un término que va de clase media, etc. mucha gente de la ciudad y mucha gente de clase media votó por la gobernabilidad que tenía cinco años de mucha movilización y cualquier otro que quisiera asumir la presidencia no hubiera podido, desde el sector campesino articulaba las tres grandes confederaciones que son la base social dura del MAS la CSUTCB los ahora llamados interculturales, las bartolinás, ahí no había donde perderse Evo era su instrumento político, no es una ayuda es su instrumento político, en cambio en casos ha sido un tema era una oportunidad histórica de reivindicación del derecho indígena pero siempre con un poco mas de distancia desde el inicio, por que el CONAMAQ por ejemplo siempre se sintió muy inseguro con el Evo pero no como el MAS como partido entonces consideran al MAS su aliado, pero no es lo mismo las trillizas o sea la CSUTCB, las bartolinás que ha sido con el CONAMAQ esta distancia, tensión que ha habido siempre las ha habido. Entonces, a eso claro hay que añadirle el excelente cuerpo político que tiene Evo y lo útil y práctico de ir, ha ido que desde hace muchos años va a servir para ir eliminando los adversarios internos como Alejo Veliz, Germán Loayza con el que se llama el propio Mallku varios, o sea los adversarios internos del movimiento popular van a tener una vía impresionante para ellos dejando un lado y para el nuevo pacto político muy importante también para capitalizar justamente lo que tiene que ver más esto, más alla de la reivindicación de la diferencia indígena, hay una tradición de nacionalismo revolucionario popular muy fuerte en Bolivia, que el Evo representaba eso pero ahora además con el añadido de la faceta del indígena que es lo que no teníamos entonces, Evo pudo ser capaz de aglutinar donde los otros no han podido hacerlo, el Mallku no podía hacerlo porque estaba anclado en el discurso del aymara en cambio el Evo podía colocar al indígena y al originario, del imperialismo, etc. Entonces estaba en una posición que le permitía asumir.. en incluso un cierto sector de la clase media.

Yo: Y como usted ve el papel del neoliberalismo en esa crisis del estado y en el éxito de la MAS, porque para mí no sé creo que el neoliberalismo tuvo una influencia muy mala al país, mala no es la palabra que yo busco pero Bolivia tiene una sociedad muy colectiva con organizaciones sociales muy fuertes y el neoliberalismo creo que tuvo una influencia de movilizar la gente más para cambiar algo en la política también, en las décadas de la democracia pactada y todas esas privatizaciones que tuvieron éxito o no como la lucha de agua y de gas, como algunas veces tengo la impresión de que esa implementación del neoliberalismo ayudaba al MAS y al cambio

F.G.: En dos sentidos, en sentido de enemigo visible, o sea lo que pasa las medidas neoliberales sobre todo las impulsadas de la segunda generación, hay una reforma, primera generación y segunda, hay una reforma política económica del 85 y llegó la reforma con el Goni a partir del 93 y claro las primeras medidas fueron un choque brutal, para la política, la

relocalización, la privatización, pero luego la segunda cara o faceta de digamos relativamente más inteligente, porque continuó la política económica pero se disfrazó del rostro humano de las políticas con todo esto que se llama de las políticas de la diferencia, de la inclusión de los pueblos indígenas, etc. etc., entonces por un lado ofrecía la cara del enemigo visible que desde el sector cocalero fue sumamente importante porque era todo del posicionamiento de la coca en relación a las políticas de erradicación, pero en términos de construcción estatal, de diseño de rediseño estatal fue el espacio que permitió el accionar político de este sector o subalterno y marginal como los cocaleros y el sector campesino de poder ingresar a la arena política pública, por la ley de participación popular, esto se lo han dicho varias veces al Evo, el Evo es presidente gracias a las leyes neoliberales de las leyes de participación popular, etc. Le permiten en la arena política, pero si bueno, yo creo que va por ahí, está relacionado con lo que decíamos ese olfato político muy fuerte que tiene, y que era parte de los debates de las organizaciones, porque las organizaciones o sea la idea del instrumento político aparece si no recuerdo mal aparece en el congreso de la CSUTCB de Tarija en el 89, cuando se dice no vamos a poder vencer a los oligarcas, no los vamos a poder vencer desde la pura acción sindical.

Entonces, de que te estaba hablando, bueno. Que la idea del instrumento político si no lo recuerdo mal aparece en el 89, no es cierto, la idea es de que no vamos a poder a la oligarquía boliviana mientras solamente luchemos desde nuestra fuerza sindical, digamos, entonces es necesario entrar al terreno de la lucha política y para eso debemos sembrar nuestro instrumento político. Y ahí había dos tendencias yo diría. Que era la una era la tendencia más cerca, se puede considerar más radical. En qué momento era mas radical digamos queda en la tendencia nosotros no tenemos porqué pelear el espacio del estado boliviano, tenemos que crear nuestro espacio de gobierno paralelo, a eso apuntaba la asamblea de nacionalidades del 90-91 en el congreso de Tarija de la CSUTCB se decide que se va a crear la Asamblea de Nacionalidades en perspectiva en los 500 años de negociación y el programa en ese momento de ese sector del movimiento campesino no era crearemos un instrumento político para ir a disputar y tomar el poder como se dice.. entonces no nosotros vamos a crear nuestro propio gobierno comunitario, entonces, crear nuestro propio sistema de justicia, nuestro propio juez, no necesitamos, no necesitamos al tinterillo, al abogado, al juez, los propios dirigentes resuelven los problemas de las comunidades. Son formas de gobierno del poder dual como diría Lenin y Zavaleta, gobiernos paralelos.

En el transcurso entre el 89 y el 94, 95 cuando se crea el MAS, 94 creo, en el transcurso de esos 5 años es la línea del Evo la que va a predominar, o sea el sector que además de todas las cosas de la lucha del de la coca que lo posiciona al Evo muy bien, más o menos como dirigente de las federaciones del trópico, entonces el Evo iba ganando cada vez más fuerza, el movimiento campesino y su idea de más bien crear un instrumento político para dar la pelea en la política nacional. Entonces poco a poco el debate de los gobiernos comunitarios, indígenas paralelo va a quedar en un segundo plano, porque claro se va ganar fuerza la tesis de él porque si es un instrumento político.

Yo: Podríamos decir que en la sociedad de Bolivia hay una, por ejemplo si vemos México y su problemática, veo que en comparación en Bolivia hay una o había una gran esperanza de cambiar algo dentro del Estado, no hay una retórica antiestatal

F.G.: Eso es muy importante, porque la idea de destruir el estado no es, es cambiarlo. Es muy claro, todavía hubo algo de ese debate al interior del pacto de unidad pero esta vez estaba retomado curiosamente más por los guaraníes, la APG era la que planteaba que bueno nosotros plantemos las autonomías indígenas, porque cuando tenemos nuestras autonomías, nos estamos auto determinando y el estado no tiene nada que hacer aquí y entonces nosotros vamos a poder decidir todo en nuestro territorio ese fue un debate, muy muy duro, entre el 2006 y el 2007 que en algún punto incluso coincidía con CONAMAQ porque CONAMAQ plantea que sus autoridades originarias tenían que ser las mismas, las representantes de su

autonomía territorial, que era parte de su reconstitución. En cambio había otras organizaciones, que decían ojo cuidado que aunque sea autonomía indígena, esa autonomía indígena va a ser un espacio territorial del estado boliviano, y por lo tanto estas autoridades en esos territorios van a representar al estado y el estado de va a pedir cuentas de la plata que te dé para esa autonomía, entonces es un proyecto de auto determinación, con soberanía absoluta, y que nosotros aquí, hacemos y deshacemos nuestra parte.

Entonces todavía hubo algo de ese debate, pero la línea que predominó fue más bien la otra, es decir NO, hay que cambiar el estado. Entonces si tu te fijas, estado plurinacional, quiera decir varias cosas, porque él énfasis en estado plurinacional y no república de Bolivia porque aunque quedó la república en la constitución por las negociaciones de octubre de 2008, o sea en el texto que se aprobó en Abril no había ya república y después se reincorporó porque república que para los polítólogos es una cosa buena y sana porque se opone a monarquía, no es cierto. En la historia Boliviana, república es igual a república oligárquica, entonces no queremos esa república la república no es la república donde se delibera, etc. Eso es en la teoría política, aquí es la república, es la república de una élite privilegiada que manejaba el país a su antojo. Por eso fuera república. Estado plurinacional por otro lado se opone a esta relación, porque el estado nació el 52, el estado del 52 se ubica en la lógica de estado nacional, estado-nación, se ubica en la posición de que aquí un proyecto, de las diferencias, negación del indígena, etc. Entonces era un proyecto de uniformización de la población. Entonces, con todo el resurgimiento de las cosas, las diversidades indígenas no queremos esta estado nación. Entonces y eso alimentado por las políticas de la reforma de segunda generación del Goni porque todas las reformas de la constitución del 94, Bolivia es Pluricultural y Multiétnica, la ley INRA que permitía las tierras, la Reforma Educativa que un currículo diversificado, la ley participación popular que ponía los municipios y todas estas leyes estaban más o menos multiculturalistas, es decir, primero era un reconocimiento cultural, pero si el poder de decisión de la transformación de las estructuras de la nación política. Entonces el salto de pensar por qué la insistencia de que no sólo haya la declaración de estado plurinacional sino que atraviese toda la constitución era justamente para no repetir lo antiguo, es un reconocimiento culturalista, pero no la posibilidad de colectivos políticos que tengan poder de decisión inferior al estado.

Lo que está detrás de la declaratoria del estado plurinacional que no es el reconocimiento de la diversidad cultural ya como que bonito somos diverso. No es solamente la diversidad cultural es además este aquí no solo existen distintas culturas, existen distintos colectivos políticos que hay que tener poder de decisión en los asuntos centrales del estado. La cosa que solo se lo hace en la negociación con la clásica democracia liberal, no es una transformación radical en que esos colectivos tienen representación corporativa directa en el estado, que es una de las formas de construir el estado plurinacional sino es en la acuerdos, en negociación con la democracia liberal, si no que ahí se elige por voto universal y secreto, desde los niveles inferiores y se hace una serie de toda una semi ingeniería para tratar eso pero la idea que está detrás es...

Yo: Concerniente a la Asamblea Constituyente ese proyecto de la Nueva Constitución fue mas un proyecto de la sociedad civil, de los movimientos sociales, y no sé mucha gente dice que el MAS no fue preparado por ese proceso porque no fue su proyecto de cambiar la constitución y ahora me interesa como usted evalúa la nueva constitución concerniente a mejoras para la sociedad civil de tener influencia a esos instituciones centrales del estado para democratizar el estado. Porque creo que hay una gran diferencia entre la constitución al papel, la hoja y la constitución en la realidad.

F.G.: Lo que pasa es que ves todo el ciclo de movilizaciones que se dan entre el 2000 y el 2005 todas estas movilizaciones estaban ubicadas en dos tipos de mandas digamos, una que era cambiar el sistema político de la democracia representativa que con la tradición de la democracia pactada se la consideraba insuficiente para responder a la compleja estructura

social boliviana. Entonces como se hacía eso con la Asamblea Constituyente, cambiando las reglas de juego y las reglas del estado. Y la otra línea digamos de demanda era cambiar todo el sistema de entrega de los recursos del país en manos del capital transnacional entonces había una crítica a un modelo económico, y había una crítica a un modelo político. Lo interesante es que en la crítica al modelo económico lo que esta detrás es la exigencia de equidad social, no es cierto, es decir que se elabore una forma, una estructura económica que permita la redistribución de los recursos, riqueza, excedentes, etc. De los recursos estratégicos del país, entonces ahí en realidad ahí hay el fruto que une porque los recursos son de todos los bolivianos, por lo tanto los beneficios tienen que ser para todos los bolivianos. Ese es el horizonte del nacionalismo popular. Pero tras la demanda de la reforma política de una democracia liberal, etc. En realidad lo que estaba detrás no es el proyecto de lo que une, sino lo que diferencia. Es decir, el respeto a mis formas particulares de ejercer la ciudadanía. Todos somos bolivianos pero no todos ejercemos nuestra bolivianidad de la misma manera.

Entonces, en realidad lo que ponía el juego el sector de la movilización previa a la constituyente era combinar el principio de equidad social con el principio de diferencias cultural, de género, lo que sea, ejecutorial, político, económico. Entonces, lo que pasa en la Asamblea es que la Asamblea fue totalmente desbordada, se desbordó la acción misma de la Asamblea se desbordó no solo al MAS, desbordó a toda la institucionalidad política del estado, la misma, la oposición fue muy eficiente en lo que hizo de bloquear la asamblea pero fue muy torpe con la incapacidad propositiva en un proyecto para las personas no propuso absolutamente nada lo que hizo fue que ser eficiente en obstruir y fueron con ese plan explícitamente lo han dicho. Entonces claro la Asamblea se ve absolutamente desbordada, y digamos que ese momento que va a hasta el 2005, es el momento clave donde se hace explícito en las calles lo que no se quiere y lo que más o menos intuitivamente se podría creer pero no totalmente claro.

Eso yo lo llamo el poder originario, originario no en el sentido de indígena, sino originario de origen, pero en el interior de la Asamblea es el momento en que hay doble tipo de representación de esa movilización todavía de sociedad civil, que es asumida por el pacto de unidad, que son las organizaciones campesinas, indígenas, originarias de colonizadores, etc. etc. Que tiene la limitación que es una representatividad que se arroga a sí misma y pero que está territorialmente ubicada y principalmente en el sector rural de Bolivia. Pero es que en la final logra elaborar la propuesta más completa y coherente en términos del país, es curioso y muy curioso que los más letrados y los más enganchados con la política moderna no hayan podido superar el espacio de una propuesta regional, se pensó en la autonomía departamental única y es curioso que los más ignorantes, retrasados hayan sido, lo estoy diciendo con ironismo hayan sido los capaces de plantear una propuesta en término nacional.

Entonces ese es un punto de presentación, la representatividad, el sector representativo en la Asamblea Constituyente en el pacto de unidad, en otro sector pero ya no es en términos políticos es el MAS pero claro va moviéndose de las reglas estrictas del estado, moviéndose desde una lógica más de partido, pero asume una propuesta clara, luego de los acuerdos de octubre de 2008 viene el tercer momento, que es el momento del poder constituido en el momento de la institucionalidad estatal. Y es el momento en que el MAS comienza a funcionar como partido MAS.

Yo: Estuve en la presentación del libro en el FES él de “Lo que unos no quieren recordar los otros no pueden olvidar” y fue muy interesante lo que Jorge Lazarte dijó que ese modelo plurinacional, es un poco el contrario que Bolivia necesita, porque la institucionalización es mala y nunca había una nación boliviana y ahora hay un proyecto de la plurinacionalidad y no sé a mi me parece también que no tiene mucho éxito en mejorar esa mala institucionalización y eso es necesario para tener un estado más fuerte, más capaz de cambiar algo. Usted como evalúa ese problema de la mala institucionalización, porque si eso no se mejora la crisis del estado va a continuar!?

F.G.: Es que hay dos cosas, en esa misma presentación la Moira Suazo decía que la Asamblea era un instrumento constitutivo. Parece que efectivamente en Bolivia nunca se pudo construir la nación. El mismo Jorge Lazarte lo ha dicho, por eso hay que, no funciona su silogismo su lógica porque en Bolivia nunca hubo un proyecto de nación. O sea desde la creación de la república hasta el 52 la élite boliviana, jamás le interesó, por ejemplo todo el mundo dice esto que es un proyecto inconcluso, no es un proyecto, no había proyecto. Hay una historiadora que estudia sobre el 19 y 20 muy importante La Marta Biguroski no sé si has leído de ella. Un precioso artículo dice no podemos por todos lados eso de decir que es la élite, que tiene la tarea histórica de construir una nación, ese un modelo en abstracto. Aquí en Bolivia no había a los políticos no les interesaba la nación. No les interesaba ser ese sector social aglutinador, porque ese proyecto de nación podía construirse bajo ese imaginario colonial como lacra que es como una carga para los ciudadanos. Nunca hubo, y la revolución del 52 termina siendo apropiada por un partido, se cambia la clase dirigente político, ideológico, pero el 52 lo que hace es construir un modelo que todo mundo dice un capitalismo de estado, etc., etc. Pero reduciendo la problemática de la complejidad social boliviana, lo que se llama la sociedad abigarrada, lo que todo el mundo repite ahora, reduciéndola a una formación de clases, por eso e que se convierten en campesinos, pero no se deja de que produjera un ciudadano de segunda, entonces la oposición se mantiene en diversos bandos, pero se reproducen los mismos mecanismos de clasificación jerarquizada, entonces para mi la lección que se puede sacar de esta proceso es que no hay recetas simples. O sea el la restitución digamos así del formato estado-nación que está llevando adelante el MAS para mí eso tarde o temprano va a tener que ser, como se dice le van a volver a pasar factura al MAS es decir como lo del TIPNIS, es decir no puede resolver la crisis, la larga crisis política social y boliviana con recetas simples, o sea una gran lección de esto en mi opinión, en lo que se puede realmente aprender de Bolivia, más que la movilización, etc. Lo que realmente se puede aprender es la necesidad de pensar en otras formas de estado en otras formas de democracia mucho más complejas. Yo no sé si vale la idea de la Aventura de Sousa que dice "un estado experimental" no sé, pero una forma de estado y de democracia mucho más compleja y entonces eso no se trata de volver a reivindicar o volver a reinstitucionalizar el estado-nación o las políticas económicas maquilladas, etc. Si no tienes que pensar cosas muy complejas que articulen lo que te decía al principio de la equidad, o sea como hacemos para realmente repartir las riquezas y el excedente en nuestra situación de pobreza en Bolivia, pero al mismo tiempo sin uniformizar, o sea equidad no es lo mismo a uniformización sino respetando las diferencias, el principio de diferencia que se significa renunciar a la idea de una soberanía absoluta del estado y pensar en formas de soberanía comparativa, entonces como articulas el principio del auto gobierno de estos colectivos políticos en sus autonomías, en sus municipios, en sus departamentos, etc. Por el principio de co-gobierno, para mi ese es el problema central y eso requiere otra forma de estado, otra forma de gobierno distinta a lo que hasta ahora hemos experimentado. Eso es lo que saco de este proceso, más allá de las emociones que yo también las comarto, o sea creo que más de uno lloramos el día en que vimos colocar la banda presidencial al Evo, por la carga simbólica, emotiva tan fuerte que eso tenía, obviamente, pero claro viste la cosa no es sencilla, entonces digamos que la tarea de la estabilidad en, de construir un estado fuerte como vos dices, yono creo que va a ser una cosa que sea posible lograrla en el corto plazo, porque hay muchas cosas sueltas y no creo que el MAS ahorita pueda hacerlo. Claro que eso no significa que tenga que irse el MAS o algo por el estilo. Pero es tan compleja la situación que esto no se resuelve con que este el Evo o no esté el Evo es mucho más compleja. Y esto creo que es el inicio de un ciclo histórico, largo, me parece.

Interview 6: mit Dunia Mokrani Chavez, La Paz, 03.11.2011

Yo: Mi enfoque más o menos es, yo escribo con la teoria de Poulantzas y Jessop y mi pregunta principal más o menos es si podemos decir que el MAS es un proyecto hegemónico de la sociedad civil y también un poco los cambios del estado sus mejoras por la sociedad civil para tener influencia al estado, pero ahora ese tiempo fue muy interesante para mi; pasó mucho. Mi pregunta principal o mi primer pregunta es muy general; es lo que yo he entendido que muchos intelectuales ahora dan la espalda al MAS y también con la crisis del gasolinazo y también con el TIPNIS, y el boicot de las elecciones judiciales de un gran parte del pueblo, a mi me interesa como ahora es su posición opinión sobre el MAS y si puede cambiar algo en verdad, si puede tener éxito con sus metas de las elecciones en 2005 y ahora podemos ver que el MAS no es lo que hemos querido.

D.M.: Justo como comentabas esos momentos de crisis con el gasolinazo y el TIPNIS particularmente han develado o han mostrado como una ruptura del MAS no solo con las organizaciones sociales sino con el proyecto político que se había concedido más allá el propio MAS entonces en ese sentido mi opinión es que existe un proceso yo no creo que sea una ruptura que no se venía venir digamos sino es algo que es producto ya de todo un proceso que se inicia con la Asamblea Constituyente en el que el MAS se piensa a si mismo y se proyecta como la voz monopólica de las fuerzas sociales, entonces hay como un proceso y bueno yo no diría solo el MAS yo hablo más de gobierno porque el MAS es difícil también de caracterizarlo como partido político como fuerza creo que desde el MAS asumió el gobierno con voluntad a fusionado su estructura partidaria más como una maquinaria electoral porque hemos tenido desde el 2005 hasta ahora varios procesos electorales.

Las dos elecciones, los referéndums ahora las elecciones judiciales todo eso ha activado yo creo las estructuras del MAS como una máquina más electoral pero como eso que se planteó como un instrumento político creo que se ha alejado de la otra construcción de ese instrumento político entonces lo que si tiene es un gobierno que se está alejando de la posibilidad que tenía de articularse a las luchas sociales que vinieron previamente porque bueno creo que el MAS ha llegado no con una fuerza solo con una fuerza propia sino como parte de una serie de procesos de movilización y bueno en el momento en que se caen los gobiernos anteriores aparecen mas como una fuerza digamos como una bisagra, entre digamos los movimientos sociales y ya tenía experiencia digamos en el ámbito del Estado y ya estaba con una fuerte presencia en el Parlamento.

Entonces yo creo que ese era el momento en el que el MAS construya un proyecto político hegemónico con una relación mucho más horizontal dialógica con las organizaciones sociales y el momento importante de esto hubiera sido la Asamblea Constituyente, si el MAS hubiera permitido de alguna manera que las Organizaciones Sociales vayan auto representadas a la Asamblea Constituyente y no haya forzado la necesidad de que las organizaciones tengan que ir en pacto con el, porque bueno debes haber leído la Ley Electoral obligar un poco a esto porque era una formula que eliminaba minorías y además puso muchas trabas a por ejemplo a la Coordinadora del Agua que quería ir por su cuenta a las elecciones, entonces desde ahí yo creo que una parte del gobierno porque hay tensiones allá adentro también se plantea un proyecto de monopolización y un poco de captura de esa fuerza social para convertirla en un poder más monopólico y con tintes más totalitarios hasta ahora.

Entonces pierde la oportunidad de construir una hegemonía, entonces de ahí va cerrando espacios de participación y de liberación, la Asamblea Constituyente con la participación del Pacto de Unidad, si hemos logrado conversas barreras que se había puesto de que el MAS sea una fuerza digamos monopólica ahí y tenías además una derecha potenciada por la propia ley electoral y además un momento de mucha ofensiva de la derecha entonces de una forma esa coyuntura que ataca el proceso por parte de las fuerzas conservadoras y la presencia del Pacto

de Unidad permitió que la Asamblea Constituyente no termine de cerrarse con un espacio político interesado, entonces de ahí tiene un texto constitucional que es aprobado por mayoría pero que creo que en el debate político en ese momento es entendido por la mayoría de la población como un texto en transición porque hay una comprensión un poco de que había límites en esa coyuntura, los límites puestos por el propio MAS y la convocatoria y los límites de la derecha que estaba en una ofensiva muy fuerte.

Entonces la gente lo asume como un texto importante válido pero había que seguir profundizando y el escenario para la profundización de ese texto la Asamblea Plurinacional sin embargo lo que pasa es que ese escenario es otra vez una escenaria donde no se ve la deliberación donde los representantes tampoco van con fuerza propia ni siquiera con la fuerza de sus organizaciones sino mediados por una dinámica clientil entonces ahí también pierden ese horizonte de construir una digamos en términos gramscianos una hegemonía, entonces yo creo más bien hay un proyecto de monopolización de materia.

Yo: Si porque todos los, el sistema de los partidos no existe está muy débil y por eso fue más fácil por el MAS tener éxito también para formar una base muy amplio

D.M.: Lo que pasa es que yo creo que los movimientos sociales en 2000 hasta 2005 pusieron en crisis el sistema de partidos entonces es producto de las movilizaciones sociales pero lo pusieron en crisis para pensar otra forma de Estado donde no haya otra vez una centralidad partidaria entonces lo que pasa es que en eso también el MAS se desvía de su proyecto porque? Porque si bien la Constitución pone reconoce la democracia representativa comunitaria y participativa tiene simplemente como se termina de legitimar la parte representativa y además de manera polifónica entonces tienes si una derrota electoral de la derecha pero no un espacio de producción de otras formas de hacer política dentro de la Asamblea Plurinacional y como el mas entonces ahí empiezas a tener varias coyunturas de crisis donde el MAS se plantea como el titular único del proceso de cambio y como el que decide quien está a favor y en contra y quién es traidor y quien no es traidor desde una posición muy vertical y no deliberativa entonces empieza a tener quiebras también con las organizaciones sociales y principalmente las indígenas como has podido ver ahora en la crisis del TIPNIS, entonces yo creo que en ese sentido no se electoralmente pregunta que vaya a pasar con el MAS tiene fuerzas que vienen de sectores sociales que lo apoyan como haz visto sobre todo los sectores campesinos tienen creo ya un proyecto de clase diferente de los indígenas son actores que ya tienen procesos de acumulación económica muy fuerte y que tienen quizás se empatan más con esta visión de capitalismo de Estado del MAS entonces es probable que si se atrinchera esas fuerzas y se apoyan esas fuerzas logre y además con una derecha debilitada y además creo que ya no o sea el MAS que pase yo creo que la derecha es difícil que vuelva a gobernar Bolivia pero porque además creo que en la crisis del TIPNIS se ha visto generalmente tu seguro has podido ver que se ha acusado a los se ha intentado como en el caso del gasolinazo decir que las movilizaciones estaban digitadas por la derecha.

Una de las digamos de los argumentos del gobierno al momento de interactuar con estos conflictos pero lo que pasa ahí yo creo que en realidad tenemos que vivir como persistencia de los derechos una derecha electoral que es totalmente débil que no tiene proyecto político, que no tiene argumentos y que obviamente intenta en esas coyunturas de crisis debilitar al gobierno o poner como se dice leña al fuego, porque es como una derecha inofensiva porque la gente no se moviliza por ella ni ya no tiene capacidad de diálogo con creo que con la materialidad política; además no son como orgánicos en la clase dominante porque al final si tu pones a ver los perfiles de los asambleístas de derecha son gente nueva joven tecnócratas digamos que ellos han puesto porque estaban en un momento de des legitimización entonces tenían que poner figuras un poco que no estén tan deslegitimadas entonces tienes gente mas que no le responde directamente a la clase dominante sino que han puesto como parches para mujeres jóvenes y demás.

Pero por otro lado tienes una clase dominante económica tradicional digamos, que se afina en el agronegocio y demás que creo que no necesita actualmente la fuerza política que lo represente porque sus intereses no ha sido tocado de fondo y en algún caso existen hasta alianzas con el MAS y tienes alguno que otro que políticamente está jugando a sus figuras a nivel local y departamental, pero que a nivel nacional no tiene capacidad de un proyecto político alternativo.

Bueno tienes por otra parte al MSM que ex aliado del MAS que ahora se ha vuelto o sea que el MAS tiene una dinámica en la que de pronto decide quién es derecha y quién es izquierda quién es traidor y quien no es, hay gente que ha sido entre la derecha y que ahora está en las filas del MAS y se supone que ya son de izquierda porque están dentro del MAS y hay ex aliados que están divididos y ahora son de derecha porque no están dentro del MAS, pero eso es un momento que puede servir hacia afuera internamente como existe más claridad sobre quien es quien, en el MSM ha sido aliado del gobierno y toda su primera etapa y obviamente los diputados dos diputados que tiene el MSM son diputados del MAS porque todavía estaban en alianza, y si bien yo no lo veo como una fuerza porque no tiene bases sólidas aunque está intentado articular unas alianzas con organizaciones sociales es una fuerza más de clase media tiene un importante capital en la gestión de la Alcaldía de La Paz y la ruptura con el MSM son justamente surge de que el MAS intenta ir solo a la Alcaldía y el MSM se disputa ese espacio, entonces yo creo que el MSM personalmente yo creo que no lo veo con la fuerza ni con tampoco con la claridad de un proyecto político alternativo al que el MAS capturó.

Pero lo que si existe creo una intuición de la gente de que se le ha dado demasiado poder al MAS y no lo ha sabido aprovechar entonces al menos lo que pasa en las últimas elecciones municipales más que un apoyo a la propuesta política del MSM creo que hay una intención de desconcentrar el poder entonces quizás esa sea la tendencia, ahora el MSM tendrá ahí porque como es una fuerza un poco de centro digamos tendrá ahí el desafío de tener un proyecto político más, ahí se verá porque hay mucha gente de derecha también que lo está viendo como una alternativa entonces en ese sentido cabríamos con gente que lo ve como una posibilidad de que de tener un espacio más pluralista y más siempre la derecha que se puede sumar puede ser una fuerza electoral importante.

Pero creo que no hay todavía un debate sobre los horizontes políticos entonces más que saber yo creo que no le apostaría saber si el MAS o que otra fuerza política podría ir a las próximas elecciones sino ver en este tiempo que queda que otro proyecto más se vea de los partidarios se puede articular justamente para empujar dentro del escenario político otras formas más comunitarias y participativas de democracia donde el centro no siga siendo lo representativo y siga cada vez mas controlado por una sola fuerza, entonces un poco así añorando.

Yo: Y usted cree que el Pacto de la Unidad es estabilizada ahora o hay la posibilidad que va a romper?

D.M.: Yo creo como se dice que está como herido de muerte porque realmente después del TIPNIS ha sido una de las o sea como que se han separado los indígena y los campesinos del pacto de unidad.

Probablemente llama dentro de esa estructura porque creo que hay rupturas muy fuertes pero surjan otros espacios de articulación porque no creo que tampoco los campesinos y el indígena no puedan separar tan, hay dirigencias campesinas hay grupos dentro del mundo campesino que son como y ni siquiera podríamos caracterizar a todos los colonizadores o comunidades culturales de la misma manera entonces yo creo que hay dentro de cada uno de estos digamos bloques sindicales y de organización hay también estructuras de desigualdad digamos, entonces entre los campesinos, tienes campesinos que además aurita tienen poder y que son dirigencias que económicamente tampoco son de las más afectadas digamos, pero tienes una base grande de campesinos que si son digamos una clase insubordinada y además muy afectada económicamente entonces hay que ver que pasa con y que tienen una identidad obviamente económica fuerte.

Entonces y tienes también diferentes visionarios dentro del mundo el mismo mundo de las de lo que se han llamado comunidades interculturales o colonizadores, entonces tienes ahí alguna gente que ni siquiera es que respondiendo al problema de la falta de tierra en occidente va en busca de tierra si no que ya ve a la tierra como un bien mercantilizable y que ellos lo que hacen además de llevar extractivas a esos espacios como el TIPNIS o otros parques nacionales u otros espacios indígenas comunitarios digamos de propiedad comunitaria tienen una mirada de digamos como de lotear de ocupar esas tierras y venderlas también o sea no solamente es para producir

Entonces yo creo que ahí se van a empezara dar claridades entre esas dirigencias y las bases son gente que está, entonces allí habría que ver otro tipo de espacios se puede dar entre una vez que ya se de más claridad entre los proyectos políticos digamos entonces quizás pueda haber una ruptura entre proyectos porque lo que ha alterado el plan es que hay proyectos campesinos e indígenas que apuntan a proyectos capitalistas entonces quizás desde allí hay en vía proyectos políticos se empieza a desetnificar un poco el escenario político y dentro del mundo campesino indígena también empieza a vislumbrarse a mostrarse proyectos políticos diferentes, algunos de corte más capitalista y otros que están buscando otro horizonte un poco sobre todo en la construcción del Estado Plurinacional y de otro tipo de economías.

Entonces es probable que ahí se de otro tipo de articulación y ahí si es complicado el tema de los cocaleros entonces.

Yo: Como usted evalúa el cambio cualitativo de la democracia y también por la influencia de la sociedad civil porque hay el estado si hay esas marchas y tuvieron éxito pero creo que una intención de la Asamblea Constituyente fue también de mejorar la democracia directa?

D.M.: Bueno como te decía ahí a nivel de democracia justamente para asumir de manera real y no solamente como un título un gobierno de los movimientos sociales necesitas descentrar la democracia de la democracia representativa y ese ha sido el debate antes de la Asamblea Constituyente y durante la Asamblea Constituyente pero lamentablemente una presencia tan fuerte que no es poco el cambio digamos cualitativo que hay dentro del propio Estado, nuevos actores que lo ocupan luego de toda una historia republicana donde una clase dominante fue lo que ocupó estos espacios digamos.

Está la renovación en ese sentido de las fases representativas no es tampoco para menospreciar digamos sin embargo no generas el horizonte último del cambio digamos porque ahí lo que estas produciendo y eso es el proyecto político de alguna gente que está en el MAS es una nueva ... que obviamente al constituirse en una nueva élite van a empezar a tener futuras y alejamientos con las bases porque no hay élite que pueda sostenerse con la base porque no se están construyendo como representantes sino como una nueva élite entonces económica y política.

Entonces en ese sentido yo creo que la profundización de la democracia pasa por darle más centralidad en la vida política a las formas deliberativas desde el campo popular en profundizar la democracia participativa está pendiente una ley de control social pero que de participación y control social que se ha dejado un poco de lado me imagino por los conflictos pero las propuestas que se han ido viendo desde el Estado pretende ser solo un espacio de fiscalización de la gestión pública y un espacio de toma de decisiones entonces en Bolivia bueno muchas veces cuando llega gente de afuera sobre todo digamos compañeros que están en países vecinos y uno dialoga con ellos un poco que reclaman y dicen bueno pero lo que hay en Bolivia es mucho más lejos de cualquier otro país.

Sin embargo si tu lo comparas con otros países probablemente si incluir ahí habría que discutir. En el caso de Venezuela por ejemplo Hugo Chávez llega sin ningún apoyo y produce ese apoyo popular, en el caso de Bolivia pasa lo contrario, el Evo llega montado en una ola popular y luego va perdiendo esa confianza, entonces lo que pasa es que yo creo ahí que debemos compararnos yo creo en función en nuestros propios horizontes y lo que se logró

hacer en Bolivia antes del 2005 fue decidir en otros espacios que no eran los espacios institucionales representativos ni los partidos ni las, o sea fueron momentos donde la gente rebasó dos estructuras las corporativas y las partidarias entonces sabemos los bolivianos que hemos y la gente de los sectores populares y que ha proyectado este cambio que si es posible hacer política desde otros espacios o sea no es que estamos discutiendo únicos horizontes utópicos los hemos vivido entonces ahora esa negativa a abrir espacios de participación a deliberar más allá de las representaciones y se ha visto o sea es muy claro y yo trabajo haciendo cronologías de conflictos para la CLACSO y ahí es muy interesante por ejemplo los momentos como cuando se inició la marcha del TIPNIS el 15 de agosto se dieron paralelamente no se si estabas tu todavía, tres conflictos en Potosí que estaba demandando y el 15 de agosto el conflicto en Potosí justo aprovechó el inicio de la marcha del TIPNIS para exigir el cumplimiento de los acuerdos que habían hecho el año pasado luego las FEJUVES del Alto también empezaron a marchar con el tema sobre el CENSO exigiendo que se realice el Censo y obras también más a nivel vecinal y parte la marcha del Beni.

Entonces es un momento en el que el Gobierno tiene como tres blancos de conflicto y ahí por ejemplo el Gobierno se reúne con El Alto con las juntas vecinales el Presidente como lo habían porque siempre pasa esto el Presidente manda a sus Ministros y los otros quieren hablar con el Evo y eso es lo que yo no entiendo como el Gobierno no asume que la gente vea al Presidente como un compañero entonces no entiende que ahora el Presidente es una cosa que está por allá y que totalmente lejos entonces lo único que piden muchas veces es dialogar con él, entonces ahí cuando dialogó con las Juntas Vecinales de el Alto era todo un ritual para ver cuantas personas iban a entrar no y ahí obviamente se pelaron los dirigentes y el Gobierno dice bueno que arreglen entre ellos pero aquí van a entrar 30 y los otros querían entrar 50 igual que pasó en el TIPNIS, entonces es el Estado de que eso aquí somos pocos y entran los que más crean una dinámica en las organizaciones sociales que es totalmente absurda porque la gente delibera en cabildos entonces de pronto esa deliberación en cabildo la tienes que trasladar hasta el Estado que te dice que tienen que entrar 10 personas y luego esa exigencia también crea ciertas rupturas y crea también élites allá dentro de las organizaciones crea dinámicas que no son.

Cuando en realidad la idea era que este estado empiece a deliberar en estos espacios más amplios y vaya deliberando un poco el tema de no corporativo no representativo y como fue en el caso de la guerra del agua discutir no cuestiones de demandas sino proyectos políticos en Asambleas amplias, entonces hacia eso tendría que avanzar el proceso si es que es fiel a lo que se planteó en esos momentos pero lamentablemente no porque? Porque bueno ahora es un espacio de poder entonces hay días en que están en ... citas de que exija al presidente que si va el Ministro, si entran 10 si entran 20 a las negociaciones entonces tendrías para mi que ser capaz de avanzar en esta democracia más representativa y para empezar, empezar a democratizar los espacios de la Asamblea Plurinacional en su propia dinámica interna y en su autonomía del ejecutivo porque si tu vas a la Asamblea Plurinacional tienes actores que vienen de sectores sociales.

Hay que ver las relaciones con las bases porque como te digo muchas veces son actores que han entrado más por una dinámica que velar que por su propia fuerza entonces ahí para empezar hay que democratizar o sea la tarea es democratizar el propio espacio representativo que sea desdemocratizado lamentablemente y descentralizar para que no sea el centro y avanzar en democracia comunitaria y además es una democracia que ha persistido 500 años de, obviamente con sus límites pero está ahí y la participatividad que también está ahí porque la gente aquí en sectores populares se desvive continuamente.

Entonces es pero para eso tendrías que tener de parte de los compañeros que están en el gobierno un giro en su horizonte de poder porque muchas veces es hasta poder personal yo creo que desde ahí se puede profundizar el tema de la democracia pero es complicado por lo que vamos viendo, el TIPNIS la reunión del presidente con las organizaciones de la marcha

era un momento para reconstruir relaciones yo creo, ha sido una oportunidad que ha sido perdida por el presidente porque realmente la gente fue a pesar de haber sido reprimida a pesar de todo fue a dialogar con el con una actitud de querer recomponer un poco también pero la actitud, en algún momento la actitud de el fue digamos se sintió un poco más de humildad en acercarse más pero luego otra vez volvieron a la retórica esta de que la derecha estaba detrás, Evo sale a nivel internacional a denunciar que lo han traicionado y que los indígenas están manipulados y ahí me parece que en el propio discurso te puedes dar cuenta de las contradicciones porque tanto en el gasolinazo como en el caso del TIPNIS tiene su presidente que sale y retrocede en las medidas que quería imponer y sale diciendo retrocedo porque soy un Presidente que manda obedeciendo y casi ni dos minutos después dice que al pueblo que ha obedecido es un pueblo manipulado por la derecha.

Entonces ahí dices tu bueno entonces que está pasando acá entonces ahora como tu has estado aquí te das cuenta que eso no tiene mucha claridad o sea que la gente tiene claridad, las elecciones judiciales igual la gente tuvo claridad y por más que ahora estén contando voto y estén en una pugna quizás con algunos líderes de la derecha y ellos como si el único mundo que existiera fueran esos dos la gente tiene claridad de cómo votó y porque voto y ahí también perdieron una oportunidad de una renovación interesante del poder judicial pero la gente sabe que quizás eso era, bueno de todos modos se ha dado pero ya no tienen la fuerza y la legitimidad que hubieran tenido si la gente hubiera votado masivamente por ellos; entonces y creo que esto también más allá de ser un triunfo de un partido de otro es una vez más este sentido de desconcentrar el poder y de que esto se ha planteado como una forma mas de concentración del poder del legítimo del legislativo y ahora judicial.

Yo: Ese problema también de la institucionalización mala del estado boliviano desde siempre, usted cree que se ha mejorada o porque para mi es también una paradoja que necesitan de fortalar el estado pero al mismo tiempo hay el estado plurinacional que necesita de descentralizar el poder pero ahora el poder es muy centralizado, con el Evo, no, y como pueden mejorar esa mala institucionalización que es también necesario para no sé?

D.M.: Es que yo creo que cuando asumes un Estado que además lo asumes desde tu discurso y tu proyecto político como un Estado colonial tienes un doble recto obviamente de fortalecer porque parte de la caracterización colonial del Estado es que es un Estado patrimonialista por ejemplo entonces un Estado más que no tiene presencia hay lugares en el país donde son las élites las que gobernaban sin la presencia del Estado donde hay relaciones hasta regulares todavía de laborales en el tema de tierra y demás, entonces si obviamente y además hay que decir que la Asamblea que un proyecto de los movimientos sociales también tiene un proyecto de nacionalización entonces y ese proyecto obviamente no abandona el Estado sino busca recuperar desde el Estado el manejo de los recursos naturales pero ahí por ejemplo que es lo que había era nacionalizar pero el debate previo que había con el tema de la nacionalización no era retomar la nacionalización como un o concebible nacionalización como una estatización simplemente.

Si no era abierto un debate sobre todo a partir de la guerra del agua sobre la gestión de lo público entonces ahí se planteó un debate sobre la gestión colectiva de lo público y quizás entonces no es simplemente nacionalizar para que el Estado tenga más poder sino como renuevas ese Estado en su relación con la sociedad y con una gestión más colectiva de los recursos naturales entonces ahí también eso queda como tronco que le ha frenado y lo que ahí nosotros asumimos el Estado nosotros somos el Estado entonces ahora el Estado es fuerte.

Y estamos viendo que tampoco es una realidad porque tienes el Estado no ha podido manejar temas como no se ha podido manejar temas como el narcotráfico ahora dice que va a entrar el TIPNIS a controlar el manejo de recursos de los indígenas pero no ha dicho nada de la fábrica de narcotráfico que se ha encontrado ahí como van a controlar el tema de narcotráfico ahí o en otros lugares y ha tenido muy poco éxito en tema de contrabando entonces hay cosas que

obviamente son un reto pero que no lo vas a que se quiere lograr porque si es parte del horizonte de nacionalización entonces es parte de la descolonización pero que justamente en descolonizar el Estado implica transformar y transformarlo desde adentro.

La vía que se ha visto de fortalecimiento del Estado es el fortalecimiento plurinacional que implica por ejemplo pensar la presencia del Estado de otra manera el territorio nacional no simplemente teniendo militares hasta últimas fronteras sino una presencia de los actores vivos o sea una buena relación del gobierno con gente del TIPNIS implica una presencia del Estado de otra manera entonces no una carretera o sea entonces hay como una disputa de que estás pensando como presencia del Estado, la presencia de Estado es una carretera la presencia de Estado son militares porque además obviamente esos militares en esos espacios también fueron actores coloniales y no necesariamente se ha cambiado eso, entonces ahí está ese reto que tu dices pero que hay y ahí en Bolivia hubo y hay creo todavía la posibilidad de debatir sobre esa paradoja pero pensando desde un Estado plurinacional que implica ocupar todo territorio implica fortalecer la institucionalidad pública.

Pero lamentablemente le horizonte que hay es el controles desde arriba de un Estado no porque lo haya asumido otros es más fuerte entonces hay como una mentira en ese sentido de que hay mas presencias en algunos espacios pero si tampoco lo hace más fuerte al Estado en ese sentido.

Entonces creo que hay también ha quedado como un tronco debate y posibilidades reales de pensar como fortalecer la presencia del Estado y su institucionalidad pero en el marco de un Estado que se está transformado así mismo obviamente no es fácil pero es mucho menos fácil si tienes si crees que el Estado eres tu como fuerza política.

Yo: Por eso usted diría que, en eso de “reflexiones sobre la democracia” dice que habla de una incorporación de nuevos actores sociales en las instituciones del estado, por eso usted diría más que había un cambio de los actores del estado y quizás de las estructuras estratégicas del estado pero que todavía hay un gran parte del pueblo que está excluido, por ejemplo los indígenas del TIPNIS, porque creo que los cocaleros y campesinos si tienen más presencia pero hay un gran parte que...

D.M.: Si lo que yo creo es que se ha ocupado de manera este Estado colonial pero muchas veces la forma en que lo ocupas para el mismo que determine por eso un poco en ese contexto de discutir sobre lo que son gobierno de los movimientos sociales para mi no es o sea la suma de actores de organizaciones más una fuerza política como el MAS no te da necesariamente gobierno en los momentos sociales, o sea gobierno en los movimientos sociales lo tienes que producir de otra manera y además y en eso tienes que ver muy bien como esos mismos actores ocupan esa institucionalidad estatal entonces digamos a mi me sirve mucho como mujer y viendo el paralelo con las luchas feministas que pasa muchas veces con las mujeres en el poder no necesariamente el hecho de que haya más mujeres implica que vas a tener un Estado menos patriarcal, y muchas veces mucho más si esas mujeres llegan a donde llegaron empujarlas justamente por formas patriarcales de poder o subordinadas a ellas.

Entonces acá también la forma en que estos sectores ocupan el Estado puede terminar fortaleciendo el Estado colonial, entonces y mucho más si se está viendo cada vez están más lejos de las clases sociales que los apoyaron entonces el pensar que el Estado es simplemente este Estado que no se velaron digamos y estas estructuras ministeriales y algunos cargos al que van ocupando y además creo como te decía que la gente ya se está dando cuenta que no necesariamente la presencia de indígenas en un Estado implica la representación de los intereses y de las demandas indígenas. Entonces ahí lo que ahí si es como te digo una que para una historia como la de Bolivia es un paso del cambio de actores pero no es ni lo convierte en un nuevo Estado ni en un Gobierno de los movimientos sociales y puede tener además el efecto contrario porque ahora tienes actores legítimos ocupando los mismos espacios de poder entonces en realidad estas fortaleciendo eso que querías transformar porque? Porque ya tienes

a la gente legitimada a más legitimada por toda una lucha social pero que no necesariamente está ocupando esos espacios de lucha social.

Y que entonces otra vez como que se quedan en esas estructuras sino que no van más allá, y lo otro que está pendiente en la construcción de ese Estado es como en el caso de los indígenas como decías la presencia de los indígenas y de actores incluso corporativos digamos, ve como combinás estas demandas que vienen de una asociación más corporativa más sectorial con actores que a partir de esa experiencia piensan un proyecto político más amplio y más allá de sus propios intereses sectoriales, entonces poco yo creo que el MAS al intentar monopolizar el espacio de toma de decisiones lo que hace es fortalecer lo corporativo y obviamente la presencia indígena no es corporativa porque no es presencia de intereses sectoriales.

Y ahí tienes el gran tema de las mayorías y de las minorías poblacionales entonces en un trabajo que hicimos con la compañera Patricia Chávez en la Asamblea legislativa antes del anterior gobierno del Evo ahí por ejemplo se discutió la ley del Régimen Electoral y ahí había un debate sobre en esa Asamblea se debatía un poco más en la de ahora y ahí por ejemplo se debatía un poco sobre el tema de la presencia indígena y ahí fue que hubo un debate sobre los 7 ... de los indígenas y ahí era una corriente fuerte que decía que el tema es proporcional y que si los aymaras y guarnís hay más sobre todo hay quechuas y aymaras entonces tienen que tener mas presencia y había otra corriente que decía no porque hay representación de pueblos y un pueblo no vale por cuanta gente porque además la minorización demográfica viene del proceso colonial que ha sido esos pueblos han sido diezmados por la colonia entonces no puedes dar una respuesta diciendo que como son menos aunque sea fruto de lo colonial tienen menos peso de los que son mas.

Entonces ahí hubo un debate interesante que al final obviamente gana esta corriente de dejar siete ... indígenas y que la representación mayoritaria lo tienen los quechuas y los aymaras que además tampoco es automática porque habría que haber quechuas y aymaras son los que están representados ahí entonces ahí el fortalecer el Estado plurinacional también venía por ese debate de mayorías y minorías y en el caso del TIPNIS se ha vuelto a dar este tema, con el tema de que si los colonizadores son más si hay más gente entonces otra vez debatir todo incluso la consulta que apareció en un momento y creo que se la quiere retomar ahora es poniendo en la balanza votos, entonces ahí otra vez dentro del esquema liberal y no estás dentro de un esquema de dialogo entre por ejemplo los pueblos que hay ahí y los actores en el parque que vivían en el territorio indígena.

Entonces desde ahí es más complicado porque hay esos horizontes también, o sea no solamente hay un horizonte del capitalista que además se plantea como un capitalismo de Estado pero hay que ver cuan capitalismo de estado es sino que también hay un horizonte más liberal de la política que lo defienden varios actores por que además les es útil para sus propios fines digamos, y ahí este otro horizonte del Estado Plurinacional en ese sentido justamente de pensar en un Estado una base de representación no sea simplemente la que sea a través del voto igual.

Yo: Pero en general diría que ese nuevo hegemonía, si podemos hablar de una nueva hegemonia, todavía está estabilizado, no hay una ruptura?

D.M.: Creo que no hay un proceso de construcción hegémónica hay más de monopolización entonces yo creo que quizás las posibilidades de un proyecto monopólico está todavía en la terraza pero cada vez menos de una construcción hegémónica, entonces porque creo que no es el horizonte tampoco porque para eso necesitarían crear esos pasos de consenso y de atribución y no lo están haciendo entonces como hegemonía creo que cada vez es más difícil y no se si ha estado algún momento en el horizonte político del MAS pero si puede que esté en otros de espacios de articulación como los del espacio patrimonial y que puede seguirse dando porque yo creo que pretender un proyecto monopólico lo tienes que hacer por la fuerza en Bolivia porque has visto que las fuerzas son muy dinámicas, querer aplacar eso

simplemente lo haces por la fuerza entonces y ni siquiera porque después de semejante intervención a la marcha, la marcha ha seguido, y además ahí también ha habido y si tu crees tu te das cuenta un poco de lo que ha pasado en el propio con el TIPNIS antes de la represión de la marcha había como opiniones más divididas como social de la sociedad civil eso sobre el tema de desarrollo que es desarrollo entonces si tu escuchabas un poco la gente que llamaba a la radio si los debates de las calles estaban un poco más como que es pro y contra.

Pero después de la represión como que todo el mundo apoyó y justamente porque creo que era una vez más esto de que no queremos ningún poder concentrado queremos otra forma de democracia entonces yo creo que ahí es desde ahí si se da un proyecto porque lo malo es probable que de estos compañeros terminen llevándose con ellos un proyecto político y social porque lo han capitalizado mucho para ellos pero en caso de que el MAS sea una fuerza más sentirse en otros espacios más allá del MAS es probable que se den un proyecto hegemónico pero no desde un actor que ocupa el Estado, este Estado sino desde otros espacios de articulación y para lo que se ha dado entre el CONAMAQ y la CIDOB en el TIPNIS es interesante también, porque es un acercamiento interesante de indígenas de occidente y que había en el pacto de unidad pero que creo que cada vez se ha fortalecido más como opción política y con horizonte político.

9. Abstract

Ziel dieser Arbeit ist es Möglichkeiten breiten sozialen Wandels, welcher durch die Emanzipation der Zivilgesellschaft angestoßen wurde besser zu verstehen. Das Thema der Arbeit ist die Untersuchung der MAS (Movimiento al Socialismo), als „hegemoniales Projekt“ der bolivianischen Zivilgesellschaft. Als theoretisches Analyseinstrument wird hierzu der „strategisch-relationale Ansatz“ Bob Jessops angewendet, welcher zu Beginn detailliert erläutert wird. Außerdem werden Besonderheiten des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems Boliviens besprochen. Unter Zuhilfenahme des theoretischen Ansatzes, werden wichtige historische Momente, das politische System Boliviens, die Parteienlandschaft, die Zivilgesellschaft sowie der Einzug des Neoliberalismus beleuchtet. Dies dient dabei die Vorbedingungen des bolivianischen Wandels zu veranschaulichen und in weiterer Folge den Wandel an sich, aus der Perspektive der materialistischen Staatstheorie, zu untersuchen. Neben der Hauptfragestellung, welche die MAS als hegemoniales Projekt untersucht, sind hier ebenfalls die Konzepte der Krise, der strategischen Selektivität, der Hegemonie, des Allgemeininteresses und des „social fix“ von besonderer Bedeutung. Abschließend wird über eine mögliche Zukunft der MAS als hegemoniales Projekt und des bolivianischen Wandels diskutiert.

The aim of this diploma thesis is to give a better understanding of broad social change initiated by the emancipation of the civil society. The main research subject is the analysis of the MAS (Movimiento al socialismo) as a hegemonic project of the bolivian civil society. The “strategic-relational approach” of Bob Jessop is used as a theoretical framework, which is therefore explained in a very detailed way at the beginning of the work. Furthermore, economic and social specifics of the bolivian system are discussed. In the following main part, important historical moments, the political system, the party system and the civil society of Bolivia, as well as the entering of neoliberalism are analyzed from a theoretical perspective. This helps to understand the preconditions of the bolivian change and therefore to investigate the change itself considering the materialistic state theory. In addition to the analysis of the MAS as a hegemonic project the thesis deals with concepts of crisis, strategic selectivity, hegemony, common interest and "social fix". The work concludes with an outlook on probable future developments of the MAS as a hegemonic project and the bolivian change.

Lebenslauf

Name: Julia Seewald

Geburtsdatum, -ort: 28.06.1988, Baden

Familienstand: ledig

Staatsbürgerschaft: Österreich

Wohnhaft: Blumengasse 7/19, 1170 Wien

Telefonnummer: 06502930444

E-Mail: julia_seewald@yahoo.de

Bildungsweg:

- BG&BRG Biondekgasse Baden – Matura Juni 2006
- Diplomstudium der Politikwissenschaft 2006-2012
- Diplomstudium der Internationalen Entwicklung seit 2007

Sprachkenntnisse:

- ausgezeichnete Englischkenntnisse
(Cambridge First Certificate im Dezember 2004)
- sehr gute Französischkenntnisse
(6 Schullernjahre, Auffrischungskurs an der WU-Wien, Konversationskurse am Sprachenzentrum der UNI Wien, Viermonatiger Erasmusaufenthalt in Frankreich, französischsprachige Lehrveranstaltungsabschlüsse)
- sehr gute Spanischkenntnisse
(Niveau B2, Auslandsaufenthalte in Barcelona sowie Ecuador, KWA-Forschungsaufenthalt in Bolivien, spanischsprachige Lehrveranstaltungsabschlüsse)

Weitere Kenntnisse: MS Office, Lernplattform Moodle, B-Führerschein

Auslandserfahrungen:

- Zweiwöchiger Sprachaufenthalt in Spanien 2008
- Viermonatiges Erasmussemester in Frankreich 2009
- Sechswöchiger Voluntariatsaufenthalt in Ecuador 2010
- Zweimonatiger Forschungsaufenthalt in Bolivien 2011

- Berufserfahrungen:**
- Dezember 2003 bis Jänner 2004, Kellnerin im Hotel Stefanie, 2540 Bad Vöslau
 - Oktober 2004 bis Jänner 2005, freie Mitarbeiterin bei der Jugendredaktion der Badener Zeitung, 2500 Baden
 - Juli 2005, Ferialpraktikum bei Billa, 2544 Leobersdorf
 - November 2006 bis Juli 2008 Kassakraft bei Merkurmarkt, 2500 Baden
 - November 2008 bis Juli 2009 Buffetkraft bei Hengl Haselrunner Buschenschank, 1190 Wien
 - Oktober 2010 bis Juli 2011 Tutorin an der Universität Wien, Studienrichtung Internationale Entwicklung
 - Mai 2011 bis August 2011 Servicekraft bei Landl im Pfandl